Reichspost Abendbl. 24./II. 1916.

L 70000
39
1916
24./I. - 10./VI.
Handel u. Gew.
B
Armenhandel
4

Die Kreditierung fälliger Zollgebühren.

Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht heute eine Verordnung des Finanzministers, wonach die Kreditierung fälliger Zollgebühren in Zukunft nur dann bewilligt werden kann, wenn ein von der Behörde jeweils festzusetzender Teil des Zollkredites durch Pfandbestellung und nur der restliche Teil durch Bürgschaft sichergestellt wird. Der Mindestbetrag der Pfandsicherstellung hat bei einer Kreditsumme bis zu 1 Million Kronen 30% der Kreditsumme zu betragen und ist für höhere Kreditsummen derart zu bemessen, daß der auf die gesamte Kreditsumme anzuwendende Prozentsatz der Pfanddeckung bei einer Erhöhung der Kreditsumme von je 1 Million Kronen um mindestens je 1½% steigt (zum Beispiel bis zu 2 Millionen Kronen 31½% bis zu 3 Millionen 33% usw.) Bei Erreichung einer 50%igen Pfanddeckung kann von einer weiteren Erhöhung des Prozentsatzes abgesehen werden. — Die Verordnung tritt am 1. März in Kraft.

Neue Freie Presse Abendbl. 24./5. 1916

Die Verzinsung der Zollkredite.

Eine zweite Ministerialverordnung setzt im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung folgende Aenderung des geltenden Zolltarifgesetzes fest:

§ 1. Im § 20 der Durchführungsvorschrift zum Zolltarifgesetze vom 13. Februar 1906, R. G. Bl. Nr. 22, ist das vorletzte Alinea durch folgenden Text zu ersetzen: „Die Höhe des hiebei in Frage kommenden Zinsfußes wird durch besondere Verordnungen festgesetzt und öffentlich verlautbart werden. Als Grundsatz hat hiebei zu gelten, daß Zollkredite mit 1½ Prozent unter dem jeweiligen am ersten Tage des auf die Verzollung folgenden Kalendermonats für die Eskontierung von Wechseln geltenden Zinsfuße der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu verzinsen sind. Falls jedoch die als Minimum vorgeschriebene Pfandsicherstellung zur Gänze in österreichischen oder ungarischen Staatskreditessekten geleistet wird, beträgt die Verzinsung der gesamten auf Grund der betreffenden Bewilligung kreditierten Beträge 2 Prozent und, falls die Sicherstellung für den vollen Betrag des bewilligten Kredits durch Verpfändung von österreichischen oder ungarischen Staatskreditessekten geleistet wird, 2½ Prozent unter dem obigen Zinsfußsatze der Oesterreichisch-ungarischen Bank. In allen Fällen hat jedoch die Verzinsung mindestens 2½ Prozent zu betragen. Die im Artikel XVIII, Al. 3 c, Z. T. G., vorgeschriebene Verzinsung der für die im Vormerkverfahren abgefertigten, jedoch während der Vormerkfrist nicht ausgeführten Waren aushaftenden Gebühren wird bis auf weiteres mit dem höchsten Zollkreditzinsfuße festgesetzt."

§ 2. Diese Verordnung tritt am 1. März 1916 in Kraft.

Frankfurter Zeitung

24. II. 1916

24
3

Die Beschränkung der Einfuhr und Erweiterung der Ausfuhr.

N Berlin, 23. Febr. (Priv.-Tel.) Dem Bundesrat ist der vom Handelsminister Sydow im preußischen Abgeordnetenhause angekündigte Gesetzentwurf betr. Beschränkung der Einfuhr und Erweiterung der Ausfuhr zugegangen. Der Entwurf sieht eine Aufzählung der geplanten Einfuhr-Verbote oder Beschränkungen nicht vor, sondern überläßt es dem Reichskanzler, diejenigen Gegenstände zu bezeichnen, deren Einfuhr verboten oder beschränkt werden soll. Die Ausfuhrerlaubnis nach den neutralen Staaten wird, wie bisher, nur von Fall zu Fall erteilt werden, natürlich mit der Maßgabe, daß die militärischen Interessen dabei gewahrt bleiben, und daß das feindliche Ausland aus der vermehrten Ausfuhr keinen Nutzen zu schöpfen im Stande ist. Zur Bearbeitung aller dieser Angelegenheiten wird eine besondere Abteilung ins Reichsamt des Innern gebildet. Der Entwurf ist von den Bundesratsausschüssen noch nicht beraten, er soll aber möglichst noch in dieser Woche verabschiedet werden.

Neue Freie Presse Abendbl. 24./II. 1916

Die Kreditierung fälliger Zollgebühren.

Eine im Reichsgesetzblatte veröffentlichte Verordnung des Finanzministeriums bestimmt bezüglich der Kreditierung fälliger Zollgebühren folgendes:

§ 1. Die im Erlasse des Finanziminsteriums vom 15. Januar 1862, R. G. Bl. Nr. 6, vorgesehene Kreditierung fälliger Zollgebühren kann in Hinkunft nur dann bewilligt werden, wenn ein von der Behörde jeweils festzusetzender Teil des Zollkredits durch Pfandbestellung und nur der restliche Teil durch Bürgschaft sichergestellt wird. Der Mindestbetrag der Pfandsicherstellung hat bei einer Kreditsumme bis zu 1 Million Kronen 30 Prozent der Kreditsumme zu betragen und ist für höhere Kreditsummen derart zu bemessen, daß der auf die gesamte Kreditsumme anzuwendende Prozentsatz der Pfanddeckung bei einer Erhöung der Kreditsumme von je 1 Million Kronen um mindestens je 1½ Prozent steigt (zum Beispiel bis zu 2 Millionen Kronen 31½ Prozent, bis zu 3 Millionen Kronen 33 Prozent usw.). Bei Erreichung einer 50prozentigen Pfanddeckung kann von einer weiteren Erhöhung des Prozentsatzes abgesehen werden. Die ein und derselben Partei bei verschiedenen Zollämtern erteilten Kreditbewilligungen können zum Zwecke der Bemessung des Mindestbetrages der Pfandsicherstellung zusammengefaßt werden.

§ 2. Die Pfandsicherstellung kann geleistet werden:

1. durch den Erlag von österreichischen oder ungarischen Staatskrediteffekten;

2. durch den Erlag von anderen Wertpapieren, insofern diese letzteren zur Anlage von Mündelgeldern geeignet sind;

3. durch Bestellung von Hypothekarkautionen, welche den Bestimmungen über pupillarmäßige Sicherheit entsprechen.

Als Sicherstellungen können nachstehende Werteffekten, sofern sie an einer österreichschen Börse notiert sind, angenommn werden:

A. zum Tageskurse, jedoch nicht über dem Nennwerte:

alle Effekten der allgmeinen Staatsschuld, der Staatsschuld der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder sowie der Staatsschuld der Länder der heiligen ungarischen Krone einschließlich der Staatslose;

B. bis zu zwei Dritteln des Tageskurses, jedoch nicht über dem Nennwerte: alle österreichischen Wertpapiere, welche gesetzlich als zur Anlage von Pupillargeldern geeignet erklärt worden sind.

Als Tageskurs ist der im letzten, zur Zeit des Erlages nach dem Postenlaufe erhältlichen Kursblatte der Wiener Börse notierte Geldkurs anzunehmen; dieser ist aus dem vom Erleger beizubringenden amtlichen Börsenkursblatte oder aus dem Kursblatte der amtlichen Zeitung zu entnehmen.

Bis auf weiteres hat der am 25. Juli 1914 an der Wiener Börse notierte Geldkurs und für die staatlichen Kriegsanleihen der Emissionskurs zu gelten.

§ 3. Die Höhe der Verzinsung der Zollkredite wird im Sinne der Ministerialverordnung vom 24. Februar 1916, R. G. Bl. Nr. 50, bis auf weiteres wie folgt festgesetzt: 2½ Prozent, falls die Sicherstellung für den vollen Betrag des bewilligten Kredits durch Verpfändung von österreichischen oder ungarischen Staatskrediteffekten geleistet wird, 3 Prozent, falls nur die als Minimum vorgeschriebene Pfandsicherstellung (§ 1) zur Gänze in österreichischen oder ungarischen Staatskrediteffekten geleistet wird, 3½ Prozent in allen anderen Fällen. Die Höhe des Verzinsungssatzes ist nach dem Stande der am Tage vor Beginn der Verzinsung (Verordnung des Finanzministeriums vom 21. Dezember 1912, R. G. Bl. Nr. 229, P. 3, Absatz 7) geleisteten Sicherstellung zu bestimmen.

§ 4. Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für die im Zeitpunkte des Inkrafttretens der Verordnung bereits bewilligten Zollkredite.

§ 5. Im übrigen bleiben die bisherigen Vorschriften über die Kreditierung fälliger Zollgebühren aufrecht.

§ 6. Die Verordnung tritt am 1. März 1916 mit der Maßgabe in Kraft, daß nur die von diesem Zeitpunkte an kreditierten Beträge der im § 3 normierten höheren Verzinsung zu unterwerfen sind.

Den Inhabern der am 1. März 1916 bereits bewilligten Zollkredite wird zum Erlage der vorgeschriebenen Pfandsicherstellung eine Frist bis Ende März 1916 bewilligt.

Reichspost Abendbl.
24. III. 1916

5

Eine Aenderung im Zolltarifgesetze.

Die heutige „Wiener Zeitung" bringt eine Verordnung folgenden Inhalts: Im § 20 der Durchführungsvorschrift zum Zolltarifgesetze vom 13. Februar 1906 ist das vorletzte Alinea durch folgenden Text zu ersetzen: „Die Höhe des hiebei in Frage kommenden Zinsfußes wird durch besondere Verordnung festgesetzt und öffentlich verlautbart werden. Als Grundsatz hat hiebei zu gelten, daß Zollkredite mit 1½ % unter dem jeweiligen am ersten Tage des auf die Verzollung folgenden Kalendermonates für die Eskomptierung von Wechseln geltenden Zinsfuße der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu verzinsen sind. Falls jedoch die als Minimum vorgeschriebene Pfandsicherstellung zur Gänze in österreichischen oder ungarischen Staatskrediteffekten geleistet wird, beträgt die Verzinsung der gesamten auf Grund der betreffenden Bewilligung kreditierten Beträge 2% und, falls die Sicherstellung für den vollen Betrag des bewilligten Kredites durch Verpfändung von österreichischen oder ungarischen Staatskrediteffekten geleistet wird, 2½ % unter dem obigen Zinsfußsatze der Oesterreichisch-ungarischen Bank. In allen Fällen hat jedoch die Verzinsung mindestens 2½ % zu betragen. — Die im Artikel XVIII. Alinea 3 c. Z. T. G., vorgeschriebene Verzinsung, die für die im Vormerkverfahren abgefertigten, jedoch während der Vormerkfrist nicht ausgeführten Waren aushaftenden Gebühren wird bis auf weiteres mit dem höchsten Zollkreditzinsfuße festgesetzt." Diese Verordnung tritt am 1. März 1916 in Kraft.

Fremdenblatt 25./III. 1916

Der Besuch der Agramer Handelskammer in Belgrad.

Der Präsident der Agramer Handels- und Gewerbekammer Arch. Vjekoslav Heinzel und der Sekretär Peroslav Paskievic-Cikara weilten dieser Tage in Belgrad zwecks Orientierung über die Geschäftslage mit besonderer Rücksicht auf die Verbindungen mit Kroatien.

Aus diesem Anlasse machten die genannten Herren ihre Aufwartung beim Militärgeneralgouverneur FML. Johann Graf Salis-Seewis, ferner beim Ziviladlatus L. v. Thalloczy, wo sie sehr liebenswürdige und entgegenkommende Aufnahme fanden. Außerdem traten sie auch mit anderen Fachorganen des k. u. k. Militärgeneralgouvernements in Berührung, die der Agramer Kammer ihre Unterstützung versprachen.

Durch Augenschein der bestehenden Verhältnisse machte das Präsidium der Agramer Kammer, wie aus deren Bureau mitgeteilt wird, die Wahrnehmung, daß diese Verhältnisse derzeit nicht für größere geschäftliche Transaktionen geeignet sind, und daß sich der Bedarf des dortigen Marktes vorläufig nur auf Lebensmittel, Bekleidung und Beschuhung sowie auf Bauholz beschränkt. Da jedoch von Seite unserer Militärverwaltung sich auf weiter Basis geplante Vorarbeiten für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens im Zuge befinden, dürfte nach und nach in naher Zukunft zweifelsohne ein größerer geschäftlicher Aufschwung eintreten, bei dem entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und Rührigkeit auch die Erwerbskreise Kroatiens werden teilnehmen können.

Besondere Aufmerksamkeit wird jetzt auf die Verkehrsmittel gewendet; die alten Straßen und Eisenbahnstrecken im Lande werden ausgebessert und neue gebaut; der private Postverkehr zwischen der Monarchie und Serbien wird am 1. März eröffnet, nach und nach wird der Betrieb einzelner Fabriken und Bergwerke aufgenommen, der Handel organisiert, besonders die Approvisionierung. Zur Förderung des Handels wurde das k. u. k. Zentralwarenlager als Vermittlungsorgan zwischen Verkäufer und Käufer errichtet, welches auf durchaus kommerzieller Basis seine Tätigkeit entfaltet. Der Handel, den die Heeresverwaltung in erster Linie der heimischen Bevölkerung zu erhalten gedenkt, lebt sichtlich auf, während die gewerbliche Tätigkeit noch stockt, aber die Vorarbeiten zur Rückkehr jener heimischen Handwerker, die das serbische Heer nicht mit sich abgeführt hatte, befinden sich im Zuge. Die Etablierung von Kaufleuten und Gewerbetreibenden aus der Monarchie ist allerdings gestattet, vorläufig jedoch unter Bedingungen, die den Parteien vorwiegend nicht entsprechen können.

Belgrad selbst hat infolge der Kriegsoperationen nicht so sehr gelitten, als allgemein angenommen wird. Im Innern der Stadt sind nur einzelne Gebäude beschädigt, etwas mehr litten diejenigen am Ufer, während die Industriegegend gegen Topcider infolge Gewalt der Verhältnisse völlig beschädigt wurde. Die Reparaturen der minder beschädigten und für Wohnzwecke dringend nötigen Gebäude führt die Heeresverwaltung in eigener Regie durch. Die städtische Wasserleitung, das Schlachthaus, die Tramway und öffentliche Beleuchtung stehen schon längst im regelmäßigen Betrieb, der Feuerwehrdienst und das Fuhrwerkgewerbe sind auch bereits geregelt, jetzt wird das Bankgeschäft organisiert, und es wurden auch für die unbehinderte Zufuhr von Handelsgütern aus der Monarchie die nötigen Maßregeln ergriffen. Infolge zunehmenden Zuflusses von Lebensmitteln aus dem Innern des Landes, worin trotz der Kriegsumstände verschiedene Produkte reichlich vorhanden sind, erscheint die Versorgung Belgrads zufriedenstellend, ebenso die öffentliche Sicherheit und insbesondere herrscht überall tadellose Reinlichkeit. Die Gerechtigkeit und das Entgegenkommen unserer Heeresverwaltung ruft ein stets größeres Vertrauen der heimischen Bevölkerung hervor, was besonders die Tatsache beweist, daß die Bevölkerung täglich nach Belgrad zurückkehrt, welches jetzt nach authentischen Daten über 55.000 Einwohner, ohne Militär, zählt. Die „Belgrader Zeitung", die jetzt in einer Auflage von 12.000 Exemplaren erscheint, wird bald in ein Tagblatt umgewandelt werden, und einige Private planen die Errichtung eines zweiten Tagblattes.

Nach Wahrnehmung des Präsidiums bemühen sich alle Organe unserer Heeresverwaltung, ihre Arbeit möglichst vollkommen auszuführen, indem sie stets nicht nur die Interessen des Dienstes, sondern auch die berechtigten Interessen der heimischen Bevölkerung vor Augen haben, und die k. u. k. österreichisch-ungarische Verwaltung von dem Wunsche beseelt ist, möglichst rasch und entgegenkommend die Normalisierung der öffentlichen Verhältnisse des Landes durchzuführen und die Bevölkerung in allen Berufszweigen der normalen Arbeit und dem Erwerbe zuzuführen.

Reichspost Abendbl.
26. II. 1916

Handelsverkehr zwischen Wien und dem k. und k. Okkupationsgebiet.

(Eigenbericht der „Reichspost".)

Lemberg, 23. Februar.

Dank den Bemühungen der Wiener Kaufleute haben die Okkupationsbehörden — polnischen Blättern zufolge — einen unbeschränkten Handelsverkehr zwischen Wien und den besetzten Gebieten Polens gestattet und den Zoll von aus Oesterreich-Ungarn nach den besetzten Gebieten einzuführenden Galanterie- und Webwaren ermäßigt.

Die Zuckerfabrik in Lublin hat vor kurzem die Arbeit begonnen. Die k. und k. Eisenbahndirektion versprach der Fabrik eine unbeschränkte Anzahl von Waggons für den Rübentransport gegen 20 Kronen per Waggons ohne Rücksicht auf das Ladegewicht.

Fremdenblatt Abendbl.
26./II. 1916

Aufhebung von Ausfuhrverboten in den Niederlanden.

Haag, 25. Februar. Das Ausfuhrverbot für runden Spinatsamen, Mohrrübensamen, Zwiebelsamen und Porresamen wurde zeitweilig aufgehoben.

Neues Wiener Tagblatt
27./II. 1916

11

(Englands Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß.) Die „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte" veröffentlicht authentische Mitteilungen über die Vorbereitungen Englands zum Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß, der in Form eines fortgesetzten Aushungerungskrieges geführt werden soll und sich in erster Linie auf die Aushungerung bezüglich der Rohmaterialien beziehen soll. Diese Aushungerung in Rohmaterialien sei jedoch erst auf Grund folgender Voraussetzungen möglich: 1. Es müßten in jedem einzelnen Teile des britischen Weltreiches Vorzugszölle für englische Waren eingeführt werden. 2. Die unter dem Namen „Alliierten" nunmehr verbündeten Nationen müßten einander bei Ein- und Ausfuhr Reziprozität gewähren. 3. Gegen Englands Feinde müßte eine „feindliche Zollmauer" errichtet werden. 4. Wäre ein System „mäßiger Zölle" zwischen den Alliierten und den Neutralen durchzusetzen. Hiebei stünden England, Rußland, Frankreich, Italien, Belgien, Portugal, Serbien und Montenegro gegen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, die Türkei, die Vereinigten Staaten und die übrigen neutralen Länder. Bei Errichtung der „feindlichen Zollmauer" wäre es natürlich unbedingt erforderlich, daß sich England, das Mutterland, Australien, Kanada, Indien sowie alle übrigen britischen Besitzungen und Kolonien wegen eines weitgehenden Zollabkommens untereinander und mit den Alliierten gegen die Zentralmächte einigten.

Kölnische Zeitung
27/II.1916.

Das Einfuhrverbot für Luxusgegenstände.

In Ergänzung der Mitteilung über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände wird noch mitgeteilt:

Bis zu gewissen Wertgrenzen werden die Zollbehörden ermächtigt werden, die Einfuhr zu gestatten; im übrigen ist in Einzelfällen der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung zu Berlin W, Lützowstraße 8, ermächtigt, Ausnahmen zuzulassen. Waren, die beim Inkrafttreten der Bestimmungen bereits bezahlt sind, können von den Hauptzollämtern trotz des Einfuhrverbots eingelassen werden. Der Nachweis der erfolgten Bezahlung ist aber durch einwandfreie Belege darzutun.

Die im Reichsanzeiger veröffentlichte Liste umfaßt lebende Pflanzen, Erzeugnisse der Ziergärtnerei, der Tarifnummern 38, 39, 41, 44, Mandarinen, Traubenrosinen, Ananas, Ingwer, Vanille, Kaviar, und andere Waren der Tarifnummer 118, Langusten, Schmuckfedern, Vogelbälge und deren Teile, Liköre, Schaumwein, Zuckerwerk und andere Waren der Tarifnummer 202, Alabaster, Marmor und Waren daraus, künstliche Riechstoffe, Riech- und Schönheitsmittel, Waren aus Seide der Tarifnummer 402—404, 406, 408, 410, 411, Baumwolltüll, Kleider, Putzwaren, sonstige genähte Gegenstände, ganz oder teilweise aus Seide, der Tarifnummer 517, Kleider, Putzwaren und sonstige genähte Gegenstände aus andern Gespinnstwaren als Seide, wenn sie aus Spitzen oder Stickereien bestehen, der Tarifnummer 518, 520, künstliche Blumen und Teile davon, Schuhe aus Gespinnstwaren, ganz oder teilweise aus Seide, Menschenhaar und Waren daraus, Fächer, Hüte, Mützen, Hutstumpen aus Filz, Handschuhe ganz oder teilweise aus Leder, Pelzwaren, ausgestopfte Tiere und Teile davon, Waren aus tierischen Schnitzstoffen, der Tarifnummer 601 bis 608, Waren aus Zellkorn und andere Waren der Tarifnummer 640, ausländische Brief- und Wohltätigkeitsmarken, Gemälde, Edelsteine der Tarifnummer 678, Bildwerke aus Steinen aller Art, Luxusgegenstände aus Stein, Gold- und Silberwaren, feine Eisenwaren, Kunstschmiedearbeiten, Schreibfedern aus Stahl, Waren aus unedlen Metallen der Tarifnummer 883 bis 888, Maschinen, Werkzeuge und andere Waren der Tarifnummer 891, Maschinen und Teile davon, der Tarifnummer 895—897, Webstühle, Tonwerkzeuge und Kinderspielzeug.

Vossische Zeitung
27/II. 1916.

13

Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände.

Am 19. Februar kündigte Handelsminister Sydow im Abgeordnetenhaus an: „Es wird voraussichtlich in kurzer Zeit von Reichs wegen eine Verordnung erlassen werden, die die Einfuhr nicht bloß von Luxusgegenständen, sondern von entbehrlichen Gegenstände einschränkt oder verbietet." Dieses Verbot liegt jetzt vor. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgende „Verordnung über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände" vom 25. Februar 1916:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats, was folgt:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Einfuhr entbehrlicher Gegenstände über die Grenzen des Deutschen Reichs bis auf weiteres zu verbieten und die zur Durchführung des Verbots erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

§ 2. Der Reichskanzler wird ein Verzeichnis derjenigen Gegenstände veröffentlichen, deren Einfuhr nach § 1 verboten ist. Er ist ermächtigt, Ausnahmen von den Bestimmungen im § 1 zu gestatten.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Urkundlich unter unserer höchsteigenen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Großes Hauptquartier, den 25. Februar 1916.

(L. S.) Wilhelm.
Delbrück.

Die in der Anlage im „Reichsanzeiger" aufgeführten „entbehrlichen Gegenstände", deren Einfuhr bis auf weiteres verboten ist, sind die folgenden, wobei die in Klammern angefügten Zahlen die betreffenden Nummern des Zolltarifs vom 25. Dezember 1902 angeben:

Lebende Pflanzen, Erzeugnisse der Ziergärtnerei der Tarifnummern (38, 39, 41—44).
Mandarinen (51).
Traubenrosinen (53).
Ananas (55, 219).
Ingwer, Vanille (67).
Kaviar und andere Waren der Tarifnummer (118).
Langusten (123, 124, 219).
Schmuckfedern (148 531).
Vogelbälge und deren Teile (149, 531, 563, 566).
Likör (178, 179).
Schaumwein (181).
Zuckerwerk und andere Waren der Tarifnummer (202).
Alabaster, Marmor; Waren daraus (234, 680, 682, 683, 685, 686, 687, 691, 692).
Künstliche Riechstoffe, Riech- und Schönheitsmittel (354—358).
Waren aus Seide der Tarifnummern (402—404, 406, 408, 410, 411).
Baumwolltüll (452).
Kleider, Putzwaren, sonstige genähte Gegenstände, ganz oder teilweise aus Seide der Tarifnummer (517).
Kleider, Putzwaren und sonstige genähte Gegenstände aus anderen Gespinstwaren als Seide, wenn sie aus Spitzen oder Stickereien bestehen, der Tarifnummer (518—520).
Künstliche Blumen und Teile davon (516, 523, 530, 592, 670 bis 672).
Schuhe aus Gespinstwaren, ganz oder teilweise aus Seide (527).
Menschenhaare und Waren daraus (528—530).
Fächer (532, 602, 604, 606).
Hüte, Mützen (533—542, 565).
Hutstumpen aus Filz (514, 540).
Handschuhe ganz oder teilweise aus Leder (562).
Pelzwaren (564, 565).
Ausgestopfte Tiere, Teile davon (566).
Waren aus tierischen Schnitzstoffen der Tarifnummer (601 bis 608).
Waren aus Zellhorn und andere Waren der Tarifnummer (640).
Ausländische Brief- und Wohltätigkeits-(Wohlfahrts-)Marken (657, 658, 673).
Gemälde (677).
Edelsteine der Tarifnummer (678).
Bildwerke aus Steinen aller Art, Luxusgegenstände aus Stein (690, 692).
Gold- und Silberwaren (771, 776).
Feine Eisenwaren, Kunstschmiedearbeiten (836, 837).
Schreibfedern aus Stahl (840).
Waren aus unedlen Metallen der Tarifnummern (883—888).
Maschinen, Werkzeuge und andere Waren der Tarifnummer (891).
Maschinen und Teile davon der Tarifnummern (895—897).
Webstühle (900).
Tonwerkzeuge (937—944).
Kinderspielzeug (946).

Auf Grund dieser Verordnung veröffentlicht der Stellvertreter des Reichskanzlers, Delbrück, nachstehende Bekanntmachung.

§ 1. Die Einfuhr der in der Anlage aufgeführten Gegenstände über die Grenzen des Deutschen Reiches wird bis auf weiteres verboten.

§ 2. Die Zollbehörden werden ermächtigt, bei einem bestehenden Veredlungsverkehr sowie im Ausbesserungs- und Rückwarenverkehr insoweit Ausnahmen von den Verboten des § 1 zuzulassen, als sie zur Zulassung des genannten Verkehrs zuständig sind.

§ 3. Falls der Wert der einzuführenden Sendung fünfzig Mark nicht übersteigt, sind die Hauptzollämter bezw. die von ihnen zu bezeichnenden Zollämter,

falls der Wert der Sendung fünfhundert Mark nicht übersteigt, sind die Zolldirektivbehörden ermächtigt, in unbedenklichen Fällen Ausnahmen von den Einfuhrverboten zu gestatten.

§ 4. Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Die Hauptzollämter werden ermächtigt, die Einfuhr von Gegenständen der in der Anlage bezeichneten Art zu gestatten, falls der Nachweis erbracht wird, daß die Ware beim Inkrafttreten der Bekanntmachung bereits bezahlt war.

Das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Waren entspricht dem Streben, uns unabhängig vom Ausland zu machen und die Einfuhr zu vermindern. Das Verbot soll den Abfluß deutschen Geldes in das Ausland einschränken und dadurch einer Verschlechterung der deutschen Valuta im Auslande entgegenwirken. Durch die neue Maßnahme wird neben manchem Handelszweige eine Reihe wichtiger Gewerbe in Deutschland erheblich getroffen, vor allem in der Nahrungsmittelindustrie und in der Konfektion. Diese Opfer für einen Teil der deutschen Industrie wiegen schwer, schwerer als die Beschränkungen, die dem einzelnen durch den Verzicht auf diesen oder jenem Genuß, auf liebgewordene Gewohnheiten, auf Luxuswaren und andere mehr oder weniger entbehrliche Gegenstände auferlegt werden. Diese Einschränkungen für den Einzelnen sind leicht zu ertragen, aber auch Handel und Industrie werden das neue Opfer, das ihnen der Krieg auferlegt, auf sich nehmen und in ihrer während des Krieges oft erprobten Anpassungsfähigkeit an die Forderungen des Tages auszugleichen vermögen.

Fremdenblatt
27. II. 1916

Deutsche Einfuhrverbote für Luxuswaren.

K. **Berlin**, 26. Februar. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht sofort in Kraft tretende Einfuhrverbote für die Erzeugnisse der Ziergärtnerei, für Mandarinen, Ananas, Kaviar, Schmuckfedern, rohe Marmorblöcke, fertige seidene und halbseidene Kleider und Putzwaren, fertige Pelzwaren, Films, Gemälde, bearbeitete Edelsteine, Gold- und Silberwaren, andere Luxusgegenstände, Schreibfedern, Perlen, Maschinen und Werkzeuge.

Neue Freie Presse
27./II. 1916

15

Der wirtschaftliche Zusammenschluß zwischen der Monarchie und Deutschland.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 23. Februar.

Die Delegierten der Reichsdeutschen waffenbrüderlichen Vereinigung, Oberverwaltungsgerichtsrat Geheimrat Dr. Schiffer, Mitglied des deutschen Reichstages und des preußischen Landtages, und Sanitätsrat Dr. Bratz, sind vorgestern in Budapest eingetroffen, um als Ausschußmitglieder der genannten Gesellschaft die vorbereitenden Schritte zur Schaffung eines wirtschaftlichen Zusammenwirkens zwischen den beiden Reichen zu unternehmen. Geheimrat Dr. Schiffer wurde gestern vom Ministerpräsidenten Grafen Tisza empfangen, mit dem er längere Zeit hindurch konferierte. Ferner hatte er Besprechungen mit Dr. Alexander Wekerle, dem Grafen Julius Andrassy, dem Grafen Albert Apponyi, Albert v. Berzeviczy, Josef Szterenyi, Franz v. Bolgar und mehreren Politikern aller Parteistellungen. Im Laufe des heutigen Tages sprach er auch beim Finanzminister Teleszky vor. Bezüglich des Zusammenwirkens auf juridischem Gebiete hatten die Herren Besprechungen mit dem Staatssekretär im Justizministerium Dr. Leopold Vadasz und dem Universitätsprofessor Dr. Rustem Vambery. Geheimrat Dr. Schiffer und Sanitätsrat Dr. Bratz waren dann Gäste des Budapester deutschen Generalkonsuls Grafen Fürstenberg-Stammheim. Heute begeben sich die deutschen Herren nach Wien, um die Beratungen mit den maßgebenden österreichischen Faktoren fortzusetzen, worauf sie nach Berlin zurückkehren werden, um das Ergebnis ihrer Vorbesprechungen der Zentralleitung des Vereines vorzulegen.

Österr. Volkszeitung 27. II. 1916

Triest und das Wirtschaftsverhältnis zum Deutschen Reich.

Vom Abgeordneten **J. W. Dobernig.**

Einer der hervorragendsten österreichischen Volkswirte, Karl v. Scherzer, ein Mann, dem die genaue Kenntnis aller Bedingungen einer gesunden Orientpolitik wohl zugesprochen werden kann, hat zu einer im Jahre 1881 erschienenen Studie über Triest und seine Bedeutung für den deutschen Handel das Vorwort geschrieben. Die Studie war ein Festvortrag, den ein Oesterreicher, Friedrich Skubitz, Lehrer an der Handelslehranstalt in Leipzig, gehalten hatte. Scherzer weist im Vorwort auf den zwei Jahre vorher erfolgten Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses hin, bemerkt aber, daß der eigentliche Schlußstein noch fehle, denn zur Krönung des Gebäudes müsse auf die vollzogene politische Einigung die wirtschaftliche folgen. Völker können nicht auf die Dauer politisch verbündet bleiben, die auf wirtschaftlichem Gebiete sich bekämpfen! Vielmehr müssen gemeinsame wirtschaftliche Interessen die Basis bilden für ein dauerndes politisches Zusammengehen. Der weltkundige Mann vertrat diese seine Ueberzeugung bis zum Tode in Wort und Schrift. Von Görz aus, wo er die letzten Lebensjahre verbrachte, warb er unermüdlich Anhänger für den Gedanken der Wirtschaftsgemeinschaft zwischen den beiden Reichen, und sagte aus dem Zustandekommen einer solchen auch dem Triester Hafen eine glänzende Zukunft voraus.

Es hat lange gebraucht, bis man in Oesterreich sich zur richtigen Würdigung der Wichtigkeit von Triest für uns durchgerungen hatte. Auch als die Adria in Mode gekommen, als der Gebirgsstock der Tauern und Karawanken bereits durchstoßen war, ist man sich im Innern des Reiches der vollen Bedeutung unseres Meeres und seines vornehmsten Hafens noch nicht bewußt geworden. Erst dieser Krieg mußte über uns hereinbrechen, erst der niederträchtige Treubruch unseres Dritten im Bunde von einst begangen werden, um uns die Augen zu öffnen über die ungeheuren Werte, die wir Oesterreicher dort unten besitzen. Und wir hatten in sträflicher Unkenntnis des eigenen Besitzes uns so armselig gedünkt! Jetzt wissen wir es und werden es uns wohl für immer merken, daß der Ruf nach Triest von Italien herüber nicht der Bosheitslaune einiger weniger Leute entsprang, sondern dem heißen Wunsche eines Volkes nach mehr, nach Beherrschung des ganzen Seeweges, dessen Eintrittstor die wunderbare Stadt im Süden darstellt, ja daß die Eroberung von Triest in der auf die Niederwerfung Deutschlands abzielenden Berechnung des englischen Händlers gelegen war, als er den Weltkrieg anzettelte. Denn mit dem Verlust des Hafens und der Adria wäre der Orient nicht nur für Oesterreich, viel mehr noch dem Deutschen Reiche unwiederbringlich verloren gewesen. Darum konnte jener Handelslehrer in Leipzig in seinem Festvortrag vor fast einem Vierteljahrhundert mit vollem Recht behaupten, daß Triest nur einem Staate gehören dürfe, dessen Interessen mit denen Deutschlands solidarisch sind, daß jeder Angriff auf Triest ein Angriff auf den deutschen Handel ist.

Diese Gesichtspunkte verdienen aus früherer Zeit hervorgeholt zu werden, weil sie trotz der Jahre an Richtigkeit nicht nur nichts eingebüßt haben, im Gegenteil, durch die Geschehnisse in unseren Tagen bestätigt werden. Es wäre eine der größten Sünden an der wirtschaftlichen Zukunft unseres Vaterlandes, wollte man bei dem Hin und Wider über die engere Verbindung der beiden miteinander kämpfenden Reiche nicht auch auf die Interessen von Triest Rücksicht nehmen. Zu den maßgebendsten Stimmen bezüglich der Annäherung gehören doch jene aus Triest. Fast hat es den Anschein, als ob sie nicht zur Geltung kommen sollten. Aus diesem Grunde muß mit besonderem Nachdruck das Gutachten hervorgehoben werden, das der Sekretär der Triester Handelskammer Dr. Moscheni zur Frage der Regelung der handelspolitischen Beziehungen zum Deutschen Reich erstattet hat. Der Wortführer einer der wichtigsten Handelskammern Oesterreichs hat unbedingt Anspruch darauf, der gleichen Aufmerksamkeit zu begegnen, wie die Prager Kammer, und da offiziell die Gleichberechtigung, die bei anderen Anlässen bis zum Ueberdruß vorgeschützt wurde, in diesem Falle insofern keine Berücksichtigung fand, als man die beachtenswerte Aeußerung aus Triest nicht so geflissentlich verbreitete wie die andere aus Prag, so muß das absichtliche Uebersehen von anderer Seite verbessert werden.

Das auf Grund von Erhebungen in der Triester Handels- und Verkehrswelt aufgestellte Gutachten gipfelt in folgenden Punkten: Eine Vertiefung des Bündnisses einerseits mit Deutschland, andererseits mit Bulgarien und der Türkei ist notwendig. Ein engeres und innigeres Verhältnis zu Deutschland und zum Orient wird um so mehr begrüßt, als schon die geographische Lage Triests zu einem Ein- und Ausfallstor Oesterreichs und Deutschlands stempelt und als die langjährigen kommerziellen Beziehungen Triests zum Orient sein Anrecht an einer Beteiligung an diesem Verkehr auch für die Zukunft begründen und einen weiteren Aufbau erleichtern. Wie man sieht, steht heute die berufene Vertretung der Wirtschaftsinteressen unseres ersten Handelshafens nicht hinter den Ueberzeugungsgrundsätzen, von denen eingangs die Rede war, zurück, das heißt, auch die Kreise, die den österreichischen Weltverkehr verkörpern, sehen in der Vertiefung des Bündnisses eine notwendige Folge des Krieges, sie wünschen die Annäherung herbei, weil diese für Triests Entwicklung ungeheure Perspektiven mit sich bringt, vorausgesetzt, daß das Schutzbedürfnis der einheimischen Industrie-, Handels- und Verkehrsbelange entsprechend gewahrt werde. In der Hauptsache also stimmt auch Triest mit jenem weitaus überwiegenden Teil Oesterreichs überein, welcher von der Regierung eine der Gemeinschaftsleistungen der Heere würdige hohe Auffassung über die zukünftige Gestaltung des beiderseitigen wirtschaftlichen Verhältnisses erwartet.

Kölnische Zeitung 28/II. 1916.

Ungarn und Deutschland.

Budapest, 27. Febr. (Telegr.) Nach einer Meldung der Telegraphen-Union veröffentlicht der frühere Staatssekretär Joseph Sztenenyi im Magyar Hirlap unter dem Titel „Deutsche in Ungarn" einen Aufsatz, worin er aus Anlaß des demnächstigen Besuches mehrerer reichsdeutscher Politiker in Ungarn ausführt, daß nach der militärischen Brüderschaft nunmehr auch ein innigerer politischer Verkehr eine natürliche Sache sei. Die gemeinsamen militärischen, die außenpolitischen Bestrebungen machen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein gegenseitiges Erkennen nötig. Von Budapest nach Berlin ist der Weg nicht weiter als von Berlin nach Brassó in Siebenbürgen, trotzdem war bisher Brassó so entfernt, als ob es in einem entlegenen Erdteil gelegen wäre. „Der Weltkrieg brachte uns näher. Die Waffentaten unserer Honveds haben in Deutschland den Wert des Bündnisses mit uns erkennen lassen. Die staatlichen Berührungspunkte werden selbstverständlich engere werden, hierzu muß aber auch ein engerer Zusammenschluß der beiden Nationen geschaffen werden. Wir wollen nunmehr, wie in Deutschland, die reichsdeutsche waffenbrüderliche Vereinigung, eine wirtschaftliche Vereinigung gründen. Sämtliche politische Parteien müssen sich zu diesem Zweck vereinigen. Ganz Ungarn will eine gesellschaftliche Anknüpfung mit Deutschland."

Arbeiterzeitung 29. III. 1916

18

Ueber den wirtschaftlichen Zusammenschluß mit Deutschland.

In der Sektion Wien des Bundes österreichischer Industrieller hielt jüngst einer unserer unterrichtetsten volkswirtschaftlichen Schriftsteller, Dr. Gustav Stolper, einen Vortrag über die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Mittelmächte. Seine Ausführungen sind deshalb bemerkenswert, weil sie den Beweis zu erbringen suchten, daß das Bündnis der beiden Volkswirtschaften nicht Sache freier Wahl, sondern notwendiges Auskunftsmittel aus wirtschaftlichen Zwangslagen sei. Das werde verkannt, weil man von den wirtschaftlichen Verhältnissen und Beziehungen vor dem Kriege ausgehe und sich nicht Rechenschaft gebe, was sich durch den Krieg geändert hat:

Die enorme Erhöhung der Staatsschulden durch den Krieg, die Notwendigkeit, voraussichtlich während einer langen Uebergangszeit sich stark an das Ausland zu verschulden, das daraus erwachsende Valutaproblem, die Preisumwälzung auf dem Weltmarkt wie auf dem Inlandmarkt, die Revolution, die auf dem Kapitalsmarkt eintreten und eine Rückkehr zu den alten Zinsfußverhältnissen ausschließen würde, besonders die unterbrochene Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung, eine Erscheinung, die zum erstenmal in der modernen Wirtschaftsgeschichte zu beobachten sei, alle diese Umstände nötigen zum Zusammenschluß. Wichtige Industrien hätten liquidiert, andere sich mit ungeahnter Leichtigkeit spezialisiert, andere nach den Bedürfnissen der Kriegführung sich technisch umgestaltet. Die besonders günstige Verwertung der Lager bei diesem Liquidations- und Uebergangsprozeß, die hohen Gewinne bei den Lieferungen, die Notwendigkeit bedeutender maschineller Neuanlagen nach dem Kriege, dies alles ermögliche jetzt eine wirtschaftspolitische Umorientierung, die unter anderen Umständen nicht möglich gewesen wäre. Jetzt sei das Notwendige auch möglich. Jetzt oder nie sei der Zeitpunkt gekommen, den vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenschluß mit dem Deutschen Reiche herbeizuführen. Ueberdies aber hätten sich auch die sozialen und politischen Voraussetzungen aller Wirtschaft vollkommen geändert, die Machtvollkommenheit des Staates bei der Regulierung der Wirtschaft sei ungeheuer gewachsen, und daß der Reformeifer nicht erlahme, dafür werde schon die wirtschaftliche Not sorgen. Und schließlich habe auch der Geist der Bevölkerung mit mancher Tradition gebrochen und dadurch höhere Anpassungsmöglichkeit erlangt. Bei alledem aber sei Oesterreich-Ungarn in hohem Maße auf die Mitwirkung der deutschen Wirtschaft angewiesen, die ihrerseits aus dem Zusammenschluß gleich großen Gewinn zu ziehen habe. Aber nur ein vollständiger Zusammenschluß könne die Voraussetzungen einer so weitgehenden Intensität der österreichischen Wirtschaft schaffen, die notwendig ist, um die schweren Lasten des Krieges überhaupt erst der Wirtschaft erträglich zu machen.

Schon aus staatsfinanziellen Gründen müsse der Förderung der Ausfuhr die künftige Handelspolitik dienstbar gemacht werden. Bei der Unterbrechung aller weltwirtschaftlichen Beziehungen dürfe Oesterreich-Ungarn nicht allein bleiben, da sonst schließlich seine Wirtschaft zum Wettbewerb auf dem Weltmarkt unfähig würde. Bei der völligen Unsicherheit aller Elemente der Gestehungskosten sei die Zollpolitik ganz außer Wirksamkeit gesetzt — auch das wird fast von allen übersehen, die sich mit der Annäherung nicht befreunden können — und nur der Zusammenschluß mit Deutschland könne uns unter zweckmäßiger Arbeitsteilung der Industrien annähernd gleichartige Produktionsbedingungen mit der deutschen Wirtschaft sichern. Wenn es dabei nicht ohne Opfer im einzelnen abgehe, so sei der Gewinn für die gesamte Volkswirtschaft vielmals größer. Was die gemeinsame Handelspolitik betrifft, so sei sie gegen den Westen notwendig, um die Rohstoffbeschaffung zu erleichtern und zu sichern, gegen den Osten, um den Balkan aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Weststaaten zu lösen, was wieder nur möglich ist, wenn Oesterreich-Ungarn seinerseits den Ueberschuß seiner Landwirtschaft und aus der Agrareinfuhr vom Südosten in Deutschland absetzen könne. Die wirtschaftliche Annäherung der Türkei sei eine Frage der Kapitalsinvestition — und nicht der bisherigen Ein- und Ausfuhrzahlen —, bei der wir wieder nicht ohne Deutschland vorgehen können. Das gleiche gelte von den in Zukunft überaus wichtigen Beziehungen zu dem russischen Markt, dem Oesterreich-Ungarn wenig zu bieten und von dem es daher, wenn es allein steht, nur wenig Konzessionen zu erwarten habe. Aus alledem folge, daß die Richtung unserer Wirtschaftspolitik zwangsweise bestimmt sei, daß schutzzöllnerische Abschließung gegen Deutschland aus finanziellen Gründen unmöglich und schädlich sei.

Diese Auffassung der Frage scheint uns sehr fruchtbar. Bevor man erwägt, was man wählen soll, tut es gut, sich darüber Rechenschaft zu geben, was die heimische Staats- und Volkswirtschaft tun muß und was sie kann. Man gebe sich ernsthaft darüber Rechenschaft, wie Oesterreich-Ungarn volkswirtschaftlich und finanziell in den Frieden hinübertreten wird, dann werden auch die Schutzzöllner trotz des natürlichen Widerwillens gegen die Verbindung mit den bisherigen Konkurrenten die gestellte geschichtliche Aufgabe bald erfassen.

Frankfurter Zeitung 29.II.1916

Gegen die Luxuseinfuhr.

Für überflüssige Waren, die aus dem Auslande eingeführt werden, haben wir jetzt kein Geld. Für mehr als zehn Milliarden Mark haben wir im Frieden vom Auslande Waren bezogen, und wir werden nach Kriegsende auch wieder bereit sein, vom Auslande zu kaufen. Jetzt aber ist uns die Einfuhr, die uns für den Krieg — für das einzige, wofür wir jetzt zu leben haben — nützlich sein könnte, durch unsere Feinde nahezu abgeschnitten. Die Dinge, die wir brauchen könnten, lassen sie nach Möglichkeit nicht mehr herein, und wir haben es gelernt, während der Kriegsdauer ohne sie auszukommen, indem wir sparen oder das Nötige selbst erzeugen. Um so lieber aber sehen unsere Feinde es, wenn wir entbehrliche Dinge aus dem Auslande beziehen, Dinge, die wir für Krieg und Leben absolut nicht nötig haben, deren Verbrauch nur eine Gewohnheit aus der Zeit ist, als es noch keinen Krieg, keine Kriegslasten und keine Kriegsabsperrung gab. Die gegnerische Presse hat wiederholt ganz offen ausgesprochen, daß man alles tun müsse, um die Einfuhr solchen Tandes nach Deutschland zu fördern. Denn sie rechnet ganz richtig, daß wir schwächer werden durch solche Luxuseinfuhr. Wir werden durch sie geschwächt, weil das Geld, das dafür ausgegeben wird, nachher für Notwendiges nicht mehr zur Verfügung steht, nicht mehr für die Anlage in Kriegsanleihen, nicht für die freiwilligen Aufwendungen der Kriegswohlfahrt, auch nicht für den Verbrauch deutscher Waren, deren Herstellung im Inlande Arbeit und Verdienst gibt. Und wir werden ferner durch sie geschwächt, weil sie Zahlungsmittel aufbraucht, die wir zur Bezahlung der noch möglichen nützlichen Einfuhr dringend nötig haben. Wir haben im Frieden unsere Riesenseinfuhr leicht bezahlt, indem wir umgekehrt dem Auslande die Erzeugnisse unserer Arbeit lieferten, indem wir ferner unsere Schiffahrt, unseren Handel und unsere Banken dem Auslande Vermittlerdienste leisten ließen, indem wir von unseren Unternehmungen und unseren Kapitalanlagen im Auslande Zinsen und Gewinne bezogen. Mit diesen Zahlungsmitteln hatten wir genug und übergenug: wir behielten von ihnen immer noch viele Hunderte von Millionen jährlich übrig, mit denen wir neue auskändische Unternehmungen schaffen, neue ausländische Wertpapiere kaufen konnten usw. Jetzt aber sind unsere Gegner auf die Abschneidung aller dieser Zahlungsmittel noch viel eifriger bedacht als auf die Abschneidung der Einfuhr. Unsere Schiffahrt muß ruhen. Und die Zinsen unserer ausländischen Wertpapiere werden uns nach Möglichkeit vorenthalten, zum Teil liegen diese Wertpapiere als Folge einer unglücklichen Stempelgesetzgebung selbst in feindlichen Banken. Vor allem aber wird unsere Ausfuhr aufs schmählichste unterbunden, durch Chikanen aller Art werden die Neutralen gehindert, unsere Waren nach Uebersee zu transportieren, selbst die Post der Neutralen wird aufgehalten und durchsucht, um deutsche Warensendungen abzufangen. Ganz ruht die deutsche Ausfuhr trotzdem nicht, dazu ist der Hunger der Welt nach deutschen Erzeugnissen zu groß, bei den Neutralen und zum Teil sogar bei unseren Feinden selbst. Aber was wir jetzt exportieren, das brauchen wir unbedingt zur Bezahlung solcher Auslandswaren, die uns auch jetzt im Kriege nützlich sind. Beharren wir darüber hinaus bei dem ungehemmten Verbrauch ausländischer Luxuswaren, dann ergibt sich das Mißverhältnis zwischen dem Bedarf und dem Angebot von ausländischen Zahlungsmitteln, das sich nun schon seit langem geltend macht und das unsere Währung, die in Wahrheit gesund und fest fundiert geblieben ist, im Auslande ganz unnötig und höchst schädlich diskreditiert.

Das ist an dieser Stelle seit langem immer und immer wieder gepredigt worden — jetzt geht nun auch die Reichsregierung mit einem Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände vor. Die Verordnung, die wir lebhaft begrüßen, ist im II. Sonntag-Morgenblatt veröffentlicht worden. Auf berechtigte wirtschaftliche Interessen soll danach möglichst Rücksicht genommen werden. Das gilt vor allem für den Veredelungs- wie für den Ausbesserungs- und Rückwaren-Verkehr, für den die Zollbehörden Ausnahmen von den Verboten zulassen können. Auch Waren, die beim Inkrafttreten der Verordnung bereits bezahlt waren, können noch herein. Und bei Sendungen bis zu 50 Mark können die Hauptzoll- und Zollämter, bei Sendungen bis zu 500 Mark die Zolldirektionsbehörden Ausnahmen bewilligen, von denen man allerdings hoffen muß, daß sie wirklich Ausnahmen bleiben. Im übrigen aber gilt das Verbot, und die Liste, die dafür aufgestellt wurde, ist lehrreich genug. Sie trifft zunächst eine Reihe von Leckereien, die nicht als Vermehrung unseres Nahrungsmittelvorrats angesehen werden können: Mandarinen, Traubenrosinen, Ananas, Ingwer, Vanille, Kaviar, Langusten, Likör, Schaumwein, Zuckerwerk verschiedenster Art. Dann kommen überflüssige Gegenstände der Luxuskleidung, vor allem der weiblichen: Schmuckfedern, Vogelbälge; verschiedene Waren, Kleider und Putzwaren aus Seide. Spitzen oder Stickereien; ferner Baumwolltüll, künstliche Blumen, Schuhe aus Gespinstwaren, Fächer, Hüte, Mützen, Hutstumpen aus Filz, Lederhandschuhe, Pelzwaren. Künstliche Riechstoffe, Riech- und Schönheitsmittel fügen sich hier an, desgleichen ausländische Blumen und lebende Pflanzen einer Reihe von Tarifnummern. Dann Kunstgegenstände, auf deren Bezug vom Auslande wir jetzt verzichten müssen (denken wir dafür um so mehr an unsere heimischen Künstler und Kunstgewerbler!): Gemälde, Edelsteine, Bildwerke und Luxusgegenstände aus Stein, Gold- und Silberwaren, feine Eisenwaren, Kunstschmiedearbeiten, Waren aus unechtem Gold und Silber usw. Und dann — man lese aufmerksam die Liste — noch eine ganze Anzahl verschiedenartiger Waren: Alabaster und Marmor und Waren daraus, ausgestopfte Tiere, Menschenhaare, Waren aus tierischen Schnitzstoffen und Zellhorn, ausländische Briefmarken und Wohlfahrtsmarken (eine Mahnung für allzueifrige Sammler!), Webstühle, Stahlschreibfedern, Tonwerkzeuge, Kinderspielzeug und eine ganze Reihe von Maschinen und Werkzeugen, wie Phonographen, Rechen- und Schreibmaschinen, Nähmaschinen u. a. m.

Man sieht, die Liste ist schon ziemlich reichhaltig und sie ist doch von Vollständigkeit noch weit entfernt — fehlen doch zum Beispiel, um nur dieses eine zu nennen, die Zigarren-Importen, die allerdings durch die geplante Tabaksteuererhöhung wenigstens einen Gewinn für die Reichskasse bringen werden. So wird ein erheblicher Teil der Luxuseinfuhr jetzt hoffentlich wirksam unterbunden. Sehr wichtig bleibt aber auch danach noch, daß wir alle daheim das unsere dazu tun. Die Verbotsliste wird wohl noch erweitert und ergänzt werden, aber ganz umfassend wird sie doch kaum je sein können. Es gilt also, sie durch freiwilligen Verzicht auf überflüssige Auslandsware wirksamer zu machen. Kein stumpfsinniger Boykott alles Fremden: wir wollen das für uns Nützliche auch weiter von dort holen, wo wir es am besten bekommen. Aber wir wollen und dürfen jetzt nur das wirklich Nützliche vom Auslande kaufen. Und nützlich ist uns jetzt nur, was notwendig, tatsächlich notwendig ist, für den Krieg oder für das Leben der Daheimgebliebenen. Für Ueberflüssiges dürfen wir jetzt kein Geld verschwenden. Wie viel Ueberflüssiges wir wirklich noch einführen, das zeigt gerade die Liste der Verbote. Sie wird deshalb ihren notwendigen Erfolg erst dann voll bringen, wenn jeder einzelne jetzt auch freiwillig und selbständig auf alles das an entbehrlicher Einfuhr verzichtet, was nicht auf dieser Liste verzeichnet steht.

Neues Wiener Tagblatt
29./II. 1916

20

(Aus-, Ein- und Durchfuhrverbote in Oesterreich-Ungarn.) Die Wiener Handels- und Gewerbekammer hat mit Rücksicht auf die letzten Verordnungen betreffend die Einschränkung der Ein- und Durchfuhr von Waren aus feindlichen Staaten eine neue Zusammenstellung der seit dem 4. September 1915 in der Aus-, Ein- und Durchfuhr verbotenen Waren in Druck erscheinen lassen. Dieser neue Nachtrag, welcher alle früher erschienenen Nachträge vollinhaltlich enthält, wird in der Zollabteilung der Kammer, 1. Bezirk, Stubenring Nr. 8—10 an Interessenten zum Preis von 20 H. (bei Postversendung Voreinsendung von 25 H. in Briefmarken) abgegeben.

Fremdenblatt
1./III. 1916

21

Das künftige wirtschaftliche Verhältnis zu Deutschland.

Die Linzer „Tagespost" berichtet: Entsprechend dem gefaßten Beschlusse haben die Herren Landeshauptmann Prälat Hauser, Landeshauptmannstellvertreter Dr. E. Jäger und Handelskammerpräsident Richard Hofmann die von der oberösterreichischen Landesversammlung gefaßte Entschließung in der vorigen Woche dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, dem Minister des Innern Prinzen Hohenlohe und dem Handelsminister Dr. v. Spitzmüller persönlich überreicht.

Die Herren wurden von den genannten Ministern durchwegs mit großer Liebenswürdigkeit aufgenommen und bemerkte insbesondere Graf Stürgkh, daß für die k. k. Regierung eine einmütige Entschließung eines Kronlandes, wie Oberösterreich, auch besonders beachtenswert sei. Die Regierung sei sich überhaupt des Wertes eines die Interessen Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches gleichmäßig wahrenden Wirtschaftsbündnisses mit Deutschland wohl bewußt und ebenso der Notwendigkeit, schon jetzt die Grundlagen für ein solches vorzubereiten.

In ähnlichem Sinne äußerten sich Prinz Hohenlohe und Dr. v. Spitzmüller, wobei ersterer besonders anerkennend die Verhältnisse und die Leistungen Oberösterreichs im jetzigen Krieg wie auch im Frieden hervorhob und versicherte, jederzeit für die Wünsche Oberösterreichs ein williges Ohr zu haben.

Handelsminister Dr. v. Spitzmüller brachte ein besonderes Interesse den Darlegungen des Handelskammerpräsidenten Hofmann entgegen und betonte ihm gegenüber, daß das Bestreben der Regierung vor allem auf eine langfristige Festlegung der handelspolitischen Beziehungen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands gerichtet sein müsse.

Kölnische Zeitung 1./III.1916.

22

Die Wirtschaftsbeziehungen der Mittelmächte.

Budapest, 1. März. (Telegr.) Geheimrat Leo Lanczy gab in der Handelskammer heute der Ansicht Ausdruck, daß Ungarn mit Deutschland auch wirtschaftlich ein solch inniges Verhältnis anstreben müsse wie dies militärisch und politisch bisher bestehe. Dieses wirtschaftliche Verhältnis müsse auf eine Grundlage gelegt werden, die für beide Staaten nützlich und erfolgreich sei. Von einer Regelung dieser Frage werde die Gestaltung des wirtschaftlichen Verhältnisses Ungarns zu Österreich abhängen, wobei der Redner für einen kurzfristigen zehnjährigen Ausgleich mit Österreich eintritt.

WTB **Linz** a. d. D., 1. März. (Telegr.) Die Linzer Tagespost berichtet: Entsprechend einem gefaßten Beschluß, haben Landeshauptmann Prälat Dr. Hauser, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Jäger und Handelskammerpräsident Richard Hofmann die von der oberösterreichischen Landesversammlung gefaßte Entschließung in der vorigen Woche dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, dem Minister des Innern Prinzen zu Hohenlohe und dem Handelsminister Dr. v. Spitzmüller persönlich überreicht. Graf Stürgkh bemerkte, die Regierung sei sich des Wertes eines die Interessen Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches gleichmäßig wahrenden Wirtschaftsbündnisses mit Deutschland wohl bewußt, und ebenso der Notwendigkeit, schon jetzt die Grundlagen für ein solches vorzubereiten. In ähnlichem Sinne äußerten sich Prinz Hohenlohe und Dr. v. Spitzmüller. Dieser betonte, daß das Bestreben der Regierung vor allem auf eine langfristige Festlegung der handelspolitischen Beziehungen Österreich-Ungarns und Deutschlands gerichtet sein müsse.

Frankfurter Zeitung
2. III. 1916

23

Die künftigen Wirtschaftsbeziehungen Mitteleuropas.

≋ Wien, 29. Febr. (Priv.-Tel., zens. Frkft.) Vertretern der oberösterreichischen Landesversammlung, die eine Entschließung betreffend das künftige österreichisch-deutsche Wirtschaftsverhältnis übermittelten, erklärte Ministerpräsident Graf Stürgkh, die Regierung sei sich des Wertes eines die Interessen Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches gleichmäßig wahrenden Wirtschaftsbündnisses mit Deutschland wohl bewußt und ebenso der Notwendigkeit, schon jetzt die Grundlagen für ein solches vorzubereiten. In ähnlichem Sinne äußerten sich die Minister Hohenlohe und Spitzmüller, wobei letzterer betonte, daß das Bestreben der Regierung vor allem auf eine langfristige Festlegung der handelspolitischen Beziehungen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands gerichtet sein müsse.

h **Budapest**, 1. März. (Priv.-Tel., zens. Frkft.) In der Handelskammer gab Geheimrat Leo Lanczy der Ansicht Ausdruck, daß Oesterreich-Ungarn mit Deutschland auch wirtschaftlich in ein solch inniges Verhältnis zu gelangen trachten müßte, wie dies bisher politisch und militärisch der Fall gewesen ist. Es dürfe jedoch kein extremer Standpunkt eingenommen werden. Das Verhältnis zu Deutschland in wirtschaftlicher Beziehung müsse auf eine solche Grundlage gestellt werden, daß es für beide Staaten nützlich und erfolgreich sei. Von der Regelung dieser Frage werde die Gestaltung des wirtschaftlichen Verhältnisses zu Oesterreich abhängen. Der Redner trat für einen kurzfristigen zehnjährigen Ausgleich mit Oesterreich ein.

Neue Freie Presse
2. III. 1916

Die Reichenberger Handelskammer über die Bedingungen der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Prag, 1. März.

In der heutigen Vollversammlung der Handels- und Gewerbekammer Reichenberg gelangt ein ausführlicher, vom ersten Sekretär der Kammer Regierungsrat Dr. Carus verfaßter Bericht des handelspolitischen Ausschusses, der sich mit der Frage der künftigen Gestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reiche befaßte, zur Beratung. In diesem Berichte heißt es: Da der Ausschuß einerseits zur Kenntnis gelangte, daß eine vollkommene Zollunion undurchführbar ist, anderseits an der Ueberzeugung festhält, daß eine Annäherung an Deutschland zweckmäßig und wünschenswert sei, kam er zur Folgerung, daß bestimmte schutzbedürftige österreichische Industriezölle auch gegenüber Deutschland aufrecht erhalten werden und daß diese Zölle gegenüber dem Deutschen Reiche den Charakter von Vorzugszöllen tragen müssen. Die Gegenleistung für die Vorzugsbehandlung der deutschen Industrie auf dem österreichischen Markte liegt in der Gemeinsamkeit der Handelspolitik der verbündeten Reiche. Der Ausschuß spricht sich daher für einen gemeinsamen Zolltarif aus, der mittels des Zuschlagsystems so zu konstruieren ist, daß die Zollsätze bei der Einfuhr nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht überall die gleichen sein müssen. Die volle Gemeinsamkeit des Tarifs hätte sich dagegen auf den Tariftext zu erstrecken.

Ferner wäre ein gemeinsames Zolltarifgesetz zu schaffen, wofür sich heute nicht unerhebliche Uebereinstimmungen und Aehnlichkeiten finden. Zum äußeren Ausdruck hat die Gemeinsamkeit der Handelspolitik darin zu kommen, daß die Verträge mit dritten Staaten gemeinsam vorbereitet und die Verhandlungen gemeinsam geführt werden. Die wichtigste Forderung gehe aber dahin, daß beim Abschlusse von Verträgen mit dritten Staaten ein Junktim in dem Sinne bestehen müsse, daß der dritte Staat den Vertrag nur mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland abschließen kann, nicht aber nur mit einem der beiden Teile, es wäre denn, daß der andere auf den Abschluß verzichten würde. Der Handelspolitische Ausschuß gelangt dann zur Forderung der Errichtung eines gemeinsamen Organes, welches als der Brennpunkt der handels- und wirtschaftspolitischen Gemeinschaft der beiden Reiche gedacht ist, also den Charakter einer ständigen Einrichtung haben soll.

Hinsichtlich des Abbaues der Zölle gibt der Handelspolitische Ausschuß der Meinung Ausdruck, daß es unzweckmäßig wäre, den Grundsatz des Abbaues von vornherein in dem Vertrage festzulegen. Der Bericht bespricht nun das Verhältnis zwischen Meistbegünstigung und Vorzugszöllen. Soweit die feindlichen Staaten in Betracht kommen, werde im Friedensvertrage dafür zu sorgen sein, daß die Vorzugszölle der Unterwerfung unter die Meistbegünstigung entzogen werden. Ob die neutralen Staaten aus der gegenseitigen Bevorzugung der verbündeten Mächte unter Umständen Konsequenzen ziehen werden, welche dem Handel beider Staaten dorthin gefährlich werden könnten, werde auch davon abhängen, in welchem Verhältnis der bevorzugte Absatz der Verbündeten auf ihren beiderseitigen Märkten zum Absatz der neutralen Staaten auf diesen Märkten stehen werde. Der Bericht erörtert dann die anderen Gebiete, auf welche sich die Interessengemeinschaft der beiden Verbündeten des weiteren erstrecken solle. Dahin gehöre die Vereinheitlichung des Handelsrechtes, des Prozeßverfahrens in Handelssachen und des außerstrittigen Verfahrens. Was das unendlich wichtige Gebiet der Eisenbahnpolitik anlange, so seien gerade hier die erfreulichen Ergebnisse gemeinsamer Arbeit festzulegen. Die heute schon in weitgehendem Maße bestehende Uebereinstimmung hinsichtlich des Transportrechtes wäre auch in Hinkunft auf das sorgfältigste zu pflegen. Die vorstehenden, im Auszug wiedergegebenen Ausführungen des Berichtes werden dann in einer Reihe von Leitsätzen zusammengefaßt.

Arbeiterzeitung 3. III. 1916

25

Die Reichenberger Handelskammer für die wirtschaftliche Annäherung.

Reichenberg, 2. März.

Die Reichenberger Handelskammer beschäftigte sich in ihrer heutigen Vollversammlung auf Grund eines ausführlichen, vom Regierungsrat Dr. Carus verfaßten Berichtes mit der Frage der wirtschaftspolitischen Annäherung an das Deutsche Reich.

Herrenhausmitglied Ginzkey bezeichnet den wirtschaftlichen Anschluß der Mittelmächte schon im Hinblick auf die außerordentliche Inanspruchnahme der Staatsfinanzen als einen kategorischen Imperativ.

Der Präsident der Aussig-Teplitzer Eisenbahn Wolfrum erörtert zunächst die Verhältnisse der Wollwarenindustrie, die in den vierundzwanzig Jahren des Zollschutzes ihre Fabriken ausgebaut, einen guten, zuverlässigen Arbeiterstand gefunden und keinen Grund habe, die Konkurrenz der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt zu fürchten. Wenn für Zugeständnisse im Zoll der größere Markt eingetauscht werde, brauche man sich nicht an das heutige Ausmaß der Schutzzölle zu klammern; freilich habe es immer Leute gegeben, die sich in Prophezeiungen über Gefahren ergingen, die nie eingetreten seien. Das sei Konservativismus im schlechten Sinne. Die Hauptsache sei die Freimachung des Unternehmungsgeistes und die Großzügigkeit der Gesetzgebung und Verwaltung.

Abgeordneter Dr. Urban teilt die Gegner der Annäherungspläne in drei Gruppen. Zu der ersten gehören diejenigen, die schon vor dem Kriege Gegner des politischen Bündnisses mit Deutschland waren und dessen Ausgestaltung natürlich nicht mit ihren Sympathien begleiten. Die zweite Gruppe sind diejenigen, die über Plan und Form der Annäherung im unklaren sind. Hier erwähnt der Redner, daß die an dem bekannten Beschluß der Prager Kammer beteiligten deutschen Mitglieder — er selbst sei leider damals von Prag abwesend gewesen — ihre Haltung dahin erklären, daß sie glauben, die Annäherung an Deutschland werde nicht ohne namhafte Schwierigkeiten vor sich gehen können, sie seien aber keine Gegner der Annäherung, wenn es gelingt, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die dritte Gruppe seien diejenigen, die aus geschäftlichem Interesse die deutsche Konkurrenz fürchten. Wir haben aber mit unseren Zöllen schlimme Erfahrungen gemacht und müssen nun auch das Interesse des Konsumenten schützen.

Pfeifer bemerkt, daß das System der zeitweiligen Revisionen an Stelle des von vornherein festgelegten Abbaues empfehlenswert sei und im weitesten Maße die gesonderte Berücksichtigung jeder Erzeugungsgruppe zulasse. Der Uebergang zur Spezialisierung werde der österreichischen Industrie erleichtert werden, wenn manche deutsche Zölle niedriger gehalten werden als umgekehrt und allmählich bei noch zeitweiligem Fortbestehen eines mäßigen Zollschutzes für Oesterreich ganz in Wegfall kämen.

Der Ausschußbericht wurde einstimmig angenommen.

Tägliche Rundschau 3./III. 1916

„Mitteleuropa."

Als Jettchen Gebert und Henriette Jacoby Mode waren, schuf man Jungmädchenzimmer in Biedermeierstil; jetzt, unter dem starken Eindruck des Naumannschen Buches, spricht und schreibt ein jeglicher von Mitteleuropa, und manche versuchen sogar, es zu gründen. Mitunter aber hat man doch die bange Empfindung, als ob es sich dabei nur um das Strohfeuer einer Mode handeln könnte. Und neben hochgestimmten Enthusiasten und den anderen, die wenigstens ganz bierehrlich mit dem Strom schwimmen, gibt es Hochmütige und Kalte und Altkluge, die etwa so sprechen: Lieber Himmel, wenn die Oesterreicher es durchaus wollen, können wir's zur Not ja machen. Weil wir nun einmal „die stärkeren Schultern" haben. Aber viel liegt uns nicht daran. Wie überhaupt an dem ganzen allgemach etwas unbequemen Auslandsdeutschtum nicht.

Abgesehen davon, daß gerade in der Politik Hochmut vor den Fall kommt: es gibt keine Auffassung, die irriger wäre. Zunächst steht es keineswegs so, daß in der Donaumonarchie nun alle nach diesem engeren Anschluß, der ja nicht auf das Wirtschaftliche im eigentlichen Sinne, auf Zoll- und Handelsabkommen beschränkt sein soll, einfach lechzten. Das trifft selbst auf die österreichische Reichshälfte nicht zu. Man hat da wirtschaftliche Widerstände, und hat daneben auch andere, in ihren Einflußmöglichkeiten weit stärkere, die teils auf politischem, teils — nennen wir's einmal so — auf gesellschaftlichem Gebiete liegen, über die sich aber heute nicht gut anders als nur in andeutenden Strichen sprechen läßt. Gewiß sind durch Naumanns Buch, das im Habsburger Reich eine schlechthin hinreißende Wirkung geübt hat, manche von diesen Widerständen weggeräumt worden. Andere indes wurden nur erst vorläufig zum Schweigen gebracht. Auch in Oesterreich ist es vielfach „die große Mode", die man eben mitmacht. Was nicht ausschließt, daß der eine oder andere im stillen sich vornimmt, bei Gelegenheit von ihr sich wieder zu emanzipieren.

Ueber eines nämlich sollte man bei uns zu Lande sich klar werden: ein Lebensinteresse ist, um bei dem Schlagwort zu bleiben, „Mitteleuropa" für Oesterreich-Ungarn als Gesamtstaat nicht. Der Haß der Ententemächte (Italien natürlich ausgenommen) und das dauernde Mißtrauen der Neutralen gelten u n s, nicht den unter Franz Josefs mildem Zepter vereinigten Königreichen und Ländern und schon einmal hat, damals durch King Edward, England zu Karlsbad und Ischl sie eifrig umworben. Ein Lebensinteresse ist dieser engere Zusammenschluß aber für unsere Stammesbrüder in der Donaumonarchie und damit doch wohl auch für uns Deutsche im Reich. Von der Wendung von 1866 meint Heinrich Friedjung: sie hätte e i n edles Opfer gefordert, die Deutschen Oesterreichs, die vom Mutterlande losgerissen wurden. Die Uhr der Zeitgeschichte schritt nachgerade wohl weit genug vor, um uns zu gestatten, das Schicksal der Geopferten in einigem zu mildern. Wir können unseren österreichischen Brüdern den alten politischen Schwerpunkt selbstverständlich nicht wiedergeben. Aber das Gefühl müssen wir ihnen vermitteln, daß das im Reich zusammengeschlossene Deutschtum unverbrüchlich hinter ihnen steht. Dazu bedarf es keiner staatsrechtlichen Veränderungen und hüben und drüben keines Eingriffs in die staatliche Selbständigkeit. Nur der schlechthin unwürdige Zustand muß aufhören, der in der Geschichte der Nationen seinesgleichen nicht hat, und schwerlich je seinesgleichen haben wird, daß einem Volk zehn Millionen Stammesgenossen hart vor den Toren an einer langen gemeinsamen Grenze siedeln und deren Schicksale es kälter lassen als etwa die Entwicklungsmöglichkeiten der Kongosümpfe.

Wer diesem Problem bis in seine letzten Veräftungen nachzugehen vermag, wird leicht finden, daß es sich hier einfach um die Frage der deutschen Zukunft handelt. Das Deutsche im weiteren, aber auch durchaus im engeren, staatlichen Sinne begriffen. Denn nicht das ist die Gefahr, daß die Deutsch-Oesterreicher je ihre Sprache und Art verlieren könnten. In einem Nationalitätenstaat können in den heutigen Zeitläuften zehn Millionen, die zum größten Teil in uralten, geschlossenen Siedlungen wohnen; als Masse weder verslawt noch verwelscht werden. Aber eine andere Entwicklung ist leider nicht ausgeschlossen: daß die österreichischen Deutschen, dauernd auf sich allein angewiesen und ohne ständigen Zusammenhang mit dem Mutterlande, allmählich werden, was in den letzten hundert bis hundertzwanzig Jahren die Deutsch-Schweizer geworden sind.

Dr. R i c h a r d B a h r.

*

Die Zeit
3./III. 1916

— (**Die Bedeutung des wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit Deutschland für das Aktienwesen.**) Am 26. Februar wurde im Niederösterreichischen Gewerbeverein die Generalversammlung des Oesterreichischen Aktionärvereins abgehalten. Der Generalsekretär des Gewerbevereins Prof. Dr. Rudolf Kobatsch hielt einen Vortrag über „Die wirtschaftliche Bedeutung des Aktienrechtes, mit besonderem Hinblick auf einen wirtschaftlichen Zusammenschluß Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches", in dem er auf die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Beziehungen der Zentralmächte, insbesondere auch des Aktienwesens hinwies. Er berief sich besonders auf die grundlegenden Ausführungen von Dr. Franz Klein, der schon lange vor Ausbruch des Krieges denselben Standpunkt publizistisch und auf den Juristentagen vertreten hatte. Die von lebhaftester Zustimmung begleiteten Ausführungen Prof. Dr. Kobatsch' führten nach einer Debatte zur einstimmigen Annahme einer von Bankier Julius Schwarz vorgeschlagenen Resolution: „Der Oesterreichische Aktionärverein gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß ein inniges Wirtschaftsbündnis Oesterreich-Ungarns mit dem Deutschen Reiche aus weltpolitischen und volkswirtschaftlichen Gründen eine unbedingte Notwendigkeit für beide Reiche ist. In Verwirklichung dieses Zieles sollen die wirtschaftlich bedeutsamen Gesetze beider Reiche möglichst vereinheitlicht werden. Insbesondere fordert der Verein, daß die schon wiederholt, zuletzt auf dem Deutschen Juristentag Wien 1912 und auf der Budapester Tagung der drei Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine 1914, begründete Reform des österreichischen Aktienrechtes im Sinne des noch weiter fort zu entwickelnden und zu verbessernden deutschen Rechtes und die möglichste Uebereinstimmung mit diesem durchgeführt werde. Hierdurch würde die Freizügigkeit des Kapitals innerhalb der Zentralmächte wesentlich gefördert werden, was für die wirtschaftliche Entwicklung Oesterreich-Ungarns von ganz erheblichem Vorteil wäre."

Neues Wiener Tagblatt
3. III. 1916

Eröffnung der Lyoner Messe.

Genf, 2. März. (Privattelegramm.) Die Lyoner Messe wurde gestern im Beisein des Handelsministers Clementel durch eine Feierlichkeit im Großen Theater von Lyon eröffnet. Bürgermeister Herriot führte in der Festrede aus, daß das von der Stadt Lyon geschaffene Unternehmen ein Akt des wirtschaftlichen Krieges sei, den Frankreich gegen die Mittelmächte mit ebenso großer Energie zu führen entschlossen sei, wie den Kampf auf dem Schlachtfelde. Die Lyoner Messe sei die erste Kundgebung der wirtschaftlichen Brüderschaft, die Frankreich mit seinen verbündeten Freunden vereinige. In ähnlicher Weise drückte sich Minister Clementel aus.

Die Messe wird zwei Wochen dauern.

Neue Freie Presse
3./III. 1916

Freundschaftliche Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Türkei und Ungarn.

Konstantinopel, 1. März.

Anknüpfend an die angekündigte Errichtung von Filialen ungarischer Banken in der Türkei begrüßt das Blatt „Hilal" in einem sympathischen Artikel die Bewegung, die sich in der ungarischen Geschäftswelt zugunsten der Türkei bemerkbar macht. Es sei vorwiegend das moralische Moment, das dieses Interesse der ungarischen Kapitalisten wachrufe, da weder Kapitalsüberschuß noch Ueberschuß an Arbeitskräften es sein könnten, die Ungarn veranlassen würden, mit der Türkei zu arbeiten. Das Blatt weissagt den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Ungarn eine glänzende Zukunft. Die Türken, die sich in der Periode der Wiedergeburt befänden, werden sich sicherlich nicht nur von materiellen, berechnenden Interessen leiten lassen, sondern Sympathiebeweisen sehr zugänglich sein. Sie werden vielleicht sogar übertriebene Vorsicht bei der Unterscheidung an den Tag legen, ob sie es mit wahren Freunden zu tun haben oder nicht. Außerdem werden die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Ungarn durch die geographische Lage begünstigt werden, da Budapest die Konstantinopel am nächsten gelegene europäische Großstadt ist.

Die Zeit Abendbl. 3. VIII. 1916

Der neue türkische Zolltarif.

Aus Konstantinopel, 2. d., wird telegraphiert:

Die Kammer hat auf dringlichem Wege den neuen allgemeinen Zolltarif und das dazu gehörige Gesetz mit Wirksamkeit vom 14. September 1916 für drei Jahre angenommen. Der Ausschußbericht hiezu stellt fest, daß diese Frist den Abschluß provisorischer Handelsverträge, wenn auch nur mit den verbündeten Mächten nicht hindere, da diese Mächte natürlich der Anwendung eines Konventionaltarifes, der vorteilhafter ist als der allgemeine Tarif, den Vorzug geben dürften.

Es wäre, sagt der Bericht, bei gegenseitigem guten Willen möglich, bis zum 14. September d. J. Verträge mit Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Bulgarien zu schließen. Da der Krieg mit Gottes Hilfe vor Ablauf der dreijährigen Frist beendet sein wird, wird ein zweiter Tarif ausgearbeitet werden können auf Grundlagen, die den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des Landes besser entsprechen.

Fremdenblatt Abendbl.
4./III. 1916

Verbot der Ausfuhr von Weiden- und Pappelholz in den Niederlanden.

K. **Haag**, 3. März. Die Ausfuhr von Weiden- und Pappelholz wude verboten.

Neues Wiener Tagblatt 4./III. 1916

I

32

Inaugurationsfeier der Freien Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung.

Geheimer Rat Dr. Ewiklinski über die Monarchie und den Balkan.

Die Freie Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung veranstaltete zu Beginn ihres heurigen Vortragszyklus gestern eine große Inaugurationsfeier, der in politischer sowie in wissenschaftlicher Beziehung repräsentative Bedeutung zukommt. Der heurige Vortragszyklus, der erste seit dem Beginn des Krieges, knüpft an die neuesten weltgeschichtlichen Vorgänge an und bringt, die Wissenschaft mit den Vorgängen des Tages in eine innige Verbindung. Der Zyklus ist der Schilderung der natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des nahen Orients gewidmet, und es ist selbstverständlich, daß dabei die Beziehungen der Monarchie zu diesen im Vordergrund der Ereignisse stehenden Ländern besonders betont werden. Bewährte Kenner des Balkans und des nahen Orients, Fachmänner in der Beurteilung der wirtschaftlichen und der politischen Bedingungen werden die Hörer durch die Länder geleiten, durch die früher der Schritt der verbündeten Heere gegangen ist. Allen diesen Verhältnissen war die einleitende großzügige Inaugurationsrede gewidmet, die der Präsident der Freien Vereinigung Geheimer Rat Sektionschef Dr. Ewiklinski vor einem ausgezeichneten Zuhörerkreis von Politikern, Gelehrten und Beamten sowie Männern der Praxis in Handel und Industrie im Festsaal der Niederösterreichischen Handelskammer hielt. An die Betrachtung der jüngsten Vergangenheit schlossen sich hoffnungsvolle Ausblicke in die Zukunft, und der ganze Gedankengang war fundiert auf der tiefgründigen historischen Kenntnis des hervorragenden Gelehrten, der sich bekanntlich ehedem als Universitätsprofessor der Erforschung des klassischen Altertums gewidmet hat.

Die Inaugurationsrede des Geheimen Rates Dr. Ludwig Ewiklinsky.

Geheimer Rat Dr. Ewiklinsky begrüßte den Zuhörerkreis als Vorsitzender der Freien Vereinigung. Er bittet, das Erscheinen eines so zahlreichen Auditoriums in dem Sinne auslegen zu dürfen, daß der Institution auch jetzt Interesse entgegengebracht und die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit im gegenwärtigen Augenblicke, nach einer längeren Unterbrechung, gutgeheißen wird. Die Unterbrechung — fuhr der Redner fort — dauerte zwei Jahre und bedarf kaum einer Rechtfertigung; es wäre nicht angemessen gewesen, an eine Tätigkeit heranzutreten, die als ein nicht zeitgemäßes Ablenken von den das Denken und Fühlen in Anspruch nehmenden Begebenheiten hätte erscheinen können, von der ersten Pflicht aller in der Gegenwart, der Sorge um den Staat und dessen Bedürfnisse.

Krieg und Wissenschaft.

Allein es ist bezeichnend und wurde wohl schon des öfteren bemerkt, daß der gegenwärtige Weltkampf, bei dem wissenschaftliche Mittel zur vollen Geltung kommen, außer andern, durch lange Erfahrung scheinbar vollkommen begründeten Sätzen auch den bekannten Spruch in seiner Gültigkeit erschüttert hat, daß, wo der Krieg wütet, wissenschaftliche und künstlerische Betätigung erlischt. Niemand wird in Abrede stellen wollen, daß Kunst und Wissenschaft in den letzten 19 Monaten viel, sehr viel gelitten haben, aber die Beobachtung lehrt anderseits, daß der jetzige Krieg in mancher Hinsicht erziehend und anregend gewirkt, den Wert und die Bedeutung der geistigen und kulturellen Arbeit gehoben hat; schon jetzt dringen in die der Forschung und Lehre geweihten Stätten neue Strömungen ein, neue Probleme tauchen auf, neue Ideen kündigen eine Umgestaltung des geistigen und sittlichen Lebens an.

Als demnach durch die herrlichen Siege der verbündeten tapferen Armeen auf den verschiedenen Kampfgebieten im Frühjahr, im Sommer und im Herbst des vorigen Jahres eine so überaus glückliche Wendung der Dinge herbeigeführt wurde, glaubten wir, es wagen zu können, uns wissenschaftlichen Fragen zu widmen, die sich für unsre Betrachtungen aus den großen Ereignissen der Gegenwart ergeben oder mit Bezug auf dieselben entstehen. Die Ereignisse bieten eine Reihe von Themen. Daß wir uns entschlossen haben, uns den Balkanländern und dem nahen Orient zuzuwenden, dürfte leicht verständlich sein. Sind doch die Gebiete des Balkans und Vorderasiens in der jüngsten Vergangenheit wiederum in den Vordergrund der Weltpolitik getreten. Das heldenmütige Ringen der Verbündeten auf den südöstlichen Kriegsschauplätzen hat die Heimatländer unsrer östlichen Bundesgenossen unserm Empfinden noch näher gebracht. Ueberdies haben die in jenen Ländern erzielten kriegerischen Erfolge eine Reihe von Problemen wirtschaftlicher Natur aufgerollt, die für die Zentralstaaten, namentlich für unsre Monarchie, von hervorragender Bedeutung sind und allgemeines Interesse hervorrufen. Noch läßt sich allerdings von der Gestaltung der Dinge nach dem Krieg ein Bild nicht entwerfen, noch sind die Ansichten über das künftige wirtschaftliche Verhältnis der verbündeten Staaten nicht geklärt und nicht abgeschlossen. Deutlich vernimmt man jedoch von überall her den einen Wunsch, daß das Band, das die gemeinsame Gefahr zwischen diesen Staaten geschmiedet hat, auch in der Friedenszeit seine Stärke bewahre, daß die mit unsäglichen Mühen und zahllosen Opfern gewonnenen Vorteile eine Unterlage für eine weit ausgedehnte, in gegenseitigem Einverständnis organisierte Entwicklung von Kultur und Wirtschaft schaffen. Militärisches und politisches Bündnis wäre mit Schranken, die den Handel und den Austausch von Erzeugnissen der Industrie und der Landwirtschaft in stärkerem Maße hemmen würden, nicht gut vereinbar. Es heißt überdies, daß die feindlichen Völker auch nach dem Friedensschluß ihre Gegnerschaft in Handel und Verkehr nicht werden aufgeben wollen; um so dringender ist die Notwendigkeit, daß die Staaten des Vierbundes sich gegenseitig unterstützen und ergänzen, um sich weiter entwickeln und gedeihen zu können.

Unsre historische Mission.

Die Donau-Adria-Monarchie darf den Anspruch erheben, daß ihr im Kreise der Bundesgenossen wie bei dem Waffengang so auch nach dessen glücklichem Ende der gebührende Platz, an den Unternehmungen selbst die entsprechende Beteiligung zufalle. Die geographische Lage des Reiches weist seine Industrie und seinen Außenhandel auf den nächsten und nahen Orient. Seit jeher gepflegt, bilden die innigen Beziehungen zum Balkan, Kleinasien und Syrien einen Bestandteil der historischen Tradition, der historischen Mission Oesterreich-Ungarns. Nun müßte dieser Verkehr noch erweitert und den geänderten Verhältnissen entsprechend modifiziert werden, die Beziehungen müßten vielseitiger und noch inniger werden, wenn Oesterreich-Ungarn sich und seinen Freunden nützen, wenn es ein wertvolles und vollwertiges Glied in der durch das Waffenbündnis geschlossenen Kette sein soll. Die äußeren Bedingungen sind vorhanden, auch fehlen den beiden Staaten der Monarchie nicht die nötigen Hilfsmittel, die Bevölkerung besitzt Vorzüge, besitzt die Eignung für eine derartige Betätigung; anerkanntermaßen zeichnet sie die Gabe aus, die Individualitäten andrer Völker und Stämme zu verstehen und sich deren Eigenart anzupassen, und erhöht ihre Fähigkeit, sich im Ausland geltend zu machen.

Vermehrte Aufgaben erheischen indessen ein größeres Maß von Energie. Schlummernde, unbenützte Kräfte müssen geweckt, gesammelt und organisiert, neue Wege gesucht und geebnet werden. Der wissenschaftlichen Forschung eröffnen sich weite Horizonte, die Lehre hat ihr Gefolgschaft zu leisten. Fruchtbare Gedanken und Pläne sowie nützliche Kenntnisse, technische und naturwissenschaftliche, wirtschaftliche und rechtliche, sollen in weitere Gesellschaftskreise getragen und ihnen in entsprechender Form zugänglich gemacht werden.

Neues Wiener Tagblatt 4./III. 1916

II
33

Hiezu glaubt auch die Freie Vereinigung ihr Scherflein beitragen zu können, sie betrachtet dies als ihre Pflicht und hat darum den angekündigten Zyklus von Vorlesungen eingerichtet. Der Zweck der Vorträge ist: In objektiv darstellender, wissenschaftlich unvoreingenommener Weise Beamten und sonstigen Absolventen von Hochschulen, Angehörigen der Industrie, des Handelsstandes und der Geschäftswelt sowie andern Persönlichkeiten mit der nötigen Vorbildung Einblick zu gewähren in die allgemein kulturellen, ökonomischen und staatsrechtlichen Zustände der Staaten und Völker an der unteren Donau, auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeerbecken sowie die Kenntnis von der völkerrechtlichen Lage jener Gebiete zu vertiefen.

Orient und Okzident.

Zum Schluß noch eine Bemerkung, die, wenn auch nicht neu, in diesem Zusammenhang vielleicht dennoch hervorgehoben zu werden verdient.

„Ex oriente lux." Wie die Strahlen der Sonne sich vom Osten her über unsre Gefilde verbreiten, um Licht und Wärme zu spenden, so verbreiteten sich über das Abendland die kulturellen Güter und die geistigen und religiösen Werte, die vor Jahrhunderten im Morgenlande, in Aegypten und Mesopotamien, in Palästina und Griechenland geschaffen wurden. Dankbaren Herzens hat sie der Okzidentale in Empfang genommen und behütet sie sorgfältig als kostbaren Schatz. Und trotz Jahrhunderte währender Kämpfe, trotz Verschiedenheit im Glauben, in Sprache, Sitte und Lebensweise wendet der Bewohner des Abendlandes seinen Blick immer wieder nach dem Morgenlande, und seine Seele, seine Phantasie erfüllt die Sehnsucht nach dessen Eigenart, nach dessen Pracht und Schönheit. So hat denn Goethe schon vor 90 Jahren den Spruch geschrieben: „Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen." Doch des Meisters Worte fanden in den nachfolgenden Jahrzehnten nicht die volle Erfüllung. Vielleicht werden die Geschehnisse der Gegenwart es zustande bringen, daß sich der Satz in naher Zukunft in Wirklichkeit umsetzt.

Als vor vierundzwanzig Jahrhunderten der Großkönig mit seinen Heeresmassen gegen Hellas zog, ließ er über den Hellespont, von Asien nach Europa, Schiffsbrücken errichten. Auch jetzt wird zwischen Orient und Okzident eine Brücke gebaut, doch nicht in feindlicher Absicht. Von beiden Seiten, von der asiatischen und von der europäischen, von Türken und Bulgaren, von Ungarn, Oesterreichern und Deutschen, werden in den Boden Pfeiler für eine mächtige Brücke eingeschlagen, für die Brücke der Eintracht und Freundschaft. Nicht Ziegel und Steine, nicht Eisen und Beton werden für den Bau verwertet, andres, noch festeres Material gelangt zur Verwendung: die Ueberzeugung von dem Nutzen und der Notwendigkeit des Zusammenwirkens; die Erkenntnis, daß in dem Wohl aller Bundesgenossen auch der Vorteil des einzelnen liegt; die in der Waffenbrüderschaft der Völker gewonnene gegenseitige Wertschätzung. Auf einer solchen Unterlage ruhend, wird der Bau der Unbill der Zeiten gewiß einen starken Widerstand entgegenzusetzen vermögen.

Dies wünschen und hoffen wir, und von diesem Wunsche erfüllt, unternehmen wir unsre Wanderungen durch die klassischen Landschaften von Hellas und das fruchtbare Tal der „rauschenden Maritza", durch die belebten Straßen des unvergleichlich schönen Gestades am Bosporus sowie durch die von Natur reich gesegneten Ebenen des Euphrat und Tigris. Herzlichen Dank wissen wir den kundigen Führern, die die Leitung übernommen haben.

Fremdenblatt
4./III. 1916

34

Der neue türkische Zolltarif.

K. **Konstantinopel**, 2. März. Die Kammer hat auf dringlichem Wege den neuen allgemeinen Zolltarif und das dazu gehörige Gesetz mit Wirksamkeit vom 14. September 1916 für drei Jahre angenommen. Der Ausschußbericht hiezu stellt fest, daß diese Frist den Abschluß provisorischer Handelsverträge, wenn auch nur mit den verbündeten Mächten nicht hindere, da diese Mächte natürlich der Anwendung eines Konventionaltarifes, der vorteilhafter ist als der allgemeine Tarif, den Vorzug geben dürften. Es wäre, sagt der Bericht, bei gegenseitigem guten Willen möglich, bis zum 14. September d. J. Verträge mit Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Bulgarien zu schließen. Da der Krieg mit Gottes Hilfe vor Ablauf der dreijährigen Frist beendigt sein wird, wird ein zweiter Tarif ausgearbeitet werden können auf Grundlagen, die den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des Landes besser entsprechen.

* * *

Der neue allgemeine Zolltarif der Türkei ist offenbar bestimmt, den Abschluß von Tarifverträgen und damit einen Vertragstarif vorzubereiten. Die Tarifverträge werden zunächst auch nur als provisorische Vereinbarungen in Betracht kommen.

Mit Deutschland haben amtliche Vertragsverhandlungen schon Ende November vorigen Jahres begonnen. Kurz vorher, am 11. November v. J., hatte die türkische Regierung den Entwurf des Zolltarifs in der Kammer eingebracht, der die jetzt 15 Prozent ad valorem betragenden Zollsätze auf 30 Prozent steigert und die Zollbehandlung neu regelt. Der bisherige Zollsatz von 15 Prozent ad valorem wurde im Jahre 1914 festgesetzt. Im Jahre 1909/10 war der Zollsatz von 8 auf 11 Prozent ad valorem erhöht und dann kam jene Erhöhung um weitere 4 Prozent.

Zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei besteht seit dem Jahre 1890 — damals lief der im Jahre 1862 abgeschlossene Vertrag ab — kein Handelsvertrag mehr, sondern bloß ein modus vivendi auf Grundlage der wechselseitigen Meistbegünstigung.

Die Zeit
4. III. 1916

Die Leipziger Messe.

Großer Erfolg.

KB Leipzig, 3. März.

Die Zahl der zum Besuch der Leipziger Messe ausgegebenen Karten ist auf mehr als 23.000 gestiegen. Alle Hotels sind voll besetzt. Die Messe dürfte demnach bedeutend stärker besucht werden als die letzte Friedensmesse im Frühjahr 1914.

Neue Freie Presse Abendbl. 4. III. 1916

Oesterreich-Ungarn und das Verbot der Einfuhr von Luxuswaren nach Deutschland.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 3. März.

Die vor kurzem veröffentlichte Bundesratsverordnung, durch welche die Einfuhr einer größeren Anzahl von Luxusartikeln nach Deutschland verboten wird, würde bei uneingeschränkter Durchführung auch verschiedene österreichische Industrien hart treffen. Neben einzelnen reinen Luxusartikeln kommen hier besonders Konfektionswaren und als wichtigster Artikel Filzhüte in Betracht.

Wie Ihr Korrespondent nun erfährt, ist zwar bisher eine Ausnahmeverfügung für Oesterreich nicht erlassen worden, doch ist die Angelegenheit keineswegs als erledigt zu betrachten. Vielmehr besteht eine Möglichkeit, daß hier ebenso wie in anderen analogen Fällen eine besondere Einigung zwischen den Bundesgenossen stattfindet. Zugunsten der beteiligten österreichischen Industrien kann eine Ausnahme geschaffen werden, die selbverständlich eine gleichwertige Vorzugsstellung der deutschen Industrie in Oesterreich bedingen und dieser die nötigen Sicherheiten gewährleisten würde, falls in Oesterreich ähnliche Maßnahmen, wie das deutsche Verbot der Luxuswareneinfuhr, getroffen werden sollten.

Reichspost
4. März 1916

Die Annäherung zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Eine Debatte in der Reichenberger Handels- und Gewerbekammer.

(Drahtbericht der „Reichspost".)

Reichenberg, 2. März.

Die Reichenberger Handels- und Gewerbekammer beschäftigte sich in ihrer heutigen Vollversammlung auf Grund eines ausführlichen, von Regierungsrat Doktor Carus verfaßten Berichtes ihres handelspolitischen Ausschusses mit der Frage der wirtschaftlichen Annäherung an das Deutsche Reich. An den Bericht, über dessen Inhalt und Leitsätze wir schon vor einigen Wochen anläßlich des Abschlusses der Ausschußberatungen berichtet haben, entwickelte sich eine lebhafte und interessante Debatte.

Herrenhausmitglied Ginzkey bezeichnet den wirtschaftlichen Anschluß der Mittelmächte schon im Hinblick auf die außerordentliche Inanspruchnahme der Staatsfinanzen als einen kategorischen Imperativ, der in dem Ausschußbericht mit großer Objektivität nachgewiesen werde. Eine andere (Prager) Kammer habe leider diese Objektivität vermissen lassen, als sie jüngst ihre ablehnende Haltung zu begründen versuchte.

Der Großindustrielle und Präsident der Aussig-Teplitzer Eisenbahn, Wolfrum, erörtert zunächst die Verhältnisse der Wollwarenindustrie, die in den 24 Jahren des Zollschutzes ihre Fabriken ausgebaut, einen guten, zuverlässigen Arbeiterstand gefunden und keinen Grund habe, die Konkurrenz mit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte zu fürchten. Wenn für Zugeständnisse im Zolle der größere Markt eingetauscht werde, brauche man sich nicht an das heutige Ausmaß der Schutzzölle zu klammern. Freilich habe es immer Leute gegeben, welche sich in Prophezeihungen über Gefahren ergingen, die nie eingetreten seien. Das sei Konservativismus im schlechten Sinne. Die Hauptsache sei die Freimachung des Unternehmungsgeistes und die Großzügigkeit der Gesetzgebung und Verwaltung, dann werde das Wirtschaftsbündnis mit Deutschland die Vollendung des segensreichen Ereignisses sein, für das wir dem Schicksal danken müssen, daß sich die Häuser Habsburg und Hohenzollern gefunden haben. Die beiden Kaiser werden den weltwirtschaftlichen Bund begründen, dessen Bedeutung wir zuerst als Staatsbürger und dann erst als Industrielle beurteilen sollen.

Abg. Dr. Urban teilt die Gegner der Annäherungspläne in drei Gruppen. Zu der ersten gehören diejenigen, welche schon vor dem Kriege Gegner des politischen Bündnisses mit Deutschland waren und dessen Ausgestaltung natürlich nicht mit ihren Sympathien begleiten. Die zweite Gruppe sind diejenigen, welche über Plan und Form der Annäherung im Unklaren sind. Hier erwähnt der Redner, daß die an dem bekannten Beschluß der Prager Kammer beteiligten deutschen Mitglieder derselben — er selbst sei leider damals von Prag abwesend gewesen — ihre Haltung dahin erklären, daß sie glauben, die Annäherung an Deutschland werde nicht ohne namhafte Schwierigkeiten vor sich gehen können. Sie seien aber keine Gegner der Annäherung, wenn es gelingt, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die dritte Gruppe der Gegner seien diejenigen, welche aus geschäftlichem Interesse die deutsche Konkurrenz fürchten. Wir haben aber mit unseren Zöllen schlimme Erfahrungen gemacht und müssen nun auch das Interesse des Konsumenten schützen. Die Teuerung wird nach dem Kriege nur in geringem Maße abnehmen, wir werden sogar mit einer wesentlichen Verteuerung des Geldes zu rechnen haben, denn die jetzige Geldfülle sei pathologisch und stamme aus der Umwandlung des Betriebskapitals in Geld und Werteffekten. Es werden Kreditorganisation der Rohstoffgesellschaften erforderlich sein, denen insbesondere die Aufgabe zufallen wird, durch Schaffung von gemeinsam fundierten Zahlungsmitteln, die erst dann in Auslandswährung einzulösen wären, wenn bereits Eingänge aus Exporten bei den Devisenzentralen zur Verfügung stünden, die Emissionsgrundlage der Notenbanken zu schonen.

Kammerrat Karl v. Zimmermann lenkt die Aufmerksamkeit der Kammer darauf, daß der Botschafter Tittoni vor einiger Zeit in Nizza die gleiche Forderung einer wirtschaftlichen Annäherung zu den Ententemächten für Italien erhoben habe. Die Rohstoffzentralen sowie die Devisenzentrale beweisen, daß wir sehr gut im Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche arbeiten können; es sei darum schwer, auf anderer Seite gefallene Bemerkungen zu verstehen, die in der Tätigkeit der Devisenzentrale schon eine wirtschaftliche Unterordnung unter Berlin erblicken. Uebrigens werde es sich nicht darum handeln, ob wir diese Annährung wollen, wir werden sie vielmehr wollen müssen, denn die Verhältnisse werden stärker sein als wir.

Kammerrat Pfeifer bemerkt, daß das System der zeitweiligen Revisionen an Stelle des von vornherein festgelegten Abbaues empfehlenswert sei und im weitesten Maße die gesonderte Berücksichtigung jeder Erzeugungsgruppe zulasse. Um die Zinsen der Kriegskosten zu decken, müssen die Nettoeinkünfte aus Steuern, Monopolen, Gebühren usw. verdoppelt werden. Infolge des Steigens des Lohnniveaus würden die Fabrikationskosten erhöht werden, was sich im Preise des Endfabrikates zeige. Unter diesen Umständen könne eine Erhöhung der Zölle nicht vorgenommen werden. Zur Fundierung der großen Kriegsanleihen und zur Valutaregulierung werden wir das neutrale Ausland und in erster Linie Deutschland brauchen, welches somit in hohem Maße unser Gläubiger werden wird. Jeder Gläubiger habe aber das größte Interesse an dem Wohlergehen seines Schuldners, infolgedessen wird Deutschland Oesterreich bei der Annäherung sicherlich entgegenkommen. Auch andere Momente begünstigen die Annäherung. Die während des Krieges geschaffenen staatlichen Verwaltungsformen für Rohstoffhandel werden bleiben und auch die Regelung des Arbeitsmarktes wird ein Zusammengehen mit Deutschland nötig machen. Gegenüber diesen schwerwiegenden Gründen seien die gegen den Plan des wirtschaftlichen Anschlusses vorgebrachten Bedenken von keinem Gewicht.

Dr. Richard Neumann weist darauf hin, daß zur Wiederherstellung unserer Valuta langfristige Goldanleihen notwendig seien. Die Spezialisierung werde der österreichischen Industrie erleichtert werden, wenn manche deutsche Zölle niedriger gehalten werden als umgekehrt und allmählich bei noch zeitweiligen Fortbestehen eines mäßigen Zollschutzes für Oesterreich ganz in Wegfall kämen. Das Entgegenkommen werde sich aber auch für das Deutsche Reich lohnen, das ein Entgelt hiefür auf anderen Gebieten finden werde.

Abg. Regierungsrat Hartl erwähnt in seinen Ausführungen ebenfalls die Kundgebung der Prager Kammer, „die wir genau einzuschätzen wissen". In der Sache selbst stimmt Redner den Anträgen des Ausschusses ihrem ganzen Inhalte nach zu.

Bei der Abstimmung wird der Ausschußbericht unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Neue Freie Presse
5. III. 1916

Der neue türkische Zolltarif.

Konstantinopel, 2. März.

Die Kammer hat auf dringlichem Wege den neuen allgemeinen Zolltarif und das dazu gehörige Gesetz mit Wirksamkeit vom 14. September 1916 für drei Jahre angenommen. Der Ausschußbericht hiezu stellt fest, daß diese Frist den Abschluß provisorischer Handelsverträge, wenn auch nur mit den verbündeten Mächten, nicht hindere, da diese Mächte natürlich der Anwendung eines Konventionaltarifes, der vorteilhafter ist als der allgemeine Tarif, den Vorzug geben dürften. Es wäre, sagt der Bericht, bei gegenseitigem guten Willen möglich, bis zum 14. September d. J. Verträge mit Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Bulgarien zu schließen. Da der Krieg mit Gottes Hilfe vor Ablauf der dreijährigen Frist beendigt sein wird, wird ein zweiter Tarif ausgearbeitet werden können auf Grundlagen, die den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des Landes besser entsprechen.

Tägliche Rundschau.
5./III. 1916

Bundesratsbeschlüsse über Ablieferung eingeführter Auslandswaren.

Berlin, 4. März. Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, daß pflanzliche und tierische Oele und Fette jeder Art — mit Ausnahme von Butter, Margarine und Schmalz — sowie Seifen, die aus dem Ausland eingeführt werden, an den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette G. m. b. H. in Berlin zu liefern sind.

Ferner, daß das aus dem Ausland eingeführte Schmalz (Schweineschmalz) nur durch die Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin in den Verkehr gebracht werden darf.

Der Bundesrat hat außerdem beschlossen, daß § 1 Abs. 1 der Bekanntmachung, betreffend die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und Futtermitteln vom 11. September 1915 („Reichs-Gesetzbl." S. 569), folgenden Wortlaut erhält:

Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Mais, Hülsenfrüchte, Buchweizen, alle Produkte und Abfälle der vorgenannten Erzeugnisse, welche durch Vermahlen, Schälen oder Schroten gewonnen werden, allein oder in Mischungen — auch mit anderen Erzeugnissen — sowie Malz, sind, soweit sie aus dem Ausland eingeführt werden, an die Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin zu liefern. (W. T. B.)

Fremdenblatt
6./III. 1916

41

Für ein Wirtschaftsbündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Aus Innsbruck, 1. März, wird uns geschrieben: In der Innsbrucker Handels- und Gewerbekammer, die schon einmal, zu Beginn des Weltkrieges, die Forderung nach einem engen wirtschaftlichen Zusammenschluß der beiden Kaiserreiche aufstellte, kam es gestern zu einer erneuten Kundgebung für ein Wirtschaftsbündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Die gestrige Kundgebung verdient deshalb besondere Beachtung, weil sie nicht nur von den Mitgliedern der Kammer allein, sondern in einhelliger Uebereinstimmung mit sämtlichen wirtschaftlichen Vereinigungen und Interessenten Nordtirols beschlossen wurde, und weil sie nicht zuletzt auch die engeren Belange des Landes berücksichtigt, das als Grenzgebiet unter den gegenwärtigen Verhältnissen am meisten zu leiden hat. Für Tirol müßte, so wird in dem Referat des Kammerpräsidiums ausgeführt, das Wirtschaftsbündnis mit dem Deutschen Reiche eine bessere Verwertung der Wasserkräfte ermöglichen, den für die Fremdenindustrie des Landes wichtigsten Verkehr aus Deutschland fördern, der Holzindustrie, dem Wein- und Obstbau sowie dem heimischen Kunstgewerbe besseren Absatz sichern. Das Land käme in eine günstigere, weil zentralere Lage zum gemeinsamen Wirtschaftsgebiet und würde aller Voraussicht nach einem erheblichen Aufschwung entgegensehen können.

Die vom Kammerpräsidium beantragte und einstimmig angenommene Entschließung besagt: In erneuter Betonung der bereits früher einhellig ausgedrückten Ueberzeugung von der Notwendigkeit, das Bündnis mit dem Deutschen Reiche militärisch und politisch, aber auch wirtschaftlich zu verstärken und auszubauen, spricht sich die Handels- und Gewerbekammer in Innsbruck in Uebereinstimmung mit den industriellen, kaufmännischen und gewerblichen Kreisen ihres Bezirkes für die zukünftige vollständige Zollunion und zum Uebergang für die möglichst engste Wirtschaftsvereinigung mit Deutschland aus. Zur Erreichung dieses Zweckes wird vorgeschlagen, daß Oesterreich und Ungarn auf Grund entsprechender langfristiger Regelung ihres beiderseitigen Wirtschaftsverhältnisses mit dem Deutschen Reiche vereinbaren:

1. Die Gemeinsamkeit der Handelspolitik, einheitlichen Zolltarif, einheitliches Warenschema und gemeinsames Zollamt;

2. einstweilen für den binnenländischen Verkehr zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland stufenweise abzubauende Zwischenzölle, insoferne sie für die Uebergangszeit zum Schutze für die Allgemeinheit bedeutsamer bodenständiger Interessen notwendig sind;

3. die Regelung der Währungsverhältnisse und der Verkehrspolitik. Gleichgestaltung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialgesetzgebung;

4. die Ermöglichung des Anschlusses der anderen verbündeten und neutralen Staaten, wofür die einem großen Wirtschaftsgebiet innewohnende Anziehungskraft die beste Aussicht bietet.

Fremdenblatt
8./III. 1916

43

Handelsprovisorium mit Bulgarien.

Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht eine Verordnung, wonach die Handels- und Verkehrsverhältnisse zu Bulgarien bis auf weiteres, spätestens aber bis zum 31. Dezember 1916, auf Grund des Prinzips der Meistbegünstigung zu behandeln sind.

Diese Verfügung bildet nur eine Erneuerung der früher erlassenen Verfügungen, die zur Schaffung eines modus vivendi mit wechselseitiger Meistbegünstigung führten, als der Vertrag vom 21. Dezember 1896 abgelaufen war.

Neue Freie Presse
9. III. 1916

Die Handelsverhältnisse im Okkupationsgebiete Polen.

Wien, 8. März.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

In einzelnen Zeitungen in Deutschland sind bezüglich der Handelsverhältnisse im k. u. k. Okkupationsgebiete in Polen Mitteilungen erschienen, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen und geeignet sind, deutsche Kaufleute irrezuführen. Es wurde nämlich behauptet, daß in diesem Gebiete Mangel an Kaufleuten und Gewerbetreibenden aller Art herrsche und es daher besonders für Kaufleute sehr zu empfehlen wäre, dort Läden zu errichten.

Diesen unbegründeten Behauptungen gegenüber wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß im k. u. k. Okkupationsgebiet in Polen nicht nur keine Not an Handelstreibenden herrsche, sondern im Gegenteil zurzeit infolge der Verhältnisse sogar ein Teil des bestehenden einheimischen Handelsstandes vielfach zur Untätigkeit verurteilt ist.

Fremdenblatt 9./III. 1916

Der neue türkische Zolltarif.

K. **Konstantinopel**, 8. März. Der von der Kammer bereits genehmigte und nunmehr in den zuständigen Kommissionen des Senates verhandelte türkische allgemeine Zolltarif stellt, wie die Kammerkommission in ihrem Motivenbericht entwickelt, weder eine schutzzöllnerische, noch eine freihändlerische Zollpolitik dar. Er beschränkt sich nur darauf, die bisher offene Türe etwas zu schließen: Für zwei Drittel der Einfuhrwaren werden die bisherigen quasi freihändlerischen Zölle mit einem Satze von durchschnittlich 10 bis 15 Prozent beibehalten, während zum Zwecke des Schutzes des Ackerbaues und der im Lande in Entstehung begriffenen oder in der Zukunft zu entstehenden Landesindustrien, die Agrar-, bezw. Viehzuchtprodukte sowie die Industrieprodukte, die mit den im Lande selbst vorkommenden oder vom Auslande zollfrei oder mit geringen Zöllen einzuführenden Rohstoffen erzeugt werden könnten, mit verhältnismäßig höheren, 15 Prozent des Wertes übersteigenden Zöllen belastet werden.

Der Zolltarif bestimmt in 30 Kapiteln die Zölle für 772 Warensorten. Hievon sind 10 (nichtgebundene Schulbücher und Unterrichtsgegenstände, Dünger, Ackerbaumaschinen, Gold, Platin 2c.) zollfrei; 16 Artikel (Edelsteine, Schmucksachen 2c.) werden mit ¼ bis 5 Prozent, 126 Artikel mit 10 Prozent, 450 mit 15 Prozent, 154 mit 20 Prozent, 85 mit 25 Prozent, 130 mit 30 Prozent, 6 mit 33 Prozent, 32 mit 40 Prozent, 45 mit 50 Prozent, 5 mit 60 Prozent, 4 mit 75 Prozent, 2 mit 80 Prozent, 19 mit 100 Prozent, 1 mit 140 Prozent, 2 mit 150 Prozent besteuert und von 10 Warensorten (Kriegswaffen, Explosivstoffe) ist die Einfuhr verboten. Die Zollfreiheit oder die niedrigen Zölle für Schulbücher bezwecken die Förderung des Unterrichts, die für Edelsteine und Schmucksachen die Verhinderung des Schmuggels dieser leicht einschmuggelbaren Waren.

Für 126 Waren sind die Zölle niedriger als vor dem Kriege, wenn man die Teuerung, welche gewiß auch nach dem Kriege fortdauern wird, berücksichtigt, für viele sogar auf die Hälfte herabgesetzt. Für 450 Artikel sind die Zölle höher als vor dem Kriege, aber auch bei diesen sind die Zölle der Teuerung wegen eigentlich niedriger als die vor dem Kriege bestandenen 15prozentigen.

Uebrigens, führt die Kommission aus, stellen die Zollsätze des Tarifs nicht die definitiven, sondern die Maximalzölle dar und können deshalb bei Handelsvertragsverhandlungen mit den einzelnen Mächten für viele Waren entsprechend reduziert werden, wenn auch die betreffenden Mächte die Einfuhr von türkischen Ausfuhrwaren durch entsprechende niedrige Zölle begünstigen. Schließlich drückt, wie bereits gemeldet, die Kommission die Hoffnung aus, daß bis zu dem für die Inkraftsetzung des Tarifs festgesetzten Termin, also bis zum 14. September 1916, der Abschluß der Handelsverträge zumindest mit den verbündeten Mächten möglich werde.

Neues Wiener Tagblatt
9/III. 1916

Das Verbot der Einfuhr von Luxuswaren.

Der Sekretär der handelspolitischen Kommission Dr. Becker berichtete über das Verbot der Einfuhr von Luxuswaren aus dem feindlichen Ausland nach Oesterreich und die Verpflichtung zur Zollzahlung in effektiven Goldmünzen bei der Einfuhr von Luxuswaren aus dem übrigen Ausland. Durch beide Verordnungen wurden Interessen von Gewerbe- und Händlerkreisen tangiert. Benachteiligt werden jene Gewerbetreibenden, die zur Erzeugung ihrer Waren Rohstoffe und Halbfabrikate verwenden, deren Einfuhr entweder ganz verboten oder durch die Verpflichtung, den Zoll in Goldmünzen zu zahlen, erschwert wurde. Der Referent verwies insbesondere auf die Schmuckfedern-, Meerschaumwaren- und Schildpattwarenerzeuger. Auch die Händlerkreise, welche sich mit dem Handel ausländischer Luxuswaren befaßt haben, werden durch die Verordnung betroffen.

Der Vertreter der Genossenschaft der Marmorwaren- und Grabsteinerzeuger weist darauf hin, daß sich die Abnehmer mit inländischem Marmor nicht zufriedengeben und die Ausführung in ausländischem Marmor verlangen. Möbelfabrikant Ludwig bemerkte, daß die Möbelindustrie infolge des gegenwärtigen Mangels im Inlande auf die Einfuhr von Möbelstoffen aus Deutschland angewiesen sei. Die Einfuhr von Möbelstoffen wäre insbesondere auf die Anfertigung solcher Möbel zu erstrecken, welche ausgeführt werden. Kommerzialrat Herzfeld gibt die Anregung, daß die Goldzollverordnung auf jene Lieferungsverträge keine Anwendung finden soll, welche vor dem 1. Februar 1916 abgeschlossen wurden. Er bespricht dann den Uebelstand, der sich daraus ergibt, daß jede einzelne Auslandssendung separat verzollt werden müsse. Es sprachen dann noch die Herren Kommerzialrat Fraenkl, Gruber und der Konzipist des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft Dr. Müller, worauf Kammerkonsulent Dr. Becker die vorgebrachten Anregungen wie folgt zusammenfaßte:

1. Die vor Erlassung der neuen Verordnung geltenden Bestimmungen über die Zollzahlung haben auch weiterhin bei der Einfuhr jener im Inland nicht zu beschaffenden Artikel Anwendung zu finden, welche nach einer Verarbeitung oder Bearbeitung (Veredlung) im Inland wieder ausgeführt werden.

2. Die Praxis bei Durchführung der Goldzahlungsverordnung, daß jede Postsendung separat zu verzollen sei, ist dahin abzuändern, daß den Parteien gestattet werde, die Bolletten einer Woche sammeln und den in Gold zu zahlenden Betrag dieser Bolletten addieren zu dürfen. Diese Erlaubnis ist jedoch auf mindestens 5 Bolletten auszudehnen.

3. Für jene Sendungen, welche vor dem 25. Februar im Auslande aufgegeben wurden, soll die Zollbehandlung wie früher durchgeführt werden.

4. Die vor dem Inkrafttreten der neuen Verordnung in Geltung gewesene Zollbehandlung soll sich auch auf jene Waren erstrecken, bei denen der Nachweis einwandfrei erbracht werden kann, daß die Lieferungsverträge vor dem 1. Februar 1916 abgeschlossen wurden.

Neues Wiener Tagblatt

9/III. 1916

47

Die Goldzollzahlung im Exportverkehr.

Stellungnahme der handelspolitischen Kommission.

Die vierte Sektion der handelspolitischen Kommission (Sektion zur Förderung des Exports der Wiener Gewerbe) hielt vorgestern unter dem Vorsitze des Vizebürgermeisters Hierhammer eine Sitzung ab, welche von Genossenschaften, Verbänden und Korporationen sehr stark beschickt worden war.

Kammersekretär Dr. Pistor schildert bei Besprechung des Verkehres in Ausfuhrbewilligungen die bestehenden Schwierigkeiten. Eine Vereinfachung des Verfahrens, wie sie in letzter Zeit in Deutschland Platz gegriffen hat, müßte sich auch in Oesterreich durchsetzen lassen. Die nach dieser Richtung hin gestellten Anträge des Referenten wurden ohne Debatte einstimmig angenommen.

Kammersekretär Dr. Pistor berichtete weiter über die von Deutschland erlassenen Einfuhrverbote und macht die Mitteilung, daß der Handelsminister selbst (wie überhaupt die Regierung) der Angelegenheit die regste Aufmerksamkeit schenke und gemäß einer unmittelbar erfolgten telephonischen Mitteilung alles aufbiete, um raschestens gründliche Abhilfe zu schaffen. Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Regierung nochmals ausdrücklich die Notwendigkeit der Aufhebung der deutschen Verbotsverordnung nahezulegen, was wohl am raschesten durch Entsendung von Spezialdelegierten zur Verhandlung nach Berlin erreicht werden könnte. Für die Uebergangszeit empfahl er, daß die deutschen Zolldirektivbehörden und Hauptzollämter angewiesen werden, Sendungen von weniger als 500 Mark und weniger als 50 Mark aus Oesterreich ohne weiteres durchzulassen. Was aber die bis zum 26. Februar, womöglich aber vor dem 1. März nachweisbar bereits in Versand gebrachten Waren aus Oesterreich überhaupt betrifft, so wären sie vom Verbote auszunehmen.

Bei der sich hierauf entwickelnden Debatte wies kaiserlicher Rat Huber darauf hin, daß die Bestrebungen nach Einführung einer Wiener Mode durch die Verordnung der deutschen Regierung eine außerordentliche Hemmung erfahren. Der Vorsteher der Wäschewarengenossenschaft Fleischmann teilte mit, daß die Gefahr bestehe, daß viele Betriebe eingestellt und zahlreiche Arbeiter, beziehungsweise Arbeiterinnen, entlassen werden müßten. Kommerzialrat Fraenkl bemerkte, daß der Export an Hüten im Jahre 1913 mehr als 12 Millionen Kronen betragen hat. Redner verspricht sich von einer persönlichen Verhandlung mit der deutschen Regierung einen im Interesse der Sache gelegenen möglichst raschen und guten Erfolg. Herr Wasservogel schilderte die Verhältnisse bei der Pelzindustrie. Es sprachen dann noch der Vorsteherstellvertreter der Federnschmückergenossenschaft Wagner, Herr Buchwald vom Verband der österreichischen Metallwarenproduzenten, Gremialrat Max Quittner, worauf die vom Berichterstatter Kammersekretär Dr. Pistor vorgeschlagenen Anträge zur Annahme gelangten.

Die Zeit
9./III. 1916

48

— (**Die oberösterreichische Handelskammer für einen wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland.**) Die oberösterreichische Handels- und Gewerbekammer hat in ihrer Vollversammlung vom 24. Februar hinsichtlich der wirtschaftlichen Annäherung Oesterreich-Ungarns an das Deutsche Reich folgende Anträge einstimmig zum Beschluß erhoben: 1. Aufnahme der Klausel in die Friedensverträge, daß die in den nachstehenden Punkten umschriebene Bevorzugung, die sich Deutschland und Oesterreich-Ungarn im gegenseitigen Verkehr einräumen, von dritten Staaten nicht aus dem Titel der Meistbegünstigung in Anspruch genommen werden kann oder nur in dem Maße des von den dritten Staaten Deutschland und Oesterreich-Ungarn eingeräumten Entgeltes. 2. Abschluß eines Tarifvertrages auf Grund eines einheitlichen Zolltarifschemas. Hierbei Erweiterung der bisherigen Freiliste und Herabsetzung aller Zölle, die volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind, und der Zölle für diejenigen Industrieartikel, deren Erzeugung trotz des bisher bestandenen Zollschutzes nicht gehoben werden konnte. Gemeinsames statistisches Warenverzeichnis. 3. Schaffung einer gemeinsamen Außenzollinie mit gemeinsamem Zolltarifschema. Zur Ausgleichung der verschiedenen Schutzbedürfnisse in den einzelnen Monarchien können zu den gemeinsam vereinbarten Zollsätzen von jedem Vertragsteil Zuschläge erhoben werden. 4. Gemeinsames planmäßiges Vorgehen in der auswärtigen Handelspolitik und gemeinsamer Abschluß von Handelsverträgen mit dritten Staaten. Diese Forderung hätte bereits in den Friedensverträgen zum Ausdruck zu kommen. 5. Die Bildung eines völkerrechtlichen Organs zwecks Beratung in Angelegenheiten der auswärtigen Handelspolitik und in allen Angelegenheiten sonstigen gemeinsamen Vorgehens. 6. Möglichste Anpassung und Ausgleichung der Verschiedenheiten auf dem Gebiete des Rechts-, Verkehrs- und Verwaltungswesens. Die Kammer behält sich insbesondere vor, in diesem Belang noch mit konkreten Vorschlägen an die Regierung heranzutreten. 7. Zwecks Berücksichtigung künftiger Verhältnisse ist die Abmachung mit Deutschland zu treffen, die vor oder unmittelbar nach Friedensschluß getroffenen Vereinbarungen auf dem Gebiete handelspolitischer Annäherung höchstens nach einem Jahr nach Friedensschluß im Sinne einer weiteren Ausgestaltung des wirtschaftlichen Bündnisses einer Ueberprüfung zu unterziehen. Hinsichtlich der Ermäßigung der Zölle im beiderseitigen Verkehr hätte nach bestimmten, kurzfristigen Zeiträumen eine Ueberprüfung in dem Sinne stattzufinden, ob eine weitere Ermäßigung der Zölle möglich erscheint. 8. Der bevorstehende Abschluß des Ausgleichs mit Ungarn hat unter Zugrundelegung des Wirtschaftsbündnisses mit Deutschland zu erfolgen und soll für die gleiche Zeit wie das Wirtschaftsbündnis mit Deutschland Geltung haben.

Neues Wiener Tagblatt
10./III. 1916

(Zollpolitik nach dem Kriege.) In der Gesellschaft österreichischer Landwirte hielt gestern Dr. Gustav Stolper (Wien) einen Vortrag über „Voraussetzungen und Aufgaben der Zollpolitik nach dem Kriege". Der Vortragende ging von den Voraussetzungen und Aufgaben der Zollpolitik vor dem Kriege aus und führte weiter aus: Von allen wesentlichen Voraussetzungen der Handelspolitik hat der Krieg kaum eine unberührt gelassen. Englands Freihandel fällt ihm ebenso zum Opfer wie die „ewige" Meistbegünstigung des Frankfurter Friedens, Rußlands wirtschaftliche Entwicklung ist auf Jahrzehnte zurückgeworfen, die Vereinigten Staaten aus ihrer kapitalistischen Abhängigkeit von Europa befreit und Deutschlands Welthandel muß zum guten Teil neu begründet werden. Die Caprivibverträge waren der erste und einzige gelungene Versuch, das allseitig wachsende Abschließungsbestreben abzuschwächen. Der Krieg hat die Weltmächte in drei Gruppen geschieden: das vom Weltverkehr abgeschnittene Mitteleuropa, die Länder der Entente und die neutralen Staaten, für die der Krieg eine außerordentliche Handelskonjunktur bedeutet. Mitteleuropa hat wirtschaftlich das schwerste Problem zu lösen: Kriegskostendeckung und Vorratsergänzung. Der Vortragende entwickelt nun im einzelnen die Aufgaben, die sich daraus für die einzelnen Mächte ergeben. Oesterreich-Ungarn und Deutschland im besonderen befänden sich in der gleichen Lage. Die Notwendigkeit, ihre Vorräte zu ergänzen, dränge sie einseitig in die Richtung der Ausfuhrförderung, die eine Hochschutzzollpolitik ausschließt. Für Oesterreich-Ungarn bedeute dies vor allem den Zwang, bei der allmählichen Ausgleichung der Produktionsbedingungen sich nicht zu isolieren. Die Ausgleichung der Produktionsbedingungen müsse es aber in erster Linie gegenüber der deutschen Wirtschaft anstreben, gerade weil Deutschland der stärkste Konkurrent sei, weil es die ähnlichsten kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Voraussetzungen aufweise und weil es durch den Krieg vor dieselben Aufgaben gestellt sei wie die Monarchie. Dem Vortrag, welcher mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, wohnten unter andern bei: Geheimer Rat Dr. Freiherr v. Plener (als Vorsitzender), die Sektionschefs Dr. Joas und Dr. Ritter v. Poeschl, Ministerialrat Dr. v. Glanz, die Universitätsprofessoren Hofrat Dr. Fournier und Dr. Seidler, die Großindustriellen Bergrat Max Ritter v. Guttmann und Dr. Heinrich Frieß, Generalrat v. Wiesenburg, die Bankdirektoren Heinsheimer, Dr. Brettauer und Alexander Weiner, Handelskammerrat Fritz Mendl, Gemeinderat Dr. v. Dorn, der Generalsekretär des Industriellen Klubs Breunig und der Sekretär des Oesterreichischen Handelsmuseums Dr. Drucker.

Die Zeit 12./III. 1916

50

— (Die Brünner Handelskammer für den wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland.) In der am 6. d. abgehaltenen Plenarsitzung der Brünner Handels- und Gewerbekammer wurde das Präsidium, bestehend aus Präsidenten Dr. Stephan Freiherrn Haupt v. Buchenrode, Vizepräsidenten Justin Robert und provisorischen Vorsitzenden kais. Rat Eduard Urban, wiedergewählt. Baron Haupt führt anläßlich seiner Wiederwahl u. a. aus, daß gegenüber den Bestrebungen unserer Feinde, die nach Abschluß des militärischen Krieges einen Wirtschaftskrieg gegen die Mittelmächte im Schilde zu führen scheinen, der enge wirtschaftliche Zusammenschluß dieser Mächte, zu denen auch unsere tapferen Verbündeten Bulgarien und die Türkei zählen, ein Gebot der Selbsterhaltung sei. Der Gedanke einer Zollunion ist definitiv fallen gelassen worden und wird von keiner ernst zu nehmenden Seite vertreten. Aber auch die Herabsetzung der Zollsätze bildet nur neben anderen Maßnahmen einen allerdings wichtigen, aber keineswegs den wichtigsten Teil der wirtschaftlichen Annäherung. Eine viel größere Bedeutung kommt solchen gesetzlichen Maßnahmen zu, die geeignet sind, den materiellen und geistigen Verkehr zwischen den Staaten zu erleichtern und zu fördern, und die Produktionsverhältnisse in denselben, soweit sie nicht von den natürlichen Bedingungen abhängig sind, auf eine möglichst gleiche Basis zu stellen. Nicht minder wichtig als die Ordnung unseres zukünftigen Verhältnisses zu Deutschland ist die Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn. Eine Verlängerung der Ausgleichsperioden, um beiden Vertragsteilen die unaufhörlichen Aufregungen neuerlicher Verhandlungen wenigstens für eine Reihe von Jahren zu ersparen, halten wir als im eminentesten Interesse beider Staaten gelegen und als eine unerläßliche Voraussetzung für den Abschluß langfristiger Handelsverträge mit unseren Bundesgenossen. — Kammersekretär Regierungsrat Dr. Robert Mayer erstattet sodann einen Bericht über die wichtigsten Arbeiten der Kammer in den letzten Monaten. Er gewährt ein anschauliches Bild über die relativ günstige Lage unserer Wirtschaft, verschweigt aber nicht die Schwierigkeiten, denen die Produktion und der Handel begegneten, insbesondere nicht die mißliche Lage, in die vielfach Kleingewerbe und -Handel gerieten. Bezeichnend für die Kriegstätigkeit der Kammer ist der Umstand, daß bis zum Ende des Jahres die Lumpen- und Kunstwollzentrale in wenigen Wochen einen Umsatz von 2½ Millionen Mark, das Konto Kammgarnzentrale von 4½ Millionen Kronen aufweist. Hinsichtlich der vielfach notleidenden Handelsagenten und Kaufleute wurde eine Fürsorgeaktion in der Form angeregt, daß die verschiedenen Zentralen einen geringen Zuschlag auf ihren Umsatz zur Schaffung eines Notfonds für Kaufleute einheben. — An den Bericht des Kammerpräsidenten schloß sich eine lebhafte Debatte über die handelspolitischen Annäherung an Deutschland. Kammermitglied kais. Rat Janda erklärt namens der böhmischen Minorität, daß er eine Stellungnahme in Angelegenheit der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland für verfrüht halte. Oesterreich-Ungarn müsse aus eigener Kraft seine wirtschaftliche Machtstellung in Mitteleuropa erkämpfen und festigen. — Kais. Rat Grünfeld faßt seine Meinung in die Worte zusammen: „Wir müssen uns an Deutschland anlehnen, wir können nicht allein bleiben und wollen es nicht. Denen, die sich auf den wirtschaftlichen Isolierschemmel stellen wollen, muß gesagt werden, daß das Problem der wirtschaftlichen Annäherung nicht nach der Meinung einzelner gelöst werden wird, sondern durch die Wucht der Tatsachen und der wirtschaftlichen Verhältnisse." Für die Annäherung sprachen sich noch aus die Kammermitglieder kais. Rat Samek, Waller und Hochstetter, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Neues Wiener Tagblatt

14. III. 1916

51

Die Gemeinschaft der Zentralmächte auf technischen Gebieten.

Ein Vortrag des Geheimen Rates Dr. Exner in München.

Aus München wird uns vom 13. d. telegraphiert:

Geheimer Rat Herrenhausmitglied Doktor Wilhelm Exner hielt heute im Polytechnischen Verein für Bayern vor einem großen, angesehenen Auditorium einen Vortrag unter dem Titel: „Die technischen Elemente in der angestrebten wirtschaftlichen Annäherung der verbündeten europäischen Zentralmächte."

Einleitend schilderte Geheimer Rat Dr. Exner die internationale Gemeinschaftsarbeit auf technischen Gebieten, die sich im zweiten Halbjahrhundert 1850 bis 1900 und von da ab besonders lebhaft und erfolgverheißend entwickelt hatte. Dabei wurden die zusammenfassenden Darstellungen benützt, die den Inhalt eines Vortrages anläßlich der Siebenten Hauptversammlung des Deutschen Museums im Jahre 1910 im Wittelsbacher Palais in München bildeten. Damals war man der Meinung, und ganz besonders waren es die Franzosen, Belgier und Schweizer, die diese Meinung vertraten, daß die internationale Gemeinschaftsarbeit eine Gewähr für den Weltfrieden biete. Die großartigste Demonstration, die letzte ihrer Art, vielleicht nicht mehr wiederkehrend, war die Universalausstellung des Jahres 1900 in Paris. Der Vortragende faßte die technischen und kulturellen Beziehungen der beiden Monarchien im Sinne eines innigeren Anschlusses der Zentralmächte ins Auge, wobei Dr. Exner allerdings voraussetzte, daß der in den drei Staaten Deutschland, Oesterreich und Ungarn zum Ausdrucke gekommene Volkswille einer gleichgerichteten Handelspolitik zur Tatsache werde. Den Hauptinhalt der folgenden Auseinandersetzungen bildete die auf dem Wege der Gesetzgebung oder Verwaltung oder auf Grund gegenseitigen Uebereinkommens (Konventionen) herbeizuführende Regelung eines einheitlichen Verkehrswesens im Mitteleuropa.

Besonderes Gewicht legte Exner auf die Ausbildung der bestehenden wissenschaftlichen Kartelle von Akademien, Gelehrtengesellschaften und Vereinen, indem die geistige Gemeinschaftsarbeit, die bis vor dem Krieg als ein internationales Ziel gedacht war, nun zugleich mit einer Vertiefung der Organisation und des Stoffes auf mitteleuropäischem Gebiete entwickelt werden soll. Sowie der Deutsche und Oesterreichische Alpenverein mit einer bestimmt umschriebenen Aufgabe eine Verbindung zwischen Deutschland und Oesterreich bereits erzielt hat, so sollen für viele andre ethische und wissenschaftliche Zwecke Sondereinrichtungen geschaffen werden, die alle zusammen gegenseitige Befruchtung der kulturellen Entwicklung der Völker und Zusammenfassung der Ergebnisse der gleichartigen Bestrebungen herbeiführen. Die Einrichtungen auf dem Gebiete des Unterrichtswesens von der Volksschule hinauf zu den Hochschulen sollen derart getroffen werden, daß die volle Freizügigkeit der Intelligenzarbeiter zwischen den beiden Kaiserreichen hergestellt werde, sowie heute schon die Freizügigkeit der Arbeiterschaft durch besondere gesetzliche Vorkehrungen auf dem Gebiete des staatlichen Versicherungswesens herbeigeführt worden ist. Die sozialpolitische Arbeit soll im Hinblick auf die Erzielung tunlichster Gleichartigkeit in den verbündeten Staaten eingerichtet werden.

Daß der künftigen Literatur durch diese Unifikationsbestrebungen neue Aufgaben erwachsen werden, steht außer Zweifel; eine besondere Mission fällt ihr aber zu in der Förderung der Freundschaft und gegenseitigen Achtung der Volksstämme, die Deutschland, Oesterreich-Ungarn und ihre alliierten Staaten bewohnen. Der Weg sei langwierig und schwierig, müsse aber ebenso sicher betreten werden wie der, der zu einem festen Verhältnis oder gar zur Vereinheitlichung der Valuta in den sich gegen gemeinsame Feinde verteidigenden Staaten führt. Der Goldwert der seelischen Beziehungen bei den führenden Volksstämmen wird freilich ebenso wie bei den Zahlungsmitteln die einheitliche maßgebende Grundlage bilden.

Der Vortrag wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Fremdenblatt
16. III. 1916

53

Das künftige wirtschaftliche Verhältnis zu Deutschland.

Berlin, 15. März. **(Tel. d. „Fremden-Blatt".)** Man telegraphiert aus München: Hier hat gestern eine Besprechung zwischen Wiener Großindustriellen und Mitgliedern der bayrischen Handelskammern sowie Vertretern der deutschen Donaustädte über Annäherung der Zentralmächte stattgefunden.

Arbeiterzeitung 18/III 1916

I

54

Mitteleuropa und Ungarn.

Von **Josef Diner-Dénes** (Budapest).*)

Vor dem Kriege hat man es herbeigesehnt, in den ersten Monaten des Krieges hielt man es schon für unvermeidlich, aber jetzt . . . „Man" hat seine Meinung bezüglich Mitteleuropas vollkommen geändert.

Das kam aber so: Vor dem Kriege hat man von hier aus mit gar argem Neide nach Deutschland hinübergeschielt. Die agrarischen und industriellen Hochschutzzöllner, weil sie trotz unserer höheren Zölle doch weniger gut abschnitten als ihre deutschen Gesinnungsgenossen, die Sozialdemokraten, weil sie zu keiner so machtvollen Organisation kommen konnten wie die im Reiche draußen, alle übrigen aber, weil ihnen bei Deutschlandreisen die dortige Ordnung und Disziplin nicht nur gewaltig imponierte, sondern förmlich als Ideal erschien gegenüber der bei uns herrschenden Disziplin- und Ordnungslosigkeit.

Was Wunder, daß sich damals so manchen Lippen der Stoßseufzer entrang: Komme über uns, du heiliges Deutsches Reich! Zumal da — und das war die Hauptursache all dieses Seufzens — damit Oesterreich, das „man" auch damals nicht liebte, ein tüchtig Tort angetan worden wäre.

Wir aber, die wir hier die demokratische und sozialdemokratische Wacht hielten, warnten schon damals vor diesem Flirt. Der preußische Landrat auf den ungarischen Stuhlrichter gestülpt, die heimischen agrarischen Ausbeuterinstinkte verstärkt durch ostelbischen Junkeregoismus, dafür als Trost, daß die deutschen Bank- und Industrieherren von den Raubtierinstinkten der unsrigen angesteckt werden, und dann alle in edler Gemeinschaft Demokratie und Sozialdemokratie knebeln . . . nein, dieses Bild lockte uns wahrlich nicht.

Dann kam der Krieg. Was stiller Seufzer gewesen, war laute Wirklichkeit geworden. Deutsche Truppen kämpften gemeinsam mit den unsrigen in den Karpathen, den Feind von Ungarns Boden fernzuhalten. Hoch klang das Lied vom deutschen Mann auch in den allerchauvinistischesten Zeitungen, und dann . . . Wie der Schlachtenlärm in den Karpathen, verklang auch das Lied in weite Fernen, in so weite Fernen, daß es kaum mehr hörbar wurde. Die Zeitungen schwiegen und auch die Seufzer schwiegen. „Man" hatte sich gewendet oder, richtiger gesagt, „man" wurde gewendet.

Die schweren Industriellen und die noch schwereren Agrarier und alles, was an ihnen drum und dran hängt, haben ihre Absage an „Mitteleuropa" gesendet und nur ein winziges Häuflein von bürgerlichen Radikalen und Sozialisten hält jetzt die Fahne hoch und hat in dem bürgerlich-radikalen Blatt „Vilag" sowie in der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft eine nun schon seit Wochen sich hinziehende Debatte über die Frage hervorgerufen. Unser Parteiorgan „Nepszava" hat sich wohl einmal sehr scharf gegen das Schützengraben-Mitteleuropa gewendet, hält aber im übrigen seine Meinung noch hinter dem Berge, was aber an der Feststellung nicht hindern kann, daß auch in der Partei die Gegner Mitteleuropas stark in der Ueberzahl sind.

So die Verhältnisse. Dabei ist's nur natürlich, daß die „Mitteleuropäer" die Lauten, die Scharfen, die Angreifenden sind, da sie doch sehr in der Minderzahl sind und überdies fühlen, wie ihr „Mitteleuropa" aus fast greifbarer Wirklichkeit immer mehr zu hoffnungsloser Schmachterei wird, und ist's noch natürlicher, daß uns sozialistischen und radikalen Gegnern Mitteleuropas der Vorwurf nicht erspart blieb, daß wir in schlechte Gesellschaft geraten sind, weil wir nun mit Scharfmachern und Agrariern an einem Strange ziehen.

Ich aber lache nicht bloß des Vorwurfes, sondern freue mich seiner. Denn nicht ich und die übrigen sozialistischen Mitteleuropäer sind zu den Scharfmachern und Agrariern gestoßen, sondern diese sind endlich einmal in gute Gesellschaft gekommen, sie haben sich zu jener Meinung bekehrt, die wir vor dem Kriege und zu Beginn desselben bekannt und nun, da er seinem Ende zugeht, noch immer bekennen.

*

Die Oesterreicher wissen alles, verstehen aber nichts, die Ungarn wissen nichts, verstehen aber alles. Adolf Beer, der österreichische Wirtschaftshistoriker, schuf dieses Wort gelegentlich einer Quotendeputationsverhandlung. Und er hatte recht. Sind wir auch in der Politik die schlechteren Gelehrten, so sind wir doch die besseren Praktiker, und darum muß man mir es auch gestatten, daß ich mich fernhalte von aller Theorie und Wissenschaft und nur als praktischer Politiker spreche, wenn ich „Mitteleuropa" vom ungarischen Standpunkt beleuchten will.

*) Wir veröffentlichen die kritische Betrachtung unseres ausgezeichneten ungarischen Genossen, weil es wichtig und wünschenswert ist, das Problem von allen Seiten zu betrachten, da nur durch eine allseitige Beleuchtung die notwendige Klärung der Anschauungen herbeigeführt werden kann. Insbesondere kann es die Diskussion nur fördern, wenn alle Einwände und Bedenken zu Wort kommen. Dies vorausgeschickt, wollen wir gleich bemerken, daß wir gegen die Anschauung des Genossen Diner-Dénes mancherlei einzuwenden haben, was wir danach, wenn er ausgesprochen haben wird, auch zu tun gedenken. Red.

Arbeiterzeitung 18. III. 1916

Mitteleuropa und Ungarn.

Meines Wissens hat bisher noch kein Verfechter „Mitteleuropas" eine klare und genaue Umschreibung des von ihm angestrebten Zieles gegeben. In wirtschaftlicher Beziehung ist allerdings schon eine Reihe von konkreten Vorschlägen aufgetaucht, in politischer Beziehung kenne ich aber noch keine solchen, oder wenigstens keine, die öffentlich gemacht worden wären. Ja mehr, ich habe noch keinen Artikel, keine Broschüre, kein Buch über Mitteleuropa gelesen, einschließlich des Naumannschen, in dem die politischen Konsequenzen der verschiedenen konkreten wirtschaftlichen Vorschläge klar und unzweideutig abgeleitet worden wären.

Daß sich aber alle Verfechter Mitteleuropas um den politischen Teil herumdrücken, ist ein Beweis dafür, wie recht wir haben, die wir das Problem „Mitteleuropa" als fast rein politisches Problem ansehen und meinen, daß auch in seinen wirtschaftlichen Beziehungen das Hauptgewicht auf den politischen Auswirkungen liegt. Oder um konkreter zu sprechen: Nicht das Entscheidende ist, ob wir eine reine Zollunion mit Deutschland wollen, oder eine Zollunion mit Zwischenzöllen, oder gegenseitige Vorzugszölle, oder bloße Tarifverträge, sondern wie wir Mitteleuropa ausgestalten wollen, das heißt welche politische Ausgestaltung mit diesen verschiedenen Formen des Zollwesens notwendigerweise verbunden wäre. Und nur wenn wir hiemit im klaren sind, werden wir auch — wenigstens mit einiger Wahrscheinlichkeit — voraussagen können, wie „Mitteleuropa" die innere Politik der direkt beteiligten Staaten beeinflussen wird. Aber auch ein Urteil darüber, welche Wirkungen „Mitteleuropa" auf das Verhältnis der österreichisch-ungarischen Monarchie zu Deutschland ausüben und welche Anziehungskraft es auf andere Staaten haben wird, sich dem neuen Gebilde anzuschließen, ist nur dann möglich, und erst hieraus kann man schließlich berechtigte Folgerungen ableiten bezüglich der Stellung „Mitteleuropas" in der internationalen Politik.

*

Unser bisheriges Bündnis mit Deutschland war ein rein völkerrechtliches, soweit als bisher in der internationalen Politik von einem Recht der Völker überhaupt die Rede sein kann. Denn den Bundesvertrag, wenn er auch bei den Völkern der Vertragsstaaten weite und tiefe Sympathien genoß, haben doch nicht die Völker geschlossen, sondern ihre zwei Staatsoberhäupter. Hiebei kam dann natürlich die Frage, ob Oesterreich ein souveräner Staat ist und Ungarn desgleichen oder wieweit die deutschen Bundesstaaten an der Reichssouveränität Anteil haben, gar nicht zur Rede. Den Bundesvertrag schlossen die beiden Herrscher als rechtlich und tatsächlich gleichberechtigte Partner, womit aber auch die einzige Garantie desselben die Vertragstreue der beiden Kontrahenten war. Wenn nun irgend jemand eine Verinnerlichung und festere Verankerung dieses Bündnisses für die Zukunft verlangt, kann dies doch nur den einen Sinn haben, daß man noch andere Garantien für die Einhaltung des Bundesvertrages schaffen will.

Bekanntlich hat auch schon Bismarck hieran gedacht, als er den Bundesvertrag durch eine Zustimmung des Parlaments verstärken wollte. Zwischen Staaten, die nicht bloß der Form, sondern auch dem Wesen nach demokratisch sind, könnte ein Bundesvertrag durch ein parlamentarisches Votum tatsächlich verstärkt werden. Aber schon bei Staaten, die wohl der Form nach durchaus parlamentarisch und demokratisch, aber im Wesen nicht ebenfalls demokratisch sind, liegt, wie uns eben die letzten Jahre gezeigt haben, alle auswärtige Politik wie auch das Schicksal der Bundesverträge in den Händen der Staatsoberhäupter oder ihrer jeweiligen Berater. Nun erst bei Staaten, die nicht einmal der Form, geschweige denn dem Wesen nach parlamentarisch und demokratisch sind.

Will man also für die Zukunft dem Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht nur stärkere, sondern auch dauerndere Garantien schaffen, so muß man das Verhältnis so gestalten, daß die freiwillige Entschließung der beiderseitigen Staatsmänner in irgend einer Weise gehemmt, daß sie nicht bloß subjektiv, sondern auch objektiv zur Vertragstreue gezwungen sein sollen. Mit jenen gemeinsamen Interessen, die für den Abschluß des Bundesvertrages maßgebend waren, kann aber diese Hemmung nicht geschaffen werden, weil ja diese Interessen mit der Zeit anders beurteilt werden oder auch tatsächlich sich ändern können. Es müssen also beständigere gemeinsame Interessen geschaffen werden. Das ist aber nur möglich, indem man geradewegs gemeinsame Angelegenheiten schafft, also den bisher rein völkerrechtlichen Bundesvertrag auch staatsrechtlich verankert.

Bedenkt man, wie ablehnend sich die Mehrzahl der deutschen bourgeoisen Volkswirtschaftswissenschaftler gegenüber einer Zollunion verhält und wie schwankend selbst die Haltung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereines in Deutschland in dieser Frage war, kann man sich des Eindrucks nicht entschlagen, daß den deutschen Imperialisten, als sie die Zollunion mit solcher Verve in die Debatte geworfen haben, daß man glauben mußte, dies geschehe nur wegen der aus ihr entspringenden wirtschaftlichen Vorteile, doch im letzten Grunde die Zollunion und die wirtschaftliche Annäherung nur die spanische Wand waren, hinter der sie ihren Wunsch nach einer staatsrechtlichen Verankerung des Bündnisses verbargen.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Frankfurter Zeitung

18. Juni 1916

56

= **Einfuhranmeldung für Oele, Fette und Seifen.** Nach § 1 der Bundesratsverordnung vom 4. März 1916 sind Oele und Fette jeder Art (mit Ausnahme von Butter, Margarine Seifen, in Omsk ankam und Meier-Graefe in das Quartier und Schmalz, für die andere Bestimmungen gelten), ferner Seifen, die aus dem Ausland eingeführt werden, an dem Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette G. m. b. H., Berlin W. 8 abzuliefern. Die Anzeige hat auf vorgeschriebenem Formular zu erfolgen. Anmeldescheine sind auf dem Hauptgeschäftszimmer der Handelskammer, Neue Börse, Zimmer 34, von 10 bis 12 Uhr erhältlich.

Die Zeit
18/III. 1916

Zahlung von Zöllen in Gold.

In der gestrigen Plenarversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereins teilte Präsident Schiel mit, daß der Verwaltungsrat beschlossen habe, zur Angelegenheit der Zahlung von Zöllen in Gold zuständigenorts dahin vorstellig zu werden, daß die Liste der in der Einfuhr beschränkten Waren in der Hinsicht revidiert werde, daß keine wirklich unentbehrlichen Gegenstände von der Verfügung getroffen werden. Wenn der Zollbetrag zehn Kronen übersteigt, so soll die Differenz auf höher erlegte Goldbeträge vom Zollamt auch in Gold ausgezahlt werden. Weiter wurde ersucht, daß Sendungen, die an einem und demselben Tage von einem und demselben Absender an einen und denselben Empfänger einlangen, summarisch bezahlt werden können. Für geringe Zollzahlungen wurde die Einräumung von Abrechnungskonti erbeten, um allzu großen Verlusten durch Aufzahlung der Differenzen zwischen Gold und Papiernoten vorzubeugen. Schließlich wurde ersucht, daß neben den bisher zugelassenen Goldmünzensorten auch noch andere Goldmünzen, insbesondere aus Bulgarien, Rumänien und der Türkei, zur Zahlung zugelassen werden.

Fremdenblatt
19. III. 1916

58

Ausgestaltung des Handelsverkehres mit Deutschland.

Am 17. März fand in der Handelskammer unter dem Vorsitze des Kammer-Vizepräsidenten Kitschelt eine Sitzung des Export-Ausschusses der Kammer statt, welche sich mit den Fragen des Handelsverkehres zwischen Deutschland und Oesterreich beschäftigte und zu welcher, angesichts der Bedeutung des Themas, Vertreter der Gemeinde Wien, des Industriellen Klubs, des Bundes österreichischer Industrieller, des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs und des Zentralverbandes österreichischer Kaufleute eingeladen waren.

Kammersekretär Dr. Pistor erstattete ein eingehendes Referat über die Einfuhrverbote des Deutschen Reiches und die österreichische Verordnung betreffend die Zollgoldzahlung, die Wirkungen dieser Verordnungen und die zwischen beiden Maßnahmen bestehenden Beziehungen.

Die Versammlung genehmigte einstimmig die vorgelegten Anträge und wählte eine Deputation, die sich zum Ministerpräsidenten zu begeben hätte. Ministerpräsident Graf Stürgkh empfing nachmittags die aus den Herren Kammer-Vizepräsidenten Kitschelt, Vizebürgermeister Hierhammer (namens der Gemeinde Wien und der Handelspolitischen Kommission), Präsident Heinrich Vetter (namens des Zentralverbandes und des Bundes), Präsident Kornel Spitzer (namens des Reichsverbandes der Kaufleute) und Kammersekretär Dr. E. Pistor bestehende Deputation und behandelte mit den Delegierten eingehend die in Betracht kommenden Fragen.

Neue Freie Presse
19. III. 1916

59

Einfuhrverbot für Luxuswaren in Deutschland.

Die bisherigen Importe aus Oesterreich.

Wien, 18. März.

Der deutsche Reichskanzler hat am 26. Februar einen Erlaß herausgegeben, durch den die Einfuhr einer Reihe von Erzeugnissen über die Grenze des Deutschen Reiches bis auf weiteres verboten wird. Die Zollbehörden wurden ermächtigt, bei einem bestehenden Veredlungsverkehr sowie im Ausbesserungs- oder Rückwarenverkehr insoweit Ausnahmen von den Verboten zuzulassen, als sie zur Zulassung des genannten Verkehres zuständig sind.

Das Verbot bezieht sich auf Schmuckfedern, Vogelbälge und deren Teile, 149, Waren aus Seide der Tarifnummern 402 bis 404, 406, 408, 410, 411, Baumwolltüll, Kleider, Putzwaren und sonstige genähte Gegenstände, ganz oder teilweise aus Seide der Tarifnummer 517, Kleider, Putzwaren und sonstige genähte Gegenstände aus anderen Gespinstwaren als Seide, wenn sie aus Spitzen oder Stickereien bestehen, der Tarifnummern 518 bis 520, künstliche Blumen und Teile davon, Fächer, Hüte, Mützen, Hutstumpen aus Filz, Pelzwaren, ausgestopfte Tiere, Teile davon.

In dieser Liste sind so ziemlich alle in Betracht kommenden Putzartikel aufgeführt, die man nicht ohne weiteres als „entbehrlich" ansehen kann, wenn man die wirtschaftlichen Aufgaben der Modearbeit in Betracht zieht. Der „Damenputz" bespricht die Vorteile der Einfuhrverbote gegen das feindliche Ausland und sagt weiter: „Mit Oesterreich dagegen verbinden uns in der Mode engere Beziehungen. Die Wiener Richtung und das Wiener Modeschaffen war für unsere deutsche Mode Teilhaberin des Erfolges. Aus Oesterreich haben wir elegante Modellformen, gute Fantasiefedern, Straußfedern und vor allem unsere wertvollsten Velourshüte bezogen. Dieser Bezug ist gegenwärtig mitten in der Saison unterbrochen worden. Nicht „Bequemlichkeit", die unverzeihbar wäre, sondern Mangel an Ersatz verlangt eine Wiederherstellung der bisherigen Beziehungen. Dieses Einfuhrverbot auf Velourshüte wird sich daher kaum aufrecht erhalten lassen. Unsere heimische Industrie ist auch nicht im entferntesten in der Lage, den Bedarf nur einigermaßen decken zu können. Dazu kommt, daß schon vor Wochen und Monaten Dispositionen erteilt und auf Grund dieser Abschlüsse hin Verkäufe getätigt wurden, auf deren Lieferung sich die Abnehmer im guten Glauben verlassen haben. Wie wir hören, sind bereits namhafte Vertreter maßgebender Wiener Häuser in Berlin und bei ihrer Regierung vorstellig geworden, und es besteht alle Aussicht, daß die Frage der Zulassung von Putzartikeln auf dem Wege des Austauschverkehres geregelt wird. Wie und in welcher Form und von wann ab die Regelung erfolgt, ist selbstverständlich heute noch nicht mit Bestimmtheit zu sagen.

Jeder Stand, jede Gruppe hat Opfer zu bringen, auch die Putzbranche ist zu Opfern bereit und wird sich damit abfinden, wenn ihrer Einfuhr aus Oesterreich gewisse Grenzen gezogen werden. Unsere heimische Industrie hat bewiesen, daß sie sich trotz der feindlichen und besonders der französischen Konkurrenz dennoch den neutralen Markt zu erhalten weiß, ihn sogar in gewissem Maße erweitern und vergrößern konnte. Gegenüber dem früher diktatorischen französischen Einflusse haben sich Deutschland und Oesterreich zu einer Modeunion verbunden, die Hand in Hand an den großen wirtschaftlichen Zielen der Selbständigmachung unserer Länder, der künftigen Ausschaltung der französischen Großmodeindustrie arbeiten kann. Diese Arbeitsunion darf, wenn sie wirklich Früchte tragen soll, nicht durch Sperre und sonstige Maßnahmen beeinträchtigt werden. Wenigstens nicht in Dingen, deren Schaffung unserer deutschen Industrie nicht möglich ist und die uns umso notwendiger sind, als Ersatzprodukte ebenfalls nicht in ausreichendem Maße aufgetrieben werden können."

Fremdenblatt

Abendbl.
21./III. 1916

61

Verbot der Aus- und Durchfuhr mehrerer Artikel.

In einer heute veröffentlichten Verordnung der Ministerien des Innern, der Finanzen, des Handels und des Ackerbaues vom 10. März 1916 wird im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung u. a. folgendes verordnet:

Die Ausfuhr der nachbenannten Artikel und deren Durchfuhr wird verboten: Kolonialwaren der Klasse I des Zolltarifs (Kakaobohnen und -schalen, Kaffee und Tee); Pfeffer, exklusive Paprika; Feigen, Weinbeeren und Trauben, getrocknet; Korinthen; Zitronen, Limonen, Zedratfrüchte; Kastanien; Zucker der Nr. 19 des Zolltarifes und Melasse; Getreide; Malz; Hülsenfrüchte; Mehl und Mahlprodukte; Reis; Dörrobst, Pflaumenmus, Kartoffel, Zwiebel, Knoblauch, Rüben, Kraut und alle anderen nicht besonders benannten Gemüse und Gewächse für den Küchengebrauch, frisch oder zubereitet (zum Beispiel getrocknet, gedörrt, zerschnitten, gesalzen, eingelegt 2c.), mit Ausnahme der getrockneten Schwämme, eingelegten Gurken und Luxuskonserven; Sämereien und Oelsaaten, mit Ausnahme der nicht zur Oelgewinnung dienenden forstlichen Samen; alle zum Medizinalgebrauche dienenden Pflanzen und Pflanzenteile, ferner Wermutkraut; Geflügel, Wildbret und Federwild, Fische; Milch und Rahm, frisch, sterilisiert, kondensiert oder getrocknet, Eier, flüssiges oder getrocknetes Eigelb und Eiweiß, Honig, auch Kunsthonig; Speisefette aller Art einschließlich Speck, ferner alle technischen Fette und Fettsäuren; Bier, Wein, auch Schaumwein, Obstwein, Most, Frucht-, Obst- und Beerensäfte, nicht eingedickt, Met, Zitronensaft, alle gebrannten geistigen Flüssigkeiten, Speiseessig, Essigessenz und Essigsäure.

Fremdenblatt Abendbl.
21./III. 1916

62

Einfuhrverbot für Luxusartikel in England.

K. **New-York,** 20. März. „Associated Preß" veröffentlicht eine Unterredung ihres Londoner Vertreters mit dem englischen Handelsminister Runciman, worin dieser auf die bevorstehende Kabinettsordre hinweist, die die Einfuhr zahlreicher Luxusartikel nach Großbritannien und Irland aus allen Ländern, einschließlich der Dominion und Kolonien, vollständig verbietet.

Unter Luxuswaren sind Privatautomobile, Musikinstrumente, Messerschmiedewaren, Metallwaren, Garnwaren, Porzellanwaren, Phantasieartikel und Seifen inbegriffen.

Neue Freie Presse
23./III. 1916

65

[Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen in Oesterreich und Deutschland.] Von Dr. Otto Müller, Vorstand der Verkehrsstelle des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, erhalten wir über die für die Kaufmannschaft wichtige Frage der Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen in Oesterreich und Deutschland folgende Darstellung: „Alle kriegführenden Staaten haben zu Beginn des Krieges Ein- und Durchfuhrverbote erlassen, welche hauptsächlich aus militärischen Gründen den Import und den Transitverkehr von Waffen und Munition zu verhindern bestimmt waren. Einen andern Charakter hatten die in der Folge erlassenen Einfuhrverbote Oesterreichs und Deutschlands. Sie bezweckten, den Absatz gewisser Erzeugnisse des feindlichen Auslandes, welche man als Luxuswaren zu bezeichnen pflegt, im Inlande unmöglich zu machen; so hatten Oesterreich und Deutschland Einfuhrverbote erlassen für natürliche und künstliche Blumen, für Seidenkleider, Frauenhüte, zugerichtete Schmuckfedern, leonische Waren, Parfümerie-, Meerschaum-, Schildpattwaren, für Hummer, Champignons, gebrannte geistige Flüssigkeiten usw. Den Abfluß dieser relativ hochwertigen, zum Teile auch leicht verderblichen und somit absatzbedürftigen Güter in unsere Länder zu unterbinden, war der Hauptzweck dieser Einfuhrverbote. Derselbe Gedanke liegt wohl auch den neuesten Einfuhrverboten und Einfuhrbeschränkungen Oesterreichs und Deutschlands zugrunde, aber diese Verbote verfolgen noch einen anderen Zweck: die Verbesserung unserer Zahlungsbilanz und damit die Erhaltung und Besserung der inländischen Valuta. Der Kreis der gesperrten Artikel ist demnach erweitert, es sind nicht mehr Luxuswaren allein, sondern auch Artikel, die im Inlande begehrt und gebraucht werden. Die Einschränkungen beziehen sich weiter nicht nur auf das feindliche Ausland, sondern sie richten sich entweder direkt (in Deutschland) oder mittelbar (in Oesterreich) auch gegen die befreundeten und neutralen Staaten. Darin liegt der wesentliche Unterschied gegenüber den beiden erstgenannten Gruppen von Einfuhrbeschränkungen. In Oesterreich wurden am 5. Februar dieses Jahres gleichzeitig zwei Verordnungen erlassen. Die eine ist bloß eine Wiederholung und Erweiterung des schon früher bestandenen Verbotes der Einfuhr aus feindlichen Ländern. Damit jedoch die dort angeführten Waren auch nicht auf dem Umwege über ein neutrales Land ins Inland gebracht werden, mußten besondere Kautelen geschaffen werden. Diese bestehen in einer eidesmäßigen Erklärung des inländischen Empfängers, daß die Waren nicht aus feindlichen Ländern stammen, und in einer Bestätigung dieser Erklärung je nach der Art der Ware entweder durch eine amtliche Stelle des neutralen Staates oder durch das zuständige österreichisch-ungarische Konsulat. Bei der Einfuhr von Textilstoffen insbesondere muß diese Erklärung dahin lauten, daß auch die Gespinstwaren (Gewebe, Spitzen usw.), aus denen sie zusammengesetzt sind, nicht in den feindlichen Gebieten hergestellt oder veredelt sind. Die zweite Verordnung aber erstreckt sich nicht nur auf Waren aus dem feindlichen Ausland, sondern auch auf solche aus den befreundeten und neutralen Staaten. In Oesterreich ist kein formelles Einfuhrverbot für diese Waren erlassen worden, sondern die Einfuhrbeschränkung soll durch eine Erschwerung der Zollzahlung erreicht werden. Für die in der Verordnung vom 5. Februar genannten Artikel wird die Zollgoldanweisung nicht mehr zugelassen. Es ist also für diese Waren der Zoll stets in effektiven Goldmünzen zu entrichten, und zwar in Abänderung der Bestimmungen des Zolltarifgesetzes auch für Beträge unter 10 K. gegen Rückstellung der Restbeträge in Teilmünzen der Kronenwährung. Dies bedeutet nunmehr eine schwere Einschränkung der Einfuhr dieser Artikel, da wenig gemünztes Gold im Inland im Umlauf ist, da ferner nur bestimmte Münzsorten angenommen werden und dies zu einem in der seinerzeitigen Verordnung festgelegten Kurse, der gegenüber dem heutigen Kurse weit zurücksteht. In der Verordnung vom 5. Februar sind Waren angeführt, die für viele inländische Gewerbebetriebe deshalb von Bedeutung sind, weil sie erst nach einer Verarbeitung entweder im Inlande abgesetzt oder nach einer Veredlung ins Ausland gebracht werden sollen. Ob die Einführung von Einfuhreinschränkungen für diese Art von Waren, an welchen entweder ein Arbeitswert hängt oder für welche ein Exportinteresse besteht, gerechtfertigt ist und ob hiedurch der vornehmliche Zweck, der Schutz der inländischen Valuta, erreicht wird, bleibt fraglich und wird sicherlich erst die Zukunft lehren. Deutschland ist zum Teile weitergegangen. Dort wurden Einfuhrverbote erlassen sowohl für Waren aus feindlichen Ländern als auch für solche aus neutralen und befreundeten Staaten. Deutschland glaubt, für eine solche Maßnahme eine Stütze in seinen Handelsverträgen zu finden, in denen die Bestimmung enthalten ist, wonach Einfuhrverbote erlassen werden können „in Beziehung auf Kriegsbedürfnisse unter außerordentlichen Umständen“. Allein das Verbot ist in doppelter Hinsicht weniger einschneidend. Einerseits wurde bei der Auswahl der Artikel auf die inländischen Betriebe insofern Rücksicht genommen, als zum großen Teile nur „fertige Waren“ von der Einfuhr ausgeschlossen werden. (Es wurde zum Beispiel nicht für Seidengewebe, sondern für die genähten Gegenstände aus Seide die Einfuhr gesperrt.) Anderseits wurden bis zu gewissen Wertgrenzen die Zollstellen, bei dem Warenwerte einer Sendung über 500 Mark der Reichskommissär für die Ausfuhr- und Einfuhrbewilligung ermächtigt, in „unbedenklichen Fällen“ Ausnahmen zu gestatten. Es ist anzunehmen, daß in allen Fällen, in denen ein volkswirtschaftliches Interesse besteht, Waren mit dem befreundeten und neutralen Ausland auszutauschen, solche Einfuhrbewilligungen werden erteilt werden. Schon aus der Stellungnahme der deutschen Konfektionsbranche in dem Organ „Damenputz“ ersieht man, daß die plötzliche Unterbrechung des Bezuges von bestimmten Waren aus Oesterreich, welche sich anderweitig nicht ersetzen lassen, unerwünscht war, und daß die Wiederherstellung der bisherigen Beziehungen dringend verlangt wird.“

Fremdenblatt
24./III. 1916

66

Verhandlungen über die deutschen Einfuhrverbote.

Durch die in der letzten Zeit im Deutschen Reich erlassenen Verbote hinsichtlich der Einfuhr gewisse Waren wurde eine Reihe von Fragen aufgeworfen, deren rasche einverständliche Lösung sich als notwendig erwiesen hat. Es haben sich daher Vertreter der österreichischen und der ungarischen Regierung nach Berlin begeben, um mit den dortigen Regierungskreisen ein Einvernehmen in der Richtung zu erzielen, daß die mit den betreffenden Maßnahmen für einzelne Erwerbskreise verbundenen Härten behoben werden.

Fremdenblatt
24./III.1916

Warenaustausch zwischen Rumänien und Deutschland.

W. **Bukarest**, 23. März. (**Tel. d. „Fremden-Blatt".**) Der offiziöse „Viitorul" meldet: Die Delegierten, die nach Berlin abgereist waren, um die Genehmigung für das Uebereinkommen einzuholen, das zwischen Deutschland und Rumänien betreffs des Austausches von Waren im Werte von 150 Millionen Lei abgeschlossen werden soll, sind nach Bukarest zurückgekehrt. Nach positiven Auskünften, die wir erhalten, sind die Grundlagen für ein den kommerziellen Interessen beider Länder vollkommen entsprechendes Einvernehmen, die in den prinzipiellen Unterhandlungen zwischen dem rumänischen Handelsminister und den deutschen Delegierten in Bukarest geschaffen worden sind, nunmehr auch von der deutschen Reichsregierung in Berlin genehmigt worden. Was die Teilfragen anbetrifft, so werden dieselben späterhin zwischen den Delegierten beider Länder erledigt werden. Da über die hauptsächlichsten Grundlagen ein Uebereinkommen erzielt ist, so können auch die Teilfragen nur zufriedenstellende Ergebnisse erwarten lassen.

Neue Freie Presse
25. III. 1916

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rumänien und den Zentralmächten.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 23. März.

Wie der „Lokalanzeiger" von unterrichteter Stelle erfährt, entspricht das Lieferungsabkommen zwischen Rumänien und den Zentralmächten den Wünschen weiter Kreise des rumänischen Volkes. Nicht nur die Landwirte, die lohnenden Absatz für ihre Erzeugnisse finden, begrüßen die Ermöglichung der Ausfuhr ihrer Ernten, die seit fast zwei Jahren vergebens auf die Oeffnung der Dardanellen gewartet haben, mit großer Genugtuung, sondern auch die rumänische Industrie erwartet sehnlichst die Wiederherstellung der in Aussicht gestellten normalen Handelsbeziehungen mit den Mittelmächten. Es lag die Gefahr vor, daß eine ganze Reihe von industriellen Betrieben hätten geschlossen werden müssen, wenn die Märkte der Mittelmächte den rumänischen Einkäufern auf die Dauer gesperrt geblieben wären. Eine unausbleibliche Folge der Verständigung über die Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen wird die Entspannung der politischen Lage sein. Die russophile Partei wird diesem der rumänischen Landwirtschaft und Industrie zum Nutzen gereichenden Abkommen gegenüber an Einfluß verlieren, da sie nicht in der Lage ist, mit irgendeinem Erfolg aufzuwarten, der sich diesem an die Seite stellen läßt. Auch zwischen Bulgarien und Rumänien sind Verhandlungen im Gange, die einen erfreulichen Verlauf nehmen und wahrscheinlich zu Abmachungen führen werden, die nicht ausschließlich auf wirtschaftlichem Gebiete liegen.

Frankfurter Zeitung

25. III. 1916

Neue Ausfuhrverbote.

N Berlin, 24. März. (Priv.-Tel.) Ein neues Ausfuhrverbot betrifft: Trockenplattenglas, Achat und andere Steine, die als Lager oder Lagerschalen bearbeitet sind, Ziehsteine, Diamant, Volomit oder ähnliche Stoffe, Lederleim, Natronwasserglas.

Das unter dem 12. September 1914 ergangene Ausfuhrverbot für aeronautische und nautische Meßinstrumente wird auf sämtliche Meßinstrumente für geodätische, hygrometrische und alle Gebiete des Kriegsvermessungswesens betreffende Zwecke ausgedehnt.

Die Bekanntmachungen vom 3. Dezember 1915, betr. aus farbigen Gläsern gefertigte Schutzbrillen und vom 31. Dezember 1914 betr. Rauchschutz- und Atmungsapparate, werden ausgedehnt auf: Schutzbrillen jeder Art, Kopfschutzmasken, Kopfschutzhelme, Respiratoren u. dergl.

Neue Freie Presse 25./III. 1916

Die Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas.

Von Gustav Schmoller.

Berlin, im März.

1.

Die politische Vereinigung ursprünglich getrennter Gebiete und Staaten ist meist älter als ihr Zusammenschluß zu einem einheitlichen Handels- und Zollsystem. Bis 1791 zerfiel der am meisten zentralisierte europäische Staat, der französische, in verschiedene Zollgebiete. Die Vereinigten Staaten hatten bis 1789, die Schweiz bis 1850 getrennte Zolleinrichtungen; Großbritannien und Schottland fehlten im siebzehnten Jahrhundert, England und Irland noch im achtzehnten die Handels- und Zolleinheit; Oesterreich-Ungarn erhielt sie erst 1851, Rußland-Polen 1850, Italien 1860 bis 1866. In Deutschland ist umgekehrt der Zollverein langsam 1828 bis 1851 entstanden, das einheitliche Reich erst 1867 bis 1871. Auch die kanadischen, südafrikanischen und australisch-englischen Kolonialstaaten standen lange unter der einheitlichen englischen Herrschaft, ehe sie durch Handels- und Zolleinigungen zusammenwuchsen und als Gesamtstaaten wirtschaftlich sich einigten.

So ist der deutsche Zollverein eigentlich die einzige erhebliche Ausnahme von der historischen Regel, daß die politische der Handelseinigung vorauszugehen pflegt. Die Ursache ist eine einfache: eine gemeinsame Handels- und Zollverfassung ist so sehr bedingt von politischen Einheitstendenzen, von einheitlichen Machtverhältnissen, von einheitlichen politischen Gefühls- und Interessemomenten, daß nur unter ausnahmsweise günstigen Voraussetzungen einmal ein Zollverein wirklich selbständiger Staaten gelingen kann.

Im neunzehnten Jahrhundert sind in Europa außer dem deutschen Zollverein alle Anläufe zu Aehnlichem mißlungen. So vor allem in den Jahren 1878 bis 1890 die von Molinari, Brentano, R. Kaufmann, Graf Paul de Leusse, Guido v. Baussern vorgelegten Pläne, die mitteleuropäischen Staaten zu einem Handelsbunde gegen das maßlose Hochschutzzollsystem der Vereinigten Staaten zusammenzufassen. Aber auch der einzige ernste Anlauf zu einem Zollbunde zwischen zwei großen Staaten, nämlich der zwischen dem Zollverein und Oesterreich-Ungarn (1853 bis 1865), ist im ganzen gescheitert, hatte sich nicht so eingelebt, daß ihn nicht die freihändlerische internationale Welle von 1860 bis 1865 wieder weggefegt hätte. Es war ein Zollbund, der eine Anzahl Rohstoffe, Fabriksmaterialien, Fabrikate von geringem Werte, gegenseitig vom Zoll befreite, andere um 25 bis 50 Prozent des sonst gültigen Zolles herabsetzte, gegenseitige Durchfuhrfreiheit und ein Zollkartell (gemeinsame Verfolgung des Schmuggels) bot. Er konnte keine großen Resultate volkswirtschaftlicher und politischer Verschmelzung haben, weil er Preußen durch das politische Uebergewicht des damaligen Oesterreichs aufgezwungen war, weil nach dem baldigen Tode von Minister Schwarzenberg und Minister Bruck die treibenden Männer fehlten und weil in Oesterreich selbst die Schutzzöllner ihn nur ungern angenommen hatten; die österreichische Regierung hat seine geplante Fortbildung zur vollen Zolleinigung 1858 bis 1862 nicht ernstlich verfolgt. Bismarck war schon 1852 Gegner des Verbandes gewesen. Er sagt in den „Gedanken und Erinnerungen" (I., 85 bis 86), wo er seine Wiener Mission von 1852 schildert, er habe weder damals noch später die Zolleinigung für ratsam gehalten, betont dabei die Verschiedenheit des Konsums der verzollten Artikel und die Verschiedenheit der Zuverlässigkeit der Unterbeamten. Die sinkende Valuta hemmte 1853 bis 1865 stets wieder den gegenseitigen Verkehr. Der ganz unparteiische süddeutsche Sachkenner Professor Rau („Die Krisis der Zollunion", Archiv für politische Oekonomie, N. F. Band 10, 1853) hatte schon 1852 die Zolleinigung mit ganz Oesterreich für „untunlich" erklärt. Als Preußen 1862 bis 1866 der mächtigere Teil geworden und den französischen freihändlerischen Handelsvertrag geschlossen hatte, mit Zollherabsetzungen, die Oesterreich zu weit gingen, mußte Oesterreich auf die Begünstigungen von 1853 verzichten; es mußte 1865 einen gewöhnlichen liberalen Handelsvertrag mit Preußen und dem Zollverein schließen. Die Illusion der kommenden Zollunion war beseitigt; der bayerische Staatsrat Weber, der Historiker des Zollvereines, fügt 1870 bei: „Die Zollunion ist wahrscheinlich für immer zu Grabe geleitet." („Der deutsche Zollverein. Geschichte seiner Entstehung und Entwicklung." Seite 448.)

Die Anläufe anderer, zumal kleinerer Staaten zu Verbindungen und Anschlüssen sind bis in die neuere Zeit nie über Projekte hinausgekommen, so der Gedanke, Holland an den Zollverein, Belgien an Frankreich anzuschließen. Der Versuch Serbiens und Bulgariens, sich 1906 zu einer Zollunion zu verbinden, ist trotz gründlicher Vorbereitung gescheitert, hauptsächlich an der energischen Bekämpfung durch Oesterreich-Ungarn.

2.

In den Jahren 1879 bis 1906 war es natürlich, daß in Deutschland und Oesterreich-Ungarn wohl mancherlei Stimmung für nähere Handelsverbindung eintrat, aber doch die Furcht vor den Schwierigkeiten der Ausführung und vor den etwa drohenden Konkurrenzschäden überwog. A. Peez spricht 1879 noch von den unlösbaren Interessenkonflikten, die der Einigung entgegenstünden; 1889 aber waren für ihn die Gefahren der Weltreiche gegenüber Mitteleuropa so gewachsen, daß er Bund oder Zollvereinigung gegen sie erhofft; jedoch ein Zollverein von Deutschland und Oesterreich ohne Italien scheint ihm damals nicht recht möglich. (Matlekovits, „Zollpolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches". 1891, S. 855 bis 874).

Auf dem volkswirtschaftlichen Kongreß von 1880 war der deutsche fortschrittliche Liberalismus ganz gegen die nähere Verbindung mit Oesterreich, er witterte dahinter nur Schutzzollinteressen; einige Oesterreicher versuchten vergeblich, daran zu erinnern, daß solche Vereinigung ja freiere Bewegung erzeuge. (Matlekovits a. a. O. S. 857 bis 863.) Im Jahre 1885 meint E. v. Gaal auf dem internationalen landwirtschaftlichen Kongreß in Budapest, eine Zollunion gegen die Weltmächte sei wohl wünschenswert, aber kaum möglich.

Als dann in den neunziger Jahren die europäischen Handelsverträge sämtlich abliefen und erneuert werden mußten, da trat man in Deutschland unter Caprivi an das Problem heran, die Führung in den neuen Verträgen zu übernehmen, und zwar in Verbindung mit Zollunionsgedanken. Caprivi übergab die zuerst abgeschlossenen Verträge dem Reichstag mit einer Rede, welche den Kampf der großen Weltmächte gegen die kleineren Staaten betonte. Der ultramontane Reichensperger hob die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer mitteleuropäischen Zollkoalition hervor. Der sozialdemokratische Singer sprach von einer Konstituierung der Vereinigten Staaten von Europa. Der nationalliberale Möller erklärte, Mitteleuropa müßte sich auch handelspolitisch zusammenschließen. Dr. Lieber vom Zentrum sah in den Verträgen das gleiche wie Singer. Das Resultat der Verträge entsprach diesen großen Worten nicht; die Getreidezollermäßigung, durch die Deutschland der habsburgischen Monarchie entgegenkam, erzeugte eine agrarische Schutzzollbewegung ohnegleichen, weil sie zufällig mit überreichen Ernten zusammenfiel. Der Europa mißhandelnde amerikanische Dingleytarif (1896) hätte unter anderen Verhältnissen vielleicht schon damals die nähere Verbindung Deutschlands und Oesterreichs herbeigeführt. Jetzt steigerte er nur die Schutzzollagitation in beiden Reichen. Die Agrarier erklärten 1899, in Widerspruch mit ihren früheren Erklärungen, kein deutscher Agrarier habe je von einem Zollbund mit Oesterreich etwas wissen wollen. Der Zentralverband der österreichischen Industriellen meinte im selben Jahre, eine Zollannäherung sei vielleicht möglich, keinesfalls eine Zollunion. Als 1900 in Wien die Gesellschaft der österreichischen Volkswirte die Frage erörterte, war die Meinung sehr geteilt; Philippovich freilich war für ein eingeschränktes Zoll- und Handelsbündnis, aber die Betonung des Schutzzollausbaues wurde doch sehr in den Vordergrund gestellt. (Vergl. über die Stimmungen und Verhandlungen 1890 bis 1900 E. Francke, „Zollpolitische Einigungsbestrebungen in Mitteleuropa". Schriften des Vereines für Sozialpolitik, Band 90, I., Seite 187 bis 272.)

Und diese Betonung erschwerte beiderseits die Erneuerung der Zollverträge zwischen den Zentralstaaten (1902 bis 1904). In Berlin hatte Bülow große Not, die extremsten agrarischen Schutzzollwünsche abzulehnen. In beiden Staaten setzten die Interessenten höhere Agrar- und sonstige Zölle durch. Zugleich wuchs der handelspolitische Gegensatz zwischen Oesterreich und Ungarn. Für 1917, den Zeitpunkt des Ablaufens der Verträge, droht seit Jahren ein Schutzzollkampf zwischen den beiden Reichshälften, eine handelspolitische Trennung derselben.

Neue Freie Presse 25. III. 1916

II

Die Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas.

71

Vergeblich hatte ich 1900 in meinem Jahrbuch (Jahrbuch 24, Seite 382) gewarnt: „die zentraleuropäischen Staaten müssen die trennenden politischen und wirtschaftlichen Elemente zurückstellen gegenüber den einenden. So fern ein mitteleuropäischer Zollverein sein mag, die Aufgaben des neuen Jahrhunderts liegen auf dem Wege des Zusammenhaltens der mittleren und kleineren zentraleuropäischen Staaten."

3.

Erst mit dem Weltkriege 1914 erwachte diese Erkenntnis in weiteren Kreisen. Und die Ursache ist klar. Großbritannien, Rußland und Frankreich zeigten offen, daß sie die ihnen unbequeme deutsche und österreichisch-ungarische Macht, die wirtschaftliche Blüte dieser Staaten, vernichten wollen. Dieser Gefahr gegenüber traten alle die kleinlichen schutzzöllnerischen Sonderinteressen der Berufszweige, der einzelnen Industrien in beiden Reichen doch mehr und mehr zurück. An den verschiedensten Stellen, in den verschiedensten Parteilagern empfand man nun rasch und unwiderstehlich: Mitteleuropa muß nicht bloß politisch und militärisch, sondern auch volkswirtschaftlich sich einigen und zusammenhalten. Und nicht bloß für die Kriegszeit, sondern dauernd. Aus der geographischen Lage der beiden Reiche, aus ihrem erschwerten Zugang zum Weltmeer, ergab sich der Gedanke: beide Reiche müssen sich mit der Türkei und den Balkanstaaten, eventuell wenigstens den wichtigeren derselben, einigen, um so zu Lande einen Zugang nach Afrika, nach Persien und Indien sich zu schaffen. In irgendwelcher Form muß so durch Bündnisse ein Gegengewicht gegen die erdrückende brutale Politik der drei Weltmächte Großbritannien, Rußland und Frankreich geschaffen werden. Und diese Bündnisse müssen nicht bloß politische, sondern auch militärische sein und handelspolitische Annäherung oder Einigung schaffen. Dreißig Jahre lang hatten die meisten Geschäftsleute mitleidig auf die Gelehrten herabgesehen, die von einem mitteleuropäischen Zoll- und Handelsverband träumten und redeten. Jetzt war plötzlich alle Welt dafür, nur weil die Kriegsbeleuchtung die Lebensfragen in den Vordergrund gerückt, die kleinlichen Sonderinteressen zurück in das Halbdunkel geschoben hatte. Mit der Leidenschaft eines politisch sozialen Apostels predigte Friedrich Naumann von der großen Zukunft Mitteleuropas. Der Verein für Sozialpolitik schuf durch das Verdienst von Heinrich Herkner in wenigen Monaten seine zwei trefflichen Bände: „Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten." Die Zahl der Broschüren über das Thema wuchs rasch in die Dutzende. Die Zahl der Zweifler an diesem handelspolitischen Ideal nahm ab, die Zahl der Bekenner nahm zu.

Und doch wird die Durchführung noch die größten Schwierigkeiten bieten. Nicht nur, weil das Schwergewicht des Bestehenden sich allem Neuen entgegensetzt, sondern weil natürlich die Handelsvereinigung in jeder Form bestimmte einzelne bestehende wirtschaftliche Interessen verletzt, sie einengt, zu unbequemen Neuerungen und Fortschritten nötigt. Auch die zahlreichen Staatsbeamten, die in den letzten 10 bis 20 Jahren in beiden Staaten gewohnt waren, den Schutzzollinteressen zu dienen, werden sich in die Gedanken entgegengesetzter Art nicht sofort leicht finden. In Deutschland war ja Fürst Hohenlohe eigentlich selbst Freihändler gewesen, aber auch er mußte das Anschwellen der schutzzöllnerischen Hochflut dulden; er berief Posadowski als agrarischen Hochschutzzöllner, weil diese Richtung durch die politischen Konjunkturen zunächst unabwendbar war; Posadowski war ein unabhängiger Kopf, der von seinen östlich agrarischen Tendenzen sich nach und nach zu befreien fähig war. Aber zunächst schuf er den schutzzöllnerischen Beamtenstab, der bis heute das Reich handelspolitisch in der Hand hat. Er hat unter Bülow den neuen Tarif und die neuen Handelsverträge zustande gebracht, die wenigstens die schlimmsten agrarischen Hochschutzzollverirrungen abhielten, aber doch in den Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn 1904 bis 1906 von den Unionsgedanken der Jahre 1890 bis 1894 sich noch weiter entfernten als die Verträge von 1892 bis 1904. Bülow besitzt ja wohl auch ein agrarisches Herz, aber seine Bildung und sein internationaler Weitblick haben 1904 den Sieg des extremsten Schutzzolls abgehalten, das Reich aber handelspolitisch der habsburgischen Monarchie nicht genähert. Es ist jetzt Bethmanns, Helfferichs und Jagows Aufgabe, die Rückkehr zu den Unionsgedanken von 1890 bis 1892 zu finden, die Schutzzolltendenzen so weit wenigstens zurückzudrängen, daß ein handelspolitisches Bündnis mit der habsburgischen Monarchie, eventuell eine Angliederung der Türkei und der Balkanstaaten möglich wird. Sie werden dabei nicht bloß in den deutschen, österreichischen und ungarischen Schutzzollinteressen Widerspruch finden, sondern auch in dem Beamtentum, das 1895 bis 1914 in entgegengesetzter Richtung zu segeln sich gewöhnt hat.

Diese Schwierigkeiten, die heute noch der Zollannäherung der Zentralstaaten entgegenstehen, werden den Schwierigkeiten, die in der Sache an sich schon liegen, nämlich den Schutzzollbefürchtungen in den einzelnen Ländern und Berufs- und Gewerbezweigen, das Gelingen der Zollunion oder Zollannäherung erheblich erschweren.

(Fortsetzung folgt.)

Kölnische Zeitung 28/III. 1916.

Für einen Wirtschaftsbund Mitteleuropas.

WTB **Sofia**, 27. März. (Telegr.) Echo de Bulgarie bespricht skeptisch die Bemühungen der Engländer, die Mittelmächte nach dem Kriege durch einen ökonomischen Bund zu bekämpfen. Das Blatt schreibt:

Schon erwägt man in Rußland die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland nach dem Frieden. Weder Italien noch England können die deutsche Industrie entbehren. Übrigens bildet die enge Interessengemeinschaft der Länder, welche die große Verkehrsstraße vom Occident nach dem Orient verbindet, eine genügende Bürgschaft gegen eine derartige Koalition.

Über den Wirtschaftsbund mit den Mittelmächten schreibt Abgeordneter Kaltschow in der Zeitung Narodni Prava:

Die Waffe der Brüderschaft, auf den Schlachtfeldern geschmiedet, muß gestärkt und dauerhaft gemacht werden auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Damit der Bund unerschütterlich wird, müssen die Regierungen und die maßgebenden Wirtschaftsfaktoren der Verbündeten sich gegenseitig unterstützen zur Hebung und Festigung der Wirtschaft und der Finanzen. Das gilt besonders für Bulgarien, das wirtschaftlich bedeutend schwächer ist. Seine wirtschaftliche Stärkung wird auf gemeinschaftlichem Wirken und gegenseitigem Entgegenkommen beruhen.

Fremdenblatt 29./III. 1916

Englands Handelskrieg und die österreichische Industrie.

In der 84. Monatsversammlung des Industriellen Klubs, die am 23. März d. J. unter dem Vorsitze des Präsidenten Max R. v. Gutmann stattfand, sprach Paul Dehn aus Berlin über „Englands Handels- und Industriekrieg und die österreichische Industrie".

Der Vortragende erörterte zunächst die Ursache des großen Krieges, der zwar kein Handelskrieg ist, aber von England als solcher geführt wird. Auf die nordamerikanische Union ist England nicht handelseifersüchtig, obwohl sie ihre Fabrikatenausfuhr stärker steigerte als Deutschland. Von dieser Ausfuhr wird England wenig berührt. Ueberdies hält die Union keine Handelsflotte, verfrachtet vielmehr auf fremden, meist englischen Schiffen und benötigt dafür keine starke Kriegsflotte als Schutz. Dagegen ist Deutschlands Wettbewerb in verschiedenartigen Ausfuhrerzeugnissen unangenehm fühlbar für die englische Industrie geworden. Auch verfrachtet Deutschland meist auf eigenen Schiffen, vermehrt seine Handelsflotte, verstärkt zu ihrem Schutze seine Kriegsflotte und hat durch seine wirtschaftlichen Erfolge auch seine Seestellung gehoben. So entstand für England und seine Oberseeherrschaft nach englischer Auffassung aus der wirtschaftlichen eine politische Gefahr, die schließlich den Krieg hervorrief. Englands Aushungerungskrieg drückt zwar auf die Mittelmächte, wirkt aber nicht weniger empfindlich auf England und seine Verbündeten zurück. Im Verlaufe des Krieges wurden Handelsschiffe mit zusammen 16 Millionen Rohtonnen außer Betrieb gesetzt. Davon vernichtet meist durch deutsche U-Boote 1,8 Millionen Tonnen, für militärische Zwecke beschlagnahmt, und zwar in England 5,5, in Frankreich, Rußland und Italien 1,0, ferner durch Einsperrung von feindlichen Schiffen in deutschen und österreichischen Häfen 1,2, durch Einsperrung deutscher und österreichischer Schiffe im Feindesland 1,1, in neutralen Häfen 2,2, in Heimathäfen 2,2 Millionen Tonnen, dazu auch die jährlichen Verluste durch Seeunfälle und Abwracken mit 1,0 Millionen Tonnen. Durch den Krieg war ein reichliches Drittel der englischen Handelsflotte außer Betrieb gesetzt worden und rasch stiegen infolge mangelnden Angebotes die Seefrachtsätze zu erstaunlicher Höhe, so unter anderem für Weizen nach England auf das Sechsfache, noch stärker die Kohlenfrachten von England nach dem Mittelmeer auf mehr als das Zehnfache. Mit den Frachten stiegen in England alle Preise, die Lebensmittelpreise durchschnittlich um 47 Prozent; schon seit Wochen ist Weizen in England erheblich teurer als in Mitteleuropa. Wie England, so litten auch Frankreich und besonders Italien unter den Folgen der Ausdehnung des Unterseebootkrieges auf die Handelsschiffahrt. In Genua kostet englische Kohle heute mehr als das Siebenfache und ist nicht einmal in genügender Menge zu haben. Viele Fabriken, Nebenbahnen und selbst Dampfschiffe auf dem Langen See mußten den Betrieb einstellen. England hoffte, mit seinem Erschöpfungskriege die Mittelmächte zu raschem Frieden zu zwingen, nachdem ein berühmter englischer Sachverständiger berechnet hatte, daß die Mittelmächte schon wenige Monate nach ihrer Absperrung keinen Salpeter mehr haben würden. Mit Hilfe von Wissenschaft und Industrie gelang es den Deutschen, hinreichenden Schießbedarf zu erzeugen: Salpeter aus dem Stickstoff der Luft, künstlichen Kampfer, Ersatz der Schießbaumwolle aus gereinigtem Holzstoff, Kautschuk aus Steinkohlen, Benzol aus Koks usw. Im Verlaufe seines Erschöpfungskrieges erklärte England alle wichtigeren Erzeugnisse aus Uebersee für Bannware, ließ neutrale Schiffe anhalten und ihre Ladungen wegnehmen. Um jede Einfuhr der Mittelmächte an Ueberseewaren zu unterdrücken, brachte England in Holland und der Schweiz, ferner in freierer Form auch anderwärts die sogenannten Uebersee-trusts zustande. England lieferte diesen Trusts an Rohstoffen (Baumwolle, Wolle usw., auch Getreide), was die betreffenden Länder verbrauchten, aber äußerst knapp bemessen, erklärte allen übrigen Handel mit solchen Waren für Schmuggel und verpflichtete die Trustgesellschaften, jeden Verkehr mit Deutschland zu meiden. Immerhin findet nach englischen Berichten noch ein nicht unerheblicher Schmuggelhandel statt, der durch verschärfte Aufsicht unterbunden werden soll. England hat seinen Verbündeten Schießbedarf und Geldmittel (etwa 9 Milliarden Mark) geliefert.

Schon seit Monaten erörtern englische Blätter und Politiker die Vorbereitung eines Handelskrieges gegen die Mittelmächte nach dem Kriege, nicht nur mit Hilfe von Verrufen, sondern auch durch staatliche Maßregeln. Nach den Beschlüssen der Vereinigung englischer Handelskammern vom Anfang dieses Monats sollen gegenseitige Handelsbeziehungen zwischen England und seinen Verbündeten geschaffen, der neutrale Handel günstig behandelt, dagegen der Handel der feindlichen Länder durch Kampfzölle und andere Mittel zurückgedrängt werden. Innerhalb des Vierverbandes will man ein gemeinsames Vorgehen gegen die Mittelmächte anbahnen. Man spricht sogar von der Ausgestaltung des politischen Vierverbandes zu einem wirtschaftlichen Schutz- und Trutzverbande gegen die Mittelmächte, womöglich unter Einbeziehung Japans, Belgiens und Serbiens! Indessen sind von englischen Parlamentariern begründete Bedenken gegen die angedeuteten Absichten erhoben worden. Nur der englische Handelsminister zeigte sich handelskriegslustig. Zollkriege schädigen alle Teile und sind von England immer vermieden worden. Wie der Abgeordnete Robertson ausführte, habe man für den Handelskrieg gegen die Mittelmächte noch keine Maßregel vorgeschlagen, die nicht gleichzeitig dem englischen Handel schädlich gewesen wäre. Stelle man die Mittelmächte unter Verruf, so würden sie den Neutralen besonders vorteilhafte Bedingungen bieten und sie zu sich herüberziehen. Soweit die Engländer an den Märkten der Mittelmächte, wo sie über eine Milliarde Mark absetzen, interessiert sind, wünschen sie selbstverständlich die Fortsetzung der alten Verbindung. In Rußland haben sich die Landwirte für die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit den Mittelmächten ausgesprochen. Der frühere russische Handelsminister Timiriasew befürwortete zwar eine gemeinsame Handelspolitik, erklärte aber nachdrücklich, Rußland müsse sich unbedingt einen autonomen Tarif schaffen und könne davon keinerlei Vertragsbegünstigungen gewähren, auch nicht an die Verbündeten.

Vor allem gedachten die Engländer Deutschland und dessen Industrie matt zu setzen, trafen aber auch die österreichisch-ungarische Industrie. Auch ihre Erzeugnisse wollen sie vom englischen Markte ausschließen und womöglich nachahmen. Nur vereinzelte Stimmen befürworteten eine etwas mildere Behandlung Oesterreich-Ungarns, auf dessen Aufteilung man in London offenbar verzichtet hat. Der sehr erhöhte Bedarf des Inlandes wird es der österreichischen Industrie nach dem Kriege gestatten, eine mögliche handelsunfriedliche Uebergangszeit mit Stockungen des internationalen Güteraustausches leichter zu überwinden. Manche Schwierigkeiten wird das Sichzurückfinden in die früheren Verhältnisse mit niedrigeren Lebensmittelpreisen und Arbeitslöhnen bereiten. Aus Handelskriegen entstehen leicht wirkliche Kriege. Kommt es zu Handelskriegen nach dem Kriege, dann dürfte der Friede nicht so lange währen wie nach 1870. In den großen Kriegen Englands gegen Frankreich von 1793 bis 1815 machte der Friede von Amiens eine Ruhepause. Aber sie dauerte nur von März 1802 bis Mai 1803, also nur wenig mehr als ein Jahr. Der Krieg entbrannte aufs neue, hauptsächlich weil Napoleon keinen Handelsvertrag zugestehen wollte, wie ihn England verlangte. Wird einmal Frieden geschlossen, dann ist zu besorgen, daß so ruhige Zeiten wie nach 1870 für Mitteleuropa schwerlich wiederkehren werden.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende Bergrat Max R. v. Gutmann sprach dem Vortragenden den Dank der Versammlung in anerkennenden Worten aus.

Die Zeit 29./III. 1916

Neue wirtschaftliche Konferenzen.

Beratungen in Wien, Budapest und Berlin.

Aus Budapest wird uns gemeldet:

Mit großem Eifer beraten österreichische und ungarische Politiker, Beamte und Nationalökonomen über die wirtschaftlichen Probleme der Monarchie und ferner über die Formen der kommerziellen Annäherung Oesterreich-Ungarns an das Deutsche Reich. Die Art, wie diese Konferenzen stattfinden, unterscheidet sich in vorteilhafter Weise von der lärmenden Aufmachung, die jede wirtschaftliche Aktion der Ententemächte begleitet. Seit Wochen stehen die Regierungen Oesterreichs und Ungarns in ständigem Verkehr, leitende Beamte der Ministerien erscheinen bald in Wien, bald in Budapest zu wichtigen Verhandlungen, aber mehr als die Ankunft und Abreise dieser Funktionäre wird niemals angekündigt, und oft wurde eine bedeutungsvolle Konferenz nicht einmal offiziell verlautbart. Die Regierungen dies- und jenseits der Leitha stellen aber das Wesen höher als die Form und den Erfolg höher als die Reklame.

Was in eingeweihten Kreisen wohl bekannt ist, daß nämlich die Beratungen zwischen den Ministerien in Oesterreich und Ungarn systematisch vorwärtsschreiten und zweifellos zu einem beide Teile voll befriedigenden Einvernehmen führen werden, auch diese auf Tatsachen beruhende Zuversicht wurde der großen Oeffentlichkeit nicht einmal angedeutet. Die amtliche Berichterstattung beschränkte sich auf die Registrierung von Aeußerlichkeiten, denn die Regierungen wollen offenbar in der gegenwärtigen ernsten Kriegszeit nicht über einzelne Details und überwundene Phrasen Meldungen erstatten, sondern der Bevölkerung erst das definitive erfreuliche Endergebnis mitteilen.

Daß die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Regierungen glatt verlaufen, ist nicht bloß das Verdienst der Regierungen, sondern auch das Verdienst der politischen und wirtschaftlichen Kreise in Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Selten hat man eine wirtschaftliche Aktion so klug und umsichtig vorbereitet wie jene, die die wirtschaftliche Annäherung Mitteleuropas bezweckt. Von den wertvollen schriftstellerischen und journalistischen Arbeiten abgesehen, muß auf die unermüdliche Tätigkeit des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins und im Rahmen dieses Vereins auf die Wirksamkeit des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein und der Geheimen Räte Plener und Wekerle hingewiesen werden. Vielfache Hemmungen haben diese Persönlichkeiten besiegt, und ihnen und ihren vertrautesten Freunden ist es zu danken, daß sowohl die Regierungen wie die wirtschaftlichen Korporationen freie Bahn fanden, auf der sie einander dann auch finden konnten.

So konnten sich beispielsweise die Industriellen Oesterreichs mit jenen Ungarns verständigen, obgleich es ehedem — in der Friedenszeit — stets eine Fülle von Differenzen zwischen ihnen gab. Noch überraschender war die Vereinigung der Landwirte und Industriellen auf einer gemeinsamen Plattform, zumal man speziell in Ungarn nicht glauben wollte, daß die sogenannten Merkantilisten und Agrarier sich auf eine gemeinschaftliche Basis stellen und in der Hauptsache konformen Zielen nachstreben dürften.

Der Besuch der reichsdeutschen Agrarier in Budapest, der allem Anschein nach eine neuerliche Trennung der Interessensphären bezweckte, hat jedoch letzten Endes doch wieder nur eine Verstärkung des wirtschaftlichen Bandes gebracht. Denn ebenso wie die Agrarier draußen im Reich mit den Industriellen in der Hauptsache einig sind, besteht auch zwischen den Agrariern und Industriellen in Oesterreich und Ungarn heute eine Konformität der Zwecke und Ziele.

Alle diese Umstände mußten naturgemäß zu einer Annäherung und Verbrüderung der Politiker in Oesterreich und Ungarn führen. Auch über die Konferenzen, die vor einigen Wochen in Budapest und dieser Tage in Wien stattfanden, wurden keine Detailberichte ausgegeben, doch darüber kann kein Zweifel herrschen, daß es in erster Reihe wirtschaftliche Probleme waren, mit denen sich die Parlamentarier bei ihren Begegnungen beschäftigten. Diese Zusammenkünfte sind mit der letzten Reise der Ungarn nach Wien noch lange nicht abgeschlossen. Es werden weitere Konferenzen erfolgen, und wie in den publizierten zwei Reden angedeutet wurde, soll der Kreis der Teilnehmer eine Erweiterung erfahren. An diesen neuen wirtschaftlichen Konferenzen werden aber auch reichsdeutsche Politiker teilnehmen, und eben jetzt weilen hervorragende österreichische und ungarische Staatsmänner in Berlin, um die schon in einem früheren Stadium angeregten und festgesetzten Beratungen an fixe Termine zu binden.

Unterdessen verhandeln die Regierungen unermüdlich weiter, und bei den günstigen Dispositionen auf allen Seiten ist eine restlose Lösung aller Probleme gewiß. Während unsere Gegner im Feindesland von ihrem „Krieg nach dem Krieg" faseln, arbeiten unsere politischen und wirtschaftlichen Faktoren eifrig an der Neugestaltung der ökonomischen Verhältnisse. Ohne jeden Optimismus, bloß in genauer Kenntnis der Vorgänge, darf man heute schon sagen, daß nicht nur zwischen Oesterreich und Ungarn, sondern auch zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland die innigsten und für alle Beteiligten gleichmäßig vorteilhaften wirtschaftlichen Vereinbarungen gelingen werden.

Fortsetzung der Konferenzen.

Wie bereits mitgeteilt wurde, werden die Besprechungen führender deutschösterreichischer und ungarischer Parlamentarier, die bekanntlich am 30. Januar und 25. d. stattgefunden haben, ihre Fortsetzung finden. Von ungarischer Seite wird nunmehr gemeldet, daß der Plan bestehe, eine neuerliche Begegnung zwischen den österreichischen und ungarischen Polikiern bereits im Laufe des Monats Mai herbeizuführen. Diese Zusammenkunft würde dann wieder in Budapest auf Einladung der ungarischen Parlamentarier, beziehungsweise des Geheimen Rates von Berzeviczy stattfinden. Während der Zusammenkunft der österreichischen und ungarischen Parlamentarier vom 25. d. kein im vorhinein festgesetztes Verhandlungsthema vorlag und eine unverbindliche Aussprache über alle möglichen politischen Fragen den Zweck der Zusammenkunft bildete, werden im Rahmen der im Mai in Budapest stattfindenden Besprechung im vorhinein zu fixierende Fragen den Gegenstand der Diskussion bilden, und es ist, wie die ungarische Seite sagt, begründete Hoffnung dafür vorhanden, daß die am 25. d. in Wien zur Besprechung gelangten Fragen zur entsprechenden Klärung kommen.

Reichspost
1./IV. 1916

77

Der IV. deutschschlesische Städtetag für ein Wirtschaftsbündnis mit Deutschland. Aus Troppau, 31. d., wird gemeldet: Auf dem IV. deutschschlesischen Städtetag wurde folgende Entschließung angenommen: „Der schlesische Städtetag fordert die Regierung auf, alle Vorbereitungen einzuleiten, damit ein wirtschaftlicher Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich, durch welchen ein möglichst einheitliches Wirtschaftsgebiet aus dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn gebildet werden soll, noch vor Friedensschluß sichergestellt wird. Dieser wirtschaftliche Zusammenschluß soll als staatliches Grundgesetz allen Zufälligkeiten politischer Strömungen, wenn nicht für immer, so auf tunlichst lange Dauer entrückt sein. Der schlesische Städtetag hält dafür, daß ihnen einen solchen wirtschaftlichen Zusammenschluß die Segnungen des zuversichtlich erwarteten Sieges nicht sichergestellt und die Aufgaben, welche die Zukunft den beiden mitteleuropäischen Großmächten stellen wird, nicht gelöst werden können, und er meint, daß durch allmählich abzubauende Zwischenzölle eine etwa befürchtete Schädigung lebensfähiger Industriezweige vermieden werden kann." Die Entschließung wurde unter anhaltendem Beifall von den Delegierten einstimmig zum Beschluß erhoben.

Fremdenblatt

4. III. 1916

86

Bergbau in der Türkei.

Berlin, 3. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Konstantinopel: Die türkische „Wirtschaftszeitung" veröffentlicht fachmännische Artikel über die wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei zu Deutschland vom Standpunkte der Erzgewinnung aus. Zwanzig verschiedene Erze finden sich in der Türkei, für das Wilajet Aldin allein sind bereits neunzig Bergwerke konzessioniert. Wichtig für Deutschland ist z. B. Brom. Krupp habe bereits zwei Bromwerke gekauft, zwei andere gepachtet. In der Türkei wurden bisher sechzig Konzessionen für Brombergwerke erteilt. Die Türkei ist ferner sehr reich an Silberblei, für dessen Gewinnung siebzig Konzessionen erteilt wurden und von denen ein Bergwerk allein den zehnten Teil der gesamten Silberblei-Einfuhr Deutschlands decken könnte. Die Ausbeute der meisten türkischen Bergwerke sei bei einem Kapitalmangel der Konzessionäre unmöglich. Für Deutschland sei es höchst wichtig, sich die für England unerreichbaren Quellen zu sichern. Größere Bergbaubeziehungen zwischen der Türkei und Deutschland seien daher für beide Teile wertvoll.

Neue Freie Presse 5./IV. 1916

Einführung der Zollverwaltung für die in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiete Serbiens.

Wien, 4. April.

Auf Grund der dem Armeeoberkommandanten kraft Allerhöchsten Oberbefehls übertragenen Befugnisse der obersten Zivil- und Militärgewalt in den in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebieten Serbiens (Okkupationsgebiet) wird vom Armeeoberkommandanten durch eine morgen im zweiten Stück des Verordnungsblattes des Militärgouvernements in Belgrad erscheinende, am 10. d. in Kraft tretende Verordnung eine Zollordnung samt Zolltarif erlassen und hiemit dieses Okkupationsgebiet von Serbien als ein besonderes Zollgebiet konstituiert.

Die Zollordnung und der Zolltarif haben folgenden Wortlaut:

§ 1. Bei der Einfuhr von Waren in das Okkupationsgebiet werden Zölle nach Maßgabe des anliegenden Zolltarifes erhoben. Waren, die in keine der im Zoutarife angeführten Warenkategorien eingereiht werden können, sind in der Einfuhr zollfrei. Der Militärgouverneur ist ermächtigt, die Einfuhr bestimmter Warengattungen zu verbieten. Die Einfuhr von Monopolgegenständen, d. i. Tabak, Salz, Zigarettenpapier, Zündhölzchen, aus stärke- und zuckerhältigen Stoffen gewonnener Alkohol und Petroleum kann nur von der Monopolsverwaltung oder mit ihrer Ermächtigung erfolgen.

§ 2. Die Durchfuhr von Waren unter Zollkontrolle erfolgt nur im direkten Bahn- und Schiffahrtsverkehre. Jede andere Durchfuhr unterliegt der Eingangsverzollung und allen Bestimmungen über die Einfuhr und Ausfuhr.

§ 3. Die Durchführung der Zollvorschriften erfolgt: 1. bezüglich des Warenverkehres über die Grenzen zwischen dem k. u. k. und dem königlich bulgarischen Okkupationsgebiete durch k. u. k. militärische Zollämter; 2. bezüglich des Warenverkehres über die ungarisch-serbische Grenze durch königlich ungarische Zollämter; 3. bezüglich des Warenverkehres über die Grenze zwischen Bosnien-Herzegowina und Serbien durch bosnisch-herzegowinische Zollämter. Die unter 1 bezeichneten Zollämter unterstehen dem k. u. k. Militärgeneralgouvernement Belgrad; der zolltechnische Dienst bei diesen Aemtern wird jedoch vom königlich ungarischen Finanzministerium geleitet. Die hiebei ergehenden Weisungen und Entscheidungen der königlich ungarischen Finanzbehörden ebenso wie die an diese Behörden gerichteten Meldungen und Berichte der Zollämter werden dem k. u. k. Militärgeneralgouvernement in Abschrift zur Kenntnis gebracht. Von den Inspektionen des zolltechnischen Dienstes durch königlich ungarische Finanzorgane wird das Militärgeneralgouvernement rechtzeitig im voraus behufs Entsendung eines Vertreters verständigt. Die unter 2 und 3 bezeichneten Zollämter unterstehen auch bezüglich des Zolldienstes des k. u. k. Okkupationsgebietes ihren vorgesetzten Dienstbehörden. Das k. u. k. Militärgeneralgouvernement Belgrad ist ermächtigt, alle Zollämter fallweise zu besichtigen und hiebei die Versehung des Zolldienstes des k. u. k. Okkupationsgebietes zu kontrollieren. Von jeder Besichtigung eines königlich ungarischen oder bosnisch-herzegowinischen Zollamtes wird die vorgesetzte Finanzbehörde rechtzeitig im voraus behufs Entsendung eines Vertreters verständigt. Beanständungen des Zolldienstes in einem vom königlich ungarischen oder vom k. u. k. gemeinsamen Finanzministerium geleiteten Dienstzweige werden dem betreffenden Ministerium zur Kenntnis gebracht. Das königlich ungarische Finanzministerium und das k. u. k. gemeinsame Finanzministerium werden, soweit sie vom Armeeoberkommando nach den obigen Vorschriften mit Aufgaben der Zollverwaltung des k. u. k. Okkupationsgebietes betraut sind, bei wichtigen Verwaltungsmaßnahmen die Zustimmung des Armeeoberkommandos einholen.

§ 4. Die Einfuhr darf nur über Grenzzollämter erfolgen. Die Waren sind nach Maßgabe der für das Vertragszollgebiet geltenden Gesetze und Vorschriften über das Zollverfahren bei den in § 3 bezeichneten Grenzzollämtern zur Verzollung anzumelden und zur Abfertigung zu stellen.

§ 5. Die Gewichtszölle werden vom Rohgewichte erhoben bei allen Waren, für die der Zoll 12 K. 50 H. für 100 Kilogramm nicht übersteigt. Bei Einfuhr zollpflichtiger Waren in Postpaketen bis zu 5 Kilogramm Rohgewicht wird ein Stückzoll von 2 K. 50 H. erhoben, sofern das Paket keine Waren enthält, die einem Zollsatze von 375 K. oder mehr für 100 Kilogramm oder einem Stückzoll unterliegen.

§ 6. Von der Zollpflicht sind befreit: 1. Liebesgaben für österreichisch-ungarische oder verbündete Truppen; 2. Waren, die für die österreichisch-ungarische Feldarmee oder Militärverwaltung oder für die Feldarmee einer verbündeten Macht eingeführt werden; 3. Waren, die von Angehörigen der österreichisch-ungarischen Feldarmee oder Militärverwaltung oder von Angehörigen der Feldarmee einer verbündeten Macht zum eigenen Gebrauche eingeführt werden; 4. gebrauchte Kleidungsstücke und Wäsche, die nicht zum Verkaufe oder zur gewerblichen Verwendung dienen; 5. Gebrauchs- oder Verzehrungsgegenstände, die von Reisenden, einschließlich der Fuhrleute und Schiffer, zum eigenen Gebrauche oder Verbrauche oder zur Ausübung ihres Berufes auf der Reise mitgeführt werden.

§ 7. Uebertretungen der Zollordnung werden mit der Einziehung der Gegenstände, mit denen die Uebertretung begangen wurde, und mit einer Geldstrafe bis zur vierfachen Höhe des Wertes der Gegenstände, wenigstens aber in der Höhe von 40 K., bestraft. Wenn die Einziehung der Gegenstände nicht möglich ist, wird auf Erlegung des Wertes und, wenn dieser nicht zu ermitteln ist, auf Zahlung von 100 bis 3500 K. erkannt. Hinterzogene Abgaben sind außerdem zu entrichten. Uebertretungen, die nicht mit bestimmten Gegenständen und nicht durch Hinterziehung von Abgaben begangen wurden, werden mit Geldstrafe bis zu 200 K. bestraft.

§ 8. Bei Uneinbringlichkeit der im § 7 bezeichneten Geldstrafe wird auf Arrest bis zur Dauer von sechs Monaten erkannt.

§ 9. Durchführungsvorschriften zur Zollordnung und zum Zolltarife werden durch Verordnung des Militärgeneralgouvernements erlassen. Das Militärgeneralgouvernement ist ermächtigt, zur Milderung von Kriegsschäden oder zur Abwehr von Notständen Ausnahmen von der Zollpflicht zu bewilligen oder Ermäßigungen der Zollsätze zu gewähren.

§ 10. Diese Verordnung und der einen Bestandteil derselben bildende Zolltarif treten am 10. April 1916 in Kraft.

Der Zolltarif ist der folgende: Der Einheitssatz beträgt in Kronen für 100 Kilogramm: 1. a) Weizen, Roggen 5, b) Gerste, Mais, Hafer und andere Getreidearten, auch gemälzt, 2.50; 2. Reis, auch geschält, 5; 3. Kartoffeln 2.50; 4. Gemüse, Hülsenfrüchte, Obst: a) frisch 4, b) getrocknet, gedörrt und in anderer Weise einfach zubereitet 12; 5. Südfrüchte, frisch und getrocknet, 10; 6. Kaffee: a) roh 150, b) gebrannt 200; 7. Kaffeesurrogate 25; 8. Tee 150; 9. Gewürze 100; 10. Hopfen und Hopfenmehl 4; 11. Fleisch und Speck: a) frisch 20, b) zubereitet, auch Wurstwaren, 50; 12. Heringe, gesalzen, 3; 13. Fische, gesalzen (mit Ausnahme der gesalzenen Heringe), mariniert oder geräuchert, 30; 14. Müllereierzeugnisse 10; 15. Fette Oele 20; 16. Stärke aller Art 15; 17. Zucker 50; 18. Branntwein aller Art (mit Ausnahme des aus Stärke und zuckerhältigen Stoffen gewonnenen und dem Monopol unterliegenden Alkohols): a) in Fässern 350; b) in anderen Behältnissen 450; 19. Wein: a) in Fässern 50; b) in Flaschen 100; c) Schaumweine 200; 20. Bier aller Art 15; 21. Essig aller Art 7; 22. Hefe aller Art 30; 23. Mineralwässer aller Art 2; 24. Kakao, Schokolade, Zuckerwerk und andere mit Zucker zubereitete Nahrungsmittel und Genußmittel 100;

Neue Freie Presse 5./IV. 1916

Einführung der Zollverwaltung für die in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehende serbische Gebiete.

25. Nicht besonders benannte Nahrungs- und Genußmittel ohne Zuckergehalt 80; 26. Speisefette aller Art 50; 27. Farberden, Gips, Kreide, gebrannt, gemahlen, auch geschönt, Zement 0.50; 28. Destillationsprodukte des Rohöls (mit Ausnahme des dem Monopol unterliegenden Leuchtpetroleums, ferner Destillationsprodukte), der Bitumene (Asphalt), der Rohteere und der Kohle, Zeresin 5; 29. a) Wachs, technische Fette und Fettsäuren 10; b) Kerzen und Lichte aller Art 30; 30. Wagenschmiere, Wichse und Putzfette sowie andere zubereitete Fettungs- und Schmiermittel 10; 31. Seifen: a) Waschseife aller Art 10; b) Toiletteseife 40; 32. Soda, Pottasche, Aetznatron, Chlorkalk 1; 33. Essigessenz 40; 34. zubereitete Farben und Tinten 20; 35. Firnisse und Lacke 30; 36. Riech- und Schönheitsmittel aller Art 300; 37. Baumwolle: a) Garne 25; b) Webe-, Wirk- und Strickwaren 80; 38. Hanf, Flachs und andere vegetabilische Spinnstoffe: a) Garne 10; b) Webe-, Wirk- und Strickwaren: 1. grobe Packstoffe, auch Säcke 7.50; 2. andere 30; c) Seilwaren, auch Netze 25; 39. Wolle und andere Tierhaare: a) Garne 25; b) Fußbodenteppiche 75; c) Filze und Filzwaren 80; d) Webe-, Wirk- und Strickwaren 125; 40. Seide und Halbseide: a) Garne 200, b) Webe-, Wirk- und Strickwaren 1250; 41. Spitzen und Stickereien: a) aus Seide 1500, b) andere 600; 42. Posamentier- und Knopfwaren: a) aus Seide 500, b) andere 150; 43. Kleider, Wäsche und andere Konfektions- und Modewaren, Zollsatz des Grundstoffes zuzüglich 50 Prozent: 44. Hüte und Mützen per Stück —.50; 45. Fes, mit oder ohne Quasten, per Stück —.20; 46. Regen- und Sonnenschirme per Stück 1.50; 47. Wachstuch und überstrichene Gewebe, auch Fußbodenbelag aus Linoleum 35; 48. Leder 50; 49. Schuhe und Stiefel 100; 50. Handschuhe 270; 51. lederne Treibriemen aller Art 60; 52. Sattler-, Riemer- und andere Lederwaren 100; 53. Kürschnerwaren 150; 54. Kautschuk und Guttaperchawaren 120; 55. Bürstenbinderwaren sowie Besen 30; 56. Holzwaren: a) Bau- und Nutzholz, behauen, Bretter, Parkettbretter und -leisten, Zimmermannsarbeiten für Bauzwecke 5; b) andere 15; 57. Pappe 3; 58. Papier: a) Packpapier 5; b) anderes 10; 59. Spielkarten 100; 60. Papierwaren: a) Säcke, Düten und ähnliche Erzeugnisse 10; b) andere 50; 61. Waren aus Zement, auch gemischt mit Asbest 5; 62. Ziegel aller Art 0·15; 63. Röhren aus Ton 1; 64. Wand- und Bodenbelagplatten 5; 65. Alle übrigen Ton- und Steinzeugwaren 5; 66. Waren aus Steingut, Majolika und Porzellan 15; 67. Glas und Glaswaren: a) Hohlglas 5; b) Spiegel- und Tafelglas 7; c) alle übrigen Glaswaren 17; 68. Waren aus Edelmetallen: a) aus Silber, auch vergoldet für 1 Kilogramm 30; b) aus Gold oder Platin für 1 Kilogramm 250; für 100 Kilogramm: 69. Eisen und Eisenwaren: a) Stabeisen, Träger, Schienen 1.50; b) Blech, Platten und Draht 3; c) Blech- und Drahtwaren 20; d) Waren aus Gußeisen 6; e) Waren aus Schmiedeeisen 9; f) Werkzeuge und Messerschmiedewaren 20; 70. Waren aus unedlen Metallen: a) Halbfabrikate, wie Stangen, Platten, Bleche, Draht, Röhren usw. 10; b) Fabrikate 60; 71. Näh-, Strick- und Stickmaschinen 5; 72. Kabel und isolierte Drähte 20; 73. Telegraphen-, Telephon-, Signal- und ähnliche elektrotechnische Apparate sowie elektrotechnisches Kleinmaterial 60; 74. elektrische Lampen 60; 75. Fahrräder und deren Teile 200; 76. musikalische Instrumente: a) Klaviere, Harmoniums und ähnliche Instrumente mit Tasten per Stück 100, b) andere per 100 Kilogramm 40; 77. Schreib- und Rechenmaschinen sowie Registrierkassen per 100 Kilogramm 100; 78. Taschenuhren: a) mit goldenen Gehäusen per Stück 6, b) mit anderen Gehäusen per Stück 2; 79. Wand- und Standuhren per 100 Kilogramm 120; 80. Kinderspielwaren 50.

Durch eine gleichzeitig erscheinende und gleichfalls am 10. April 1916 in Kraft tretende Verordnung des Armeeoberkommandanten werden für die Aus- und Durchfuhr im serbischen Okkupationsgebiete folgende Bestimmungen erlassen:

§ 1. Aus- und Durchfuhr. Die Ausfuhr aus dem Okkupationsgebiete und die Durchfuhr (§ 2 der Zollordnung) durch dasselbe ist in bezug auf alle Waren verboten, deren Ausfuhr aus der österreichisch-ungarischen Monarchie und deren Durchfuhr durch dieselbe verboten ist. Die Ausfuhr und Durchfuhr darf nur über Grenzzollämter erfolgen.

§ 2. Ausnahmen, Aus- und Durchfuhrbewilligungen. Vom Durchfuhrverbote ausgenommen ist: 1. die Durchfuhr von Waren aus der österreichisch-ungarischen Monarchie oder in dieselbe, und 2. die Durchfuhr von Waren, deren Durchfuhr durch die österreichisch-ungarische Monarchie gestattet wurde. Durch Verordnung des Militär-Generalgouvernements kann die Ausfuhr in die Monarchie allgemein oder mit Ausschluß bestimmter Warenkategorien zugelassen werden. Sonstige Ausnahmen vom Aus- oder Durchfuhrverbote (§ 1) werden vom Militär-Generalgouvernement oder von den hiezu durch Verordnung des Militär-Generalgouvernements ermächtigten Organen bewilligt. Ferner wird in demselben Verordnungsblatte eine Durchführungsverordnung des Militärgouvernements in Belgrad zur Zollordnung verlautbart, welche die näheren Anordnungen über die Einrichtung des Zolldienstes, über das Zollverfahren, über Zollbegünstigungen, das Rechtsmittelverfahren, die Zollzahlung usw. enthält.

Österr. Volkszeitung 5./IV. 1916

83

„Zollgebiet Serbien."

Einführung der Zollverwaltung für die okkupierten Gebiete.

Die heutige „Wiener Zeitung" bringt die Mitteilung, daß vom Armeeoberkommandanten eine am 10. April d. J. in Kraft tretende Verordnung — Zollordnung samt Zolltarif — erlassen wird, womit das Okkupationsgebiet von Serbien als ein besonderes Zollgebiet konstituiert wird. Es heißt in der Verordnung:

Bei der Einfuhr von Waren ins Okkupationsgebiet werden Zölle nach Maßgabe des anliegenden Zolltarifs erhoben. Waren, die in keine der im Zolltarif angeführten Warenkategorien eingereiht werden können, sind in der Einfuhr zollfrei. Der Militärgouverneur ist ermächtigt, die Einfuhr bestimmter Warengattungen zu verbieten. Die Einfuhr von Monopolsgegenständen, das ist Tabak, Salz, Zigarettenpapier, Zündhölzchen, aus stärke- und zuckerhältigen Stoffen gewonnener Produkte und Petroleum, kann nur von der Monopolsverwaltung oder mit ihrer Ermächtigung erfolgen.

Die Durchführung der Zollvorschriften

erfolgt: bezüglich des Warenverkehrs über die Grenzen zwischen dem k. u. k. und dem königlich bulgarischen Okkupationsgebiet durch k. u. k. militärische Zollämter; bezüglich des Warenverkehrs über die ungarisch-serbische Grenze durch königlich ungarische Zollämter; bezüglich des Warenverkehrs über die Grenze zwischen Bosnien-Herzegowina und Serbien durch bosnisch-herzegowinische Zollämter.

Die Gewichtszölle werden vom Rohgewichte erhoben bei allen Waren, für die der Zoll 12 Kronen 50 Heller für 100 Kilogramm nicht übersteigt. Bei Einfuhr zollpflichtiger Waren in Postpaketen bis zu 5 Kilogramm Rohgewicht wird ein Stückzoll von 2 Kronen 50 Heller erhoben, sofern das Paket keine Waren enthält, die einem Zollsatze von 375 Kronen oder mehr für 100 Kilogramm oder einem Stückzoll unterliegen.

Von der Zollpflicht sind befreit:

Liebesgaben für österreichisch-ungarische oder verbündete Truppen; Waren, die für die österreichisch-ungarische Feldarmee oder Militärverwaltung oder für die Feldarmee einer verbündeten Macht eingeführt werden; Waren, die von Angehörigen der österreichisch-ungarischen Feldarmee oder Militärverwaltung oder von Angehörigen der Feldarmee einer verbündeten Macht zum eigenen Gebrauche eingeführt werden; gebrauchte Kleidungsstücke und Wäsche, die nicht zum Verkauf oder zur gewerblichen Verwendung dienen; Gebrauchs- oder Verzehrungsgegenstände, die von Reisenden, einschließlich der Fuhrleute und Schiffer, zum eigenen Gebrauche oder Verbrauche oder zur Ausübung ihres Berufes auf der Reise mitgeführt werden.

Strafbestimmungen.

Uebertretungen der Zollordnung werden mit der Einziehung der Gegenstände, mit denen die Uebertretung begangen wurde, und mit einer Geldstrafe bis zur vierfachen Höhe des Wertes der Gegenstände, wenigstens aber in der Höhe von 40 Kronen bestraft. Wenn die Einziehung der Gegenstände nicht möglich ist, wird auf Erlegung des Wertes und, wenn dieser nicht zu ermitteln ist, auf Zahlung von 100 bis 3500 Kronen erkannt. Hinterzogene Abgaben sind außerdem zu entrichten.

Uebertretungen, die nicht mit bestimmten Gegenständen und nicht durch Hinterziehung von Abgaben begangen wurden, werden mit Geldstrafe bis zu 200 Kronen bestraft.

Bei Uneinbringlichkeit der bezeichneten Geldstrafe wird auf Arrest bis zur Dauer von sechs Monaten erkannt.

Der Zolltarif.

In dem als Anlage zur Zollordnung erscheinenden Zolltarif ist eine große Reihe von Waren einzeln angeführt mit dem dazu gehörigen Zollsatz. Der Inhalt des Tarifs bildet die Anlage zu § 1 der Zollordnung.

Durch eine gleichzeitig erscheinende und gleichfalls am 10. d. M. in Kraft tretende Verordnung des Armeeoberkommandanten werden für die Aus- und Durchfuhr im serbischen Okkupationsgebiet folgende Bestimmungen erlassen:

Aus- und Durchfuhr.

Die Ausfuhr aus dem Okkupationsgebiet und die Durchfuhr ist in bezug auf alle Waren verboten, deren Ausfuhr aus der österreichisch-ungarischen Monarchie und deren Durchfuhr durch diese verboten ist. Die Ausfuhr und Durchfuhr darf nur über Grenzzollämter erfolgen.

Vom Durchfuhrverbot ausgenommen ist: Die Durchfuhr von Waren aus der österreichisch-ungarischen Monarchie oder in diese und die Durchfuhr von Waren, deren Durchfuhr durch die österreichisch-ungarische Monarchie gestattet wurde.

Durch Verordnung des Militärgeneralgouvernements kann die Ausfuhr in die Monarchie allgemein oder mit Ausschluß bestimmter Warenkategorien zugelassen werden. Sonstige Ausnahmen vom Aus- oder Durchfuhrverbot werden vom Militärgeneralgouvernement oder von den hiezu durch Verordnung des Militärgeneralgouvernements ermächtigten Organen bewilligt.

Eine Durchführungsverordnung des Militärgouvernements in Belgrad wird zur Zollordnung verlautbart, die die näheren Anordnungen über die Einrichtung des Zolldienstes, über das Zollverfahren, über Zollbegünstigungen, das Rechtsmittelverfahren, die Zollzahlung usw. enthält.

Neues Wiener Tagblatt 5. IV. 1916

Das Okkupationsgebiet von Serbien als besonderes Zollgebiet.

Einführung der Zollverwaltung.

Auf Grund der dem Armeeoberkommandanten kraft allerhöchsten Oberbefehles übertragenen Befugnisse der obersten Zivil- und Militärgewalt in den in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebieten Serbiens (Okkupationsgebiet) wird vom Armeeoberkommandanten durch eine heute im zweiten Stücke des Verordnungsblattes des Militärgouvernements in Belgrad erscheinende, am 10. d. in Kraft tretende Verordnung eine Zollordnung samt Zolltarif erlassen und hiemit dieses Okkupationsgebiet von Serbien als ein besonderes Zollgebiet konstituiert. Die Zollordnung und der Zolltarif bestimmen:

Bei der Einfuhr von Waren in das Okkupationsgebiet werden Zölle nach Maßgabe des anliegenden Zolltarifs erhoben. Waren, die in keine der im Zolltarif angeführten Warenkategorien eingereiht werden können, sind in der Einfuhr zollfrei. Der Militärgouverneur ist ermächtigt, die Einfuhr bestimmter Warengattungen zu verbieten. Die Einfuhr von Monopolsgegenständen, das ist Tabak, Salz, Zigarettenpapier, Zündhölzchen, aus stärke- und zuckerhältigen Stoffen gewonnener Alkohol und Petroleum, kann nur von der Monopolsverwaltung oder mit ihrer Ermächtigung erfolgen.

Die Durchfuhr von Waren unter Zollkontrolle erfolgt nur im direkten Bahn- und Schiffahrtsverkehre.

Die Durchführung der Zollvorschriften erfolgt: 1. bezüglich des Warenverkehres über die Grenzen zwischen dem k. u. k. und dem königlich bulgarischen Okkupationsgebiete durch k. u. k. militärische Zollämter; 2. bezüglich des Warenverkehres über die ungarisch-serbische Grenze durch königlich ungarische Zollämter; 3. bezüglich des Warenverkehres über die Grenze zwischen Bosnien-Herzegowina und Serbien durch bosnisch-herzegowinische Zollämter.

Die Gewichtszölle werden vom Rohgewicht erhoben bei allen Waren, für die der Zoll 12 K. 50 H. für 100 Kilogramm nicht übersteigt. Bei Einfuhr zollpflichtiger Waren in Postpaketen bis zu 5 Kilogramm Rohgewicht wird ein Stückzoll von 2 K. 50 H. erhoben, soferne das Paket keine Waren enthält, die einem Zollsatze von 375 K. oder mehr für 100 Kilogramm oder einem Stückzoll unterliegen.

Von der Zollpflicht sind befreit: 1. Liebesgaben für österreichisch-ungarische oder verbündete Truppen; 2. Waren, die für die österreichisch-ungarische Feldarmee oder Militärverwaltung oder für die Feldarmee einer verbündeten Macht eingeführt werden; 3. Waren, die von Angehörigen der österreichisch-ungarischen Feldarmee oder Militärverwaltung oder von Angehörigen der Feldarmee einer verbündeten Macht zum eigenen Gebrauch eingeführt werden; 4. gebrauchte Kleidungsstücke und Wäsche, die nicht zum Verkauf oder zur gewerblichen Verwendung dienen; 5. Gebrauchs- oder Verzehrungsgegenstände, die von Reisenden, einschließlich der Fuhrleute und Schiffer, zum eigenen Gebrauch oder Verbrauch oder zur Ausübung ihres Berufes auf der Reise mitgeführt werden.

Die Verordnung und der einen Bestandteil derselben bildende Zolltarif treten am 10. April 1916 in Kraft.

Zolltarif.

Nr.	Warenbezeichnung	Zollsatz Maßstab	Zollsatz Einheitssatz Kronen
1	a) Weizen, Roggen	100 Kg.	5.—
	b) Gerste, Mais, Hafer und andre Getreidearten, auch gemälzt	„ „	2.50
2	Reis, auch geschält	„ „	5.—
3	Kartoffeln	„ „	2.50
4	Gemüse, Hülsenfrüchte, Obst:		
	a) frisch	„ „	4.—
	b) getrocknet, gedörrt und in andrer Weise einfach zubereitet	„ „	12.—
5	Südfrüchte, frisch und getrocknet	„ „	10.—
6	Kaffee:		
	a) roh	„ „	150.—
	b) gebrannt	„ „	200.—
7	Kaffeesurrogate	„ „	25.—
8	Tee	„ „	150.—
9	Gewürze	„ „	100.—
10	Hopfen und Hopfenmehl	„ „	4.—
11	Fleisch und Speck:		
	a) frisch	„ „	20.—
	b) zubereitet, auch Wurstwaren	„ „	50.—
12	Heringe, gesalzen	„ „	3.—
13	Fische, gesalzen (mit Ausnahme der gesalzenen Heringe) mariniert oder geräuchert	„ „	30.—
14	Müllereierzeugnisse	„ „	10.—
15	Fette, Oele	„ „	20.—
16	Stärke aller Art	„ „	15.—
17	Zucker	„ „	30.—
18	Branntwein aller Art (mit Ausnahme des aus Stärke und zuckerhältigen Stoffen gewonnenen und dem Monopol unterliegenden Alkohols):		
	a) in Fässern	„ „	350.—
	b) in andern Behältnissen	„ „	450.—
19	Wein:		
	a) in Fässern	„ „	50.—
	b) in Flaschen	„ „	100.—
	c) Schaumweine	„ „	200.—
20	Bier aller Art	„ „	15.—
21	Essig aller Art	„ „	7.—
22	Hefe aller Art	„ „	30.—
23	Mineralwässer aller Art	„ „	2.—
24	Kakao, Schokolade, Zuckerwerk und andre mit Zucker zubereitete Nahrungs- und Genußmittel	„ „	100.—
25	Nicht besonders benannte Nahrungs- und Genußmittel ohne Zuckergehalt	„ „	30.—
26	Speisefette aller Art	„ „	50.—
27	Farberden, Gips, Kreide, gebrannt, gemahlen, auch geschönt, Zement	„ „	—.50
28	Destillationsprodukte des Rohöls (mit Ausnahme des dem Monopol unterlieg. Leuchtpetroleums, ferner Destillationsprodukte), der Bitumene (Asphalt), der Rohteere und der Kohle, Zeresin	„ „	5.—
29	a) Wachs, technische Fette und Fettsäuren	„ „	10.—
	b) Kerzen und Lichte aller Art	„ „	30.—
30	Wagenschmiere, Wichse und Putzfette sowie andre zubereitete Fettungs- und Schmiermittel	„ „	10.—
31	Seifen:		
	a) Waschseife aller Art	„ „	10.—
	b) Toiletteseife	„ „	40.—
32	Soda, Pottasche, Aetznatron, Chlorkalk	„ „	1.—
33	Essigessenz	„ „	40.—
34	Zubereitete Farben und Tinten	„ „	20.—
35	Firnisse und Lacke	„ „	30.—
36	Riech- und Schönheitsmittel aller Art	„ „	300.—
37	Baumwolle:		
	a) Garne	„ „	25.—

Kölnische Zeitung
5/IV. 1916

86 5

Die deutschen Außenstände im feindlichen Auslande.

Auf viele Hunderte Millionen Mark belaufen sich die deutschen Außenstände im feindlichen Auslande, teilweise Buchforderungen aus Lieferungen, teilweise Beteiligungen an Gesellschaften und Firmen in den jetzt feindlichen Ländern oder einfache Depositа. Die genaue Höhe der Gesamtsumme steht nicht fest. Denn bisher hat unsere Reichsregierung nur die deutschen Schulden an feindliche Ausländer amtlich aufgenommen, dagegen dem zweiten Teile des Reichstagsbeschlusses, auch eine amtliche Eintragung der deutschen Forderungen an das feindliche Ausland herbeizuführen, keine Folge gegeben.

Die Reichsregierung konnte sich bei dieser ihrer ablehnenden Haltung darauf berufen, daß innerhalb unserer deutschen Gläubigerschaft selbst keine Einmütigkeit herrschte. In der Tat waren zwei einander entgegenwirkende Strömungen zu beobachten: in den großen Industrie- und Ausfuhrmittelpunkten des Westens und Südens herrschte von vornherein die Überzeugung vor, daß die deutschen Forderungen an das feindliche Ausland, soweit sie durch den Krieg notleidend werden sollten, durch besondere Maßnahmen des Reichs gesichert werden müßten und daß aus diesem Grunde die Sammlung und Prüfung der Forderungen durch geeignete Organe des Reichs vorangehen müsse. Dagegen erklärten sich zwei wichtige Mittelpunkte unseres Ausfuhrhandels: Hamburg und Berlin. In Hamburg ging man anfänglich wohl von der Ansicht aus, daß der Krieg nicht sehr lange dauern werde und daß mit Kriegsende die zerrissenen wirtschaftlichen Fäden um so eher und besser sich wieder anknüpfen lassen würden, je weniger der Staat sich hineinmischte. Es mag noch hinzugekommen sein, daß gerade in den Hansestädten seit Alters her eine beinahe unüberwindliche Scheu davor besteht, die Geschäftsbeziehungen aufzudecken, und sei es auch nur einem Vertrauensausschuß der Handelskammer. Ähnliche Gründe mögen in Berlin maßgebend gewesen sein, und so geschah es denn, daß der Hamburger Exporteur-Verein in Übereinstimmung mit dem Berliner Verein eine Haltung des Deutschen Exporteurverbandes gegen jede Registrierung der Außenstände durchsetzte, obwohl sich Ausfuhrfirmen des Westens und Südens dafür erklärt hatten. Auch die Handelskammern in Hamburg und Berlin haben alsdann ganz im Sinne des genannten Verbandes Stellung genommen, und auch der Bevollmächtigte der Hansestädte im Bundesrat hat sich dementsprechend orientiert.

Auf der andern Seite war es zuerst eine Anzahl von Geschäftsleuten im Wuppertal, die sich schon unmittelbar nach Ausbruch des Krieges zusammentaten, am 12. August 1914 eine Eingabe an die Handelskammer zu Barmen richteten und darin die Schaffung einer Zentralstelle zur Anmeldung der auf ordnungsmäßigem Wege nicht eingehenden deutschen Guthaben befürworteten. Der Staat — so war das Ziel dieser Eingabe — müsse nach einem siegreichen Ausgang des Krieges den Betrag dieser (vorher von deutscher Seite geprüften) Guthaben von den feindlichen Staaten einfordern und ihn den deutschen Gläubigern auszahlen, während die feindlichen Staaten ihrerseits die ausgezahlten Gelder von den einzelnen Schuldnern wieder eintreiben könnten. Aus dieser Wuppertaler Gruppe entwickelte sich später der Verband zur Sicherung deutscher Forderungen an das feindliche Ausland, Sitz Barmen, der aus allen Teilen Deutschlands viele Zustimmungen und Mitglieder erhalten hat. Daneben vertrat der Kriegsausschuß der deutschen Industrie ebenfalls den Gedanken, daß die deutschen Außenstände gesammelt, ordnungsgemäß geprüft und unter den besondern Schutz der Reichsregierung gestellt werden müßten; nur schlug der Kriegsausschuß als besondere Schutzmaßregel die Errichtung von „Ausgleichsstellen" vor, wo deutsche Schulden an feindliche Ausländer eingezahlt und dagegen deutsche Forderungen ausgezahlt werden sollten. Daneben waren auch internationale oder neutrale Schiedsgerichte ins Auge gefaßt.

Eine wesentliche Klärung ist dadurch eingetreten, daß sich in Hamburg neuerdings ein grundsätzlicher Umschwung vollzogen hat. Auch dort hatte sich bald nach Kriegsausbruch ein Ausschuß gebildet und Ende August eine Eingabe an den Reichskanzler in ganz ähnlichem Sinne wie die der Wuppertaler Gruppe gerichtet. Diese Eingabe fand zwar viele Unterschriften in Hamburg, der Ausschuß konnte sich aber doch zunächst nicht durchsetzen, teilweise wohl unter dem Einfluß der Tatsache, daß der Vorschlag des Kriegsausschusses der deutschen Industrie in den Kreisen Hamburger Ausfuhrhäuser auf starken Widerstand stieß. Im Stillen arbeitete indessen der Ausschuß weiter, und vor einigen Wochen drang im Hamburger Exporteur-Verein der Antrag durch, daß dieser Verein im Deutschen Exporteur-Verband für die amtliche Registrierung der Außenstände eintreten solle. In der vorigen Woche hat der Ausschuß eine neue Eingabe an den Reichskanzler gerichtet und wiederum in sehr entschiedenen Worten den besondern Schutz des Reiches für die durch den Krieg notleidend gewordenen Forderungen erbeten. Bemerkt sei, daß von den 28 Vereinen, die in Hamburg für diese Sache in Betracht kommen, ihrer 23 die Eingabe unterzeichnet haben. Inzwischen hat auch die Hamburger Handelskammer von diesem Umschwung der Meinungen Kenntnis erhalten, und es ist sehr kennzeichnend für den ausgeprägten Wirklichkeitssinn der Hanseaten, daß sich nunmehr nicht etwa noch weitere Gegensätzlichkeiten der Handelskammer ergaben, sondern daß vielmehr jetzt gerade die Handelskammer es war, die den weitern engen Zusammenschluß der kaufmännischen Vereine in die Hand nahm, um dem bisherigen Mangel einer Organisation abzuhelfen.

Über kurz oder lang wird sich auch in Berlin ein ähnlicher Umschwung vollziehen — wahrscheinlich schon sehr bald. Denn je mehr Rechtsgrundsätze dieser Weltkrieg über den Haufen wirft und je mehr unsere Feinde ihrem Haß gegen uns praktischen Ausdruck geben, um so stärker wird sich in allen beteiligten Kreisen bei uns die Überzeugung Bahn brechen, daß es mit der Wiederherstellung der alten Rechtsbehelfe durch die Friedensverhandlungen allein nicht getan ist, daß vielmehr besondere Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Außenstände notwendig sind, um dem nachwirkenden Hasse der Feinde zu begegnen. Es mag ja befremden, daß unsere Reichsregierung zurzeit noch keinen amtlichen Zwang zur Aufgabe und Prüfung der Außenstände ausüben will. Aber wenn sich erst die Meinungen innerhalb der beteiligten Kreise vollständig geklärt haben werden und außerdem die allgemeine militärisch-politische Lage eine noch stärkere Gewähr für die bestimmende Stellung Deutschlands bei den künftigen Friedensverhandlungen bieten wird: dann dürfte auch die Reichsregierung sich der gefährdeten Früchte deutscher Arbeit und deutschen Unternehmungsgeistes annehmen. Es wäre doch widersinnig, wollte Deutschland in diesem Weltkriege, der letzten Endes der Behauptung und Festigung unserer Weltstellung gilt, irgendetwas versäumen, um gerade die Volksteile vor verhängnisvoller Schwächung zu bewahren, denen es mit in erster Linie obliegt, an Deutschlands Weltstellung praktisch zu arbeiten.

Arbeiterzeitung 6./IV. 1916

87

Sozialdemokratie und Schutzzoll.

Der Berliner „Vorwärts" bringt unter diesem Titel eine Zuschrift über ursprünglich vertrauliche Verhandlungen, die am 9. Jänner in Berlin über die Frage der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn stattgefunden haben und die von der reichsdeutschen Bruderpartei im Verein mit der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs veranstaltet wurden, um in dieser Angelegenheit von offenkundig gemeinsamem Interesse zunächst eine unverbindliche Diskussion zur Klärung der Meinungen einzuleiten. Ausdrücklich wurde in diesem Anfangsstadium der Beratungen jede Beschlußfassung ausgeschlossen und die Aeußerung aller Richtungen für und wider gewünscht, damit für die Parteigenossen beider Länder eine Grundlage geboten werde, auf der sie sich ein selbständiges und freies Urteil bilden können. Das Protokoll dieser Tagung ist vom reichsdeutschen Parteivorstand unter dem Titel: „Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns" herausgegeben worden. Die erwähnte Zuschrift an den „Vorwärts" fälscht und verdreht nun Sinn und Absicht dieser Konferenz in der plumpsten Weise. Sie findet eine solche Veranstaltung zur gegenseitigen Verständigung anfechtbar, weil sie „sozusagen unter Ausschluß der Parteiöffentlichkeit" von den „Instanzen" getroffen wurde ... Der saubere Einsender möge doch verraten, wie denn die beiden Parteien anders, wie loyaler, wie offener miteinander in gemeinsame Beratungen eintreten können. Sodann trägt der Einsender die guten, alten, von keinem Sozialdemokraten bestrittenen Gründe gegen die Schutzzölle vor und schließt: „Und angesichts dessen stellt sich eine sozialdemokratische Konferenz ohneweiters auf den Boden dieses Systems."

Das sagt der Mann, der wissen muß, daß die Parteivorstände und die Konferenz es ausdrücklich abgelehnt haben, irgend einen Beschluß zu fassen. Der Vorsitzende Ebert erklärte einleitend:

> Leitsätze, wenn sie noch so vorsichtig und präzise formuliert sind, sind sehr leicht Mißverständnissen und Mißdeutungen ausgesetzt. Die Frage, mit der wir uns beschäftigen, ist aber so heikler Natur, daß jedes Mißverständnis ausgeschlossen sein muß ... Unser Wunsch ist, daß sich an die Referate eine Aussprache anschließt. Eine sachliche Beschlußfassung kann in diesem Kreise natürlich nicht erfolgen, schon aus rein organisatorischen Gründen. Dazu kommt, daß die äußerst schwierige Frage durchaus noch nicht spruchreif, durchaus noch nicht genügend geklärt ist. Was wir heute beabsichtigen, das soll sein die Einleitung der Diskussion ...

Programmgemäß hat die Konferenz keinen Beschluß gefaßt, jeder Redner sprach für sich und auch die „Vorwärts"-Richtung war durch mehrere Redner vertreten. Der Einsender lügt also glatt, wenn er sagt, die Konferenz habe sich ohneweiters auf den Boden des Schutzzolls gestellt. Er lügt auch darin, daß sich irgend ein Redner ohneweiters auf diesen Boden gestellt habe. Was von den am meisten Rechtsstehenden gesagt wurde, ist: Wenn wir noch zu schwach sein sollten, die Verkehrsfreiheit durchzusetzen, wie halten wir uns dann? — Diese Fragestellung verdreht der Einsender so: Wenn es nach den Wortführern der sozialdemokratischen Konferenz geht, werden wir uns hinstellen und erklären: Nein, wir brauchen das Schutzzollsystem, wir brauchen insbesondere die Zölle auf Lebensmittel, um den geschlossenen Wirtschaftskomplex herzustellen, bei dem wir Oesterreich-Ungarn „Vorzugszölle" einräumen.

Wir greifen dieses Muster gröblicher Entstellung heraus, um unseren Parteigenossen einen Begriff davon zu machen, welch unverantwortliche skrupellose Stänkerer in dem Kriegsleid des deutschen Proletariats wühlen, um die Partei zu zerstören und ihrer Individualität den Nimbus des Unentwegt-Radikalen zu verschaffen. Die Genossen mögen das Protokoll selbst nachlesen und sich selbst überzeugen, was auf der Konferenz vorgegangen ist, mögen dann den „Vorwärts" vom 4. April lesen und sie werden dann diese Brunnenvergiftung richtig zu würdigen vermögen.

K. R.

Hamburger Fremdenblatt
6./IV. 1916

88

Die Hansestädte und der mitteleuropäische Staatenbund.

Gelegentlich eines Vortrages, den der Reichstagsabgeordnete Ludwig Alpers aus Hamburg (Deutsche Fraktion), der bekannte Vorkämpfer der Idee des Mitteleuropäischen Staatenbundes, über dessen Bestrebungen in Hildesheim auf Veranlassung sämtlicher dort ansässiger politischer Parteien hielt, hat er auch Veranlassung genommen, den in den Handelskreisen der Hansestädte laut gewordenen Befürchtungen beschwichtigend entgegenzutreten, wobei er etwa folgendes ausführte: Gegenüber den laut gewordenen

Bedenken aus den Hansestädten,

in denen Männer von hervorragender Bedeutung, wie Ballin und Crasemann, aus dem Zusammenschluß von Mitteleuropa eine Abkehr vom Ueberseehandel und eine Beschränkung auf den Festlandhandel befürchteten, müsse betont werden, der Mitteleuropäische Staatenbund sei erforderlich für die dauernde Sicherung unserer Machtstellung. In ihm fänden sowohl die großdeutschen wie nationalen Ideale ihre Verwirklichung ohne Beeinträchtigung der Gleichberechtigung anderer Völker in der Staatengemeinschaft. Letztere werde den Ueberseehandel nicht vernachlässigen, sondern im Gegenteil mit äußerstem Nachdruck fördern. Der Zusammenschluß sei eines der Mittel, die uns angedrohte handelspolitische und wirtschaftliche Isolierung zu verhindern. Er erweitere den inneren Markt und erleichtere den Handel durch teilweise und allmähliche Beseitigung der Zollschranken, erschließe zukunftsreiche und leichter zu verteidigende Gebiete für Kolonisation, für den Absatz unserer Industrie und für die Gewinnung wertvoller Rohstoffe. Der notwendige Ausbau neuer Wasserstraßen mache die Donauländer zum Hinterlande der Hansestädte, während der Levanteverkehr der Zukunft nach wie vor der Schiffahrt verbleiben werde. Endlich sei nicht außer acht zu lassen, daß die Organisation des Mitteleuropäischen Staatenbundes anderen Staaten den Anschluß begehrenswert und leicht machs. Diese Gelegenheit praktischer Fürsorge für die Zukunft könne nicht ungenützt bleiben, das letzte große Zukunftsgebiet dürfe nicht den Gegnern preisgegeben werden. Im übrigen würde tatsächlich der Seehandel nicht beschränkt, und z. B. der Handel mit dem Persischen Golf und der Levante nicht nur nicht berührt, sondern eher gesteigert.

Neue Freie Presse
7. IV. 1916

Der Zentralverband über den Ausgleich und das Verhältnis zu Deutschland.

Das leitende Komitee des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs versendet in der Frage des Ausgleichs und des künftigen Verhältnisses zu Deutschland folgende Mitteilung:

Bezüglich des Ausgleiches mit Ungarn steht das leitende Komitee nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die grundsätzliche und bindende Einigung der beiden Regierungen über die dauernde Einheitlichkeit des Zoll- und Wirtschaftsgebietes und eine gemeinsame Handelspolitik möglichst früh erfolgen, die endgültige Vereinbarung über die in den Bereich des Ausgleiches gehörigen Einzelfragen jedoch der Wiederkehr des Friedenszustandes vorbehalten bleiben muß, ein Standpunkt, welcher schon in der von der Delegiertenversammlung am 22. November 1915 angenommenen Entschließung zum Ausdruck gebracht wurde.

Bezüglich der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland erklärt sich das leitende Komitee vollinhaltlich mit den Beschlüssen der Delegiertenkonferenz der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Deutschland, Oesterreich und Ungarn in Wien vom 20. November 1915 einverstanden. Das leitende Komitee hält schließlich auch eine Einbeziehung der Balkanmächte in die gemeinsame wirtschaftliche Interessensphäre für wünschenswert, wobei eine besonders innige Gestaltung der Beziehungen unserer Monarchie zu diesen Staaten schon mit Rücksicht auf deren geographische Lage in den Vordergrund zu stellen wäre.

Die Industrie und die Ausgleichs- und handelspolitische Frage.

In der letzten Vollversammlung des Verbandes der Industriellen im Handelsbezirk Prag, Sektion des Bundes österreichischer Industrieller, hielt, wie jüngst mitgeteilt worden ist, der Präsident Eugen Freiherr v. Kubinzky eine patriotische Ansprache. In seiner Rede erörterte Freiherr v. Kubinzky ferner die Leistungen der Industrie im Kriege und widmete auch der nationalen Frage in Böhmen sowie den jetzt im Vordergrunde stehenden wirtschaftspolitischen Problemen, dem Ausgleich mit Ungarn und dem künftigen wirtschaftlichen Verhältnis zu Deutschland, eine Betrachtung. Der Redner sagte darüber folgendes:

Der Ruf nach einer nationalen Verständigung in Böhmen ist von dieser Stelle aus seit Jahrzehnten immer wieder ausgegangen und er kann und darf auch im Kriege nicht verstummen. Denn diese Frage ist für den Krieg von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wir haben derzeit kein Parlament. Es wäre wohl anzunehmen, daß, wenn der von uns seit Jahrzehnten gewünschte nationale Ausgleich perfekt wäre, die Gesetzgebung bei uns ebenso wie in Ungarn und in anderen Ländern funktionieren könnte. Vielleicht wäre es von Bedeutung, daß unsere Regierung an einem funktionierenden Parlament einen Berater von Autorität und mit Verantwortung hätte. Möge deshalb dieser Krieg alle, die es angeht, erkennen lassen, daß die im Verhältnis zu demselben kleinlichen nationalen Streitigkeiten in den Hintergrund treten müssen vor dem Gedanken des großen gemeinsamen Vaterlandes. Gestatten Sie ferner, folgendes zu berühren. Der ungarische Ministerpräsident sagte in seiner letzten Neujahrsrede, daß die richtig aufgefaßte ungarische nationale Politik an der Stärkung des österreichischen Staates und seiner inneren Konsolidierung stets gern mitarbeitet. Es sei mir gestattet zu betonen, daß es wohl das Selbstverständlichste der Welt ist, daß auch wir, speziell die österreichischen Industriellen, das Aufblühen und die Machtstellung Ungarns nur auf das wärmste begrüßen. Wir werden, wie durch Jahrzehnte und insbesondere im jetzigen Kriege bewiesen wurde, stets bereit sein, mit Ungarn Hand in Hand zu gehen. Eben aus diesem Grunde jedoch muß nach meiner Ansicht jeder Patriot sowohl hier wie drüben verlangen, daß es keinen Ausgleich geben soll, welcher auf der labilen Basis aufgebaut ist, von zehn zu zehn Jahren neu geregelt zu werden. Wieviel Intelligenz, wieviel Zeit, wieviel Arbeit geht bei den periodischen Verhandlungen verloren, ausschließlich für zehn Jahre, eine im Leben der Völker relativ verschwindend kleine Zeit, die Grundlage wirtschaftlichen Zusammenlebens zu schaffen. Gewiß wäre es am schönsten — und ich bediene mich des neu geprägten Ausdruckes — daß der Ausgleich „pragmatisiert" werde; geht dies nicht, so muß die Ausgleichsperiode eine möglichst lange sein. Es ist vollkommen klar, daß Ungarn genau dasselbe Interesse daran haben muß wie wir in Oesterreich, daß der Ausgleich auf eine lange Reihe von Jahren abgeschlossen wird. Es ist daher geradezu unverständlich, wenn immer und immer wieder Gerüchte auftauchen, daß von Ungarn die Stabilisierung des Ausgleiches auf 20 oder 25 Jahre als ein Entgegenkommen an Oesterreich bezeichnet wird, für welches eine Kompensation verlangt wird. Ungarn, aus welchem erst letzter Tage hervorragende Wirtschaftspolitiker in Wien weilten, wird und kann es nicht zum Aeußersten kommen lassen und will ebenso wie wir einen Ausgleich; aber wir müssen einen gerechten verlangen. Der paritätische Einfluß beider Reichshälften muß gewahrt und gesichert werden. Wir müssen dies auch deshalb um so mehr betonen, als die diesbezüglichen Klagen aus Interessentenkreisen, speziell auch während des Krieges, ohne Ende sind. Bevor ich schließe, gestatten Sie mir, wenn auch nur in wenigen Worten, auf die sich während des Krieges entwickelnde Diskussion über unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reiche zurückzukommen. Ich glaube, der Krieg hat bewiesen, daß diese Frage nicht vom nationalen Standpunkte beurteilt werden darf, aber auch nicht bloß im Hinblicke auf ein spezielles Standesinteresse, sei es das ausschließlich industrielle oder agrarische, sondern immer nur im Hinblicke auf das Gesamtwohl. Der Prager Industriellenverband hat sich über diese Angelegenheit vor ungefähr Jahresfrist bereits ausgesprochen. Der Gedanke, daß eine Zollunion mit dem Deutschen Reiche ein erstrebenswertes Ziel sei, daß die Zollschranken zwischen den beiden großen Zentralmächten fallen sollen, wurde bereits damals abgelehnt, und an diesem Standpunkte hat sich seither nichts geändert. Allein hiemit ist dieser Gegenstand noch lange nicht erschöpft, sondern ein ganzer Komplex wirtschaftlicher Fragen von hochwichtiger Bedeutung harrt seiner Erledigung. Im Laufe des Jahres, seit unserem letzten Beschlusse hat sich manches geklärt und wurde im Kreise unseres Ausschusses besprochen. Wir hatten auch Gelegenheit, jeder einzelne von uns, viel Interessantes zu erfahren und zu hören, und ich erinnere nur an den hochinteressanten Vortrag des deutschen Reichstagsabgeordneten Naumann. Wir haben aber auch aus dem Lager der Feinde in der Zwischenzeit manches gehört, was vielleicht geeignet ist, in dieser Richtung die herrschenden Ansichten zu bestimmen und zu klären. Wir lesen ab und zu in den Tagesblättern über die Vorbereitungen, welche unsere Gegner jetzt bereits einleiten, um nach Beendigung des militärischen Krieges durch den Zusammenschluß der Allierten den wirtschaftlichen Kampf gegen die Zentralmächte fortzusetzen. Wenn es hiezu kommen sollte, dann wird ein Zusammenschluß der mitteleuropäischen Staaten, wenn auch nicht zu einer Zollunion, so doch in irgendeiner Form zur gemeinsamen Abwehr dieser wirtschaftlichen Feindseligkeiten unabweislich notwendig werden. Noch haben diese feindlichen Projekte keine sichere Gestalt angenommen; über ihre Ausführbarkeit ist man selbst im feindlichen Lager gewiß noch lange nicht eines Sinnes. Aus diesem und aus vielen anderen Gründen möchte ich es noch nicht für opportun halten, zu der Frage, in welcher Form eine wirtschaftliche Annäherung zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem Deutschen Reiche erfolgen soll, und zu dem Komplex von Fragen, wie weit ein solcher Anschluß reichen soll, vom Standpunkte der Industrie aus Stellung zu nehmen. Zu einer solchen Stellungnahme fehlt außer der mangelnden Kenntnis des Verhaltens des feindlichen Auslandes noch manche andere wichtige Voraussetzung, so insbesondere eine offizielle Aeußerung der beteiligten Regierungen und ein Einblick in die verschiedenen Gutachten der verschiedenen Branchen. Und so bleibt wohl für den Augenblick nichts anderes übrig, als dem Wunsche Ausdruck zu verleihen, daß unsere ausgezeichneten innigen Beziehungen zu unseren gegenwärtigen Verbündeten auch nach dem Kriege nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Fortsetzung und ihren Ausbau finden mögen. Wir wollen die Hoffnung aussprechen, daß nach glücklicher Beendigung dieses Feldzuges zu dem Siege auf dem Schlachtfelde der Sieg der Wirtschaft hinzukomme, daß Entscheidungen, welche ja auf dem ganzen wirtschaftlichen Gebiete notwendig werden, so fallen, wie es zum Wohle aller Bevölkerungsschichten erforderlich ist.

Der Rede folgte lebhafter anhaltender Beifall.

Westungarischer Grenzbote

7/11. 1916

90

Ein innigeres wirtschaftliches Verhältnis mit Deutschland.

Die letztstattgefundene Plenarsitzung der Handels- und Gewerbekammer befaßte sich mit der Frage der Schaffung eines engeren wirtschaftlichen Verhältnisses mit Deutschland.

In seinem Referate wies Kammersekretär Dr. Gregor W o l f f vor allem darauf hin, daß der mit unserem mächtigen Verbündeten gegen eine Welt von Feinden Schulter an Schulter gefochtene Kampf auf beiden Seiten die Bestrebung auslöste, daß Ungarn und Oesterreich ein noch innigeres als das bisherige Zusammenwirken auf wirtschaftlichem Gebiete mit dem mächtigen deutschen Reiche pflege.

Anfangs tauchte von mehreren Seiten die Frage der vollständigen Union mit Deutschland auf, wodurch auch die Zollschranken fallen würden. Dieser Plan zeigte sich jedoch bald als undurchführbar, denn in wirtschaftlicher Hinsicht bestehen jetzt noch sehr große Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten. Die entwickelte und kapitalskräftige deutsche Industrie würde nicht nur der ungarischen, sondern auch der österreichischen Industrie eine unerträgliche Konkurrenz bieten.

Aber durch die intensive, in jeder Richtung fleißige Arbeit unserer Volkswirtschaft könnte in einigen Jahrzehnten das wirtschaftliche Leben Ungarns einen solch mächtigen Schwung erhalten, daß wir uns mit Recht an die inneren Mitglieder des mächtigen mitteleuropäischen Reiches anreihen können. Bis dorthin ist es jedoch notwendig, daß wir die ungarische Industrie mit allen Kräften schützen und fördern. Dieser Aufgabe müssen wir die wirksamen Mittel des Zollsystems und der Verkehrs- und Tarifpolitik dienstbar machen. Es ist unmöglich, daß eine intensive Landwirtschaft, ein von jedem Hemmschuh befreiter Handel Hand in Hand mit der Industrieförderung die Vermögenskraft unseres Vaterlandes nicht heilen sollte.

Ein wichtiger Faktor ist ferner zur Ausbildung der industriellen und kaufmännischen, nicht weniger der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte die Entwicklung der Volksbildung auf ein solch hohes Niveau wie jenes Deutschands.

Wir müssen danach trachten, daß wir, wo es nur möglich ist, den inländischen Bedarf selbst decken, hingegen würde der Außenhandel den Ueberfluß abführen.

Die Annäherung an das mächtige Deutsche Reich auf geistigem Gebiete und auch in wirtschaftlicher Hinsicht war auch bisher von guter Wirkung für unser Vaterland, nach dem Kriege muß sich jedoch die von uns allen ersehnte engere Freundschaft und unser Bündnis hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiete offenbaren; vor allem dort, wo die Konsolidierung der Kräfte zur Unterstützung der wirtschaftlichen Tätigkeit notwendig ist, so z. B. auf dem Gebiete des Finanz- und Kreditwesens, hinsichtlich der Eroberung der Exportplätze und bezüglich der Massenproduktion usw. usw. Die wissenschaftliche Forschung ist heute einer der mächtigsten Förderer der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion und demzufolge können wir die materiellen Mittel der wissenschaftlichen Versuche auch nur durch Vereinigung der gemeinsamen Kräfte steigern.

Es ist notwendig, daß die wohltätige Wirkung der in Deutschland, sowie in Ungarn und Oesterreich sich bewährten rechtlichen und volkswirtschaftlichen Institutionen auf die Bürger der verbündeten Staaten, resp. auf deren wirtschaftliche Tätigkeit in gleicher Weise erstreckt werde. Schließlich ist eine wirtschaftliche Annäherung an die Balkanstaaten, hauptsächlich an die verbündete Türkei und an Bulgarien eine notwendige Ergänzung des Bundes der Zentralmächte.

Die Verwertung der Rohprodukte und Lebensmittel dieser Staaten ist ein wirksames Mittel zur Vermehrung der Produktionstätigkeit unseres Landes.

Die Kammer wird in diesem Sinne ein eingehend motiviertes Memorandum an die Regierung richten.

Pester Lloyd 8./IV. 1916 91 I

Vorträge.

Budapest, 7. April.

Dem telegraphisch bereits signalisierten Vortrage, den der Direktor der Ungarisch-Orientalischen Wirtschaftszentrale Dr. Koloman Balkányi vor einigen Tagen in der Bulgarischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft zu Sophia hielt, entnehmen wir die folgenden Stellen:

Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind hat uns aufs neue vereint. Aufs neue sind wir beisammen, wir kämpfen gemeinsam um wirtschaftlichen Fortschritt, Kultur, nationales Dasein. Auf dem durch weltgeschichtliche Geschehnisse zusammengeschweißten großen Gebiet, das sich von der Nord- und der Ostsee bis zu dem Persischen Meerbusen ausdehnt, wollen wir und Sie unsere nationale Wirtschaft und Kultur frei entfalten, feindlichem Angriff und mörderischer wirtschaftlicher Drosselungspolitik unsere gemeinsame Kraft, unser gemeinsames Wissen entgegenstemmen. Die geschichtlichen Ereignisse, die Waffentaten der glorreich kämpfenden verbündeten Heere haben uns nicht vergeblich zu Nachbarn gemacht. Wir fühlen, daß wir viele wirtschaftliche und kulturelle Ideale mit Ihnen gemeinsam haben. Unser Vaterland ist, gleich dem Ihrigen, von Natur aus gesegneter Boden, der einer viel dichteren Bevölkerung, als die jetzige ist, Brot und Bildung zu geben vermag. Unser Boden trägt, gleich dem Ihren, noch nicht genug. Was wir erstreben, ist, durch Anwendung moderner Urbarmachungsmittel, durch gesteigerte Inanspruchnahme der manuellen, der animalischen und der mechanischen Arbeitskraft, durch Samenauswahl, Anwendung von Kunstdünger, Viehveredlung und besonders durch Mehrung des agrikulturellen Wissens, den Ertrag unseres Bodens zu steigern.

Stehen nicht dieselben Ziele Ihnen vor Augen? Eröffnet sich nicht eine neue und großartige Entwicklungsmöglichkeit aus der Berührung auf wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiete zweier so stark fortschrittswilliger Völker, wie die Ungarn und die Bulgaren? Das Zuchttier, das auf Ungarns ärarischem und privatem Großgrundbesitz produziert wird, der Anbau reichlicher tragender, das kontinentale Klima dennoch besser vertragender Pflanzenarten (ich will mich diesmal nur auf den Székácsschen veredelten Weizen berufen), wird all dies nicht auf Bulgariens Ackerbau von wohltätiger Wirkung sein? Oder können wir Ungarn nicht sehr viel von Ihren fleißigen und vorbildlich geschickten Gemüsegärtnern lernen, die schon heute ein erhebliches Teil zur Alimentierung der ungarischen Städte beitragen, im Falle einer zielbewußten Aktion aber die Organisatoren eines auf Export arbeitenden Beschäftigungszweiges von großer Zukunft werden können: der intensiven Gemüsegärtnerei und der Konservenindustrie?

Wohl ist Ungarn, wie Bulgarien hauptsächlich Agrikulturland. Ich denke, Sie sind gerade so wie ich davon überzeugt, daß diese beiden Länder einander in vieler Hinsicht durch Ausnützung ihrer speziellen Produktionsverhältnisse ergänzen können. Ungarn und Oesterreich zum Beispiel haben bis heute in großen Mengen Grünzeug, Blumen und Zierpflanzen von unseren jetzigen Feinden, den Italienern und Franzosen, eingeführt. Könnte nun Ihr herrliches Land von den auf dem Südabhange des Balkangebirges sich erstreckenden Rosenfeldern unser Land mit Blumen und Gemüsse nicht gerade so gut versehen, wie die französische und italienische Riviera? Eine günstige, rasche Eisenbahnverbindung könnte hier Wunder wirken. Ich vertraue darauf, daß in Zukunft nicht die Rivierazüge, sondern die Balkanzüge Duft und Poesie den Völkern Mitteleuropas zuführen werden.

Außer Gemüse, Blumen, Obst und Reis, worin Bulgarien stark ausfuhrfähig ist und wir einfuhrbedürftig, sind wir im Belange der landwirtschaftlichen Produktionshauptzweige: Weizen und Mais, insoweit aufnahmsfähig, als wir die hieraus hergestellten, fertigen Produkte, Mehl und tierische Produkte, westwärts zu exportieren vermögen. Unsere Interessen sind also auch hier mit den Ihrigen identisch. Hinsichtlich des Viehverkehrs werden ebenfalls unstreitig neue Gesichtspunkte zur Geltung kommen und wir werden die Möglichkeit dessen finden, unsere Viehzucht zu heben, ohne uns Ihrem Viehexporte zu verschließen. Welche Vorteile eine gegenseitige wirtschaftliche Berührung zeitigen kann, dafür möchte ich noch ein konkretes Beispiel anführen. In den südlichen Teilen der ungarischen Tiefebene hat sich in den letzten Jahren eine neue Maisbebauungsart eingebürgert, die quadratische. Mittels dieser Anbaumethode ist ein sehr großer Mehrertrag erreichbar. Bei vollständig sachgemäßer quadratischer Kultur läßt sich pro Katastraljoch ein Mehrertrag von 10 bis 15 Meterzentner erzielen. Welch große Perspektive eröffnet sich der bulgarischen Landwirtschaft, wenn dieser Mehrertrag auch in Bulgarien zu erzielen ist, wenn Bulgarien sein Fechsunasplus von mehreren Millionen Meterzentnern zu exportieren vermag! Aber welch großartige Perspektive auch für die ungarische Viehzucht, wenn sie mit Hilfe der ihr aus Bulgarien zugehenden mehreren Millionen Meterzentner Mais ihre Fleisch- und Fettproduktion so weit zu heben vermag, daß nicht nur in der Monarchie, sondern auch in Deutschland der Fleisch- und Fettimport aus überseeischen Ländern überflüssig wird.

Nebst der Landwirtschaft wäre es besonders die landwirtschaftliche Industrie, auf deren Gebiet wir nach meinem Dafürhalten aus dem gegenseitigen Verkehr sehr viel Kraft zu schöpfen vermöchten. Bei diesen Industriezweigen ist die natürliche Entwicklung die, daß an einem Orte erworbene Erfahrungen möglichst im weitesten Kreise verwertet werden. Unsere landwirtschaftliche Industrie, die von derjenigen der westlichen Völker vieles zu lernen hatte, hat große Anstrengungen machen müssen, ehe sie in das heutige Stadium gelangte. Wir denken nicht daran, daß Sie sich stets mit der Rolle des Rohstoffe produzierenden Landes begnügen werden, sondern es ist unsere Ueberzeugung, daß auch Sie trachten werden, Ihre landwirtschaftliche Industrie zu heben. Uns leitet nicht das Beispiel des freiheitsliebenden Albion, das sich für die Freiheit jener Völker begeistert, die keine Fabriken haben. Offen herausgesagt: Wir fürchten die Konkurrenz Ihrer Fabriksindustrie nicht. Wir wünschen Ihren Fabriken Festigung und wollen an der Industrialisierung Bulgariens teilhaben.

*

In der Ungarischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft hielt gestern Dr. Alexander Katona, Sekretär des Ungarischen Kaufmännischen Landesverbandes, einen Vortrag über das Problem der Zwischenzoll-Linie zwischen Ungarn und Oesterreich.

Die Idee der Zwischenzölle haben vor einem Jahrzehnt jene praktischen Männer angeregt, die eine Aenderung unseres Zollverhältnisses zu Oesterreich aus rein wirtschaftlichen Gründen wünschen, sich aber jener schweren Folgen bewußt sind, mit denen die wirtschaftliche Trennung verbunden wäre. Die Frage der Zwischenzölle wird heute insbesondere dadurch aktuell, daß am Vorabend der Erneuerung des Ausgleichs die Interessenvertretung unserer Industrie, der Bund der Fabriksindustriellen, für dieses Zollsystem Stellung nimmt und sich mit ihm dauernd befaßt. Eine erschöpfende Ausführung dieses Zwischenzollsystems von seiten der propagierenden Stelle steht aber noch aus, was die Kritik überaus erschwert. Ja sogar hinsichtlich der Art und Weise der Verwirklichung besteht selbst im Kreise der heimischen Fabriksindustriellen die größte Meinungsverschiedenheit. Es gibt solche, die den Zwischenzollschutz bloß stufenweise verwirklichen und die Zwischenzölle in der Höhe der Außenzölle feststellen wollen. Andere wünschen als Zwischenzoll einen gewissen fixen Prozentsatz der Zölle zu bestimmen. Es gibt auch Anhänger des Individualsystems, die bei jedem einzelnen Artikel besonders erwägen wollen, ob ein Zollschutz geboten sei und in welcher Höhe.

Der Vortragende prüft die Aufgaben und Möglichkeiten der Zwischenzollpolitik. Er stellt zur Feststellung des Wertes der durch den Zollschutz abzuwehrenden österreichischen industriellen Einfuhr Berechnungen an. Die Höhe dieser Einfuhr dürfte auf Grund der Warenverkehrsstatistik pro 1912 auf etwa 50 Prozent der 1400 Millionen Kronen betragenden österreichischen Einfuhr, nämlich 760 Millionen Kronen zu veranschlagen sein. Aus der Reihe der zu schützenden Industrieartikel läßt der Vortragende den Zucker und Spiritus, welche auch gegenwärtig den Zwischenzollschutz genießen, aus. Er läßt ferner die fetten Oele, Mineralöl, Bürstenbinder-, Wachsleinwand- und Zündwaren, ferner Bier außer acht, welche Industrien zum überwiegenden Teil oder ganz den heimischen Bedarf decken. Er zieht ferner jene Industriezweige, in denen vom Zollschutz eine Entwicklung der Produktion ihrer Natur nach nicht zu erwarten ist, nicht in Rechnung. Solche sind die literarischen Gegenstände und Kunstobjekte, Gegenstände aus Edelmetall, Edelsteine, Kürschner- und Kautschukwaren usw. Ueberdies kann in den meisten Industrien jenen Halbfabrikaten kein Schutz gewährt werden, deren neuerliche Verteuerung um den Zoll die Erzeugung der Fertigware beeinträchtigen würde. In allen Industriezweigen gibt es zahlreiche Artikel, von denen auch das Vertragszollgebiet auf wesentliche ausländische Einfuhr angewiesen ist, oder die solche spezielle feine Erzeugnisse der österreichischen Industrie bilden, deren Verdrängung vom heimischen Markt, beziehungsweise in denen eine Entwicklung der heimischen Industrie nicht zu erwarten ist.

Auf die Zollpolitik des Zwischenzollsystems übergehend, stellt der Vortragende fest, daß Zwischenzölle nur bei jenen Industrieartikeln notwendig sind, deren gegenwärtige Zölle im gemeinsamen Zollgebiet nicht genug hoch sind, oder auch wenn sie es sind, infolge des Wettbewerbes der österreichischen Industrie nicht zur Geltung kommen. Im ersteren Falle würde die Anwendung der Zwischenzölle eine Erhöhung der Zölle des Vertragszollgebiets notwendig machen, im zweiten entstünde bei vielen Industrieartikeln die Gefahr, daß infolge Abschwächung der Wirkung

Pester Lloyd 8/IV. 1916

92 II.

Vorträge

des auswärtigen Schutzes durch den Zwischenzoll die Erzeugnisse der österreichischen Industrie zugunsten der ausländischen Produktion vom heimischen Markte würden verdrängt werden.

Eine Untersuchung der österreichischen industriellen Einfuhr aus diesen beiden Gesichtspunkten ergibt folgendes Resultat: 215 Millionen Kronen beträgt jene österreichische Mehreinfuhr, bei der ohne wesentliche Erhöhung der Außenzölle der Zwischenzollschutz nicht verwirklicht werden könnte. Niedrige Zölle gibt es insbesondere in der Leder- und Schuhwarenindustrie, ferner bei fast allen Erzeugnissen der Flachsindustrie. Niedrig sind die Zölle bei den feineren Wollstoffen, mehreren Erzeugnissen der Hutindustrie, Handschuhen, in der Holz- und Möbelindustrie, in der Stein- und Tonindustrie, ferner bei vielen Artikeln der Metall-, Maschinen- und elektrischen Maschinenindustrie. Im allgemeinen sind die Zölle in jenen Industriezweigen niedrig, in denen die österreichische Industrie stark entwickelt ist und große Ausfuhr nach dem Zollauslande unterhält. Eine Erhöhung der Zölle des gemeinsamen Zollgebiets bei diesen Industrieartikeln würde zur Absperrung gegenüber dem Auslande führen und hiedurch zu Retorsionen Veranlassung bieten, die den Export des gemeinsamen Zollgebiets überaus erschweren, ja sogar in einzelnen Artikeln unmöglich machen würden. Andererseits würden die hohen Zölle der österreichischen Industrie ermöglichen, bei Ausnützung derselben die Inlandspreise zu steigern und ihre Erzeugnisse zu Exportpreisen zu verwerten, wodurch die Wirkung der Zwischenzölle auf dem ungarischen Markte vereitelt werden würde.

Mit 200 Millionen Kronen berechnet der Vortragende den Wert jener österreichischen Industrieartikel, die durch Erstellung von Zwischenzöllen zugunsten der ausländischen Indurie vom heimischen Markt verdrängt werden würden. In diese Kategorie gehören hauptsächlichst die Erzeugnisse der Baumwolle-, Eisen-, Metall-, Kerzen- und Seifen-, also jener Industrien, die das Rückgrat der österreichischen Einfuhr bilden. Hieher gehören außerdem noch zahlreiche Industrieprodukte von geringerer Bedeutung. Von der durch Zwischenzölle zu verdrängenden Mehreinfuhr in der Höhe von 760 Millionen Kronen beträgt also der Wert jener Einfuhr mehr als 400 Millionen Kronen, hinsichtlich deren der Zwischenzollschutz auf nahezu unbesiegbare Schwierigkeiten und Hindernisse stößt. Bloß auf 350 Millionen Kronen beläuft sich jener österreichische Mehrimport, bei dem die Anwendung von Zwischenzöllen auf keine größeren Schwierigkeiten stoßen würde. Auch diese, auf genaue Pünktlichkeit keinen Anspruch erhebenden Berechnungen können davon überzeugen, um wieviel es geringer der Wert des Zwischenzollschutzes ist, als es auf den ersten Anblick scheint, und wie bedeutend schwerer die Verwirklichung der Zwischenzollinie ist, als es ihre Anhänger vermeinen.

Hinsichtlich der von seiten Oesterreichs zu erstellenden Zwischenzölle geht der Vortragende vom Grundsatz aus, daß auch Oesterreich den Zwischenzollschutz in dem Maße in Anspruch nehmen würde, wie dies seinen wirtschaftlichen Interessen am meisten entspricht. Auch bezüglich Oesterreichs muß der zweifache Grundsatz gültig sein, daß die Zwischenzölle mit den Außenzöllen im Verhältnis stehen müssen und daß durch sie die ungarische Einfuhr zugunsten der Auslandsstaaten nicht benachteiligt werden darf. Die Anhänger des Zwischenzollsystems verfechten den Standpunkt, daß Oesterreich für seine Verluste auf dem Gebiete des industriellen Exports im Schutze seiner Landwirtschaft einen Ersatz suche; dem gegenüber weist der Vortragende darauf hin, daß der österreichische Ackerbau, der entwickelter ist als der ungarische, der nicht unter schlechteren Produktionsverhältnissen arbeitet und auf dem gemeinsamen Zollgebiet alle Vorteile des gemeinsamen Schutzes ebenso wie die ungarische Landwirtschaft genießt, gegenüber dieser letzteren keines Schutzes bedarf. Oesterreich würde Agrarzölle ausschließlich zu finanziellen Zwecken anwenden. Mäßige Agrarzölle hätten nämlich die Wirkung, daß sie die Preise im Inlandsmarkte unberührt lassen und die ungarische Landwirtschaft wäre gezwungen, diese Zölle zu tragen, wodurch diese Beträge zu Lasten des Wertes der ungarischen Ausfuhr dem österreichischen Staatsärar zufließen würden. Sehr mäßige Agrarzölle zugrunde nehmend, beziffert der Vortragende auf Basis des Verkehrs im Jahre 1912 den Verlust, den die ungarische Landwirtschaft aus den Zwischenzöllen dadurch erleiden würde, daß sie ihre Produkte auf dem österreichischen Markte zu billigeren Preisen abzusetzen genötigt wäre, mit 50 Millionen Kronen.

Es kann nicht bezweifelt werden, daß Oesterreich die dahin gerichtete ungarische Ausfuhr, deren Ueberschuß im Jahre 1912 322 Millionen Kronen betrug, durch Zwischenzölle zu verdrängen trachten würde. In dieser Ausfuhr spielen die Erzeugnisse der Mühlenindustrie die wichtigste Rolle. Ueberdies figurieren darin mit größeren Beträgen Pflanzenöle, Getränke, Bürstenbinderwaren, Zellulose, Stärke, Explosivstoffe usw. Berücksichtigt man, daß Oesterreich in den ungarischen Exportartikeln eine entwickelte Produktion hat, so ist es zweifellos, daß die Verdrängung der ungarischen Industrieausfuhr vom österreichischen Markte in sehr kurzer Zeit vor sich ginge, demgegenüber würde die ungarische Industrie, wie dies die Anhänger der Zwischenzölle selbst zugeben, 10—15 Jahre, ja noch mehr bedürfen, um die österreichische Mehreinfuhr verdrängen zu können. Das Zwischenzollsystem würde demnach nicht nur auf dem Gebiete der Verwertung des Agrarexportes einen großen Verlust bedeuten, es wäre vielmehr auch vom Gesichtspunkte der heimischen Industrie eher schädlich als nützlich.

Der Vortragende hält es nicht für wahrscheinlich, daß dritte Staaten gegen das Zwischenzollsystem unter dem Rechtstitel der Meistbegünstigung Einwand erheben würden, da doch die Zwischenzölle die Lage dieser Staaten auf den Märkten des Vertragszollgebietes nur vorteilhafter gestalten würden. Es ist schwer denkbar, daß Oesterreich seine Zustimmung zu einer Zollpolitik gebe, deren ausgesprochener Zweck es wäre, seiner Industrie den besten Markt zum größten Teil zu entreißen. Ohne Zustimmung Oesterreichs ist aber das Zwischenzollsystem nicht zu verwirklichen. Vom Gesichtspunkte Oesterreichs wäre die Zwischenzollinie sogar schädlicher als das selbständige Zollgebiet, da die Aufrechterhaltung der Gemeinsamkeit der Zollpolitik gegenüber dritten Staaten die österreichische Industrie der Möglichkeit berauben würde, ihren Erzeugnissen im Wege von Konzessionen in anderen Agrarländern Absatzmärkte zu schaffen.

Als eigentümlichen Zug unseres öffentlichen Lebens bezeichnet es der Vortragende, daß die Quelle aller wirtschaftlichen Uebelstände im Zollsystem gesucht wird und daß wegen Abänderung desselben unfruchtbare Kämpfe geführt werden, statt jene Möglichkeiten auszunützen, die dieses Zollsystem zur Förderung sowohl der landwirtschaftlichen wie auch der industriellen Produktion bietet.

An den Vortrag knüpfte Präsident Geheimer Rat Dr. Alexander v. Matlekovits einige Bemerkungen, indem er nach einer Schilderung der Vergangenheit dieser Frage auf die Schwierigkeiten hinwies, die der Verwirklichung einer Zwischenzollinie im Wege stehen. Die Diskussion über dieses Thema wird in der am 13. d. nachmittags 6 Uhr zu haltenden Sitzung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft fortgesetzt werden.

Neue Freie Presse 9/IV. 1916

93

1

Die Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas.

Von **Gustav Schmoller.**

(Siehe Nummer 18532 und 18539 der „Neuen Freien Presse" vom 25. März und 2. April.)

Berlin, im April.

7.

Wir kommen zurück auf die früher festgestellte Tatsache, daß wir heute über eine künftige Zollunion keinen festen Beschluß zu fassen brauchen, daß wir zunächst nur eine Zollbevorzugung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn anstreben wollen. Das kann in ähnlicher Form geschehen wie 1853, es kann, was materiell aber auf dasselbe herauskommt, geschehen in der Form des Dreizolltarifsystems, das einige mittelamerikanische Staaten unter sich, ebenso die Vereinigten Staaten mit Kuba und Brasilien haben.

Das Dreitarifsystem geht von der richtigen Erkenntnis aus, daß es, je weiter die internationalen Handelsbeziehungen und Verträge gehen, um so schwieriger werde, allen Staaten, mit denen man Handelsverträge schließt, die ganz gleichen Begünstigungen (als Folge der herkömmlichen Klausel der sogenannten Meistbegünstigung) einzuräumen. Das neue System hat daher drei Tarife: den Generaltarif, der gilt, wenn kein Vertrag zwischen Ausland und Inland zustande kommt; den allgemeinen Begünstigungstarif, in dem die Resultate der Verträge mit der Mehrzahl der anderen Staaten niedergelegt sind, der allen fremden Vertragsstaaten zugute kommt; daneben nun noch den dritten Tarif, der weitere größere Konzessionen enthält, die man aber nur den benachbarten und besonders befreundeten Staaten einräumt. Ich habe derartiges schon vor 20 Jahren empfohlen. (Schmollers Jahrbuch, XIX, S. 1053, 1895.) Schumacher hat jetzt allgemeiner darüber gehandelt (Band 155, I, „Schriften des Vereines für Sozialpolitik", S. 93 bis 132; siehe auch die Bemerkung von Spiethoff darüber: daselbst, S. 55, und die von R. Schulte über „Meistbegünstigung und Vorzugsbehandlung", daselbst, S. 135 bis 151) und diesen Weg für unsere Annäherung an Oesterreich-Ungarn empfohlen. Er kann natürlich sehr verschieden weit, sehr vorsichtig oder sehr energisch betreten werden.

Das Wesentliche ist: die gegenseitigen besonderen Begünstigungen müssen so groß sein, daß sie beiden Reichen Vorteil bringen, daß der gegenseitige Verkehr erheblich wächst, daß seine Segnungen die Schädigungen weit überwiegen, die aus der verstärkten Konkurrenz für einzelne Landwirtschafts- und Gewerbezweige erwachsen.

In den zwanzig Jahren 1892 bis 1913 nahm unter den 1892 wie 1905 gesteigerten und gegenseitig fast mehr hemmenden als erleichternden Schutzzöllen die gegenseitige Einfuhr zu:

	von Oesterreich-Ungarn nach Deutschland	von Deutschland nach Oesterreich-Ungarn
von	575·4 Mill. Mark	376·6 Mill. Mark
auf	827·3 „ „	1104·8 „ „

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß nach weiteren zwanzig Jahren mit wesentlich ermäßigten Vorzugszöllen diese Zahlen die doppelten oder sogar dreifachen sein werden. Mögen wir Deutsche also noch so sehr betonen, daß für den Absatz unserer Industrieprodukte und für den Bezug unserer Rohstoffe im ganzen andere Staaten noch wichtiger seien als Oesterreich-Ungarn, daß wir nie vergessen dürfen, uns möglichst die Wege nach England und den englischen Kolonien, nach Nord- und Südamerika, nach China und Japan offen zu halten, so ist doch der Verkehr mit Oesterreich-Ungarn deshalb von so ganz besonderer Bedeutung, weil er als Nachbarverkehr der sicherste ist. Und er hat ferner das für sich, daß die Habsburger Monarchie zwar nicht die Kaufkraft wie England, aber eine viel größere hat wie zum Beispiel Rußland und Italien. Jeder Verkehr in die Ferne ist leichter gestört. Eine Annäherung an Oesterreich-Ungarn nähert uns dem Ideal eines einheitlichen Marktes von 120 Millionen Menschen. Und wir haben aus der Geschichte des Zollvereins gelernt, was der innere Markt bedeutet. Eine Reihe von neuen wissenschaftlichen Untersuchungen haben uns zu zeigen gesucht, wie viel wichtiger die Zunahme des inneren, als des äußeren Absatzes sei.

Neue Freie Presse 9./IV. 1916

II

Die Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas.

Mit dem Abschlusse eines Vorzugsvertrages zwischen beiden Reichen wird ein Strom deutscher Intelligenz und Technik wie ein Strom deutschen Kapitals nach Oesterreich-Ungarn und ein Strom österreichisch-ungarischer Arbeiter, Vorarbeiter und Künstler, viel umfassender als bisher, teils periodisch, teils dauernd nach Deutschland kommen. Die Begründung deutscher Unternehmungen in Oesterreich-Ungarn und österreichischer in Deutschland wird wachsen. Es ist für Oesterreich-Ungarn sehr gut, wenn seine Auswanderung nach Uebersee sich in eine solche nach Deutschland verwandelt. —

Nicht mit Unrecht hoffen die österreichischen Intellektuellen, daß, je mehr der Vertrag die Türen öffnet, desto mehr auch deutsche Tatkraft, deutsche Präzision überhaupt in Oesterreich eindringen, die geschäftlich schädliche Gemütlichkeit einschränken, daß damit Reformen der Verwaltung, des Verkehrswesens, der Industrie- und Kreditorganisation sich durchsetzen werden, die bisher nicht zu erreichen waren.

Die ungarische Landwirtschaft, teilweise auch die österreichische, kann, wenn sie der Intensivität der deutschen sich nähert, ihre Ernten sehr erhöhen; das wird nicht schnell geschehen; deswegen werden auch unsere Landwirte diese Konkurrenz nicht so sehr zu fürchten haben. Aber es wird doch wahrscheinlich in einer bis zwei Generationen sich durchsetzen, wenn ein großer allgemeiner Aufschwung in der habsburgischen Monarchie eintritt. Er setzt eine große Viehzunahme in Oesterreich-Ungarn voraus sowie ein Wachsen der einheimischen Nachfrage. Aber jedenfalls wird zugleich damit künftig für das Deutsche Reich die österreichisch-ungarische Einfuhr nicht mehr überwiegend auf Holz und Eier beschränkt sein, wir werden in einem Falle ähnlicher Absperrung wie heute viel gesicherter werden als jetzt.

Aber nicht bloß die österreichische Landwirtschaft, auch der ganze Teil der österreichischen Gewerbe, die eigentümliche Vorzüge haben, werden einen großen Absatz nach Deutschland erhalten, wie die Wollen- und Leinenindustrie (die österreichische Baumwoll- und Seidenindustrie, die weniger entwickelt sind, werden eher von Deutschland aus ergänzt werden); dann die Konfektion, die Bekleidungs-, die Kunstindustrie (während der Bedarf von chemischen und Eisenprodukten mehr durch deutsche Einfuhr gedeckt werden wird). Die deutsche Volkswirtschaft wird mehr und mehr ein System der Arbeitsteilung mit der österreichischen ausgestalten, wie bisher mit der englischen. Und je mehr das geschieht und je mehr das als Vorteil klar erkannt wird, desto mehr wird auch der Wunsch, zunächst noch durch gewisse Schutzzölle geschützt zu sein, zurücktreten können. Je dauernder und fester die Zoll- und Handelsverbindung zweier Staaten wird, desto mehr kann das geschehen, desto mehr werden Kartelle genügen, die etwaige noch zu starke Konkurrenz einzudämmen.

Wahrscheinlich erheblicher noch als die österreichische Einfuhr nach Deutschland wird die deutsche nach der habsburgischen Monarchie wachsen, wie sie bisher schon etwas stärker zunahm. Sie besteht hauptsächlich aus industriellen Erzeugnissen; sie beruht auf der höheren technischen und organisatorischen Entwicklung der deutschen Industrie. Die Konkurrenz ist zunächst, soweit sie für Oesterreich-Ungarn bedrohlich erscheint, durch Zwischenzölle etwas zu mildern; sie wird sich vielfach in der Form von deutschen Filialen in Oesterreich-Ungarn äußern und wird dann den wirtschaftlichen Fortschritt dort um so mehr fördern. Und diese Konkurrenz wird sich wesentlich auf die Produkte beziehen, die Deutschland an sich eben besser und billiger liefert, deren Erzeugung in Oesterreich-Ungarn daher ohne großen Schaden zurückgehen oder aufhören kann, respektive sich spezialisieren wird.

Spiethoff sagt über die deutschen Industriewaren, die nach Oesterreich gehen und deren Absatz noch wachsen wird: „In erster Linie sind zu nennen Eisenwaren aller Art, deren Ausfuhr von Deutschland nach Oesterreich-Ungarn bisher unter dem Druck sehr hoher Zölle teilweise gesunken ist, Maschinen, Explosionsmotoren, Chemikalien, besonders Teerfarben, Tonwaren, besonders Drainröhren, Zement, Spielwaren, die unter zu starker Detaillierung und Höhe der Zölle und Unsicherheit der zur Anwendung kommenden Tarifnummern bisher leiden, Wollgarne, Kleiderstoffe, Papier. Deutschland deckt heute 50 Prozent der österreichisch-ungarischen Einfuhr an Gewerbserzeugnissen. Waren anderer Herkunftsländer, die es verdrängen könnte, sind vornehmlich Maschinen, besonders für die Gewebegewerbe und die Metallbearbeitung, Dampfpflüge und landwirtschaftliche Maschinen, Kessel, Baumwollgarne, Wollgarne, Baumwollwaren und Seidengewebe."

Ich möchte zusammenfassend sagen: die deutsch-österreichisch-ungarische Zollannäherung ist eine Frage des Maßes und der Volkspsychologie.

Will man gegenseitig in einer Reihe wichiger Berufs- und Gewerbszweige die Zölle herabsetzen oder gar beseitigen, so muß das so umfangreich nach den Berufen und so erheblich nach den Tarifsätzen geschehen, daß die Wirkung der stärkeren Konkurrenz eine gegenseitige Belebung, einen inneren technischen und organisatorischen Fortschritt herbeiführt. Wer in Oesterreich nicht glaubt, daß die Annäherung ebenso günstig auf die Habsburger Monarchie wirke, wie seinerzeit der Anschluß Süddeutschlands an Preußen 1828 bis 1840 für die Süddeutschen, der Eintritt Hannovers 1852 in den Zollverein für dieses Land, der Eintritt Elsaß-Lothringens 1872 für Deutschland; wer nicht glaubt, daß die Menschen durch solche große Maßregeln sich ändern werden, daß die etwas verstärkte Konkurrenz sich in zunehmende Anstrengung, höhere Organisation umsetze, der muß in Oesterreich-Ungarn Gegner der Zollannäherung sein. Es ist der pessimistische Standpunkt, der an keinen inneren Fortschritt glaubt. Wer umgekehrt es für wahrscheinlich hält, daß die ungarische und die österreichische Volkswirtschaft bei den talentvollen Volkselementen, dem reichen Boden, der günstigen geographischen Lage gerade durch die engere Berührung mit Deutschland große innere Fortschritte machen wird, der wird kühn die Annäherung verlangen.

Wer recht haben wird, kann natürlich erst die Zukunft lehren. Aber dem Mutigen gehört die Welt. Die Wahrscheinlichkeit des Gelingens liegt gerade nach dem großen siegreichen Kriege noch viel mehr vor als bisher; vorausgesetzt, daß das Maß der gegenseitigen Herabsetzung und Konkurrenzvermehrung richtig getroffen werde.

(Fortsetzung folgt.)

Reichspost

11./IV. 1916

95

— **Die Handelsbeziehungen Rumäniens zu den Zentralmächten.** Die Bukarester „Zentralimportkommission" hat rumänischen Blättermeldungen zufolge den Beschluß gefaßt, in Berlin im Anschlusse an die dortige Zentraleinkaufsgesellschaft ein rumänisches Bureau zu errichten, um den Ankauf jener Waren durchzuführen, deren die rumänischen Kaufleute und Industriellen bedürfen. Außerdem wird sich dieser Tage eine von der rumänischen Regierung für diesen Zweck ernannte Kommission nach Deutschland begeben, um dort jene Ankäufe vorzunehmen, die sich der rumänische Staat direkt verschaffen will. Personen aus der Umgebung des rumänischen Handelsministers Constantinescu erzählen ferner, daß die deutsche Zentraleinkaufsgesellschaft auch ihrerseits ein Amt in Bukarest errichten wird, das mit der rumänischen „Zentralimportkommission" über den deutsch-rumänischen Warenaustausch betreffenden Fragen unterhandeln wird.

Frankfurter Zeitung
11./IV. 1916

96

Ein Zolltarif für Serbien.

Man schreibt der „Deutschen Orient-Korrespondenz" aus Belgrad:

Am 10. d. M. tritt für das von den österreich-ungarischen Truppen besetzte serbische Gebiet eine Zollordnung und ein Zolltarif in Kraft, durch den das serbische Okkupationsgebiet zu einem besonderen Zollgebiet gemacht wird. Die Zollverwaltung ist von dem österreich-ungarischen Armee-Oberkommandanten erlassen worden. Das Haager Abkommen bestimmt, daß in Gebieten, die infolge kriegerischer Operationen besetzt sind, eine Verwaltung einzurichten ist, die sich nach Möglichkeit den geltenden Landesgesetzen anzupassen hat. So ist für Belgien ein Zolltarif eingeführt, der im wesentlichen dem früheren belgischen Zolltarif nachgebildet ist und auch im östlichen Okkupationsgebiet wurde auf Grund einer Vereinbarung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ein Zolltarif geschaffen, dessen Sätze zwischen dem russischen und dem deutschen Tarif liegen. Für das serbische Okkupationsgebiet hat sich nunmehr auch, nachdem die Volkswirtschaft des Landes wieder im Aufblühen begriffen ist, die Notwendigkeit herausgestellt, Einfuhr und Ausfuhr durch eine Zollordnung und einen Zolltarif zu regeln.

Der neue serbische Tarif berücksichtigt im allgemeinen auch den früheren serbischen Tarif, jedoch sind eine ganze Reihe von Positionen herabgesetzt, um den Warenaustausch zu erleichtern. Alle Waren, die in dem Zolltarif nicht aufgeführt sind, können zollfrei eingeführt werden. Die Zollverwaltung für den Warenverkehr aus Oesterreich-Ungarn und dem bulgarischen Okkupationsgebiet liegt in den Händen österreich-ungarischer militärischer Zollämter; für den Warenverkehr über die ungarisch-serbische Grenze in Händen ungarischer Zollämter; für den Warenverkehr über die Grenze von Bosnien und die Herzegowina in Händen bosnisch-herzegowinischer Zollämter. Der zolltechnische Dienst der ersten Gruppe von Zollämtern wird vom ungarischen Finanzministerium geleitet, die übrigen Zollämter unterstehen auch in Bezug auf den Zolldienst ihren vorgesetzten Dienstbehörden. Die Kontrolle der Zollämter wird durch das Militärgeneralgouvernement in Belgrad ausgeübt. Von der Zollpflicht befreit sind Liebesgaben für die verbündeten Truppen und Waren, die von Angehörigen der verbündeten Truppen oder für diese zur Einfuhr kommen. Das Militärgeneralgouvernement in Belgrad ist ermächtigt, zur Milderung von Kriegsschäden oder zur Abwehr von Notständen Ausnahmen von der Zollpflicht zu bewilligen und Ermäßigungen der Zollsätze vorzunehmen.

Die Zeit 11/IV. 1916

97

Wirtschaftliche Annäherung verbündeter Staaten.

Eine Zuschrift von Bischof Dr. Wilhelm Fraknoi an die Redaktion der „Zeit".

Verehrter Herr Redakteur!

Staaten, die infolge der Gemeinsamkeit ihrer Interessen und Ziele politische Bündnisse eingehen, sind naturgemäß darauf angewiesen, daß sie die Entfaltung ihrer Kräfte gegenseitig fördern, demnach sich auf wirtschaftlichem Gebiet möglichst innig und aufrichtig aneinander schließen.

Es ist dies eine naheliegende, einfache Wahrheit und nicht denkbar, daß man zu ihrer Erkenntnis erst jetzt inmitten des Weltkrieges gelangt sei.

Trotzdem will ich Ihre Aufmerksamkeit auf die lehrreiche und (wie man zu sagen pflegt) pikante Tatsache lenken, daß ein italienischer Staatsmann es war, der vor einem Vierteljahrhundert für den engeren wirtschaftlichen Anschluß Italiens an seine Bundesgenossen eintrat.

Als nach dem Rücktritt Bismarcks sein Nachfolger am 7. November 1890 in Mailand mit dem italienischen Ministerpräsidenten zusammenkam, um die Aufrechterhaltung der politischen Harmonie zu sichern, führte der letztere das Gespräch auf dieses Thema.

Francesco Crispi, ein eminent praktischer Staatsmann, ließ sich selbstverständlich nicht von theoretischen Erwägungen leiten. Aktuelle politische Notwendigkeit führte ihn. Wie wir aus seinen eigenen Aufzeichnungen erfahren (Francesco Crispi: Questioni internazionali. Milano, 1913. Seite 9 bis 11), sprach er in folgender Weise:

„Bismarck hat Großes geschaffen. Deutschland ist ihm zum Danke verpflichtet. Er hat aber den großen Fehler begangen: die Restauration der Monarchie in Frankreich nicht gefördert zu haben. Er glaubte, die Republik werde infolge der Parteikämpfe nicht genug Kraft besitzen. Es erfolgte gerade das Gegenteil: Frankreich war nie so stark, wie es heute ist. Man muß demnach gegen die republikanische Propaganda alle Mittel in Anwendung bringen, die den Monarchien zur Verfügung stehen.

Frankreich wird nächstens einen neuen Zolltarif feststellen. Dieser wird Italiens Interessen schädigen, indem er den französischen Markt den Produkten der italienischen Landwirtschaft verschließen kann. Auch Deutschland wird von diesem Schlage getroffen werden. Der Friedensschluß in Frankfurt sicherte ihm die Vorteile der Meistbegünstigung. Diese aber existieren nur bei Handelsverträgen. Nun beabsichtigt Frankreich, diese alle zu kündigen und allen Ländern gegenüber seinen autonomen Tarif in Geltung zu bringen. Es ist dies eine Drohung mit dem Kriege, mit dem wirtschaftlichen Kriege, der nicht weniger schrecklich werden kann wie der, der mit Gewehren und Kanonen geführt wird.

Es ist notwendig, daß man auf die Drohung antworte, und dies kann geschehen. Nicht mit einem Zollverband (Lega doganale) der Dreibundmächte, der nicht leicht ausführbar wäre. Aber man könnte ein System der Vorzugstarife studieren, die den Handel erleichtern, die Beziehungen inniger gestalten könnten. Es erscheint notwendig, daß dem militärischen und politischen Bündnis sich dieses wirtschaftliche Bündnis (Lega economica) anschließe, das den drei Staaten, ohne ihre Autonomie zu berühren, Kraft verleihe, Frankreich Widerstand zu leisten."

Crispi macht demnach den Vorschlag, die drei Regierungen mögen Fachmänner mit dem Studium dieser wichtigen Frage beauftragen, und nachdem dieses vollendet sein wird, je zwei Delegierte mit der Abfassung eines Vertrages betrauen.

Caprivi antwortete, daß er sich diesen weisen Erwägungen anschließe und die Angelegenheit studieren lassen werde. Nach Berlin zurückgekehrt, teilte er dem italienischen Botschafter mit, daß er und der deutsche Kaiser die Eröffnungen Crispis sowohl betreffs der politischen als auch der wirtschaftlichen Fragen mit großer Genugtuung zur Kenntnis nahmen.

Crispi machte von seiner Anregung auch dem österreichisch-ungarischen Auswärtigen Amte Mitteilung. Von Wien wurde ihm bedeutet, daß man schon jetzt bei den Verhandlungen, die mit Deutschland wegen Erneuerung des Handelsvertrages angebahnt werden, die Verständigung der drei Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet vorbereiten wolle.

Gewiß wäre es wünschenswert, daß die Ergebnisse der Studien, die in Wien und Berlin verfügt worden sind, zur Veröffentlichung gelangen.

Genehmigen Sie usw.

Wien, 9. April 1916.

Dr. Wilhelm Fraknói.

Vossische Zeitung
12./IV. 1916

98

Deutsch-rumänisches Handelsabkommen

Das Abkommen zwischen der rumänischen und der deutschen Regierung zur Erleichterung des Warenaustausches wurde nach der „Nordd. Allg. Ztg." am 7. April in Berlin vom Staatssekretär des Auswärtigen Amts und dem rumänischen Gesandten unterzeichnet. Danach verpflichten sich beide Regierungen, für den Bedarf des anderen Landes die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse — soweit der eigene Bedarf es zuläßt und mit einem Vorbehalt wegen Kriegsmaterials — zu gestatten, und zwar ohne die Erteilung der Ausfuhrbewilligung von besonderen Gegenleistungen abhängig zu machen; sie verpflichten sich ferner, einander grundsätzlich auch die Durchfuhr von Waren aus dritten Ländern zu gestatten.

Halbamtlich wird in der „Nordd. Allg. Ztg." dazu gesagt: „Durch diese Abmachungen, für deren Durchführung noch besondere Maßnahmen in Aussicht genommen sind, beabsichtigen beide Regierungen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien, die durch den Kriegszustand stark gelitten haben, so weit wie möglich wiederherzustellen und entsprechend den gegenseitigen Interessen zu erleichtern."

Neue Freie Presse
16./IV. 1916

99

Wien, 15. April. (Geheimer Rat Dr. Franz Klein über die Kriegsschäden von Oesterreichern und Ungarn im feindlichen Auslande.) Aus Budapest wird uns telegraphiert: Der ehemalige österreichische Justizminister Dr. Franz Klein hielt heute auf Einladung des Ungarischen Juristenvereines einen Vortrag über den Ersatz der Schäden, welche die österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen im feindlichen Auslande durch kriegerische und Rechtsmaßnahmen in diesen Staaten erlitten haben. Dem Vortrage wohnten die hervorragendsten Mitglieder der politischen, juristischen und wirtschaftlichen Welt Ungarns bei, darunter Justizminister Balogh, Graf Julius Andrassy, Graf Albert Apponyi, Albert v. Berzeviczy, Leo Lanczy, Josef Szterenyi sowie die Staatssekretäre Leopold Badasz, Karl Nemethy und Töry, ferner das Magnatenhausmitglied Adolf v. Ullmann. Der Vortragende schilderte die Zustände, die dadurch entstanden sind, daß infolge der von den feindlichen Regierungen erlassenen Verbote und sonstigen Kriegsverfügungen die wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen zwischen den kriegführenden Ländern so gut wie vollständig abgebrochen worden sind. Die wirtschaftlichen Verfügungen der Feinde beschränken sich nicht darauf, im Sinne der englisch-amerikanischen Ueberlieferungen Handel und Vermögen des Feindes zu zerstören, um ihn zum Frieden zu zwingen, die Folgen werden vielmehr auch in der Zeit nach dem Kriege ihre Wirkung äußern. Darum werden die Friedensverhandlungen an den verworrenen Zuständen des zwischenstaatlichen Verkehres nicht achtlos vorübergehen können. Die Friedensverträge werden vielmehr neben ihrem sonstigen Inhalt auch die durch die Kriegsverfügungen hervorgerufenen Verwüstungen des Verkehres ausgleichen und schlichten müssen. Die Lösungen, zu denen sie gelangen, werden einerseits wirtschaftspolitischer Natur sein, sich jedoch auch anzulehnen haben an die unbestrittenen Sätze des Völkerrechtes, an die internationalen Verkehrssitten und an die Rechtsüberzeugung des gesitteten Europa aus der Zeit vor dem Kriege. Auch der Geist der Billigkeit und Gegenseitigkeit wird diese Verhandlungen zu beseelen haben. Wenn im zwischenstaatlichen Leben die Vernunft überhaupt noch etwas gilt, so werden die Handelsverbote nach dem Kriege auch dann aufgehoben werden, wenn aus dem handelspolitischen Verhältnisse zwischen den jetzt kriegführenden Staaten noch nicht alle Sprödigkeit verschwunden ist. Ersatz für die Verluste, welche die Unterbrechung des Geschäftsverkehres durch die Handelsverbote gebracht hat, wird kaum zu erlangen sein, dagegen dürfte es keinen ernstlichen Hindernissen begegnen, daß die Angehörigen der Mittelmächte in den feindlichen Staaten nach dem Kriege im Geschäfts- und Rechtsverkehr wieder allen anderen nicht besonders begünstigten Ausländern gleichgestellt werden. Es ist zu hoffen, daß sich die Forderung in einem gewissen Umfange durchsetzen lassen wird, daß die vor dem Kriegsausbruche abgeschlossenen, aber nicht erfüllten Geschäfte wieder in Kraft treten. Die lange Dauer des Krieges hat es allerdings mit sich gebracht, daß sehr viele dieser Verträge in die nunmehrige wirtschaftliche Lage nicht mehr hineinpassen, und es wird daher von mehreren Gruppen der Industrie und des Handels empfohlen, wenigstens auf die Erfüllung der vor dem Kriege abgeschlossenen Lieferungsverträge nicht unbedingt zu bestehen, sondern dies der Vereinbarung der Vertragsparteien zu überlassen. Es wird darauf zu beharren sein, daß für alle vorsätzlichen oder durch grobe Nachlässigkeit hervorgerufenen Vermögensverminderungen von dem betreffenden Staate Ersatz geleistet werde. Es wird das Begehren erhoben werden müssen, daß wenigstens für schwere Verletzungen von Körperfreiheit und Vermögen unserer Staatsbürger Genugtuung gegeben werede, die von der Militär- oder Zivilgewalt des feindlichen Landes oder durch ihr Verschulden oder ihre Untätigkeit von der Bevölkerung des feindlichen Landes unseren Staatsangehörigen lediglich deshalb zugefügt wurden, weil sie Untertanen eines feindlichen Staates sind. Als Zwangsmittel steht nur die Uebung der Vergeltung zur Verfügung, und in dieser Hinsicht ist noch ein großer Spielraum gegeben. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Zeit 16./IV. 1916

Krieg nach dem Krieg.

Vom Geheimen Rat Dr. Ladislaus v. Lukacs,
ungarischer Ministerpräsident a. D.

Die Idee des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der mitteleuropäischen Staaten ist nicht neu. Sie hat schon lange vor Ausbruch des Krieges die Geister beschäftigt. Es ist aber natürlich, daß diese Idee im Verlaufe des Krieges mit erneuerter Kraft sich wieder an die Oberfläche gerungen hat, zum Teil als Ausfluß unserer Waffenbrüderschaft mit Deutschland, zum Teil aber auch als Verteidigungsmittel gegen den von seiten der Ententemächte schon jetzt empfundenen, für die Zukunft in noch weit erhöhtem Maße in Aussicht stehenden wirtschaftlichen Kampf.

Aber auch abgesehen hiervon, muß die Idee eines tunlichst raschen wirtschaftlichen Zusammenschlusses der mitteleuropäischen Mächte auf die Geister eine ungemein große Anziehungskraft ausüben, denn es handelt sich um die vollkommene wirtschaftliche Vereinigung von 120 Millionen Menschen, einer Ziffer, die sich nach dem Kriege zweifellos noch bedeutend erhöhen wird. Es handelt sich um die Schaffung eines freien Verkehrs auf ungeheueren Gebieten, die über die mannigfaltigsten Vorbedingungen der wirtschaftlichen Produktion, über mächtige Wasserstraßen und auch heute schon über Eisenbahnlinien in der Ausdehnung von mehr als 100.000 Kilometer verfügen.

Welche Richtung die internationale Handelspolitik der feindlichen Staaten nach dem Kriege nehmen wird, das kann heute niemand voraussagen. Welche Eventualität immer aber auch eintreten möge, gewiß ist eines, daß die handelspolitische Aktion der Ententemächte uns und Deutschland gegenüber eine Zeitlang, das ist, bis nicht eine nüchterne wirtschaftliche Auffassung und volle Erkenntnis der eigenen Interessen eintritt, von dem führenden Politiker ausgehenden Gefühl des Hasses geleitet werden wird. Und eben das macht nun zur Pflicht, unter reiflicher Erwägung jeder auftauchenden Idee Mittel und Wege zu suchen, zur vollen Wahrung unserer Interessen.

In der Theorie wäre zweifellos die idealste Vereinigungsform die Zollunion der drei Gebiete ohne Störung durch Zwischenzölle, wobei die beiden Staaten unserer Monarchie mit Deutschland ein von einer Zollgrenze umgebenes und nach außenhin einheitlichen Willen habendes Ganzes bilden würden. Wenn wir jedoch nur einigermaßen in die Details der Frage eingehen, finden wir, daß in allen drei Staaten die Interessen der einzelnen Produktionsgruppen im Falle der Zollunion in einen unausbleiblichen Konflikt geraten müssen. Sicherlich wird die Zeit kommen, in der diese Gesichtspunkte eingehender gewürdigt werden können, als dies heute der Fall ist. Bei der heutigen Struktur der Staatsgewalten und der heutigen Gliederung der Gesellschaft jedoch muß der richtunggebende Gesichtspunkt der Zollpolitik der Zukunft sowohl in Deutschland als auch bei uns der Schutz der Interessen der Produktion bleiben. Und nachdem dieses Ziel ohne Aufstellung von Schutzzöllen nicht erreicht werden kann, können wir vorerst auf eine Verwirklichung der mitteleuropäischen Zollunion nicht rechnen.

Die Erkenntnis, daß die Errichtung einer Zollunion auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, hat nun die Idee aufgeworfen, daß das wirtschaftliche Bündnis der drei Staaten am zweckmäßigsten durch das System der Begünstigungszölle verwirklicht werden könnte. Das Wesen dieses Systems würde darin bestehen, daß unsere Monarchie und Deutschland gegenseitig einander niedrigere Zollsätze zugestehen würden als anderen Staaten. Die konsequente Durchführung des Systems der Begünstigungszölle ist daher gleichbedeutend mit der Außerkraftsetzung der in der europäischen Zollpolitik bisher in Geltung gestandenen Meistbegünstigungsbestimmung, weil im Falle eines solchen Vertrages sowohl unsere Monarchie als auch Deutschland gezwungen wären, in Anbetracht der einander wechselseitig gewährten Begünstigungen die Meistbegünstigung anderen Staaten zu verweigern.

Seit dem zwischen Frankreich und England im Jahre 1860 geschlossenen sogenannten Cobden-Vertrag hat das System der Meistbegünstigung in den europäischen Zollverträgen immer mehr Anwendung gefunden. Bis unmittelbar von dem Kriege hatten England neun, Frankreich sechzehn, Rußland sechs, Italien sechs solche Verträge geschlossen, darunter auch mit uns und mit Deutschland. Ist es denkbar, daß jene Staaten, die in den Krieg eingetreten sind, um mehr zu erreichen, jetzt sich mit weniger begnügen sollten, als was sie schon vor dem Krieg hatten? Und an dieser Situation ändert es auch nichts, wenn wir — wie zu hoffen — beim Friedensschluß in der Lage sein werden, unseren Feinden unseren Willen aufzuzwingen. Wenn die zu treffenden Vereinbarungen nicht beide Parteien zufriedenstellen werden, dann wird es während der ganzen Dauer des Vertrages das Hauptbestreben unserer Feinde sein, diese Vereinbarungen auszuspielen, was selbstverständlich zu verschiedenen Reibungen und im Endergebnis zum Zollkrieg führen muß.

Wenn aber die mitteleuropäischen Staaten auch geneigt wären, sich im Interesse des politischen Zieles durch Inaugurierung einer Zollpolitik mit exklusiver Tendenz den Fährlichkeiten eines langen und weiter ausgedehnten Zollkrieges auszusetzen, so wäre vor allem noch die Frage zu entscheiden, ob unsere Monarchie und Deutschland imstande sein würden, einander gegenseitig durch Zollkonzessionen solche Vorteile zu bieten, die entsprechende Gegenleistung für die zu bringenden Opfer genannt werden könnten. Es würde sich fragen, ob diese beiden Staaten imstande wären, die gegenseitigen Einfuhren in solchem Maße zu steigern, daß die Märkte der Ententestaaten für sie entbehrlich würden.

Und da beweist die Statistik, daß die Produktion der beiden mitteleuropäischen Staaten schon heute eine so große ist, daß diese zur Placierung ihrer Produkte des Weltmarktes nicht entraten können, daß die wechselseitige Einfuhr bereits eine solche Höhe erreicht hat, daß sie auch durch Begünstigungszölle nur mehr in unwesentlichem Ausmaße gesteigert werden könnte, daß aber jede Ueberspannung nach dieser Richtung hin zu schwerer Schädigung der wirtschaftlichen oder industriellen Produktion führen müßte, die der Aufrechterhaltung eines guten politischen Verhältnisses nicht dienlich sein könnte, und schließlich, daß — während unsere Monarchie und Deutschland durch Anwendung von Begünstigungszöllen nicht imstande wären, einander gegenseitig wesentliche Vorteile zu bieten, anderseits die Tatsache, die sich als logischer Ausfluß dieses Systems ergibt, nämlich die Verweigerung der Meistbegünstigungszölle dritten Staaten gegenüber, diese interessierten Mächte auch nach dem Kriege uns zu ständigen Feinden machen würde. Das wäre Krieg nach dem Kriege.

Daß aber dies nicht notgedrungen so sein muß, darauf haben wir schon hingewiesen, und wir zweifeln nicht daran, daß — wenn einmal die politische Hypnose, mit der England seine Verbündeten: Rußland, Frankreich und Italien seinem Willen unterjochen konnte, vorüber sein wird, wenn einmal diese Staaten nach den gemachten bitteren Erfahrungen zur Erkenntnis ihrer wirklichen politischen und wirtschaftlichen Interessen erwachen werden, diese Staaten nicht so unvernünftig sein werden, die durch die Gesetze des wirtschaftlichen Lebens vorgezeichneten natürlichen Wege durch künstliche Hindernisse zu verlegen.

Die Zeit 16./IV. 1916

II

Krieg nach dem Krieg.

Und es soll niemand sagen, daß die Vertretung eines solchen Standpunktes unsererseits gegenüber den seitens unserer Feinde betonten wirtschaftlichen Retorsionen den Anschein der Schwäche und des Zurückweichens haben würde. Wir haben wohl genug Beweise dafür geliefert und werden auch noch weit mehr liefern, daß wir unseren Standpunkt unter welchen Opfern immer zu verteidigen entschlossen sind. Wenn aber inmitten der jede nüchterne Erwägung ausschließenden Leidenschaften des Weltkrieges wir jene sind, die trotz der errungenen glänzenden Siege unsere Gegner darauf aufmerksam machen, daß die Menschheit viel höhere und edlere Aufgaben hat als die Perennierung des Krieges, dann wäre dies nichts anderes als eine Kundgebung der politischen Weisheit und der selbstbewußten Kraft, die im klaren ist darüber, daß auch unsere Gegner nicht ungestraft auf die Dauer abweichen dürfen von dem durch den Weltverkehr Jahrhunderte hindurch vorgezeichneten Weg. Und andererseits könnte unsere Monarchie im Vollgefühl ihrer reichlich dokumentierten Wehrfähigkeit und wirtschaftlichen Kraft ohne den geringsten Abbruch ihres politischen Prestiges auf den Weg hinweisen, auf dem die durch den Krieg der Menschheit geschlagenen Wunden geheilt werden könnten.

Das Verhältnis, das unsere Monarchie an Deutschland knüpft und das den Frieden Jahrzehnte hindurch erhalten hat, hat sich im Kriege nicht nur bewährt, sondern auch gänzlich umgestaltet, heute ist dieses Verhältnis nicht mehr ein politisches Bündnis, auf dem schwankenden Boden des mehr minder richtigen Funktionierens der Diplomatie ruhend, dieses Verhältnis ist heute ein den innersten Gefühlen der Völker entspringendes, unzerreißbares Band, das stärkste Band zwischen zwei Staaten, die sich mit Einsetzung des eigenen Lebens gegenseitig das Leben gerettet haben. Die Kraft und Intimität eines solchen Verhältnisses aber kann nicht davon abhängen, daß wir dasselbe mit überflüssigen oder gar lästigen Aeußerlichkeiten zieren.

Wenn wir daher die scheinbar innigsten Formen des wirtschaftlichen Anschlusses beiseite lassen, bedeutet dies noch lange nicht, daß wir auf die wirtschaftliche Annäherung, auf die weitestgehende gegenseitige Unterstützung verzichten würden. Ganz im Gegenteil! Wenn wir nicht Augenblickserfolge, sondern dauernde Resultate erreichen wollen, müssen wir die Schaffung eines solchen Verhältnisses anstreben, das die Kollisionspunkte und Reibungsflächen zwischen beiden Monarchien auf das Minimum reduziert. Und nachdem weder die Zollunion, noch auch das System der Meistbegünstigungszölle sich als solches Verhältnis zeigt, wäre es schwer, einen anderen Lösungsmodus zu finden, als das Verbleiben bei einem solchen Tarifvertrag, der die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel möglich macht.

Neue Freie Presse 16./IV. 1916

102 — 1

Die Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas.

Von Gustav Schmoller.

(Siehe Nummer 18532, 18539 und 18546 der „Neuen Freien Presse", vom 25. März, 2. und 9. April.)

Berlin, im April.

8.

Mit dem politischen Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn und der Zoll- und Handelsannäherung beider Reiche ist das hier zu erörternde Problem nicht erschöpft. Alle Welt spricht in beiden Reichen von mehr: von dem künftigen Weltreiche, das man Mitteleuropa nennt, das heißt von der politischen und wirtschaftlichen Angliederung der Türkei und der Balkanstaaten, besonders Bulgariens und Rumäniens, an beide Reiche, von dem großen Blocke, der von der Nordsee bis zum Persischen Meerbusen reichen soll.

So natürlich heute solche Gedanken sind, so sehr der heutige Weltkrieg und die einseitige Politik Rußlands und Englands hauptsächlich sie gefördert haben, so schwierig sind sie doch in der praktischen Ausführung, wenigstens soweit die Pläne über die politische Einigung hinaus bis zur wirtschaftlichen Annäherung oder gar zur Zollunion gehen. Und wenn schon Deutschland und Oesterreich-Ungarn heute nicht bis zur Zollunion kommen, so werden die Balkanstaaten es um so weniger vermögen. Auch daß gegenüber drei selbständigen Partnern auf deutsch-österreichisch-ungarischer Seite, auf der anderen ebenfalls mindestens drei (Türkei, Rumänien, Bulgarien, eventuell auch Griechenland, Serbien und Montenegro) stehen, mit getrennten Interessen, erschwert natürlich die Gemeinschaftsbildung sehr. Aber all das schließt besondere Zollbegünstigung, gemeinsame Verkehrspolitik und ähnliches doch nicht ganz aus.

Bulgarien und Rumänien sind die nächsten Nachbarn Oesterreich-Ungarns, wenn wir von Serbien absehen. Man hat in Wien und Budapest eine Zeitlang geglaubt, man könne Rumänien und Bulgarien zwingen, recht viel österreichische Waren zu kaufen, ohne ihnen entsprechende Werte abzunehmen. Jahrelange Zollkriege entstanden daraus. Als Folge ergab sich eine erhebliche Zunahme der deutschen Einfuhr in den Donaustaaten auf Kosten der österreich-ungarischen, wodurch auch erhebliche Interessengegensätze zwischen beiden Zentralmächten entstanden. Der Anteil der österreichisch-ungarischen Einfuhr an der rumänischen sank 1876 bis 1880 von 51·4 Prozent auf 24·6 Prozent in den Jahren 1906 bis 1910, während die deutsche gleichzeitig von 8·8 Prozent auf 33·9 Prozent, stieg. (Rottmann: „Zur Frage einer Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Mitteleuropa und Rumänien." Schriften des Vereines für Sozialpolitik, 155, II., S. 482.) All das erschwert auch heute noch gemeinsame zollpolitische Verhandlungen der Zentralmächte mit Rumänien und Bulgarien. Immer fehlt es in diesen beiden Balkanstaaten nicht an entschlossenen und mächtigen Freunden des großen Planes eines zentraleuropäischen Handelsreiches von der Schelde bis zur Euphratmündung; so ist der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow ein solcher. Aber diesen Elementen stehen auch bedeutsame Feinde der Annäherung gegenüber. Alle Russophilen in beiden Staaten suchen um jeden Preis die handelspolitische Annäherung an Zentraleuropa zu hindern. Sie sehen in weitgehenden Zollannäherungen der Donaufürstentümer an die Zentralmächte eine germanische Erdrosselung der ersteren. Außerdem stehen gewisse eigene Wirtschaftsinteressen der beiden Balkanstaaten dem Handelsbund mit Zentraleuropa entgegen. Rumänien hat schon eine erhebliche eigene Industrie durch Schutzzölle geschaffen; die liberale Partei hat diese Politik ins Leben gerufen und wird sie weiter verteidigen. Bulgarien ist im Begriff, ähnliches zu tun; noch dieser Tage sagte mir ein bulgarischer hoher Beamter: „Wir müssen uns durch Schutzzölle eine eigene Industrie schaffen, wir können nicht im alten Handwerk stecken bleiben." So stellen sich beide Staaten auf die Hinterfüße, wenn man ihnen zu aufdringlich sagt: steigert eure Rohproduktion, führt Rohprodukte nach Zentraleuropa und nehmt dafür unsere Fabrikate. Immer aber ist auch da ein arbeitsteiliger Ausgleich der Interessen möglich, man muß nur einen mäßigen Zollschutz für gewisse Gewerbe den Balkanstaaten lassen und kann daneben für andere eine Erleichterung der Einfuhr doch erhalten und so für die Ausfuhr ihrer Rohprodukte eine Bezahlung durch zentraleuropäische Manufakte ermöglichen. Die wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten mit den Zentralmächten und der Türkei sind sehr erhebliche. Bulgarien hat jetzt schon mit Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Türkei doppelt so großen Handel als mit den Staaten des Vierverbandes. Die deutsche Einfuhr in Rumänien machte 1912 37·69 Prozent der Gesamteinfuhr aus.

Die Türkei hatte bis jetzt eine veraltete reinfiskalische Zoll- und Handelsverfassung; sie hat noch weniger Industrie als Rumänien und Bulgarien. Der letztere Staat hatte bisher einen großen Absatz von Rohstoffen und einfachen Gewerbeprodukten nach Konstantinopel. Mit der Modernisierung des türkischen Staates wird die Verwaltung naturgemäß auch ihre wichtigsten Gewerbe selbst durch Schutzzölle entwickeln wollen. Damit kommt aber wieder die Türkei in Interessenkonflikte mit ihren nächsten Nachbarn, wie mit ihren mitteleuropäischen Protektoren. Sie kann so zukünftig die Losung: „Rohstoffe gegen Fabrikate" auch nicht bedingungslos annehmen. Der Abschluß von Verträgen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn über weitgehende gegenseitige Zollbegünstigungen wird deshalb mancherlei Klippen zu umschiffen haben. Aber unmöglich ist er doch keineswegs. Nur muß langsam, vorsichtig vorgegangen werden. Die zentraleuropäische

Neue Freie Presse 16./IV. 1916

II

Die Sonderfrieden und Teilabmachungen Mittell.

Europa.

103

Kapitalzufuhr wird zunächst eine größere Rolle spielen als die Fabrikatenzufuhr. Die Zentralmächte müssen selbst mit Hand anlegen, eine türkische Industrie, ein türkisches Kreditwesen, türkische Eisenbahnen und große Landesmeliorationen zu schaffen. Die Türkei muß darauf verzichten, voreilig eine große eigene Industrie, wie sie die Zentralmächte haben, hervorzaubern zu wollen. Die Hebung der türkischen Landwirtschaft, des Bauerntums, der einfachen Gewerbe muß zunächst in den Vordergrund gerückt werden, um zu richtigen, für alle Teile gewinnreichen Austauschverhältnissen zu kommen. Die Türken müssen sehen und empfinden, daß wir ihre Interessen wirklich fördern wollen, daß wir nicht wie die Engländer in Aegypten die Einwohnerschaft für englische Interessen ausquetschen wollen.

Bei der Schwierigkeit der einschlägigen Fragen muß man ihre Lösung nicht überstürzen. Wir dürfen weder die Balkanstaaten noch die Türkei zu ihrem volkswirtschaftlichen Glücke, das heißt zu Verträgen zwingen wollen, denen sie noch mißtrauisch gegenüberstehen. Wir müssen so vorgehen, daß die Türkei und die Balkanstaaten an uns mit ihren Wünschen herantreten. Manches, was wir wünschen, wird nicht von heute auf morgen zu erreichen sein. In vielem werden Deutschland und Oesterreich-Ungarn verschiedene Interessen gegenüber diesen Staaten haben. Wir müssen so klug sein, diese Gegensätze nicht zu zeigen; wir müssen uns sehr in acht nehmen, daß nicht Deutschland oder Oesterreich-Ungarn anstreben, auf Kosten ihres Partners volkswirtschaftliche Vorteile bei den Balkanstaaten erreichen zu wollen.

Die wirtschaftliche Politik Oesterreich-Ungarns war nicht die, agrarische Produkte der Balkanstaaten aufzunehmen; soweit diese derartiges heute nach Norden exportieren, müssen sie es nach Deutschland führen. Aber Deutschland kann doch nur gemeinsam mit Oesterreich-Ungarn gute Verträge mit der Türkei und den Balkanstaaten abschließen; und ebenso bedarf Oesterreich-Ungarn der Hilfe Deutschlands in allen Welthandelsfragen; es ist allein schon wegen seines Völkergemisches zu schwach. Für den Friedensschluß und für alle diesem folgenden Handelsverträge hat ein gemeinsamer Markt von 120 Millionen Menschen ein ganz anderes Gewicht, als jede der Zentralmächte allein. (K. Keller: „Ein deutsch-österreichisch-ungarischer Zollverein." Jahrb. f. G. 1915, S. 853—889.)

9.

Schließlich seien noch einige Worte darüber gesagt, wie zwei Umstände auf alle die bisher erörterten handelspolitischen Verhandlungen einwirken werden, einmal die heute wahrscheinlichen politischen oder zollpolitischen Grenzverschiebungen und dann die mit dem Frieden eintretenden wirtschaftlichen Konjunkturgestaltungen.

Zu der ersten Frage bemerke ich, daß ich die möglichen oder wahrscheinlichen politischen Grenzhinausschiebungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns für nicht so bedeutungsvoll halte, daß sie irgendwie hindernd für die hier erörterten Pläne ins Gewicht fielen.

Darüber, wie die kommenden Friedensschlüsse finanziell und volkswirtschaftlich wirken werden, ist heute schwer ein begründetes Urteil abzugeben; weiß man doch nicht einmal, wie lange sie noch auf sich warten lassen und wie sie ausfallen werden. Immer wird man folgendes sagen können: Die allgemeine Störung des gesamten Welthandels, der Abbruch zahlloser Handelsverbindungen, die enorme Kapitalvernichtung, die außerordentlich steigenden Steuerlasten müssen zunächst eine erhebliche Depression erzeugen, die vom Kriege verschonten Staaten, die Vereinigten Staaten, Japan, auch einige der neutralen, weniger vom Kriege berührten Staaten, werden gewisse Vorteile davon haben; aber auch sie werden unter den Nachwehen des Weltkrieges zu leiden haben.

Wie bald die Erholung für die einzelnen Staaten kommt, ist schwer zu sagen. Deutschland hat den Vorteil, daß seine Industrie und seine Organisationskraft die vollste Bewunderung auf dem ganzen Erdball jetzt schon gefunden, und das wird im Frieden noch zunehmen; sein Export wird deshalb bald wieder wachsen wie seine Bevölkerung. Wo ist jemals gleiches geschehen wie heute in Deutschland? Wir hatten keinen Salpeter mehr für unser Pulver, unsere Chemiker schaffen ihn sofort aus der atmosphärischen Luft; wir haben keinen Gummi mehr, unsere Chemiker wissen ihn aus Kartoffeln herzustellen! Eine gesunde innere Kolonisation wird Platz greifen, zumal im Osten. Der vernünftige Teil der Sozialdemokratie, die Gewerkschaften werden mehr oder weniger Frieden mit den anderen Klassen schließen; unsere Regierungen werden an keine Ausnahme- und Unterdrückungsgesetze mehr denken. Kurz, wir werden doch wahrscheinlich bald wieder einer guten Zeit entgegengehen. Und ähnliches wird in Oesterreich-Ungarn geschehen.

Aber all das schließt nicht in sich, daß wir die guten Folgen und Nachwirkungen des siegreichen Krieges sofort merken. Es kann ein Lustrum, es kann ein Jahrzehnt dauern, bis wir es voll verspüren. Aber sicher ist die Erschöpfung nicht so groß wie 1814/15; und sicher sind die Regierungen und die Völker politisch und intellektuell, wirtschaftlich und moralisch nicht so tiefstehend wie 1815 bis 1840.

Also möchte ich sagen: Die neuen Zollannäherungsverträge zwischen Deutschland und Oesterreich müssen geschlossen sein, bevor der Friede zustande kommt. Mit unseren Feinden müssen wir das Wichtigste über die neue Zoll- und Handelsverfassung in den Friedensverträgen ordnen. Und auch unsere wirtschaftlichen Verträge mit der Türkei und den Balkanstaaten müssen möglichst rasch nach dem Frieden zum Abschluß kommen. Sonst werden sie unter dem Mehltau von Depressionsjahren verschlechtert und verzögert werden.

Ich setze bei allem Werte, den ich der Annäherung Mitteleuropas und der Balkanstaaten beilege, voraus, daß sie kein Hindernis für zweierlei werden wird: für eine Vergrößerung und Arrondierung unseres afrikanischen Kolonialbesitzes und für ein Abkommen mit England, das uns seinen nationalen Markt und den seiner Kolonien wieder öffnet. Die Engländer sind zu klug, daß sie nicht bald einsehen müßten, sie hätten diesmal auf die falsche Karte gesetzt und sie könnten das, was sie von ihrem Weltreich und ihrer Weltherrschaft ja gewiß aus dem Weltkriege retten können, leichter erhalten und bewahren in einem künftigen Bunde mit Deutschland, als gegen dasselbe. Sie werden unserer Hilfe bald genug recht dringlich bedürfen. Gegen wen, darüber spricht man heute besser noch nicht.

Neues Pester Journal
16./10. 1916
104

Unser Verhältniß zum Balkan.

— Eine Vorlesung Alexander Wekerle's. —

Der ehemalige Ministerpräsident Alexander Wekerle hat heute in Temesvár im Rahmen einer zu Gunsten des bulgarischen Rothen Kreuzes und des türkischen Halbmondes veranstalteten Soirée, welcher die gesammte Intelligenz der Stadt Temesvár beiwohnte, einen Vortrag gehalten über die zukünftige Gestaltung unseres wirthschaftlichen Verhältnisses zu den Balkanstaaten Bulgarien und die Türkei.

Nach eingehender Würdigung der hohen Bedeutung des Anschlusses Bulgariens und der Türkei an die Centralmächte und nach rückhaltloser Anerkennung der glorreichen Leistungen der tapferen Heere dieser beiden Staaten, überging der Vortragende auf die Auswirkungen dieses Bündnisses auf das wirthschaftliche Gebiet.

Die weitaus größte Bedeutung dieses Bündnisses, sagte Redner, wird sich auf wirthschaftlichem Gebiete geltend machen. Die unmittelbare Nachbarschaft, die Herstellung der kürzesten und natürlichsten Verbindung zwischen Ost und West, der lebhafte Austausch der Rohprodukte und industriellen Erzeugnisse zwischen den verbündeten Staaten werden zweifellos dazu beitragen, dem wirthschaftlich festen Bündnisse auch die politische Innigkeit und Ehrlichkeit zu verleihen. Die wirthschaftliche Kraft unserer Monarchie, obschon wir in der Weltwirthschaft weder agrikulturell noch auch industriell eine Führerrolle innehaben, liegt eben darin, daß wir hinsichtlich der selbstständigen Befriedigung des größten Theiles des Bedarfs an landwirthschaftlichen und industriellen Produkten ein geschlossenes Ganzes bilden. Und dieses wirthschaftliche Bündniß wird dadurch noch stärker werden, einander ergänzen und einander auch in jeder Hinsicht genügen. Uns knüpfen an Bulgarien und an die Türkei nicht nur politische Interessen, sondern in ganz hervorragender Weise auch wirthschaftliche, und dieses Bündniß wird umso dauernder bleiben, je besser es uns gelingen wird, für die politische und wirthschaftliche Gemeinsamkeit eine feste Grundlage zu schaffen.

Wohl gravitirt ein großer Theil des Umsatzes Bulgariens und der Türkei — sagt Redner — nicht ausgesprochen nach unserer Monarchie, aber, wie sich die Verkehrsverhältnisse heute gestalten, kann dieser Verkehr zu uns geleitet werden, und wenn wir rechtzeitig dazu thun werden, dann werden wir mit Eintritt normaler Verhältnisse sicherlich einer größeren Quote dieses Umsatzes theilhaftig werden, ganz besonders dann, wenn es uns gelingen wird, unseren Export zu erhöhen. Und gerade auf diesem Gebiete ließen sich jetzt die größten Erfolge erreichen, jetzt, wo die Einfuhr aus den feindlichen Staaten stockt und wo der Importbedarf Bulgariens und auch der Türkei eines Ersatzes für diesen Ausfall dringend bedarf. Es würde zu weit führen — führt Redner weiter aus —, wollte ich hier detaillirt nachweisen, welche Aufgabe unseren Finanzinstituten bei der Erhöhung dieses Verkehrs und bei der Festigkeit des uns verknüpfenden Bandes zufallen wird. Es genügt die Thatsache, daß die Gemeinsamkeit der politischen Ziele und Bestrebungen die rechte Innigkeit erst durch die Vertiefung der wirthschaftlichen Interessen erhalten könne. Ich wollte nur beweisen, daß das uns mit Bulgarien und mit der Türkei verknüpfende Bündniß kein vorübergehendes sein wird, sondern alle Garantien der Dauerhaftigkeit in sich trägt. Hier ist eben nicht von der bloßen Anerkennung platonischer Sympathien und Interessengemeinschaft die Rede: wir müssen vielmehr das Feld der Thaten betreten, die Ideen klären und dann im wohlaufgefaßten gemeinsamen Interesse zielbewußt handeln.

Und daß ich gerade in der Stadt Temesvár — so schloß Redner — Alles dies sagen wollte, findet seine Erklärung darin, daß gerade diese Stadt vermöge ihrer geographischen Lage, ihrer Verkehrsbedeutung und vermöge ihrer Bevölkerung und als Brennpunkt der industriellen und kommerziellen Intelligenz Südungarns vor allen anderen Städten berufen ist, der Orientverbindung nicht nur zum Ausgangspunkt, sondern auch zum Emporium zu werden. Aber es ist Zeit zum Handeln und daher will ich schließen mit dem Worte eines unserer Staatsmänner: „Die Fluth ist eingetreten, rasch an die Ruder."

Neue Freie Presse
Neue Freie Presse

17./IV. 1916

105

Oesterreich-Ungarns künftiger Wirtschaftsverkehr mit den Balkanstaaten.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 17. April.

Der ehemalige Ministerpräsident Geheimer Rat Doktor Alexander Wekerle hielt Samstag in Temesvar im Rahmen einer zugunsten des bulgarischen Roten Kreuzes und des türkischen Roten Halbmondes veranstalteten Soiree einen Vortrag über die zukünftige Gestaltung des wirtschaftlichen Verhältnisses der Monarchie zu den Balkanstaaten, Bulgarien und der Türkei. Nach eingehender Würdigung der Bedeutung des Anschlusses Bulgariens und der Türkei an die Zentralmächte besprach der Vortragende auch die Wirkungen dieses Bündnisses auf das wirtschaftliche Gebiet. Die weitaus größte Bedeutung dieses Bündnisses, sagte Dr. Wekerle, wird sich auf wirtschaftlichem Gebiete geltend machen. Die unmittelbare Nachbarschaft, die Herstellung der kürzesten und natürlichsten Verbindung zwischen Osten und Westen, der lebhafte Austausch der Rohprodukte und industriellen Erzeugnisse zwischen den verbündeten Staaten werden zweifellos dazu beitragen, dem wirtschaftlichen Bündnisse auch die politische Innigkeit zu verleihen. Die wirtschaftlichen Kräfte der österreichisch-ungarischen Monarchie liegen, obschon wir in der Weltwirtschaft weder agrikulturell noch industriell eine Führerrolle innehaben, eben darin, daß wir hinsichtlich der selbständigen Befriedigung des größten Teiles des Bedarfes an landwirtschaftlichen und industriellen Produkten ein geschlossenes Ganzes bilden. Dieses wirtschaftliche Bündnis wird dadurch noch stärker werden, einander ergänzen und einander auch in jeder Hinsicht genügen. Uns knüpfen an Bulgarien und an die Türkei nicht nur politische Interessen, sondern in ganz hervorragender Weise auch wirtschaftliche. Wohl gravitiert ein großer Teil des Warenumsatzes Bulgariens und der Türkei nicht ausgesprochen nach unserer Monarchie, aber wie sich die Verkehrsverhältnisse heute gestalten, kann dieser Verkehr zu uns geleitet werden, und wenn wir rechtzeitig das Unsrige dazu tun werden, dann werden wir mit Eintritt normaler Verhältnisse sicherlich einer größeren Quote dieses Umsatzes teilhaftig werden, ganz besonders dann, wenn es uns gelingen wird, unseren Export zu erhöhen. Und gerade auf diesem Gebiete ließen sich jetzt die größten Erfolge erreichen, jetzt, wo die Einfuhr aus den feindlichen Staaten stockt und wo der Importbedarf Bulgariens und auch der Türkei eines Ersatzes für diesen Ausfall dringend bedarf. Es würde zu weit führen, wollte ich detailliert nachweisen, welche Aufgabe unseren Finanzinstituten bei der Erhöhung dieses Verkehres und bei der Festigung des uns verknüpfenden Bandes zufallen wird. Es genügt die Tatsache, daß die Gemeinsamkeit der politischen Ziele und Besprechungen die rechte Innigkeit erst durch die Vertiefung der wirtschaftlichen Interessen erhalten könne. Ich wollte nur den Nachweis erbringen, daß das uns mit Bulgarien und mit der Türkei verknüpfende Bündnis kein vorübergehendes sein wird, sondern alle Garantien der Dauerhaftigkeit an sich trägt. Hier ist eben nicht von der bloßen Anerkennung platonischer Sympathien und Interessengemeinschaft die Rede, wir müssen vielmehr das Feld der Taten betreten, die Ideen klären und dann im wohlaufgefaßten gemeinsamen Interesse zielbewußt handeln.

Neues Wiener Tagblatt
17./IV. 1916

106

Wien, 17. April.

(**Neue Wege und Ziele des Exporthandels nach dem Kriege.**) In einer sehr zahlreich besuchten Vollversammlung der Allgemeinen Exportsektion des k. k. Oesterreichischen Handelsmuseums sprach am 30. März Präsident Artur Kuffler über die Aussichten und Probleme des Exporthandels nach dem Kriege. Der Redner führte unter anderm aus: Der Export hat einen größeren Kriegsschaden erlitten, als irgendein andrer Teil des österreichischen Erwerbslebens. Wie kann sich nun der Export wieder aufrichten? Wir werden nach dem Kriege den Exporteur mehr brauchen als vor dem Kriege, und zwar aus valutatechnischen Gründen. Wir stehen vor einer großen Nachfrage nach Rohstoffen, Halbfabrikaten und Waren aller Art aus dem Auslande, die wir bezahlen müssen. Wir werden nicht in der Lage sein, ohne Rücksicht auf unsre Valuta ausländische Produkte nach unserm Bedarf zu beziehen; wir werden unsern Bedarf nach unsrer Zahlungsfähigkeit, nicht nach unsren Wünschen einrichten müssen. Wir werden beim Import sparen müssen, die industrielle Produktion entsprechend beschränken, und wenn wir die damit verbundene Verteuerung der Produktionskosten vermeiden wollen, so ist der einzige Weg hiezu die Steigerung der Exporttätigkeit. Insbesondere ist jener Export zu pflegen, bei dem außer dem Rohstoffwerte und den Spesen auch noch ein erhebliches Plus für die verwendete Arbeit hereinkommt. Diese Art des Exportes bedingt nun eine weitgehende Organisation der Industrie. Der Bedarf des Inlandmarktes und des Exportes ist festzustellen, und diesen Ueberschuß dem Weltmarkte zuzuführen, ist Aufgabe des Exportes. Am nächsten liegt der Betätigung der Exporteure der Balkan und der nahe Orient. Mit zunehmender Retablierung der Türkei ist auch dort ein wichtiges Konsumland zu gewinnen, wenn wir entsprechend investieren. Für weiter hinaus lenkt sich der Blick auf das asiatische Absatzgebiet. Dadurch werden allerdings die Perspektiven für den Export auf eine längere Zeitperiode hinaus fast günstiger als sie vor dem Kriege waren. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion lenkte kaiserlicher Rat Alois Schweiger die Aufmerksamkeit der Versammlung sowie der maßgebenden Faktoren des Staates darauf, daß die Exporteure vielfach durch den Krieg so sehr zu finanziellem Schaden gekommen seien, daß ihnen ohne eine durchgreifende staatliche Aktion die Erfüllung der wichtigen Aufgaben, von denen der Vortragende gesprochen habe, nicht möglich sein wird. Der Vorsitzende Herr Thonet sprach dem Referenten den Dank der Versammlung aus, an welcher nebst zahlreichen Industriellen und Kaufleuten unter andern auch teilnahmen: Geheimer Rat Ritter v. Kuczinsky, in Vertretung des Handelsministeriums Hofrat Dr. Simeons und Sektionsrat Dr. Hochtor, in Vertretung des Finanzministeriums Sektionsrat Dr. Bazant, in Vertretung des Eisenbahnministeriums Ministerialsekretär Dr. Sotelschek, weiters Präsident des Gewerbevereines Schiel, Handelskammersekretär Dr. Pistor usw.

Reichspost 17./IV. 1916

107

Das neue Handelsabkommen zwischen Deutschland und Rumänien.

Bukarest, 15. April.

„Viitorul" veröffentlicht den Wortlaut des Abkommens zwischen Deutschland und Rumänien über den Warenaustausch zwischen den beiden Ländern.

Zum Zwecke der Beseitigung der Schwierigkeiten, die sich in letzter Zeit als Folge des europäischen Krieges in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien eingestellt haben, wurde zwischen den beiden Ländern ein Abkommen getroffen, wonach dieselben in den Grenzen der Möglichkeit gegenseitig die Ausfuhr jener Waren erlauben werden, die sie entbehren können, desgleichen die Durchfuhr gegenseitig erleichtern. Die Kompensationen werden abgeschafft. Für die Durchführung des Abkommens wird folgendes bestimmt: Die rumänische Zentralkommission für Einfuhr errichtet in Berlin ein Bureau, das mit der Zentraleinkaufgesellschaft arbeitet. Letztere errichtet in Bukarest ein besonderes Bureau unter dem Namen „Deutsche Ausfuhr-Zentraleinkaufgesellschaft", das mit der genannten rumänischen Zentralkommission in Kontakt stehen wird.

Nach einer bei der Zentralkommission oder dem rumänischen Bureau in Berlin eingeholten Aufklärung werden die rumänischen Industriellen und Kaufleut unmittelbar bei den deutschen Lieferanten bestellen. Der Verkäufer verlangt sodann von der Zentraleinkaufsgenossenschaft die Bewilligung der Ausfuhr. Das rumänische Bureau in Berlin gibt die Bewilligung zur Einfuhr nach Rumänien. Rumänische Industrielle und Kaufleute, die Waren ausführen wollen, wie auch deutsche Importeure erhalten die Ausfuhrbewilligung von der rumänischen Zentralkommission, die Transportbewilligung von der Zentraleinkaufsgesellschaft. Die Zentralkommission und die Zentraleinkaufsgesellschaft senden sich zeitweise Listen der Waren zu, die für die Ausfuhr verfügbar sind. Um die Beförderung zu beschleunigen, wird ab 1. Mai im Einvernehmen mit den österreichischen und ungarischen Eisenbahnen ein besonderer Eisenbahndienst zwischen Deutschland und Rumänien eingerichtet. Die Absendung und Verteilung der Waren sowie die Erledigung der Zollformalitäten obliegt der Zentralkommission und der Zentraleinkaufsgenossenschaft. Kriegsmaterial bildet im Sinne dieses Abkommens keinen Handelsgegenstand. Zwischen den deutschen und rumänischen Eisenbahnverwaltungen hat eine Beratung stattgefunden, in der beschlossen wurde, daß täglich 35—40 Wagen über Predal mit deutschen Waren eintreffen werden, die mit rumänischen Waren, jedoch nicht mit Getreide, gefüllt wieder abgehen. Für Rumänien bestimmte deutsche Waren werden in Ratibor, Pirna und Regensburg gesammelt. Für die „Carmen" genannten Warenzüge aus Deutschland wird ein direkter Tarif erstellt.

Der Eindruck in Frankreich.

Bern, 16. April.

Im heutigen Leitartikel befaßt sich der „Temps" ausführlich mit dem deutsch-rumänischen Handelsabkommen und sagt: Unstreitbar und höchst bedauerlich ist es, daß das Abkommen die Wirkungen der Blockade abschwächt und den Deutschen größeren Vorteil verschafft. Allerdings kann man behaupten, daß Rumänien einen solchen Vertrag lieber mit den Alliierten abgeschlossen hätte. Leider erlaubten es die Verhältnisse nicht. Mit einer deutlichen Warnung an die Adresse der rumänischen Regierung schließt der „Temps": Rumänien weiß, daß nur der Sieg der Alliierten ihm die nationale Einheit sichert. Es kann sich nicht seiner Aktionsfreiheit entäußern wollen, die bisher während der kritischen Kriegszeiten sorgsam bewahrt wurde. Bratianu ist Realpolitiker. Die Dauer dieses Vertrages wird um so kürzer sein, als die militärischen Ereignisse und unsere Tätigkeit in Saloniki Rumänien erlauben werden, auf eine völlige Wiederherstellung der Verbindungen zu hoffen. Dann wird sich die rumänische Regierung endgültig entscheiden. Sie läßt unterdessen keinen Vorteil unbeachtet, den die abwartende Neutralität bringen kann.

Bern, 16. April.

Der amtliche Leitsatz, der den französischen Zeitungen für die Besprechung des deutsch-rumänischen Handelsabkommens gegeben wurde, lautet: „Das Abkommen hat keinerlei politische Bedeutung". Daher begnügen sich die Blätter zumeist damit, es ohne Kommentar wiederzugeben.

Der „Temps" reproduziert die Aeußerungen einer hohen rumänischen Persönlichkeit, mit der ein Vertreter des „Petit Parisien" eine Unterredung hatte. Diese Persönlichkeit sagte, das getroffene Abkommen habe nur die Bedeutung eines wirtschaftlichen Modus vivendi und ändere in nichts die politische Auffassung des Kabinetts.

Reichspost Abendblatt
19. IV. 1916

108

Die Regelung der Einfuhr von Tieren aus Montenegro.

Die heutige „Wiener Zeitung" bringt folgende, die Ein- und Durchfuhr von Tieren, tierischen Rohstoffen und Erzeugnissen aus den okkupierten Gebieten Montenegros betreffende Verordnung:

I. Die Einfuhr von Einhufern ist nur über hiefür bestimmte Eintrittsstellen unter der Bedingung gestattet, daß diese Tiere von einem behördlichen Tierarzt als gesund befunden werden und bei der Malleinprobe nicht reagiert haben.

II. Die Ein- und Durchfuhr von Rindern, Schafen, Ziegen, Schweinen und Geflügel, von frischem Fleisch jeder Art sowie die Durchfuhr von Einhufern ist nur mit Spezialbewilligung des Ackerbauministeriums zulässig. Die diesbezüglichen Ansuchen haben die Zahl und Gattung der Tiere, beziehungsweise die Menge und Art des Fleisches, ferner den Herkunftsort, dann den Bestimmungsort, die Grenzeintrittsstelle, den Zweck der Einfuhr und den Nachweis zu enthalten, daß die Ausfuhr der betreffenden Artikel aus den genannten Gebieten gestattet wurde. Bei einer Durchfuhr ist auch der Nachweis zu erbringen, daß das Bestimmungsland den Eintritt zuläßt.

III. Die Einfuhr von frischen Häuten und Fellen (roh, grün, nur ungesalzen, angekalkt, angestrichen), von rohen, nicht getrockneten Knochen, Hörnern, Hufen und Klauen sowie von Mägen, Schlünden, Därmen und Blasen ist nur über hiefür bestimmte Eintrittsstellen zur sofortigen Verarbeitung in gewerblichen Anlagen dann zulässig, wenn solche Rohstoffe mit amtlichen Bescheinigungen des Inhaltes versehen sind, daß sie aus Kreisen stammen, die samt Nachbarkreisen frei von Rinderpest sind. Diese Rohstoffe dürfen nur direkt nach den in der Eintrittsstelle angegebenen gewerblichen Anlagen versendet werden und sind daselbst der ehesten Verarbeitung zu unterziehen.

IV. Die Einfuhr von vollkommen trockenen oder gesalzenen Häuten und Därmen, von vollkommen lufttrockenen und von Weichteilen befreiten Knochen, Hörnern, Hornspitzen und Klauen, von Knochenmehl, von ungeschmolzenem Talg in Fässern oder Wammen, von Wolle, Haaren und Schweinsborsten, wenn sie in Säcken oder Ballen verpackt sind, von Blutkuchen (Blutdünger), wenn sie fein pulverisiert sind oder zu Pulver gerieben werden können und vollkommen lufttrocken sind, von auf irgendwelche Weise zubereitetem Fleisch sowie von Eiern und Molkereiprodukten (Milch, Topfen, Butter und Käse) ist über hiefür bestimmte Eintrittsstellen ohneweiters zulässig, wenn bezüglich der Deklaration oder Verpackung keine Anstände erhoben werden.

Frankfurter Zeitung 19/IV 1916

19
109

Die Bedeutung des deutsch-rumänischen Abkommens.

Von Professor Dr. J. Jastrow (Berlin).

Das Handelsabkommen zwischen Deutschland und Rumänien hat unsere Feinde verstummen lassen. Nachdem die französische Presse zuerst wieder die Sprache gefunden, behauptet sie, daß diesem rein wirtschaftlichen Abkommen in keiner Weise eine politische Vorbedeutung beizulegen sei. Hiermit hat sie zweifellos recht. Ja, das Bedeutsame dieses Abkommens liegt gerade darin, daß es mit einem Staate getroffen ist, der auf das deutlichste bewiesen hat, daß er in seiner politischen Stellungnahme sich durch andere nicht beeinflussen lassen will.

Sinn und Bedeutung des neuen Abkommens macht man sich am besten klar, wenn man sich zunächst die handelspolitischen Vorgänge vergegenwärtigt, die während des Krieges von der Entente, und namentlich von England, ihren Ausgang genommen haben. Um die Zeit, als England seine militärischen Hoffnungen auf sofortigen Sieg durch Uebermacht aufgab, und sich auf die „Aushungerung" Deutschlands legte, also etwa im Herbst 1914 oder Frühwinter 1915, begann es bereits, der niederländischen Ausfuhr zur See so viele Schwierigkeiten zu machen und gleichzeitig Holland, in dem eine Getreideaufnahme einen auffällig niedrigen Bestand ergeben hatte, so sehr mit Abschneidung der Zufuhr zu ängstigen, daß die Gewerbetreibenden Kriese sich in der Ein- und Ausfuhr lieber einer vorherigen englischen Kontrolle unterwerfen wollten, als eine nachherige Störung zu riskieren. Um diese Kontrolle durchzuführen, ersann England den „Einfuhrtrust". Unter dem Namen „Nederlandsche Overzee Trust Maatschapie" wurde eine englandsichere Gesellschaft gegründet, die die einzige Adresse für alle Einfuhrsendungen bilden sollte. Diese Gesellschaft hastete England dafür, daß Waren nur an solche Firmen abgegeben wurden, die keine Handelsbeziehungen zu Deutschland unterhalten, und sicherte dies durch ein System von Agenten und Detektivs („Handelsspionen"), die zu Tausenden über das Land verbreitet wurden. Die Gesellschaft wurde nach den drei ersten Anfangsbuchstaben die „Not" genannt, und humoristische Anspielungen auf „Holland in Not" ebenso wie sehr ernste Stoßseufzer brachten zum Ausdruck, daß man sich des demütigenden Zustandes einer englischen Kontrolle auf niederländischem Boden sehr wohl bewußt war. Mit ähnlichen Mitteln brachte Frankreich die Schweiz dazu, sich die Société Suisse de Surveillance (SSS) gefallen zu lassen. In Dänemark wurde die Textilindustrie durch Beschlagnahme der Baumwolle fast bis zum Stillstand gebracht, und es war wie ein Hohn, wenn England sich bereit erklärte, die beschlagnahmte Baumwolle zu bezahlen, da damit den Fabriken der fehlende Rohstoff natürlich nicht beschafft wurde. Als England anfing, auch seine Kohle zurückzuhalten, entsandten schließlich die angesehensten gewerblichen Vereinigungen Kopenhagens, der Industrierat und die Kaufmannsgilde, Vertreter nach London und erreichten durch ihr Bitten, daß England in der Tat sich herbeiließ, diese beiden Körperschaften zusammen als einen Einfuhrtrust anzuerkennen, der dem Königreich Dänemark auferlegt werden sollte. Ja, England erklärte sich sogar bereit, die schwarze Liste abschriftlich mitzuteilen. Jetzt verlangte England von den norwegischen Gewerbetreibenden glatt die Unterwerfung unter eine entsprechende Organisation und ängstigte die Fischkonservenfirmen von Stavanger, die Papierfabriken u. a. m. so lange mit Zurückhaltung der Kohle, mit Beschlagnahme von Oelen und Blechen usw., bis auch hier der Revers durchging, mit dem jede einzelne Firma, wenn sie Gnade finden wollte, sich verpflichten mußte, keine Waren nach Deutschland zu liefern. Nur vier Stavanger Firmen blieben standhaft dabei, eine solche Unterschrift mit ihrer Auffassung von Neutralität nicht vereinbaren zu können. In Schweden gründete man für ähnliche Zwecke die „Transito"-Gesellschaft für die Durchfuhr von England nach Rußland, deren Existenz zuerst abgeleugnet, dann aber erwiesen wurde und gegenwärtig einer schwedischen Abwehrgesetzgebung unterworfen wird, deren Einzelheiten noch nicht bekannt sind. Ueberall wurden den Zwangsgesellschaften im neutralen Lande entsprechende Amtsstellen in London begründet.

Während diese Zentralisierungen sich zur Aufgabe machen, das neutrale Land einzuengen und dem Willen des Kriegführenden gefügig zu machen, haben die Zentralisationen im deutsch-rumänischen Abkommen den gegenteiligen Zweck. In Bukarest besteht eine „Zentralkommission für Einfuhr", die in Berlin ein Bureau errichten wird. Ebenso begründet unsere „Zentraleinkaufsgesellschaft" (Z. E. G.) ein Bureau in Bukarest. Hier kann jeder Rumäne, der Waren aus Deutschland beziehen will, bequem erfahren, ob die Ausfuhr gestattet ist; ebenso wie der deutsche Importeur bei dem rumänischen Bureau in Berlin die entsprechende Auskunft über Rumänien erhalten kann. Beide Regierungen verpflichten sich, die Ausfuhr von Waren, die im Lande entbehrlich sind, zu gestatten. Dergleichen kam zwar bisher auch vor. Aber bei den über alles Erwarten großen Störungen des Handelsverkehrs suchte bisher jede kriegführende oder neutrale Macht ihr Recht der Ausfuhrerlaubnis so teuer wie möglich zu verkaufen und von einer entsprechenden Ausfuhrerlaubnis des andern Teils als „Kompensation" abhängig zu machen. Mit diesem System wird jetzt gebrochen. „Kompensationen werden abgeschafft" heißt es in dem Wortlaut des Abkommens, wie wir ihn bis jetzt aus den rumänischen Zeitungen kennen.

Diese 3 Worte haben etwas Erfrischendes. Nach allen Nöten und Fährlichkeiten des Krieges fangen hier endlich zwei Völker an, sich darauf zu besinnen, daß ein Staat einen Verkehrsakt, der in seinem Vorteil liegt, nicht in übergroßer Schlauheit noch dazu benutzen soll, einen Nebenvorteil herauszuschlagen, weil der andere doch auch seinen Nutzen dabei hat. Jeder Teil erklärt in loyaler Weise, daß er zwar die Entscheidung über das, was bei ihm wahrlich entbehrlich ist, sich vorbehält, daß er aber das Entbehrliche dem andern so leicht wie möglich zugänglich machen wird. Während die Entente, die ja für den Schutz der kleineren Nationen kämpft, diese nur zentralisiert, um ihren Handel desto stärker mit Einengungen bedrücken zu können, verabreden wir Barbaren eine Zentralisierung, um den Warenaustausch für beide Teile desto glatter und freundlicher zu gestalten. Und das, wie die französische Presse mit Recht bemerkt, gegenüber einem Lande, das in keiner Weise Miene macht, sich etwa politisch ins Schlepptau nehmen zu lassen.

Dieser Unterschied ist von guter Vorbedeutung für die Handelspolitik auch nach dem Kriege. Während der Vierverband an seinen militärischen Sorgen noch nicht genug hat und sich schon heute mit dem Problem abmüht, wie er nach Friedensschluß Deutschland boykottieren könnte, wird es unsere Aufgabe sein, nicht nur für die Freiheit der Meere, sondern auch für einen rechtschaffenen und geordneten Handelsverkehr zu Lande nach Möglichkeit einzutreten.

Fremdenblatt Abendbl
19./IV. 1916

110

Ein- und Durchfuhr aus den okkupierten Gebieten Montenegros.

Eine heute verlautbarte Kundmachung des Ackerbauministeriums vom 16. d. betreffend die Ein- und Durchfuhr von Tieren, tierischen Rohstoffen und Produkten aus den okkupierten Gebieten Montenegros enthält u. a. folgende Bestimmungen:

Die Einfuhr von Einhufern ist nur über hiefür bestimmte Eintrittsstellen unter der Bedingung gestattet, daß diese Tiere von einem behördlichen Tierarzt als gesund befunden werden und bei der Malleinprobe nicht reagiert haben. — Die Ein- und Durchfuhr von Rindern, Schafen, Ziegen, Schweinen und Geflügel, von frischem Fleisch jeder Art sowie die Durchfuhr von Einhufern ist nur mit Spezialbewilligung des Ackerbauministeriums zulässig. Die diesbezüglichen Ansuchen haben die Zahl und Gattung der Tiere, beziehungsweise die Menge und Art des Fleisches, ferner den Herkunftsort, dann den Bestimmungsort, die Grenzeintrittsstelle, den Zweck der Einfuhr und den Nachweis zu enthalten, daß die Ausfuhr der betreffenden Artikel aus den genannten Gebieten gestattet wurde. Bei einer Durchfuhr ist auch der Nachweis zu erbringen, daß das Bestimmungsland den Eintritt zuläßt. — Die Einfuhr von frischen Häuten und Fellen (roh, grün, nur angesalzen, angekalkt, angestrichen), von rohen, nicht getrockneten Knochen, Hörnern, Hufen und Klauen sowie von Mägen, Schlünden, Därmen und Blasen ist nur über hiefür bestimmte Eintrittsstellen zur sofortigen Verarbeitung in gewerblichen Anlagen dann zulässig, wenn solche Rohstoffe mit amtlichen Bescheinigungen des Inhaltes versehen sind, daß sie aus Kreisen stammen, die samt Nachbarkreisen frei von Rinderpest sind. Diese Rohstoffe dürfen nur direkt nach den in der Eintrittsstelle angegebenen gewerblichen Anlagen versendet werden und sind daselbst der ehesten Verarbeitung zu unterziehen.

Österr. Volkszeitung
20/11. 1916

111

Kundgebungen der deutsch-böhmischen Agrarier.

In Prag fand letzten Sonntag die Generalversammlung des Deutschen landwirtschaftlichen Verbandes für Böhmen statt, in der Minister a. D. Dr. Schreiner über die wichtigsten Aufgaben der ländlichen Wohlfahrtspflege referierte. Hiezu sprachen die Oberin der deutschen Pflegerinnenschule in Prag Schwester Martha Hüthler, Fräulein Tuma v. Waldkampf, Professor Dr. Langer, Fachlehrer Spatz und der Obmann des Deutschen Volksrates Dr. Titta.

Zu agrarischen Fragen sprach der Vorsitzende Vizepräsident des Zentralverbandes Fügner, der vor allem auf die großen patriotischen Leistungen der Agrarier verwies und zur regen Beteiligung an der vierten Kriegsanleihe aufforderte. Vizepräsident Fügner trat im weiteren Verlauf seiner Rede der Ansicht entgegen, daß die Landwirtschaft aus der Kriegslage abnorme Gewinne ziehe. Die Gewinne der Landwirte seien ungleich kleiner als die der Industrien.

Präsident Zuleger besprach die Frage der wirtschaftlichen Annäherung unserer Monarchie an Deutschland und beantragte folgende einstimmig angenommene Resolution: „Die auf wirtschaftlichem Gebiete im Laufe des jetzigen Weltkrieges gesammelten Erfahrungen lassen es dringend notwendig erscheinen, daß ein möglichst inniger Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auf wirtschaftlichem Gebiete mit allen Mitteln angestrebt und durchgeführt wird. Dieser Zusammenschluß muß sich unter vollster Wahrung der verschiedenen Produktionsverhältnisse der beiden Monarchien und des dadurch bedingten Schutzbedürfnisses der einzelnen Produktionsgruppen vollziehen und muß das Hauptaugenmerk dieser Verständigung dahin gerichtet sein, in kürzester Zeit durch gegenseitige tatkräftige Unterstützung auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik, des Verkehrs- und Finanzwesens, sowie einer möglichst gleichartigen Gesetzgebung, die vollste wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit Mitteleuropas gegenüber dem gesamten Auslande bleibend sicherzustellen. Die Landwirte Oesterreichs werden dieses Ziel mit größter Energie und dauernd verfolgen.

Nach einem weiteren Referat des Präsidenten Zuleger betreffend die Aktivierung des Kommassationsgesetzes in Böhmen schloß die Versammlung mit einer unter allgemeinem Beifall beschlossenen Loyalitätskundgebung, in der dem Kaiser das Gelöbnis erneuert wird, in freudiger Hingabe unerschütterlicher Treue nach wie vor alle Kräfte dem teuren Vaterlande weihen zu wollen.

Neues Wiener Tagblatt 23./IV. 1916

1

113

Mitteleuropäische Kulturgemeinschaft.

Von Dr. **Georg Lukacs**, Geheimem Rat, Minister a. D., Reichstagsabgeordnetem.

In den letzten Monaten wird sehr viel über Mitteleuropa gesprochen und geschrieben; insbesondere seit dem Erscheinen des bekannten Werkes Friedrich Naumanns ist eine eifrige Diskussion draußen in Deutschland und bei uns in der Monarchie sowohl diesseits als jenseits der Leitha entstanden. Die Kristallisierung der Begriffe ist aber noch im Zuge, und es bedarf noch einer gewissen Zeit, damit die Ideen zur vollen Reife gedeihen können. Wir alle müssen zur Klärung dieser Ideen beitragen, denn wir können nicht wissen, wie viel Zeit uns zur Verfügung steht, damit den Grundprinzipien feste Form gegeben werden könne, wir wissen nicht, welcher Augenblick die Frage des Friedensschlusses aktuell machen wird. Trotz der großen Beteuerungen der Entente scheint es mir, daß diese Zeit näher ist, als man allgemein annimmt. Wird aber die Frage des Friedensschlusses aktuell werden, dann müssen bereits zumindest die Grundzüge jener Annäherung genau festgestellt sein, deren Schaffung von uns allen als innere Notwendigkeit empfunden wird, weil doch die Feststellung gewisser Einzelheiten des Friedensschlusses der Hauptsache nach davon abhängt, in welcher Weise wir die unmittelbare Zukunft nach dem Friedensschluß zu gestalten beabsichtigen, namentlich aber wie wir das Verhältnis der mitteleuropäischen Verbündeten zueinander für die Friedenszeit auszugestalten wünschen. Die große Verschmelzung der Interessen und Gefühle, welche sich im Laufe des Weltkrieges zwischen uns und unsern Verbündeten vollzogen hat, wird zweifelsohne weitgehende Konsequenzen nach sich ziehen, und es ist möglich, daß die im Feuer dieses Verteidigungskrieges entstandene seelische Harmonie bloß eine vorübergehende Erscheinung sei, die mit Ende des Feldzuges ohne Spur verschwinden wird.

Niemals hat es auf der Welt ein solch kolossales Ringen gegeben, in der Weltgeschichte finden wir kein Beispiel dafür, daß weniger machtvolle Staaten über mächtigere solch entschiedene militärische Siege errungen hätten, als dies in diesem weltumstürzenden Krieg der Fall war. Die mitteleuropäischen Mächte haben mit ihren Verbündeten nicht nur Widerstand leisten können, sondern auch die ungerechterweise sie überfallenden Weltmächte niedergerungen und besiegt. Ein Bündnis, welches Angriffszwecke verfolgt, kann niemals seelische Innigkeit schaffen. Sobald es den Zweck des Angriffs erreichte oder sobald es vereitelt wurde, hört mit dem gemeinsamen Ziel auch die Zusammengehörigkeit auf. Nicht so verhält es sich zwischen jenen Verbündeten, die sich einer ungerechtfertigten Unterdrückung wegen wehren und deswegen ihr Blut vergießen. Landhunger, Expansionsbestrebungen und Vernichtung der im Wege Stehenden sind egoistische Zwecke, und im Seelenleben derjenigen, die sich deswegen verbündeten, können durch das gemeinsame Unternehmen keine edleren Regungen entstehen, welche imstande wären, auch weiterhin ihre Kräfte aufrechtzuerhalten. Mit der Erreichung oder Unterliegung der egoistischen Zwecke hört auch jenes Band auf, welches die aus selbstsüchtigen Trieben Verbündeten zusammenhält, während die Gemeinsamkeit des Verteidigungskampfes fürs Leben, für die Existenz und für die Scholle eine ganze Reihe altruistischer Gefühle und edler seelischer Motive zum Leben erweckt und die in Bedrängnis mit einander Kämpfenden so sehr aneinander knüpft, daß die Bande mit dem Aufhören der gemeinsamen Gefahr nicht reißen, sondern auch weiterhin in den Herzen der Völker fortleben. Ihre Wurzeln sind nicht nur auf der Oberfläche, sondern reichen bis in die Tiefen der Seelen.

Die zwischen uns bestehenden Bande müssen daher aufrechterhalten bleiben. Das empfindet jedermann. Eine andre Frage ist es aber, wie man institutiv Form und Inhalt diesem Bande für die kommende Friedensepoche verleihen kann. Hiebei ist der Gedanke aufgetaucht, ein mitteleuropäisches Staatenbündnis zu schaffen, wie es in den Vereinigten Staaten Nordamerikas besteht. Dieser Gedanke ist nicht lebensfähig, weil jene amerikanischen Provinzen eigentlich einer Nation angehören, durch gemeinsame Abstammung, gemeinschaftliche Vergangenheit, gemeinsame Sprache und Kultur aneinander geknüpfte Elemente waren, die einfach vom Mutterlande ausschieden, dessen Tyrannei sie nicht weiter vertragen konnten. Eine solch enge organisatorische Gemeinsamkeit der aus verschiedenen Nationen Mitteleuropas bestehenden Verbündeten, deren geschichtliche Vergangenheit, Entwicklung und staatliches Leben ganz verschiedenartig ist, wäre durchaus unmöglich. Deswegen ist die Idee eines solchen einheitlichen Staatengebildes bald fallen gelassen worden. An ihre Statt trat der Vor-

Neues Wiener Tagblatt 23./IV. 1916

II

Mitteleuropäische Kulturgemeinschaft

114

schlag eines solchen engeren Bündnisses, welches Naumann in seinem großen Werke anführt und das bei Aufrechterhaltung der eigenen Souveränität und Staatlichkeit den Verband in einem gewissen Oberstaat kontempliert, allerdings bedeutend lockerer, als dies in der nordamerikanischen Staatenunion der Fall ist, aber dennoch durch Schaffung gemeinsamer politischer und gemeinschaftlich rechtsstaatlicher Organisation zwischen den mitteleuropäischen Staaten. Wir Ungarn könnten in einem solchen Verband den uns vermöge unsrer staatlichen Sonderstellung und unsrer eigenartigen historischen Vergangenheit gebührenden Platz nicht finden.

So bleibt die dritte Formel, die Formel der sogenannten mitteleuropäischen Annäherung. Diese Formel begrüßen wir freudig, und wir werden unserseits mit der größten Energie zu Werke gehen, damit diese Idee, mit ernstem und wirkungsvollem Inhalt versehen, auch einer Verwirklichung nahegerückt werden könne. Diese Idee bedeutet, daß wir auf allen Gebieten, auf den militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen, sorgsam jenen Arbeitskreis ausfindig machen, welcher geeignet erscheint, durch die Tätigkeit selbständiger, doch infolge ihrer weltgeschichtlichen Situation aufeinander angewiesener und durch den Weltkrieg, durch gemeinsames Gefühl aneinander geketteter Nationen gemeinsam gepflegt zu werden. Und wir werden auf allen diesen Arbeitsgebieten gemeinschaftlich tätig sein, hier und dort auch gemeinsame Institutionen zustande bringen, ohne jedoch von unsrer staatlichen Selbständigkeit und unsrer nationalen Sonderstellung auch nur ein Jota zu opfern.

Die Idee der mitteleuropäischen Annäherung ist daher nur so zu einer Verwirklichung geeignet, wenn wir genau jene Arbeitsgebiete auswählen, auf welchen man sich ohne Schädigung der staatlichen Selbständigkeit erfolgreich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden kann. Am leichtesten ist es, sich auf militärischem Gebiet zusammenzufinden. Unsre Heere haben im großen Weltkrieg Tag und Nacht in brüderlicher Arbeit gemeinsam gewirkt. Auf diesem Gebiet sind also Rahmen und Inhalt durch die Praxis schon genau festgestellt worden. Gegenwärtig sind es Fragen der wirtschaftlichen Annäherung, welche im höchsten Maße die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen und von allen Seiten beleuchtet werden. Hiebei befinden sich die großen Fragen der Zollunion, oder der Präferenzzölle oder aber des Zollvertrages auf Grund der Differenzialzölle, die gemeinschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiete der Eisenbahn, des Post- und Telegraphenwesens, die Vereinheitlichung aller Institutionen auf dem Gebiete des Verkehres, des Handels, des Wechsel- und Konkursrechtes sowie ein gemeinsames Vorgehen auf dem Gebiete des Versicherungswesens und dergleichen im Vordergrund der Verhandlungen.

Am wenigsten hat man bisher über die Fragen der Annäherung auf kulturellem Gebiet gesprochen. Und dies ist auch begreiflich, denn die nationalen Eigenheiten können sich am meisten auf dem Gebiet der Kultur entwickeln. Dieses Terrain ist es also, welches dem nationalen Charakter bei einer allzu großen Annäherung allzu stark Abbruch tun könnte, und hier tauchen die Gefahren der Entkleidung des nationalen Charakters des schwächeren Teiles durch den stärkeren am meisten auf. Meiner Ansicht nach hat die ungarische Nation von dieser Gefahr nichts zu fürchten. Die ungarische Rasse konnte trotz tausendjähriger Fährnisse jeder Schicksalswendung gegenüber ihren ursprünglichen Charakter und ihre nationalen Eigenschaften und die Eigentümlichkeiten ihrer Rasse aufrechterhalten. Dies hat sie in ihre Literatur, Kunst, ja sogar in ihre wissenschaftliche Tätigkeit hineinzutragen gewußt. Ihr wird es nicht zum Nachteil geraten, wenn sie mit dem Kulturleben andrer Nationen in engeren Verkehr und gegenseitige Wechselwirkung tritt. Sie wird hieraus zweifelsohne vieles in sich aufnehmen, allein sie wird dies ihrer eigenen Individualität entsprechend umbilden können, anderseits aber wird sie den sich ihr nähernden Nationen aus ihrer eigenen Kultur manches zu bieten haben, was andre Nationen nach ihrer Eigenart selbständig aufzuarbeiten berufen sind.

In diesem Sinne bedürfen wir einer kulturellen Annäherung. In diesem Sinne

Neue Freie Presse
23./IV. 1916

116

Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und Oesterreich-Ungarns nach dem Kriege.

Vom Geheimen Oberfinanzrat Waldemar Mueller.
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Dresdner Bank.

Dresden, 20. April.

Der Krieg hat Deutschland und, wie ich glaube, auch Oesterreich-Ungarn insofern eine freudige Ueberraschung gebracht, als sich in beiden Reichen eine wirtschaftliche Kraft von solchem Umfang und solcher Schlagfertigkeit offenbarte, wie es vor dem Kriege selbst die größten Optimisten nicht für möglich gehalten hätten. Wer im Frieden die Aufbringung von Kriegsanleihen in den jetzt erreichten Milliardenziffern — ohne nennenswerte Beteiligung des neutralen Auslandes und ohne wesentliche Inanspruchnahme der Darlehenskassen für die Einzahlungen der Zeichner — geweissagt hätte, würde das Los mancher Propheten geteilt und eine skeptische Beobachtung seines Geisteszustandes erlebt haben. Eine zweite Ueberraschung war die erfolgreiche und rasche Umstellung der gewerblichen Tätigkeit auf die Deckung des Kriegsbedarfes von Heer und Marine und die Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit den notwendigen Lebensbedürfnissen, eine Umstellung, an der sich nicht bloß die meisten Branchen der industriellen Fabrikation, sondern auch zahlreiche Arten des Handwerkes beteiligten. Damit steht als dritte Ueberraschung im Zusammenhange, daß die anfangs befürchtete Katastrophe einer weitgreifenden Arbeitslosigkeit ausgeblieben und im Gegenteile eine durch das Angebot nicht befriedigte Nachfrage nach Arbeitskräften eingetreten ist, trotz weitgehender Heranziehung weiblicher und jugendlicher Arbeiter.

Nach diesen Erfahrungen hege ich die Zuversicht, daß wir uns selbst, noch mehr den Neutralen und am meisten unseren Feinden eine neue Uebertaschung durch eine ebenso erfolgreiche und rasche Mobilmachung für die Friedenstätigkeit bereiten werden. Unsere Kriegsarbeit hat in den Fabriken und namentlich auch in der Landwirtschaft menschliche und tierische Körperkräfte in großem Umfange durch Maschinen mit motorischem Antrieb abgelöst. Verbesserte, teils verfeinerte, teils vereinfachte Arbeitsmethoden haben Arbeitskräfte und Material erspart. Früher aus dem Auslande bezogene und für unentbehrlich gehaltene Rohstoffe sind durch einheimische Erzeugnisse ersetzt worden. Unter dem eisernen Zwang der Not sind großartige Erfindungen geboren worden. Die schon im Frieden bewährte innige Verbindung zwischen Praxis und Wissenschaft hat insbesondere auf dem Gebiete der Chemie, Physik und Mechanik Triumphe gefeiert, welche den Nachahmungsversuchen des Auslandes, auch der Konkurrenz Nordamerikas noch für lange Zeit Rätsel aufgeben werden. Unter den epochemachenden Erfindungen befinden sich in großer Zahl solche, welche eine wesentliche Ersparnis an Produktionskosten gewährleisten. Unsere Konkurrenz im Export wird nach dem Frieden, sowohl was die Qualität als auch die relativ billige Preisstellung unserer Erzeugnisse betrifft, so kräftig einsetzen, daß sie selbst einer Bekämpfung durch künstliche Mittel, wie Zollschikanen und Boykottversuchen, gewachsen sein wird. Allzu scharfen Kampfmaßregeln wird hoffentlich durch unsere Friedensbedingungen ein Riegel vorgeschoben werden.

Der Handel, als unentbehrlicher Partner unserer Exportindustrie, hat während des Krieges allerdings feiern und vielfach durch Zerstörung seiner ausländischen Niederlassungen und Transportmittel Verluste erleiden müssen. Anderseits haben doch viele Handelsfirmen durch vorteilhafte Verwertung ihrer noch greifbaren Lagerbestände Gewinne erzielen können. Alles in allem wird man annehmen dürfen, daß unseren im Auslandhandel tätigen Firmen nach dem Frieden die nötige Kapitalskraft und der wünschenswerte Kredit zur Wiederaufnahme ihrer Geschäfte nicht fehlen wird. Ich habe Grund, zu glauben, daß die führenden Männer unseres Außenhandels ihren Mobilmachungsplan für den Frieden bereits im Schreibtisch oder im Kopfe haben. Diese Pläne werden auf Grund praktischer Erfahrungen und langjähriger Vertrautheit mit den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder nach Branchen, örtlichen Chancen und Konkurrenzbedingungen individuell verschieden ausfallen. Es wäre höchst unzweckmäßig, sie vor der Ausführung bekanntzugeben oder gar sie zur öffentlichen Erörterung zu stellen. Verbands- oder Syndikatsvereinbarungen können dabei in Betracht kommen, jedoch wird schwerlich ein Sachkundiger dazu raten, daß national geschlossene und als solche erkennbare Organisationen mit zentralisierter Leitung in Aktion treten. Selbstverständlich wird eine möglichst tatkräftige Unterstützung und Beratung dieser Unternehmungen durch gesetzgeberische und administrative Maßnahmen der zuständigen Reichsinstanzen, durch eine geschickte Handelsvertrags- und Tarifpolitik, durch Gesandtschaften und Konsulate notwendig und wünschenswert sein. Indessen darf bei der Fahrt durch die Untiefen umstrittener Absatzgebiete weder unter offizieller Flagge noch mit Bureaukraten am Steuerruder gesegelt werden. Freie Betätigung des Kaufmannes und des Industriellen und dann „mit Volldampf voraus" soll die Devise sein.

Neue Freie Presse
25./IV. 1916

117

Aufnahme der zollpolitischen Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Wien, 25. April.

Mittwoch den 26. d. treffen hier Vertreter der deutschen Regierung ein, um verschiedene zoll- und wirtschaftspolitische Fragen mit den hiesigen kompetenten Faktoren zu erörtern.

Die betreffenden Sitzungen werden in den nächsten Tagen im Ministerium des Aeußern stattfinden.

Vossische Zeitung
28./11. 1916

118

Verbot von Waren-Ausfuhr und -Durchfuhr.

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnung vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen sowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfs und von Gegenständen, die zur Herstellung von Kriegsbedarfsartikeln dienen, bringt der Reichskanzler im gestrigen „Reichsanzeiger" unter Aufhebung aller bisherigen Verbote der Aus- und Durchfuhr von bearbeiteten Spinnstoffen und Waren daraus zur öffentlichen Kenntnis:

Es wird verboten die Ausfuhr und Durchfuhr von tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen und Waren daraus des 5. Abschnittes des Zolltarifs einschließlich der Textilose-Fäden, Gewebe und Säcke aus Textilose, Textilit (Nr. 391a, 543c des statistischen Warenverzeichnisses) mit Ausnahme des Veredelungsverkehrs (Eigen- und Lohnveredelung).

Alsdann folgt die Aufzählung einer großen Anzahl von Ausnahmen unter Bezugnahme auf die Ausfuhrnummern des statistischen Warenverzeichnisses. Diese Ausnahmen betreffen in der Hauptsache die Abschnitte: Seide und Waren daraus, Wolle und andere Tierhaare, Baumwollgespinste, auch gemischt, andere pflanzliche Spinnstoffe, Buchbinderzeugstoffe, Pausleinwand, wasserdichte Gewebe, Linoleum, Kleider, Putzwaren, künstliche Blumen, Regen- und Sonnenschirme, Menschenhaare, Schmuckfedern, Fächer, Hüte, alles, soweit es sich um beschlagnahmefreie Erzeugnisse handelt.

Fremdenblatt 28/IV. 1916

119

Eingeführt und — angeführt.

Von Dr. Philipp Kallmus.

Der Krieg ist drauf und dran, mit der Fremdherrschaft, dem Kultus alles Ausländischen gründlich aufzuräumen. Was aus dem Ausland kam, dünkte uns vornehmer, nobler, und es war gewöhnlich nichts weiter als kostspieliger und teurer. Oft trafen wir es ebenso gut, häufig besser als die Fremden, und in meinem langen Leben, das mich teils in meinem Beruf als Rechtsanwalt, teils auf Reisen im Ausland mit allen möglichen sonst unbekannten Geheimnissen von Handel und Industrie in Berührung gebracht hat, sind mir eine Menge Ereignisse begegenet, die mir den Titel eines Buches aus theresianischer Zeit in Erinnerung brachten: „Oesterreich über alles, wenn es nur will." Aber, es wollte nicht, wir wollten nicht, und namentlich auf dem Gebiete der Mode, Eleganz und des Luxus stand nur in Kurs und Ansehen, was über die Grenze gekommen war. Auf englischen Oster-, Weihnachts- und Neujahrskarten war der Mann von Welt gewöhnt, seinen Bekannten fröhliche Feiertage zu wünschen. Seit der Krieg begann, mußte er allerdings auf die englische Wunschformel, die auf den Karten gedruckt stand, verzichten, nicht aber auf den Geschmack und die Qualität der Ausführung, denn — seit Jahren liefert just ein Wiener Fabrikant Millionen und Millionen von Neujahrs-, Oster- und Weihnachtskarten nach Frankreich, England und Amerika.

Dies ist einer jener unzähligen Aufsitzer der heimischen Käufer, die einen belustigen und dennoch zugleich auch melancholisch stimmen. Für teures Geld brachten alljährlich Hunderte und Tausende von ihren Reisen aus der Fremde Spezialitäten mit, die nichts anderes als Wiener Fabrikate waren und in der Heimat nur einen Bruchteil des Preises kosteten. In Stockholm hatte ich einmal ein Erlebnis, das mir von da an zur Warnung diente. Ich sollte einer Wiener Dame ein Dutzend ganz besonders feiner schwedischer Handschuhe besorgen und ging in den vornehmsten Laden der Stadt. Man legte mir verschiedene Sorten vor. Sie hatten aber nicht die gewünschte Qualität, sie erschienen mir minderwertig, und endlich brachte die Verkäuferin eine große Schachtel herbei. „Nun werde ich Ihnen das Beste zeigen, was es in diesem Artikel gibt! Hier haben Sie schwedische Handschuhe der Firma X. in Wien." Ich dankte dafür, denn diese Handschuhe könne ich mir gleich lieber an Ort und Stelle besorgen.

Es gilt eben kein Prophet in seinem Vaterland, selbst wenn es sich um so gegenwärtige und reale Dinge handelt wie Handschuhe, Kleider oder Stoffe. Eine Wiener Hoflieferantin exportierte schon zur Zeit, als sie für die Kaiserin die Krönungstoilette nach Budapest lieferte, Modelle nach Paris, die von den führenden Ateliers an der Seine für Pariser Modelle ausgegeben und um schweres Geld nach Wien verkauft wurden. Das Schlagwort von der Wiener Mode brauchte also keineswegs ein Schlagwort zu bleiben, wir Oesterreicher verstehen uns auch darauf, neue Formen in Kleidung und Tracht zu ersinnen, nur der Glaube daran fehlte unserem Publikum, unseren Käufern, und darum handelten sie in Paris den „dernier cri" ein, der schon Monate zuvor in Wien fabriziert worden war, wie sie auch in Belgrad und Cetinje „echt" serbische und montenegrinische Nationalkostüme kauften, die, wie ich mich selbst überzeugt habe, ebenso in Wien hergestellt werden, wie nahezu sämtliche orientalische Pantoffel. Falsche Perlenschnüre, die in Paris oft dreihundert bis zweitausend Franken kosten, stammen aus Gablonz in Böhmen. Englische Jagdgewehre, die in London um ein Heidengeld gehandelt werden, haben ihren Geburtsort in einem Städtchen bei Wien, wo ein kleiner bescheidener Büchsenmacher diese Wunderwerke herstellt. Heimlich natürlich, und nur wenige Jäger wissen von dem Geheimnis, das sie ängstlich bewahren. Eine englische Jagdflinte gilt eben was auf der Pürsch.

Die Welt will getäuscht werden, und sie läßt sich ihre Täuschung noch obendrein was kosten. Dennoch hat die Komödie zuweilen andere als bloß belustigende Folgen. Trotz allem Eifer und aller Sachkenntnis konnte einer meiner Freunde auf keinen grünen Zweig kommen. Da riet ihm ein findiger Mensch, seine soliden Fabrikate nach England zu schicken, sie mit englischer Marke versehen und als englische Erzeugnisse nach Oesterreich einzuführen zu lassen. Mein Freund befolgte den Rat, und seither ist er zum reichen Mann geworden, da er die Welt behandelt, wie sie behandelt sein will. Ausländisches war Trumpf. Schwedische Handschuhe in Stockholm, englische Kutschierwagen aus England. So brachte sich einmal ein österreichischer Fürst, ein naher Verwandter des Baron Sina, einen Jagdwagen aus London nach Wien. Stolz führte er ihn im Hofe des Palais Sina am Hohen Markt seinen Freunden und Lieferanten vor, unter denen sich auch ein österreichischer Wagenbauer befand. Der Fürst zog ihn lüchtig auf: „Sehen Sie, mein Lieber, so was in diesem Genre bringt man nur in London zustande." Aber der Fabrikant ging auf den Wagen zu und drückte auf einen kleinen Knopf nächst der Radspeiche. Die Fabrikationsmarke wurde sichtbar und der Fabrikant bemerkte: „Entschuldigen, Durchlaucht, das ist meine Firma." Ja, wer denkt auch daran, daß die besten englischen Kutschierwagen in Wien erzeugt werden! Es dünkt die Leute ein geographischer Irrtum und sie täuschen sich über ihn hinweg, indem sie sich selbst betrügen. Nicht in Paris, sondern in Wien werden die hübschesten Rokokomöbel-Imitationen hergestellt, nicht in Paris, sondern in Wien die ausgezeichnetsten Photos schöner Frauenakte. Als ich zuletzt nach Paris fuhr, bat mich ein befreundeter Künstler, ich möge ihm bei einem Händler in der Rue Reaumur einige Akte und photographische Aufnahmen kaufen, die er mir genau bezeichnete. Der Preis des einzelnen Blattes kostete 4 bis 40 Frank. Eine horrende Summe, und ich sah mir die einzelnen Stücke nochmals genauer an. Da fand ich auf der Rückseite eines Blattes, nur flüchtig wegradiert, die Stampiglie eines Händlers. Wahrscheinlich des Lieferanten, dachte ich, und kaufte vorläufig nur dieses Blatt. Was für eine Ueberraschung, als ich in meinem Hotel die Stampiglie unter der Lupe betrachtete und in ihr die Adresse eines bekannten Wiener Kunsthändlers erkannte, bei dem ich die Blätter dann statt für 4 bis 40 Frank um 1 bis 4 Kronen erstand. Ein bekannter Sportsmann zeigte mir vor einigen Jahren an zwei Dutzend Brieftaschen, die er aus dem Pariser Louvre behufs Verteilung an seine Wiener Bekannten mitgebracht hatte. Wie staunte er, als ich ihn bald darauf in eine Taschnerwarenfabrik des 7. Bezirkes führte und ihm nachwies, daß diese Taschen daselbst jahraus jahrein in Zehntausenden von Exemplaren für das große Warenhaus Louvre erzeugt und auch mit der Stanze des Louvre versehen werden. Nicht einmal unseren Fabrikanten, unseren Händlern und Wiederverkäufern kommt dieser Uebepreis zugute, den wir für pseudofremde Ware bezahlen, nur die fremden Händler gewinnen davon, und unser genarrtes Publikum zahlt die Differenz. Istrianische und kroatische Rotweine wanderten Jahr für Jahr nach Südfrankreich und kamen um das Vierfache ihres Preises als echter „Bordeaux" nach Oesterreich zurück. Wenige Monate vor dem Krieg noch sah ich französische und englische Spitzen mit der Originalzeichnung aus Paris und London in den Zollbolletten, die weder an der Seine noch an der Themse, sondern im niederösterreichischen Oberwaltersdorf fabriziert worden waren. Dennoch schienen sie in den Augen der Leute erst durch einen Ausflug nach Frankreich und England die höhere Weihe, das richtige Air und den richtigen Flair zu bekommen.

Das wird nach dem Krieg hoffentlich aufhören. Und es wird gut sein, wenn es aufhört. Wir brauchen, wenn wir dem heimischen Handwerk jene Ehre erweisen, die ihm gebührt, nicht im geringsten auf eine lieb gewordene Annehmlichkeit, auf eine bevorzugte Qualität zu verzichten oder auch nur für den Geschmack unseres äußeren Menschen etwas zu fürchten. Wir werden, wenn wir mit dieser Art von Fremdherrschaft aufräumen, nicht ein bißchen weniger komfortabel und elegant leben, nur weniger kostspielig. Und unsere Herren Feinde werden nicht nur vor unseren Soldaten, Kanonen und Gewehren, sondern auch vor unseren anderen Erzeugnissen Respekt haben.

Hamburger Fremdenblatt 30./IV. 1916

I T

120

Gründung des Verbandes des Hamburger Einfuhrhandels.

Am 27 April fand im großen Saale der Handelskammer eine Versammlung statt, an der annähernd 300 Vertreter von Vereinen und Firmen des Hamburger Einfuhrhandels teilnahmen.

Die Versammlung war einberufen von einem Arbeitsausschuß, bestehend aus den Herren: Rudolph Crasemann, Paul Eichenberg, Otto Friedeberg, Dr. Leuckfeld, Alfred Cohen, L. Deutschmann, Arnold Gumprecht, Heinr. Haas, Ed. Luttrop, M. March, C. Nagel, Edm. Nordheim, W. Robinow, der sich auf Anregung des Herrn Alfred O'Swald als Vorsitzender gebildet und bereits eine Reihe von Sitzungen abgehalten hatte.

Der Vorsitzende begrüßte die Versammlung und führte das Folgende aus: Das zahlreiche Erscheinen beweise, daß die am Einfuhrhandel beteiligte Hamburger Kaufmannschaft nach Kenntnisnahme der Vorarbeit gewillt scheine, den Einfuhrhandel zusammenzufassen zu einer machtvollen Organisation und einem Verbande, der imstande sei, die allgemeinsamen Interessen zu fördern und, wo es not täte, zu verteidigen. Der Krieg habe gezeigt, wie segensreich gute Organisation wirke und wie sie unter den jetzigen Verhältnissen unbedingt notwendig sei, um den Hamburger Handel gegenüber den Bestrebungen, ihn auszuschalten oder nach anderen Plätzen abzuleiten, zu schützen. Man könne auch zuviel des Guten im Organisieren tun und gegenüber viel weitergehenden Wünschen und Zielen müsse man sich auf die Wahrnehmung der Interessen des Einfuhrhandels beschränken. Es werde schon vieler Mühe und ernster Arbeit bedürfen, dieses scharf umgrenzte Ziel zu erreichen.

Nach sehr gründlicher Erwägung seien die Zwecke des Verbandes, um nicht in das Arbeitsgebiet der Einzelvereine und der Handelskammer einzugreifen, von dem Ausschuß wie folgt festgelegt worden:

„Der Verband bezweckt den Schutz und die Förderung der dem Einfuhrhandel gemeinsamen Interessen allgemeiner Art, insbesondere

a) Klärung der Ansichten über Fragen allgemeinen Interesses, z. B. Kurse, Einfuhrverbote, Zölle, Rechtsfragen, deren gerichtliche Durchführung durch gegenseitigen mündlichen und schriftlichen Gedankenaustausch;

b) Verhandlungen über wichtige Interessen und Streitfragen mit Reedern, Versicherern, Banken u. a. und Mitwirkung bei der Schaffung von Einfuhrkonossementen, Befrachtungsverträgen, Polizen usw.;

c) Vertretung der Gesamtinteressen gegenüber Bestrebungen auf Ausschaltung des Hamburger Einfuhrhandels;

d) Bekämpfung von Bestrebungen, die auf dauernde Einschränkung des Einfuhrhandels durch Regierungsmaßnahmen, Monopole, Syndikate, Reichs-Rohstoffstellen u. a. hinauslaufen;

e) Mitwirkung bei der Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft;

f) Förderung der Bildung neuer Märkte in Hamburg;

g) Förderung des Zusammenschlusses von Firmen, die sich mit Artikeln beschäftigen, denen eine selbständige Vereinsvertretung fehlt, insbesondere Mitwirkung bei der Ausarbeitung von Schlußscheinen, Kriegsklauseln, Schiedsgerichts-Bestimmungen;

h) Fühlungnahme mit Einfuhrvereinigungen an anderen Plätzen;

i) Möglichste Ausschaltung von Fremdworten aus der Geschäftssprache.

Diese sehr vielseitigen und wichtigen Zwecke zerfallen in zwei Gruppen, in Angelegenheiten, die mit dem Kriege und besonders mit der Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zusammenhängen, und in friedliche Aufgaben innerer Organisation und Ausbaus.

Die ersteren seien die zurzeit wichtigsten und dringendsten. Wenn auch die Gerüchte über Friedensverhandlungen leider wieder verstummt seien und die Stellung Amerikas drohend erscheine, so wisse doch Niemand, ob wir nicht dem Frieden näher seien, als es noch vor einigen Monaten aussah, und darum heiße es sich zu rüsten für den Wirtschaftskrieg, der uns von unseren Feinden angedroht sei.

Soweit man gehört habe, bestehe an maßgebenden Stellen der Wunsch, die eigentlichen Kriegsgesellschaften, sobald wie es angehe, aufzulösen, bezw. umzuwandeln, damit der freie Handel wieder in Tätigkeit treten könne. Es sei aber allgemein bekannt, daß dieses für den Handel so Wünschenswerte nicht auf einmal eintreten könne. Es werde vielmehr ein Uebergangszustand eintreten müssen, in dem der Handel noch eingeschränkt sein werde durch die Erfordernisse der deutschen Gesamt-Volkswirtschaft und der Interessen des Reiches an der Entwicklung der deutschen Valuta, der Volksernährung, der Rohstoffversorgung und der vorhandenen Laderäumte.

Es leuchte ohne weiteres ein, daß bei der Behandlung dieser Fragen, die in engstem Zusammenhang mit der Existenz und dem Wiederaufbau des Einfuhrhandels stehen, ein geschlossenes Auftreten der Gesamtheit der am Einfuhrhandel Beteiligten erforderlich sei, auch vom Standpunkt der Behörden aus, die mit dem Einzelnen nicht verhandeln könnten, sondern es vorziehen würden, mit einer festen Organisation zu tun zu haben, wie solche Organisationen auch bereits in der Industrie, der Reederei usw. beständen. Soweit die Einzelfirmen dazu noch keine Organisation besäßen, würden sie sich zusammenschließen müssen zu einer großen Gruppe, aus der wieder Untergruppen für besondere Artikel gebildet werden könnten. Schon allein aus diesem Grunde sei es klar ersichtlich, daß sich der Hamburger Einfuhrhandel zusammenschließen müsse, und das sei in letzter Zeit in verschiedenen Fällen auch bereits eingetreten. Die bestehenden Vereine, besonders die großen festgefügten, seien natürlich bereits jetzt in viel günstigerer Lage gegenüber den Kriegsgesellschaften oder den sie ablösenden Käufer-Vereinigungen, Industrie-Syndikaten, oder wie sie sich nennen oder herausgestalten würden. Es sei auch, wie bereits schriftlich niedergelegt, ausdrücklich hervorzuheben, daß die Selbständigkeit dieser Vereine in ihren besonderen Geschäftszweigen und Artikeln, wie sie diese zum Segen ihrer Mitglieder bisher ausgeübt habe, in keiner Weise berührt werden solle. Aber der Ausschuß sei der Meinung, daß es so viele wichtige Fragen allgemeiner Art gebe, die für alle von der größten Bedeutung seien, daß so viele neue Probleme auftauchen würden, die für die Gesamtheit fast gleich liegen, daß es eine ganz unverantwortliche Arbeits- und Zeitverschwendung wäre, wenn diese selben Fragen gleichzeitig an vielen Stellen unabhängig von einander bearbeitet würden, ohne daß der eine Teil des Einfuhrhandels wisse, was der andere täte. Durch gemeinsamen mündlichen oder schriftlichen Gedankenaustausch werde die Arbeit sehr viel müheloser und einfacher erledigt werden können. Es werde auch gar nicht ausbleiben können, daß in verschiedenen Fragen der Einfuhrhandel geradezu gezwungen sein würde, als geschlossenes Ganzes aufzutreten, z. B. in der Frage der Verladung. Da es unvermeidlich erscheine, ähnlich wie für die Valuta auch für die Tonnage eine Regelung vorzunehmen, sei ein gemeinschaftliches Vorgehen des Einfuhrhandels um so mehr erforderlich, als auch die Reedereien bereits einen Kriegsausschuß gebildet hätten. Einzelvereine oder gar Einzelfirmen würden gegenüber einer derartigen Gesamtorganisation nichts erreichen können; eine befriedigende Lösung werde nur zu erreichen sein, wenn der gesamte Einfuhrhandel sich zusammenschließe und bei den einzuleitenden Verhandlungen der Handelskammer und den Behörden zur Seite stehe und bei diesen die Interessen des Einfuhrhandels vertrete.

Hamburger Fremdenblatt 30./IV. 1916

II 11

Gründung des Verbandes des Hamburger Einfuhrhandels.

Diese Erwägungen dürften allein schon genügen, um alle bestehenden reinen Einfuhrvereine zum Eintritt in den Verband zu veranlassen. Aber abgesehen davon, würde in Zukunft wohl häufig der Fall eintreten, in dem es für die Einzelvereine, besonders die kleineren, von größtem Werte sein würde, daß eine machtvolle Gesamtorganisation hinter ihnen stehe, um sie in ihren Sonderinteressen zu stützen und zu fördern.

Aus den gemachten Ausführungen und den Drucksachen ergebe sich, daß die Gründung eines Verbandes des Hamburger Einfuhrhandels nicht nur erwünscht, sondern eine Notwendigkeit sei.

Der Redner gab dann noch einige Erläuterungen zu den entworfenen Grundzügen und wies besonders darauf hin, daß, wenn die Ziele des Verbandes erreicht werden sollten, es auch nötig sein werde, recht erhebliche Mittel aufzubringen, um in großzügiger Weise vorgehen zu können. Er erinnerte daran, welche Riesenmittel Landwirtschaft und Industrie für die Verteidigung und Förderung ihrer Zwecke schon seit Jahren aufbrächten; die Kaufmannschaft dürfe nicht zurückstehen; sie habe jahrein, jahraus stets eine offene Hand gehabt, wo es galt, Not zu lindern oder patriotisch sich zu bewähren, so daß jeder Aufruf für größere Zwecke an der Börse Hunderttausende erbracht habe. Die Kaufmannschaft habe auch opferfreudig im Kriege Millionen dahingegeben, und da würde sie sicher nicht zögern, die nötigen Mittel aufzubringen, wenn es gelte, für sich selbst eine Organisation zu schaffen, die ihren eigenen Interessen dienen solle.

Es sei daher nötig, nicht nur die in Aussicht genommenen Beiträge zu zahlen, sondern es werde erwartet, daß der Einfuhrhandel durch Eintrittsgelder und freiwillige Gaben den Grundstock zusammenbringen werde, der es ermögliche, großzugig vorzugehen. Nur dann werde es möglich sein, die allen Kaufleuten so teuere und liebgewesene Freiheit des einzelnen, auf die sie während des Krieges zugunsten der Allgemeinheit haben verzichten müssen, wiederzuerringen, wenn durch gemeinsame Arbeit dazu beigetragen werde, die Uebergangszeit möglichst abzukürzen.

Das sei die vornehmste und dringendste Aufgabe, die um so berechtigter sei, als der Krieg bewiesen habe, daß die Kriegsgesellschaften nicht imstande seien, den freien Handel zu ersetzen, weil sie unwirtschaftlicher arbeiten und nur durch den Krieg ihre Daseinsberechtigung hätten. Sie müßten daher, sobald es angehe, wieder verschwinden. Um dieses Ziel aber zu erreichen, sei es nötig, möglichst schnell an die Arbeit zu gehen, damit der Einfuhrhandel fertig gewappnet sei, wenn die Probleme tatsächlich an ihn herantreten.

Der Handel solle nicht in den Fehler unserer Feinde fallen, nur viel zu reden und zu erwägen, sondern dasselbe tun, wie an der Front, nämlich entschlossen handeln; denn wir wollen nicht nur durchhalten, nein, wir wollen siegen, wir wollen siegen gegen England trotz Amerika. Den Sieg erringe man aber nur durch die Tat, und darum rufe er der Versammlung zu: den „Verband des Hamburger Einfuhrhandels“ zu gründen zu Nutz und Frommen der Kaufmannschaft, zum Segen unserer Vaterstadt.

Nach diesen mit Beifall aufgenommenen Ausführungen eröffnete der Vorsitzende die Aussprache darüber, ob die Gründung des Verbandes gewünscht werde oder nicht. In der Aussprache, an der sich die Herren Stahlbuck, Otto Friedeberg, Bögel, Schönfeldt, Auerbach und der Vorsitzende beteiligten, wurde die Gründung des Verbandes als erwünscht und notwendig bezeichnet, von einigen Seiten aber gewünscht, die Ziele und Zwecke des Verbandes zu erweitern, was nach den Ausführungen aus dem Ausschusse als untunlich und zu weit führend abgelehnt wurde. Nachdem noch auf Anfrage vom Vorsitzenden festgestellt wurde, daß die Abstimmung noch nicht ohne weiteres zum Eintritt in den Verband verpflichte, wurde einstimmig beschlossen, den Verband ins Leben zu rufen.

Es wurde dann noch mitgeteilt, daß der Arbeitsausschuß sich umgehend mit der Ausarbeitung der Satzungen beschäftigen und dann eine Generalversammlung einberufen werde zur endgültigen Gründung des Verbandes, Festsetzung der Satzungen und Wahl des Vorstandes.

Mit einem Dank an die Handelskammer, die für die Vorarbeit bereitwilligst ihre Kräfte und Räume zur Verfügung gestellt hatte, insbesondere auch an Herrn Syndikus Dr. Leuckfeld, wurde die Versammlung geschlossen mit der Bitte, für die Zwecke des Verbandes zu werben, damit der Verband des Hamburger Einfuhrhandels wirklich eine Stütze für den Hamburger Handel und ein Segen für die Kaufmannschaft werde.

Kölnische Zeitung 1./V. 1916

122

Rumänien regelt seine Handelsbeziehungen.

* **Bukarest**, 30. April. **(Telegr.)** Trotz der Hetzereien der Russenfreunde geht die rumänische Politik daran, mit den Staaten, die für den Warenaustausch in Frage kommen, normale wirtschaftliche Beziehungen herzustellen, soweit dies der Krieg überhaupt zuläßt. Das Handelsabkommen mit Deutschland war in dieser verständigen Auffassung der Politik der Neutralität ein verheißungsvoller Anfang, dem die Verständigung mit der Nachbarmonarchie folgen wird. Mit Bulgarien finden Besprechungen statt, deren wichtigster Zweck die Sicherung klagloser gegenseitiger Durchfuhr ist. Es handelt sich hierbei hauptsächlich für Rumänien um in Salonik liegende Waren, für Bulgarien um Zufuhren aus dem Bereich der Mittelmächte, ferner um den Bezug rumänischer Erdölerzeugnisse. Die Verhandlungen gehen, wie jedes Geschäft im Orient, langsam, immerhin aber auch zu beiderseitiger Zufriedenheit. Einfacher liegen die Verhältnisse mit der Türkei, mit der ein einfacher Warenaustausch angestrebt wird. Hierfür allerdings ist vorerst die Feststellung der türkischen Ausfuhrwaren notwendig, die für die gewünschten Bodenfrüchte und für Petroleum genommen werden könnten. Zu diesem Zweck sandte das Handelsministerium einen Sachverständigen nach Konstantinopel. Von — übrigens auch von russischer Seite geleugneten — russischen Ausfuhrverboten auf alle Waren für Rumänien will man hier nichts wissen. Noch gestern trafen der Indépendence Roumaine zufolge dreizehn Eisenbahnwagen in Jassy mit Leinwand für die Kriegsverwaltung ein.

Kölnische Zeitung 3.V.1916

123

Zusammenschluß des hamburgischen Einfuhrhandels.

▽ **Hamburg**, 1. Mai. Der Krieg und die nach seinem Abschluß kommenden schwierigen Übergangsverhältnisse zur Friedenswirtschaft haben den bisher nicht organisierten Einfuhrhandel Hamburgs auf die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses hingewiesen. Recht lange haben sich seine einzelnen Glieder gegen diesen Gedanken gesträubt, denn der Hamburger Kaufmann ist hergebrachtermaßen „Eigengänger", scheut es, seine Angelegenheiten mit andern zu erörtern und war bisher vollkommen damit zufrieden, daß seine Handelskammer sich die allgemeinen Angelegenheiten des Gesamthandels angelegen sein ließ und natürlich auch die für die Gemeinschaft wichtigen Fragen einzelner Handelszweige vertrat. Jetzt hat er sich aufgerafft, seine besondern Interessen wahrzunehmen und die Gründung eines Verbandes, wie ihn der Ausfuhrhandel schon besitzt, vorzunehmen. Dieser Verband soll aber nicht, wie es beim Ausfuhrhandel der Fall ist, den gesamten deutschen Einfuhrhandel umschließen, sondern nur den hamburgischen Einfuhrhandel in sich begreifen, weil dieser der Ansicht ist, daß er ganz besonders sich gegen drohende Bestrebungen, die ihn schädigen könnten, zur Wehr zu setzen hat. Gemeint sind hiermit Bestrebungen, die auf eine Ausschaltung des hamburgischen Einfuhrhandels oder auf seine Ableitung nach andern Plätzen, wobei besonders die als Sitz deutschen Einfuhrhandels immer mehr Bedeutung gewinnende Reichshauptstadt in Betracht kommt, gerichtet sind. Die Gründung des Verbandes ist Ende dieser Woche auf Antrag eines hierzu eingesetzten Arbeitsausschusses in einer Versammlung von etwa 300 Vertretern von Vereinen und Firmen des Einfuhrhandels grundsätzlich beschlossen worden. Namen wie Crasemann, Robinow, O'Swald, Gumprecht u. a. stehen an der Spitze der Bewegung und gewährleisten die Bedeutung und tatkräftige Förderung der Sache. Außer selbstverständlichen Dingen, wie Meinungsaustausch über allgemeingültige Handelsfragen und Rechtsangelegenheiten, über Beziehungen zur Reederei, zu Banken und Versicherern, soll vor allem noch solchen Bestrebungen entgegengetreten werden, die auf eine dauernde Beschränkung des Einfuhrhandels durch Regierungsmaßnahmen, Monopole, Syndikate und Reichsrohstoffstellen hinauslaufen. Man will eine organisierte und dadurch um so nachdrücklichere Mitwirkung bei der Überleitung in die Friedenswirtschaft, deren Schwierigkeiten groß sein werden. Denn die Beseitigung der eigentlichen Kriegsgesellschaften und die Entfesselung des freien Handels wird nicht auf einmal geschehen können; der Übergangszustand wird vielmehr den Handel noch einschränken durch die Erfordernisse der deutschen Gesamtvolkswirtschaft und durch das Reichsinteresse an der Gestaltung der deutschen Geldkurse, der Volksernährung, der Rohstoffversorgung und der vorhandenen Laderäume. Schon hat die deutsche Reederei für sich selbst einen Kriegsausschuß geschaffen mit dem Ziele ihrer Ertüchtigung zur Bewältigung ihrer künftigen friedenswirtschaftlichen Aufgaben, ein Ziel, das nur unter billigem Beistand des Reiches befriedigend zu lösen ist und schon jetzt nachdrücklich in Angriff genommen werden muß, um zu gegebener Zeit den nötigen Schiffsraum bereit zu haben. Dieser Schiffsraum wird in der Übergangszeit gewissen regelnden Eingriffen unterworfen sein und damit in einen gewissen Widerstreit mit einzelnen Verladeransprüchen geraten. Der Einfuhrhandel, dem naturgemäß im ersten Abschnitt der Friedenszeit weit mehr Tätigkeit zufallen wird, als dem deutschen Ausfuhrhandel, muß deshalb zur Vermeidung allgemeiner Stockungen darauf bedacht sein, gemeinschaftlich an diese Aufgabe heranzutreten und an ihrer Lösung so mitzuwirken, daß seine eigenen Zwecke sich möglichst im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Reederei und mit den allgemeinen volkswirtschaftlichen Rücksichten des Reiches befinden. Der verfügbare Laderaum wird ja schon ganz von selbst einen allzu überhitzten Vorwärtsdrang des Einfuhrhandels verhindern, von sonstigen Hemmungen des entfesselten kaufmännischen Tätigkeitstriebes abgesehen; dennoch werden die Interessen der deutschen Geldwirtschaft so gebieterisch hervortreten, daß eine besondere Zügelung der deutschen Einfuhr in der ersten Zeit notwendig werden wird, so lange, bis auch die deutsche Industrie wieder ihre Umformung in Ausfuhrwirtschaft vollzogen und sich Absatzmärkte draußen gesichert haben wird. Voraussetzung hierzu ist aber wiederum die alsbaldige Heranschaffung von Rohstoffen, soweit solche für die Ausfuhrarbeit unerläßlich sind, so daß dem deutschen Einfuhrhandel schon allein dadurch und auch durch die Heranschaffung auswärtiger Nahrungsmittel sofort umfangreiche Aufgaben zufallen werden.

Hiermit haben wir das Arbeitsgebiet des zusammengeschlossenen Einfuhrhandels in großen Umrissen bezeichnet. Von den Nebendingen verdient aber noch das Ziel hervorgehoben zu werden, daß der Verband löblicherweise auch für eine möglichste Tilgung von Fremdwörtern aus der Geschäftssprache eintreten will, ein Bestreben, dem aller Erfolg zu wünschen ist. Im übrigen soll mit den Einfuhrvereinigungen an andern Plätzen Fühlung genommen werden, um eine Übereinstimmung in allgemeinen Fragen herbeizuführen.

Vossische Zeitung 3.IV.1916

124

Das Einfuhrscheingesetz und Oesterreich.

Von unserem fachmännischen Mitarbeiter.

Während in Deutschland noch völlige Unklarheit über die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach Schluß des Friedens herrscht und hier auch im allgemeinen von ernsteren privaten Bestrebungen, die dazu bestimmt wären, der Regierung die Richtung anzudeuten, bis jetzt kaum etwas verlautet, ist man in Oesterreich-Ungarn bereits verschiedentlich an der Arbeit, die kommenden wirtschaftlichen Verhältnisse zu besprechen und zu klären. Soweit dabei der Getreidehandel in Frage kommt, ist es für Deutschland von Interesse, sich über die dortigen Bestrebungen auf dem Laufenden zu halten. Dieselben gehen, nachdem ähnliches schon vor dem Kriege versucht worden war, dahin, das bisherige deutsche Einfuhrscheinsystem für Oesterreich-Ungarn zu übernehmen und auf diese Weise einmal die Aufrechterhaltung eines Schutzzolles für die dortige Landwirtschaft zu ermöglichen, andererseits die Ausfuhr zu fördern und, soweit nicht die dortige Erzeugung derselben nachkommt, die Einfuhr des Balkangetreides zu erleichtern. Oesterreich-Ungarn war in wachsendem Maße vor dem Kriege ein Einfuhrland für Bodenprodukte geworden, wie sich das aus folgender Aufstellung ergibt. Es betrug dort in Tausend Doppelzentner:

	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
				Weizen:				
Einfuhr	246	24	79	7345	2845	1334	101	191
Ausfuhr	305	186	4	3	8	4	15	19
Mehreinfuhr	—	—	75	7342	2837	1330	86	172
Mehrausfuhr	59	162	—	—	—	—	—	—
				Weizenmehl:				
Einfuhr	11	8	8	37	34	49	73	62
Ausfuhr	642	585	367	145	130	109	148	328
Mehreinfuhr	—	—	—	—	—	—	—	—
Mehrausfuhr	631	577	359	108	96	60	75	266
				Roggen:				
Einfuhr	3	23	193	686	303	526	339	68
Ausfuhr	30	98	1	1	1	1	2	1
Mehreinfuhr	—	—	192	685	302	525	337	67
Mehrausfuhr	27	75	—	—	—	—	—	—
				Hafer:				
Einfuhr	147	6	7	95	136	1189	151	152
Ausfuhr	8	29	13	6	8	4	19	50
Mehreinfuhr	139	—	—	89	133	1185	132	102
Mehrausfuhr	—	23	6	—	—	—	—	—
				Gerste:				
Einfuhr	95	14	10	56	131	399	72	76
Ausfuhr	3456	2815	2594	1941	1855	1061	2073	1782
Mehreinfuhr	—	—	—	—	—	—	—	—
Mehrausfuhr	3361	2801	2584	1885	1724	662	1001	1706
				Mais:				
Einfuhr	1829	1017	759	1029	634	2003	7393	6558
Ausfuhr	6	31	97	12	272	40	10	7
Mehreinfuhr	1823	986	662	1017	362	1963	7383	6551
Mehrausfuhr	—	—	—	—	—	—	—	—

In dem Zufuhrbedarf, der sich je nach dem Umfange der österreichisch-ungarischen Ernte richtet, wird sich in den ersten Jahren nach dem Kriege schwerlich viel ändern, wohl aber würde durch das Einfuhrscheinsystem, nach den Erfahrungen, die wir in Deutschland gemacht haben, die Ausfuhrtätigkeit dort stark angeregt werden. Diese Ausfuhr würde natürlich in der Hauptsache Deutschland aufsuchen, und der von vielen gehegte Wunsch, daß die Mittelmächte und der Balkan ein eng aneinandergeschlossenes wirtschaftliches Interessengebiet nach dem Kriege werden, könnte dadurch nur eine Förderung erfahren, so lange Deutschland für die nachbarliche Ausfuhr aufnahmefähig bleibt. Zieht man in Betracht, daß man in unserem Lande und vielleicht auch bei unseren Verbündeten nach dem Kriege Sorge für große inländische Bestände tragen wird, so darf man schon für eine Reihe von Jahren auf eine bedeutende Aufnahmefähigkeit rechnen. Aber die Wirkung des Einfuhrscheingesetzes, das ursprünglich dazu bestimmt war, die Ausfuhr im Tausch gegen die Einfuhr zu erleichtern, hat mit dem Steigen der Einfuhrzölle bei uns die Produktion erheblich gefördert und ist mit dem allmählichen Ueberwiegen der Ausfuhr des Roggens gegenüber der Einfuhr für diesen und zeitweise auch für Hafer zur direkten Ausfuhrprämie geworden. Andererseits stieg für Weizen in wachsendem Maße der Import gegenüber dem Export, und in geradezu enormer Weise hob sich die Einfuhr von Futtergerste infolge unseres niedrigen Einfuhrzolles.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß in Oesterreich-Ungarn, falls die dortigen Bestrebungen bezüglich des Einfuhrscheinsystems zum Ziele führen, die Wirkungen im Laufe der Jahre ähnliche, wenn auch nicht für die gleichen Artikel sein werden. Bezüglich des wachsenden Imports eines hervorragenden Futterartikels zeigt obige Tabelle, daß in Oesterreich-Ungarn schon jetzt sich ein ähnlicher Vorgang mit Mais, wie bei uns mit Futtergerste vollzieht, denn obwohl die ungarische Maisernte im Gegensatz zu der stagnierenden Produktion von Brotfrüchten im Wachsen ist, steigt doch die Maiseinfuhr des Landes in außerordentlichem Umfange. Voraussichtlich wird auch dasjenige Getreide, für das nach Deutschland sich ein guter Absatz entwickelt, in der Produktion im Nachbarlande steigen, und im Laufe der Zeit wird die deutsche Landwirtschaft in Süd- und Mitteldeutschland um so mehr eine beträchtliche Konkurrenz an Oesterreich-Ungarn und den Balkanländern finden, als voraussichtlich der Donautransport zu einer ganz anderen Bedeutung gelangen wird als früher, und als die nachbarliche Einfuhr nach Mitteldeutschland, besonders beim Weizen, sehr oft mit den Produktionsüberschüssen des sächsischen Weizens zusammentreffen dürfte. Diese Umstände hätten nicht viel Bedeutung, wenn bei uns dem Handel durch Aufrechterhaltung des bisherigen Einfuhrscheinsystems Gelegenheit gegeben würde, wie früher die Ueberschüsse des mittleren, nördlichen und östlichen Deutschlands nach den natürlichen nordeuropäischen Absatzgebieten zu veräußern. Noch fehlt aber bei uns, wie schon eingangs gesagt, jeder Anhalt dafür, wie sich nach dem Kriege die ganze Wirtschaftsrichtung gestalten wird. Ist man in Oesterreich-Ungarn schneller mit seinen Entschlüssen alsdann fertig, so werden dieselben für Deutschland auf jeden Fall von einer Bedeutung sein, die uns bis zu einer gewissen Grenze des eigenen freien Entschlusses berauben könnten und zur Nachfolge oder entsprechenden Maßnahmen zwingen. Deshalb sind die gegenwärtigen dortigen Bestrebungen scharf im Auge zu behalten. Bemerkenswert ist, daß man im Nachbarland jetzt vielseitig darauf hinzuwirken sucht, daß eine einseitige Begünstigung eines einzelnen Standes ausgeschlossen wird und Landwirtschaft, Industrie und Handel gleichmäßig bei den wirtschaftlichen Maßnahmen berücksichtigt werden. Das gleiche wird auch in unserem Lande anzustreben sein.

Berner Bund 4.IV.1916

125

Die Zollgrenze zwischen Bulgarien und Oesterreich-Ungarn

St. D. König Ferdinand sowie der Ministerpräsident Dr. Radoslawoff äußerten sich häufig, daß in Zukunft Bulgarien von der österreichisch-ungarischen Monarchie begrenzt sein werde, ohne gleichzeitig dabei zu erwähnen, wo diese Grenze gezogen sein wird. Aus der Zollgrenze, die neulich zwischen diesen Staaten festgelegt wurde, ist aber ungefähr ersichtlich, wie die geographische Grenze zwischen Österreich und Bulgarien sich in Zukunft gestalten wird. Laut „Utro" soll eine gemischte Kommission folgende Punkte als Zollstationen festgestellt haben: Osipanowitza, Pojarovatz, Lapovo, Svilainetz, Jagodina, Küpria, Kruschewatz und Stalavetsch. Die ersten drei Ortschaften sollen an Österreich-Ungarn und die letztern fünf auf bulgarisches Territorium fallen. Wenn man diese Ortschaften auf der Karte sucht und eine aproximative Linie zieht, so könnte man eine Idee bekommen, wo die zukünftige Grenze zwischen Österreich und Bulgarien zu liegen käme. Diese „provisorische" Grenze zwischen beiden Staaten ist offenbar auf Grund einer früheren Abmachung festgelegt worden.

Neue Freie Presse 5./V. 1916

126

[Die Handelsbeziehungen der Vereinigten Staaten zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn.] Die Gestaltung der politischen Verhältnisse zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten hat wieder die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen Amerikas zu den Zentralmächten gelenkt. Der in Friedenszeiten sehr bedeutende Handelsverkehr der amerikanischen Union mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist während des Krieges auf ein Mindestmaß herabgedrückt worden. Der amerikanischen Handelsstatistik zufolge ist die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn von 374 Millionen Dollar im Jahre 1913 auf 11·8 Millionen Dollar im Jahre 1915 gesunken und die Einfuhr der Union aus den beiden Zentralländern von 195 Millionen Dollar im Jahre 1913 auf 50·2 Millionen zurückgegangen. Die verhältnismäßige Bedeutung der Vereinigten Staaten für den deutschen Außenhandel ist zwar in den letzten zehn Jahren etwas zurückgegangen, weil sich die Handelsbeziehungen Deutschlands zu anderen Ländern stärker entwickelten, aber die absoluten Ziffern des deutsch-amerikanischen Handels zeigten in den letzten Friedensjahren namhafte Steigerungen. Die wichtigsten Posten der deutschen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten bilden Kali und chemische Artikel (über 100,000.000 Mark), dann Textilwaren, Häute und Felle, sowie Lederwaren, Spielzeug, Kautschukwaren, Porzellan und Glas. Von der größten Bedeutung für die amerikanische Volkswirtschaft sind namentlich die Bezüge von Kalisalpeter und Teerfarben aus Deutschland, für die ein Ersatz während des Krieges in der Union nicht gefunden werden konnte, so daß die amerikanische Landwirtschaft, namentlich im Westen, und insbesondere der kalifornische Obstbau, durch den Ausfall der deutschen Lieferungen ebenso in Mitleidenschaft gezogen wird, wie die gesamte amerikanische Textilindustrie durch die Farbstoffnot. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland in der Friedenszeit betrifft vorwiegend Rohbaumwolle (150 bis 160 Millionen Dollar im Jahre), ferner Rohkupfer (25 bis 30 Millionen Dollar), Schweineschmalz (15 bis 17 Millionen Dollar), in minder wichtigen Posten Tabak, Harz und Terpentin, Oelkuchen (aus Baumwollsamen), Pelze, Mais, Petroleum und Schmieröle usw. Auch der Handelsverkehr der österreichisch-ungarischen Monarchie mit den Vereinigten Staaten hatte in den Jahren vor dem Krieg eine ziemlich stetige Steigerung aufzuweisen, und namentlich war in Amerika eine zunehmende Nachfrage nach industriellen und kunstgewerblichen Erzeugnissen Oesterreich-Ungarns zu verzeichnen, die allerdings ihre wichtigste Ursache in der wachsenden Auswanderung aus der Monarchie nach Amerika fand. Die wichtigsten Positionen unserer Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten bildeten vor dem Kriege Glas und Glaswaren (1·25 Millionen Dollar), wobei Glasperlen eine besondere Rolle spielen, dann Hopfen (über 1 Million Dollar), Magnesit, Bijouterien, Porzellan, Bier und Leinenwaren, von welchen Posten jeder ungefähr 1 Million Dollar erreichte), dann Bohnen, Seiden- und Baumwollwaren, Papier, Lederwaren, und zwar insbesondere Handschuhe, Wollwaren, Zellulose, Rauchrequisiten, Eisen- und Stahlwaren, Gold- und Silberarbeiten, Metalle und Bronzen, auf welche Positionen Einfuhrziffern von je 300.000 bis 700.000 Dollar im Jahre entfielen. In der amerikanischen Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn spielten stets Baumwolle und Kupfer (je 5 bis 6 Millionen Dollar im Jahre) die größte Rolle. Es verdient jedoch bemerkt zu werden, daß der tatsächliche Warenaustausch zwischen der Monarchie und den Vereinigten Staaten erheblich größer ist, als die angeführten Ziffern erkennen lassen, da sich ein beträchtlicher Teil desselben indirekt über deutsche Häfen vollzieht und statistisch dem deutsch-amerikanischen Handel zugute kommt.

Hamburger Fremdenblatt 10./V. 1916

10

127

Die neuen Ein- und Ausfuhrbestimmungen in Belgien.

Die belgischen Ein- und Ausfuhrbestimmungen haben neuerdings eine für Deutschland günstige, sehr einfache Regelung erfahren, nachdem bisher die Gesetzgebung auf diesem Gebiete vielfach gewechselt hatte. Da der Geschäftsverkehr zwischen Deutschland und Belgien auch jetzt im Kriege noch sehr lebhaft ist, ist die Kenntnis des Rechtszustandes über Ein- und Ausfuhr für den Handel von größter Wichtigkeit.

Hinsichtlich der Einfuhr gilt nunmehr für Deutschland als Regel ohne Ausnahme, daß aus Deutschland nach Belgien alles eingeführt werden darf; alle früheren Einfuhrverbote, auch soweit sie gegen Deutschland Geltung hatten, sind aufgehoben. Anders geregelt ist dagegen heute die Einfuhr nach Belgien aus anderen Ländern, z. B. Holland; es gibt da Waren, deren Einfuhr überhaupt verboten ist, im übrigen bedarf die Einfuhr hier stets einer Genehmigung, für die fast das gleiche gilt, was nachfolgend von der Ausfuhr gesagt werden muß.

Die Ausfuhr von Gütern nach Deutschland ist grundsätzlich genau geregelt wie die Ausfuhr nach anderen Ländern, es bedarf hier einer Genehmigung des Verwaltungschefs beim Generalgouverneur von Belgien. An dessen Abteilung für Handel und Gewerbe in Brüssel, Kunstherlevingslaan 30, Avenue de la Renaissance 30, und zwar an die „Außenhandelsstelle" dieser Abteilung, sind die Anträge auf Erteilung der Genehmigung zu richten. Für die Anträge, die in dreifacher Ausfertigung einzureichen sind, sind bestimmt vorgedruckte Formblätter zu verwenden. Eine Rechnung ist vorzulegen, wenn gleichzeitig für verschiedene Waren Ausfuhrgenehmigung beantragt wird. In dem Antrage selbst ist nach dem Formular insbesondere Art und Menge der auszuführenden Güter, für wessen Rechnung die Ausfuhr erfolgt, wer der Empfänger ist, zu welchem Zweck und Verwendung die Ausfuhr geschieht, wie hoch der Verkaufspreis ist und in welcher Höhe er bezahlt wird, anzugeben. Die Richtigkeit der Angaben muß durch Unterschrift bestätigt werden. Endlich sind ausgefüllte Versandpapiere bei Versendung mit Bahn oder Schiff mit vorzulegen. Ohne Genehmigung ist die Ausfuhr von Mustern ohne Wert, soweit sie nicht eingeschrieben sind, von Militär- und Privatgut für die Militärverwaltung, sowie des persönlichen Reisegepäcks gestattet. Die Güter müssen innerhalb der zugestandenen, sonst einer dreiwöchigen Frist der Eisenbahnbehörde zur Beförderung übergeben oder im Schiff verladen sein. Die Ausfuhr von Metallgeld ist gleichfalls verboten (die diesbezügliche Verordnung vom 17. Dezember 1915, Nr. 156 des „Gesetz- und Verordnungsblattes", ist nicht aufgehoben worden), hier kann der Generalkommissar Ausnahmen gestatten; Reisende dürfen ohne weiteres bis zu zwei Mark Metallgeld mitführen. Für den Reiseverkehr ist gleichfalls die Bestimmung von Wichtigkeit, daß bei der Ausreise Geschäftspapiere nur mit schriftlicher Erlaubnis des Generalkommissars für die Banken, der Zweigstellen der Bankabteilung in Antwerpen und Lüttich sowie der Abteilung für Handel und Gewerbe bei dem Verwaltungschef mitgeführt werden dürfen, sonst muß der Reisende sich durch die Post diese Papiere schicken lassen; andere Schriftstücke können nur mit Erlaubnis der Politischen Abteilung, der Bankabteilung oder des Verwaltungschefs mitgenommen werden, nur die Ausweispapiere kann der Reisende ohne Erlaubnis bei sich tragen. Wichtig ist auch, zu wissen, daß bei frischen Schnittblumen, Seidenwaren, Spitzen, Kleidern, Putzwaren, Frauenhüten, sofern sie über die Grenzen des Deutschen Reiches ein- oder durchgeführt werden sollen, der Verfügungsberechtigte der Eingangsgrenzzollstelle erklären muß, daß die Waren keine feindlichen Erzeugnisse sind, und durch seine Unterschrift die Haftung für die Richtigkeit der Erklärung nach Maßgabe des Vereinszollgesetzes übernehmen muß.

Grundsätzlich gibt es in Belgien keine Durchfuhr; sie ist getrennt als Ein- und Ausfuhr zu behandeln. Werden jedoch Güter auf Grund einer durchgehenden Frachturkunde aus Deutschland oder aus dem Etappengebiet nach Deutschland befördert, so ist keine Genehmigung nötig.

Die Durchführung der Ein- und Ausfuhrbestimmungen ist durch hohe Strafandrohungen gesichert, so wird schon die grobfahrlässige falsche Angabe im Antrage auf Ausfuhrgenehmigung bestraft. Der Versuch ist strafbar, die Waren unterliegen der Einziehung.

Arbeiterzeitung 10./V. 1916

I

128

Die Neuausrichtung unserer Handelspolitik.

In einer Reihe von Aufsätzen*) hat die Arbeiter-Zeitung den Nachweis versucht, wie unerläßlich eine völlige Erneuerung unserer staatlichen Wirtschaftspolitik geworden ist. Wir sind schon vor dem Kriege in unserer Entwicklung eingetreten in die industriestaatliche Wirtschaftsepoche, die ihre besondere Gesetzgebung und Verwaltung im Innern und ihre besondere Handelspolitik nach außen erfordert; der Krieg hat diese Entwicklung beschleunigt und entschieden und was die Monarchie militärisch vermocht hat, dankt sie in allen sachlichen Belangen dem jungen Industriestaat. Aber unser wirtschaftliches Denken ist noch immer beherrscht von den altständischen und zünftlerischen Vorstellungen, die in den Jahren 1873 bis 1890 heraufgekommen sind. Absonderlich und lächerlich schiene, wer sein Aeußeres heute in die Gewandung eines abgelaufenen Jahrhunderts hüllen wollte — noch absonderlicher sind wir, da wir unter hochmoderner Gewandung den engen Geist des letzten Viertels des neunzehnten Jahrhunderts verbergen und wie ein Heiligtum hüten. Eine geistige Schule, die heraußen im Leben längst abgestorben ist, nistet noch in den Gehirnen und brütet noch über unseren Aemtern. Von dem leider zu kurzen Einschlag der Körberschen Regierung abgesehen, ist nirgends ein Ansatz einer neuen Orientierung der Aemter zu merken; unsere Industriellen aber, die ihre Lobpreiser die „Kapitäne der Volkswirtschaft" nennen, entbehren erst recht jeglicher weitausblickenden Auffassung über die Aufgaben des Staates im allgemeinen und dieses ihres Staates im besonderen. Sie haben höchstens je ihre Position im Zolltarif im Kopfe und huldigen übrigens dem Grundsatz, daß Politik sie nichts angehe. Ist eine solche Kinderei in irgend einem anderen Lande denkbar? Da heute der Staat in erster Linie Wirtschaftsstaat ist, behaupten die besagten „Kapitäne", seine Politik gehe sie nichts an! Nachdem sie an den Balkanwirren erfahren haben, wie sehr Politik den Wirtschaftsbetrieb beeinflussen könne, begreifen sie noch immer nicht, daß man sie nicht einigen tausend ungarischen Grundherren und den ungezählten, in acht Sprachen lärmenden Haufen österreichischer Kleinbürger überlassen darf! Vergebens bemühen sich die verständigen Handelskammersekretäre, ihren hochmögenden Patronen beizubringen, wovon die industrielle Entwicklung des Landes abhängt, und bisher ist noch immer nicht sichtbar, daß sich irgend eine wirtschaftspolitische Richtung in unserer industriellen Bourgeoisie durchsetzt. Bürokratie und Bourgeoisie sind in einem Maße ratlos und zerfahren, daß jeder denkende Volkswirt nur mit der größten Sorge sich erinnert, daß mit Kriegsschluß der Ausgleich mit Ungarn, der neue Zolltarif und die neuen Handelsverträge fällig werden.

*) Siehe die Nummern 108, 111, 112, 117, 119, 123 und 126 dieses Jahrganges.

Diese Fälligkeit aber ist mit keinem der vorangegangenen Termine, ist nicht mit 1878, 1887, 1897 und 1907 vergleichbar: Diesesmal wird über unsere Stellung in der Weltwirtschaft entschieden, und das wahrscheinlich endgiltig! Es kann sein, daß wir militärisch siegreich bleiben und hinterher mit uns selbst und der Welt nichts anzufangen wissen! Es kann sein, daß wir auch diese Gelegenheit, die wahrscheinlich die letzte sein wird, wieder versäumen!

Die Sorge ist wahrhaftig nicht unbegründet. Obschon beinahe alles von unserer künftigen Handelspolitik abhängt, finden noch immer die handelspolitischen Fragen nicht das Ohr der Oeffentlichkeit; sie beharrt in leichtsinniger Gleichgiltigkeit und will sich nicht dazu bequemen, nachzudenken, in welcher Lage wir nach Kriegsschluß sein werden. Die Handelspolitiker von Beruf aber sind in ihrer Ueberzahl befangen in Gedankenkreisen, die aus einem ganz anderen Jahrzehnt stammen und in unsere Zeit passen wie die Faust aufs Auge.

Als in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts europäische Auswanderer die unermeßlichen Ackerböden der Vereinigten Staaten urbar machten und Europa mit Weizen zu überfluten drohten, da entstand die Agrarschutzbewegung und führte zu steigenden Getreidezöllen; sie brach im Jahre 1878 siegreich durch. Das sind nun bald vierzig Jahre her und inzwischen hat sich die Weltwirtschaft längst von Grund aus geändert. Jene Vereinigten Staaten sind längst Industriestaat geworden, nach dem Kriege aber werden sie als Industriestaat alle anderen schlagen. Der Krieg hat ihnen zu den billigen Rohstoffen und billigen Lebensmitteln das in überreicher Fülle in den Schoß geworfen, was ihnen noch gefehlt hat, das eigene Kapital. Nun tritt die genaue Umkehrung des Zustandes von 1878 ein: Nordamerika wird seine Lebensmittel selbst verzehren und Europa mit industrieller Einfuhr überschwemmen. — Inzwischen hat sich auch die Marktlage Europas verändert, die Boden- und Fruchtpreise sind auch ohne Berücksichtigung des Zolles so hoch gestiegen, daß die Grundrente ganz gewaltig anwuchs und die Befürchtungen Rudolf Meyers vor den „politischen und sozialen Folgen" des Sinkens der Grundrente ganz chimärisch wurden. Getreide und Vieh sind, zumal durch den Krieg, auf der ganzen Welt zu Kostbarkeiten geworden und werden es von Jahr zu Jahr mehr — die handelspolitische Lage von 1878 hat sich in ihr Gegenteil verkehrt!

Trotzdem schleppen unsere Wirtschaftspolitiker das Dogma vom Agrarschutz fort, als ob diese vierzig Jahre größter Umwälzungen der Weltwirtschaft nicht gewesen wären. Wir reden hier nicht von solchen Krautjunkern, denen ihre müßige Rente Hauptsache, Staats- und Volksinteresse Hekuba ist, auch nicht von jenen mittleren Landwirten, die das Junkerevangelium nachbeten, sondern von den Gelehrten und Beamteten der Volkswirtschaft, denen das Dogma die Einsicht in die gebietende Not der Stunde verschließt. Wer bei seinen Wirtschaftsbetrachtungen heute ausgeht von dem Gedanken des Ausgleichs der Erzeugungskosten durch Zölle, übersieht die Hauptsache.

Arbeiterzeitung 10.IV.1916

II

129

Die Neuorientierung unserer Handelspolitik.

Nicht von Seite der Erzeugung, sondern von Seite des Absatzes ist unsere Industrie in Frage gestellt. Da die Preise aller Vorprodukte und alle Frachtraten eine völlige Umwälzung erfahren, vermag heute niemand eine zulängliche vergleichende Kostenberechnung von Land zu Land aufzustellen, und so schweben ohnehin alle Zollsätze in der Luft, außerdem aber ist die Spannung zwischen Rohstoff- und Fabrikatpreis im allgemeinen so hoch, daß der Zollschutz einen beträchtlichen Teil seines Wertes für den Erzeuger einbüßt. Die Zollsätze tun es nicht. Es entscheidet vielmehr die Frage, ob die Industrie ihren In- und Auslandsmarkt überhaupt wiederfindet.

Was nun unsere Auslandsmärkte betrifft, so ist das trotz aller entgegengesetzten Versicherungen höchst ungewiß. Der Krieg dauert so lange, daß alle alten Verbindungen über See nicht bloß gestört, sondern zerrissen und die Handelswege vielfach umgelegt sind. Die Kundschaft mußte sich inzwischen anderwärts eindecken und hat neue Handelsverbindungen angeknüpft. Unsere Außenmärkte sind also nicht etwa bloß wieder und diesmal besser zu pflegen, wir haben von vorn zu beginnen und dabei die ärgsten Widerstände zu überwinden. Nur wenige unserer Erzeugnisse haben solchen Seltenheitswert, daß sie sich von selbst durchsetzen wie ein Teil unserer Glaswaren oder der chemischen Produkte Deutschlands.

Es ist uns also ein Außenmarkt erst wieder zu schaffen — wie aber sollen wir das außer durch gute Handelsverträge? Wie können wir solche erlangen, wenn wir nichts dafür bieten können? Was aber sollen wir bieten, wenn wir für Getreide den Minimalzoll und für Vieh und Fleisch unsere Veterinärpraktiken aufrecht erhalten? Bei dem gewaltigen Lebensmittelbedarf der Welt nach dem Kriege wird niemand, der Agrarerzeugnisse ausführt, mit ihrer Unterbringung in Verlegenheit sein und alle Ausfuhrländer werden jenen einfach links liegen lassen, der ihnen Schwierigkeiten macht. Mit Minimalzoll und Vieheinfuhrverboten wird sich kein Auslandsmarkt schaffen lassen — das ist vorweg gewiß!

Und der Inlandsmarkt? Wir haben schon aufgezeigt, daß es für die Massenware der Industrie nach dem Kriege zunächst einen Inlandsmarkt so gut wie nicht gibt. Bei den jetzigen Schuhpreisen verwandelt sich unser mitteleuropäisches Kulturvolk allmählich in Maxim Gorkis „barfüßige Leute". Nach dem Kriege wird man sich zunächst sattessen, sodann wird man sich allmählich, von den oberen Klassen abwärts, neu bekleiden und beschuhen, wobei es eine geraume Weile dauern wird, bis die Massen selbst darankommen. So in allen Industrialien: Die Industrie wird also zunächst anheben wie das Luxushandwerk ... Darum behaupten wir, daß die allerwichtigste handelspolitische Aufgabe dieser Zeit und vieler Jahre nach dem Kriege sein muß die Wiederherstellung des inneren Marktes. Wie aber soll sie geschehen, wenn wir den Massen selbst die einfach animalische Sättigung noch erschweren wollten? Wie soll sie geschehen, wenn wir Getreidezölle, Vieh- und Fleischeinfuhrverbote, die der Krieg sofort weggeblasen hat, wieder aufrichten und das ganze Volksernährungssystem abermals umstürzen wollten?

Wie aber soll die Industrie, wie sollen Industrieherren und Industrievolk die Unsumme direkter und indirekter Abgaben nach dem Kriege leisten, wenn sie weder außen noch innen einen genügenden, willigen, aufnahmsfähigen Markt sehen?

Wir glauben, daß der Krieg, der viele andere Dinge und Ideen begraben hat, auch der handelspolitischen Gedankenwelt und Wirtschaftspraxis der Generation von 1878 ein Ende gesetzt hat. Vierzig Jahre sind eine lange, lange Zeit. Und wenn Ibsen einmal sagt, eine ordentliche Wahrheit habe nicht länger als zehn Jahre zu leben, dann werde sie zur Unwahrheit, so ist die ganze Weisheit von 1878 längst zur Torheit geworden. Wir brauchen Männer einer anderen handelspolitischen Schule — mit den alten Mitteln können wir kaum unsere Produktion wiederherstellen, geschweige denn unsere Valuta aufrichten und unsere Staatsbürger befriedigen. Wir für unser Teil wissen, woran wir sind — aber unsere Industriellen täten gut, sich neu zu beraten. Das Jahr 1917 ist für Ausgleich und Handelspolitik, für unsere ganze kommende Wirtschaftspolitik ein Kometenjahr — sind sie genug vorbereitet, die Pflichten zu erfüllen, die sie kraft ihrer überlieferten Stellung gegen sich selbst, gegen ihre Arbeiter und gegen den Staat haben?

Reichspost

11./V. 1916

130

Mitteilung im deutschen Reichstag über die Wirtschafts-verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn.

Aufstellung eines Arbeitsprogrammes als Grundlage für die weiteren Beratungen.

Berlin, 10. Mai.

Im Steuerausschuß des deutschen Reichstages teilte heute Unterstaatssekretär Richter mit, daß die Verhandlungen in Wien zur Aufstellung eines Programmes führten, das als Unterlage für die weiteren Verhandlungen bezüglich der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn diene.

Vossische Zeitung
13./V. 1916

132

Einfuhrverbot für Austern, Hummern und — Korsette.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers macht im „Reichsanzeiger" bekannt: Auf Grund der Verordnung über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände vom 25. Februar 1916 verbiete ich bis auf weiteres die Einfuhr über die Grenzen des Deutschen Reichs für Austern, Hummern und Mieder (Korsette, Leibchen usw.) aus Geweben von Baumwolle, auch gemischt mit anderen pflanzlichen Spinnstoffen.

An diesem Verbot interessiert besonders der letzte Teil, und es wird für unsere Damenwelt vielleicht lehrreich sein, daß man amtlich das Korsett zu den entbehrlichen Gegenständen zählt. Die Aushungerung der Feinschmecker macht ja mit der Fernhaltung der neutralen Krustentiere weitere Fortschritte. Aber sie wird mit Fassung getragen werden. Um so eher, als eine neue und geräumige Delikatesse auf dem Markt zu erscheinen beginnt: das Walfischfleisch. Solingen hat zunächst einen Versuch mit der Einfuhr gemacht. Der Geschmack soll dem von Rauchfleisch und Räucherlachs gleichzeitig ähnlich sein; das Pfund kostet 3 Mark.

Reichspost 15./V. 1916

133

Ein Handelsabkommen mit Rumänien.

Zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien wurde kürzlich ein dem deutsch-rumänischen analoges Abkommen über die Regelung des gegenseitigen Warenaustausches abgeschlossen, welches bezweckt, den Handelsverkehr zwischen der Monarchie und dem benachbarten Königreich zu fördern und zu erleichtern sowie auch den gegenseitigen Transit zu ermöglichen. Die über die Durchführung des Abkommens noch im Zuge befindlichen Verhandlungen dürften bald beendigt werden.

Pester Lloyd

16/V. 1916

Eine Gegen-Zollunion der Entente.

Von **Ministerialrat Aladár v. Náray.**

Budapest, 15. Mai.

Der Gedanke der wirtschaftlichen Annäherung zwischen den mitteleuropäischen Mächten und deren Orientverbündeten hat in den Ententeländern lebhafte Beachtung gefunden. Namentlich sind es französische volkswirtschaftliche Schriftsteller und Handelskammern, die die abenteuerlichsten Retorsionspläne vorschlagen und dem Schatten der mitteleuropäischen Zollunion eine mittelalterlich gerüstete und gewaffnete Zollunion der Ententeländer gegenüberstellen wollen.

Der bekannte Schriftsteller Edmonde Théry, der eine solche Gegen-Zollunion schon im Vorjahre befürwortete, hat sein Projekt neuerdings angeregt und seine vorjährigen Argumente durch Heranziehung einiger neuer Ziffernkolonnen zu verstärken gesucht. Es sind dies aber wieder nur Varianten jenes Spieles, das in der Ententepresse zu Kriegsbeginn so beliebt war und die ganze moderne Kriegswissenschaft durch einige primitive Additions- und Substraktions-Schulbeispiele zu ersetzen vermeinte. Théry beginnt auch diesmal seine Beweisführung mit der sattsam bekannten Gegenüberstellung der Hauptziffern der Bevölkerungsstatistik.

Nach dem Kriegsausbruche konnten wir in allen Zeitungen der Ententeländer lesen, daß die Einwohnerzahl der Zentralmächte viel geringer sei als jene der Ententeländer, der Sieg der letzteren somit mathematisch erwiesen werden könne. Daß sich dieses rechnerische Spiel auf den Schlachtfeldern so schlecht bewährt hat, macht aber Théry nicht irre, und er meint, daß die „rage des nombres" zumindest in volkswirtschaftlichen Fragen denn doch berechtigt sein dürfte. Und er beginnt das holde Spiel von vorne. Er verweist darauf, daß im Jahre 1913 die Ententestaaten 786,385.000, die Zentralmächte 146,412.000, die neutralen Länder 693,130.000, die ganze Erde sonach 1.625,927.000 Einwohner zählen und daß somit die höhere Produktions- und Konsumfähigkeit der Ententeländer haarscharf erwiesen sei.

Die Argumentation hinkt hier noch stärker als auf den Schlachtfeldern. Die 40 Millionen Einwohner Frankreichs repräsentieren wirtschaftlich eine viel größere Produktions- und Konsumkraft als das viermal so große Rußland. Das „kleine" Japan mit seinen 50 Millionen Seelen ist dem chinesischen Fünfhundertmillionenreiche in jeder Hinsicht weit überlegen.

Théry weiß dies genau so gut wie wir und sucht daher nach weiteren Ziffernreserven. Er stellt aus der Eisenbahnstatistik fest, daß die Ententestaaten 382.000, die Zentralmächte 120.000, die neutralen Länder 583.000 Kilometer Eisenbahnen in Betrieb haben, daß somit die Ententeländer den Zentralmächten auch in dieser Hinsicht überlegen seien.

Die „rage des nombres" beweist auch hier nichts. Die verkehrspolitische Lage der Zentralmächte wird nicht durch die Kilometerzahl, sondern durch zweckmäßige Veranlagung und ergiebige Ausnützung der Bahnlinien und der Wasserstraßen bedingt. Der Ausbau des Donauwegsystems, der Balkan- und der Anatolischen Bahnen wird der von der Nord- und Ostsee bis zum Persischen Golf reichenden wirtschaftlichen Front der Zentralmächte Vorteile sichern, die durch die größere Dichtigkeit des französischen und englischen Bahnnetzes und die riesigen Ausmaße des amerikanischen Bahnnetzes durchaus nicht abgeschwächt werden.

Schließlich verweist Théry darauf, daß im August 1914 die Handelsflotte der Ententeländer 16,164.000, jene der Zentralmächte 3,717.000, jene der neutralen Länder 6,537.000, jene der ganzen Welt sonach 26,418.000 Tonnen zählte. Dieses Verhältnis, das sich seither verschoben hat, ist ebenfalls nicht maßgebend. Wenn England die Beförderung von Gütern der Zentralmächte verweigern sollte, wird es damit in erster Reihe sich selber schaden. Deutschland und Oesterreich-Ungarn werden ihren Bedarf an Schiffsraum, soweit die eigene Handelsmarine nicht genügen sollte, in den neutralen Häfen umso eher decken, als ihr Bedarf in diesem Belange infolge der kontinentalen Lage des neuen Wirtschaftsblockes (der Zentralmächte und des nahen Orients) manche Einschränkung erfahren dürfte.

Schließlich läßt Théry die mächtigen Ziffern des Welthandels aufmarschieren:

	Im Jahre 1913 betrug die Einfuhr	die Ausfuhr	der Gesamthandel
	in Millionen Franken		
der Ententeländer	54.439	47.157	101.596
der Zentralmächte	18.295	16.176	34.471
der neutralen Länder	34.381	35.909	72.290
aller Kulturstaaten	107.115	99.242	208.357

Die Ueberlegenheit der Ententeländer erscheint für Théry als eine offenkundige und überwältigende.

Wir könnten diesen Ziffern gegenüber darauf hinweisen, daß der Außenhandel Deutschlands in den letzten 10 Jahren, namentlich von 1903 bis 1913 von 6413 auf 12.623 Millionen gestiegen ist, sich somit verdoppelt hat und demjenigen Englands mit Riesenschritten an den Leib gerückt ist, in manchen Relationen, so z. B. im Handel mit Frankreich, im Welthandel mit Eisen- und Stahlfabrikaten oder Chemikalien sogar fast überholt hat.

Théry fühlt es übrigens selbst, daß sein Spiel mit den Ziffern bloße Gaukelei ist, daß auf wirtschaftlichem Gebiete die höher entwickelte Technik und die kühnere Initiative das numerische Mißverhältnis ebenso wettmachen, wie auf den Schlachtfeldern. Und trotz seiner triumphierenden Zahlen gelangt er zu dem Schlusse, daß die Ententeländer im wirtschaftlichen Kampfe ebenfalls eine Defensivtaktik befolgen müssen. Er formuliert folgende Vorschläge:

1. Die inneren Märkte der Ententeländer müssen gegen die Invasion der deutschen Fabrikate geschützt werden.

2. Zu diesem Zwecke sollen die Ententeländer bei Wahrung ihres selbständigen Verfügungsrechtes dieser Invasion gegenüber einheitliche Methoden befolgen.

3. Von den neutralen Ländern sollen für die Ententeländer höhere Zollbegünstigungen als für die Zentralmächte erwirkt werden.

Théry meint, daß die Entente mit der Verwirklichung dieses Programms dem Handel der Zentralmächte tödliche Schläge versetzen könnte.

Bemerkt sei immerhin, daß Théry diesmal den Diapason seiner wirtschaftlichen Kriegsfanfare niedriger gestimmt hat. Im Vorjahre meinte er noch, daß die Entente infolge ihres viel größeren Warenkonsums auf die neutralen Länder eine erhöhte Anziehungskraft auszuüben, die neutralen Länder geradezu in einen gegen die Zentralmächte zu eröffnenden Wirtschaftskrieg zu drängen vermag.

Da sich dieses wohlbekannte Erpressersystem der Entente bisher weder in Griechenland, noch in den nordischen Staaten und nicht einmal in Nordamerika bewährt hat, hütet sich jetzt Théry, heute diese Erpressertaktik für die Zeit nach dem Friedensschlusse zu empfehlen.

Der merklich gedämpfte Ton, den Théry diesmal anschlägt, mag uns für die Zukunft beruhigen. Der Wirtschaftskrieg, der uns in den Ententeländern in so unartikulierten Tönen angedroht wurde, wird in der Wirklichkeit ein recht sanfter sein und gar bald abflauen.

Die Zeit
17. IV. 1916

135

— **(Der bosnische Außenhandel im letzten Friedensjahr.)** Die von der Landesregierung für Bosnien und die Herzegowina herausgegebene Publikation über die Ergebnisse des bosnisch-herzegowinischen Außenhandels im Jahre 1913 liegt nunmehr im sechzehnten Jahrgang vor. Sie umfaßt den gesamten Handel Bosniens und der Herzegowina mit der Monarchie und mit dem Zollausland und gewährt hiedurch einen Einblick in die fortschreitende Entwicklung dieser Länder. Die Einfuhr, die im Jahre 1913 auf 4,683.637 Meterzentner und 39.970 Stück Vieh im Werte von 200,696.196 Kronen gegen 4,031.354 Meterzentner und 35.876 Stück Vieh im Werte von 174,713.655 Kronen im Jahre 1912 stieg, repräsentiert die höchste bisher überhaupt erreichte Ziffer. Die Ausfuhr mit 11,091.595 Meterzentner und 207.206 Stück Vieh im Werte von 138,088.948 Kronen im Jahre 1913 gegen 10,968.149 Meterzentner und 179.083 Stück Vieh im Werte von 130,179.153 Kronen im Jahre 1912 weist eine mäßige Steigerung auf. Die bosnisch-herzegowinische Handelsbilanz, die seit dem Jahre 1907 in steigendem Maße passiv ist, schließt daher auch im Berichtsjahre mit einem Passivsaldo ab, der gegen rund 44·5 Millionen Kronen im Jahre 1912 nunmehr 62,607.248 Kronen beträgt. Die Passivität der Handelsbilanz ist in erster Reihe auf das Steigen der Einfuhr zurückzuführen. Dies ist ein Merkmal des kulturellen Fortschrittes, der sich in zwei Richtungen geltend macht: einerseits in dem wachsenden Bedarf an Gebrauchsartikeln zur Befriedigung feinerer Lebensbedürfnisse, andererseits in erhöhten Investitionen, die das Nationalvermögen bereichern und produktiv wirken. Aber auch die Ausfuhr zeigt eine aufstrebende Tendenz. Ueberdies ist die Höhe des Passivsaldos beeinflußt durch die stetige Teuerung, von der unter normalen Verhältnissen die Fabrikate stärker getroffen werden als die Rohstoffe. Da der bosnische Außenhandel im wesentlichen einen Austausch der letzteren gegen erstere darstellt, fällt dies schwer ins Gewicht. Die weitere Ursache, warum das Passivum der Handelsbilanz im Berichtsjahre eine derartige Höhe erreichte, liegt in der starken Vermehrung der Truppenbestände in Bosnien und der Herzegowina im Jahre 1913 und dem damit zusammenhängenden verstärkten Bedarf an Nahrungsmitteln und wohl auch in dem ungünstigen Ergebnis der Ernte dieses Jahres.

Vossische Zeitung 17.IV.1916 136 17

Englische Kampfzölle.

Von

Fritz Zutrauen.

Unter den zahlreichen wirtschaftlichen Maßnahmen, mit denen unsere Feinde nach dem Kriege den deutschen Handel zu bekämpfen beabsichtigen und zu besiegen hoffen, steht die Frage der Einführung differenzierter Zölle obenan. Man scheint ein arg kompliziertes Zollsystem ausgeklügelt zu haben, das zwischen Freund und Feind streng unterscheidet und welches, insoweit England in Betracht kommt, in bezug auf diejenigen, denen gegenüber es zur Anwendung kommen soll, nicht weniger als fünf Abstufungen voraussieht:

1. Großbritannien.
2. Das britische Reich.
3. Die Verbündeten.
4. Die Neutralen.
5. Die Zentralmächte.

Daß es unmöglich ist, im Rahmen eines Tarifs die einander widerstrebenden Interessen aller Beteiligten zu vereinigen, ergibt sich bei einiger Ueberlegung von selbst. Wird Großbritannien ein gleicher Zollschutz zugestanden, so folgt hieraus eine Schmälerung der Dominions und eine Lockerung des Verhältnisses zwischen ihnen und dem Mutterlande. Will man beispielsweise der englischen Landwirtschaft zu Hilfe kommen, um sie in den Stand zu setzen, ihre eigenen Erzeugnisse zu steigern, so ergäbe sich hieraus die Notwendigkeit der Verzollung aller Ueberseeprodukte, und damit eine schwere Schädigung der Kolonien zugunsten der britischen Produzenten. Wird übrigens eine gegenseitige Tarifvereinbarung getroffen, so müssen auch Kanada für Bradford- und Birmingham-Waren besondere Vorzugssätze eingeräumt werden. Man weiß ja, wie Kanada in bezug auf Importe von den Vereinigten Staaten mehr und mehr in Abhängigkeit gerät. Berücksichtigt man andererseits, daß die Zölle auf amerikanische Artikel im Durchschnitt niedriger sind als auf englische, so scheint es doch mehr als fraglich, ob es möglich sein wird, West-Kanada, dessen Freihandelsbestrebungen nicht unterschätzt werden sollten, für Tarifvereinbarungen zu interessieren, die im Grunde nur mehr oder minder beträchtliche Preissteigerungen der von Kanada aus den Vereinigten Staaten bezogenen Waren, namentlich der landwirtschaftlichen Maschinen, zur Folge haben können. Der Wert der Vorrechte, die Großbritannien als Mutterland seinen Dominions einzuräumen in der Lage ist, ist recht ungleich. Eine Kolonie wie Kanada, als die bedeutendste und reichste der Dominions, muß am meisten gewinnen, im Gegensatz zu anderen Ländern des Reiches, etwa Südafrika, denen gegenüber jener Wert als Gegenleistung für von dort nach England eingeführte Waren vergleichsweise unbedeutend sein wird.

Die erste Wirkung eines Generaltarifs bestände darin, alle aus den Ländern der Verbündeten herrührenden Einfuhren, die bisher zollfrei hereinkamen, mit Zöllen zu belegen. Die Folge davon wäre also, daß die unter den Wirkungen des Krieges ohnehin schwer genug leidenden französischen und belgischen Landwirte und Industriellen — um zunächst diese beiden Länder in den Kreis der Betrachtung zu ziehen — in England neu aufgerichtete Zollbarrièren vorfinden würden. Ein Beispiel: die französischen Weine. Sie müßten sogar vergleichsweise hoch besteuert werden, um die Erzeugnisse Australiens und Südafrikas wirksam zu schützen. Seidenwaren, Konfektion, Geflügel, Früchte, Blumen usw. usw. müßten gleichfalls verzollt werden. Und es wäre für die französischen Produzenten und Händler gewiß ein nur magerer Trost, daß andere fremde Länder, die nicht zu den Verbündeten Englands gehören, noch höhere Zölle zu zahlen haben. Die großen russischen Getreidelieferungen an England müßten hohen Zöllen unterliegen, will man die britischen Landwirte schützen und die Dominions bevorzugen. Und solches geschähe in dem Augenblick, wo Rußland, als treuer Mitglied der Entente, freundlichst aufgefordert würde, auf seinen Handel mit Deutschland, seinem bedeutendsten und besten Kunden, der vor dem Kriege ein Drittel der russischen Gesamtausfuhr aufnahm, zukünftig zu verzichten. Ist es nicht aller Vernunft hohnsprechend und daher im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß Rußland sich auf derartige Abmachungen einlassen wird? Kann Rußland es überhaupt, selbst wenn es wollte? Der in Petersburg abgehaltene nationale landwirtschaftliche Kongreß hat übrigens deutlich gezeigt, daß die russischen Landwirte nicht daran denken, ihren sehr realen Handel mit Deutschland zugunsten eines politischen Phantoms aufzugeben.

Was nun die Möglichkeit der Einführung eines neuen komplizierten Tarifs anbetrifft, der unmittelbar nach Friedensschluß in Kraft träte, so wäre dessen Wirkung auf Englands Handel und Industrie, die unter den Folgen des Krieges wohl ausnahmslos schwer in Mitleidenschaft gezogen sind, geradezu verhängnisvoll. Denn so viel ist sicher, daß nach Beendigung der Feindseligkeiten auf allen Gebieten kommerzieller Betätigung zunächst die größte Unsicherheit in der ganzen Welt herrschen wird. Die Einführung einer so tief einschneidenden Reform in den zarten Mechanismus des internationalen Geschäfts wäre gerade in jenem Augenblicke für Englands Industrie und Handel ein schwerer Schlag.

Im übrigen gibt es jenseits des Kanals wohl keinen Geschäftszweig, der durch die Komplikationen eines derartigen Tarifs nicht aufs heftigste geschädigt würde. In letzter Zeit, wo an die Stelle der nüchternen Ueberlegung das tönende Schlagwort getreten ist, hat man in England das Wort „Schlüsselindustrie“ geprägt. Was ist eine Schlüsselindustrie? Die Antwort hierauf lautet: Unter Schlüsselindustrie versteht man diejenigen Industrien, welche die Träger großer Stapelindustrien sind. Also z. B. der Handel mit Anilinfarbstoffen. Nun fordern die Neunmalweisen des englischen Handels der Zukunft, daß ein Teil dieser Schlüsselindustrien unter britischer Kontrolle stehen muß. Ein derartiges Verlangen ist aber eine Utopie. Es gibt wohl keinen einzigen bedeutenden Geschäftszweig, der nicht von einem Dutzend anderer Branchen abhängig ist. Und von letzteren befinden sich nicht wenige außerhalb der Grenzen Englands, des britischen Reiches und der verbündeten Länder. Wie in der Vergangenheit, so wird England auch in Zukunft auf den Bezug von Rohstoffen aus solchen fremden Ländern angewiesen sein, die Englands Feinde werden oder doch unter feindliche Kontrolle gelangen könnten. Ebensowenig kann in England die Gewähr dafür übernommen werden, daß die in den englischen Stapelindustrien in Anwendung gelangenden Pläne, Maschinen, Fabrikationsprozesse rein englisch sind. Und doch sind die meisten dieser Branchen, die ausländische Maschinen laufen lassen, die nach fremden Plänen und Prozessen arbeiten, „key-industries“, Schlüsselindustrien, insofern, als sie für das endgültige Produkt unentbehrlich sind. Es wäre doch kindisch, zu glauben, daß man durch Tarife und andere kommerziell-politische Vereinbarungen sich von jeder Abhängigkeit von einem fremden Lande freimachen könne. Könnte man es aber doch, so würde man gegen die elementarsten Grundsätze der „Verteidigung“ verstoßen. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte hat nur zu häufig bewiesen, wie leicht neue Feinde erstehen, wie schnell „Schlüsselindustrien“ sich verändern können und auf wie schwachen Füßen die unter der Not des Krieges geschlossenen Bündnisse für zukünftige Belastungsproben im Frieden zu stehen pflegen. Unter diesen Umständen ist die Forderung, daß die hauptsächlichsten „Schlüsselindustrien“ unter britische Kontrolle zu bringen sind, eine Utopie. Und darum würde die fünffache Zolldifferenzierung zwischen Großbritannien, dem britischen Reiche, den Verbündeten, den Neutralen und den Zentralmächten nicht nur für Großbritannien, sondern auch für die ganze Entente eine Schwächung bedeuten. Angesichts dieser Sachlage kann man auf die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz gespannt sein.

Tägliche Rundschau
19./V. 1916
138

Mitteleuropa und das Madjarentum

Von Lutz Korodi.

Noch vor mehreren Monaten fand ich unter diesem Titel in einer madjarischen Zeitung („Vilag" vom 16. Februar) einen temperamentvollen, zum Teil auch amüsant zu lesenden Aufsatz, worin der in Berlin lebende Verfasser, Emerich Déri, sehr lebhaft dafür eintrat, daß man im Deutschen Reich eine förmliche Propaganda für die Verbreitung der Kenntnisse über Ungarn entfalten müsse, bevor man sich mit dem Gedanken „Mitteleuropa" in Ungarn selbst befreunde. Da war u. a. zu lesen: „Wir sind für die Deutschen Oesterreich-Ungarn, und auch heute noch, im achtzehnten Monat des Krieges, glauben viele, je stärker die ungarischen Bestrebungen nach Geltung seien, desto mehr werde die Kraft der Monarchie geschwächt. Von deutschem Gesichtspunkt aus — das betont man jetzt oft — tut ein starkes Ungarn not, aber noch notwendiger ist eine starke Monarchie. Es gibt hier viele, die diese beiden Dinge nicht vereinbar finden können. Und sie wissen dies deshalb nicht, weil sie auch keine Ahnung von uns haben, weil sie uns nicht kennen, weil sie ebenso wenig eine Vorstellung haben von unserem staatsrechtlichen Verhältnis wie von unseren Nationalitäten-, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Lutz Korodis haben hier eine schreckliche Verheerung angerichtet. Nur jetzt sehen wir, welch unerhört schwere Wirkung die Unkenntnis auch politisch gezeitigt hat. Für die vier Millionen Bulgaren ist keinerlei mitteleuropäische Propaganda gefährlich; sie kann es aber sein für die zehn Millionen Madjaren ... Nicht die madjarische Kultur, aber das Madjarentum selbst, seine Zukunft, sein politisches Gewicht, seinen Einfluß und seine Geltung müssen wir bald gegen solche Tendenzen verteidigen, deren Vater die Unorientiertheit, die Unwissenheit, in Wahrheit viel richtiger unsere eigene Indolenz ist. Wir können in ein Mitteleuropa hineingehen, aber nur so, wenn wir uns hier draußen bekannt gemacht haben, wenn man von uns weiß, wer wir sind, was wir sind, wenn wir darüber das Deutschtum unterrichten. Jegliche Sympathie ist hier für uns, aber diese Sympathie nützt niemand aus. Wenn wir erst eine mächtige Propaganda gemacht haben, die Millionen kostet, die dieses Deutschtum aufrütteln muß, die es so bezwingen muß wie der Walzer einer Schlager-Operette, wie eine gute Zigarettenreklame, — dann birgt der mitteleuropäische Gedanke keine Gefahr. Aber bis dann, — na, bis dann ist er gefährlich."

Der Verfasser dieses Aufrufs hat seither in persönlichen Unterredungen hier in Deutschland, über die er in seinem Blatt von Zeit zu Zeit Bericht erstattet, wie in seinen Zeitungskorrespondenzen nach Ungarn immer in dieselbe Kerbe geschlagen. Und es hat mächtig gewirkt. Seither ist hier die Frage der Errichtung eines Lehrstuhls für ungarische Geschichte und madjarische Sprache an der Berliner Universität in beschleunigten Gang gebracht worden, seither wurden die hiesigen Zeitungen und Zeitschriften mit Nachrichten über die innerpolitischen Verhältnisse, besonders auch über die Nationalitätenfrage, reichlich versehen, und seither ist auch der Plan wieder aufgenommen worden, das reichsdeutsche Publikum durch öffentliche Vorträge über ungarische Verhältnisse zu unterrichten. Graf Andrassy hat eben in diesen Tagen (am 16. Mai) im Festsaal der Münchener Universität einen solchen Vortrag gehalten, und es werden wahrscheinlich noch mehrere folgen. In dem oben erwähnten Blatt konnte derselbe Verfasser knapp zwei Monate später (am 9. April) ausrufen: „In Berlin entwickelt sich für das Madjarentum eine Hochkonjunktur, wir müssen sie sehr stark erfassen und ausnutzen. Mit gebührender Achtung bin ich so frei, diese der gefälligen Aufmerksamkeit auch unserer amtlichen Kreise zu empfehlen, denn wenn wir diese Gelegenheit uns entwischen lassen, dann können wir für ewig Abschied nehmen von jenem schönen Traum, daß wir das Madjarentum jemals in Deutschland einführen!"

Mit der Klage, daß der Reichsdeutsche im allgemeinen in ungarischen Dingen zu wenig Bescheid weiß, steht Herr Emerich Déri nicht allein. Auch die Deutschen in Ungarn empfinden es oft bitter, daß man über ihre Verbreitung und über ihre Bedeutung für Ungarn im Deutschen Reich wenig weiß. Mancherlei Kenntnis werden sich zwar die deutschen Krieger in den Karpathen und in Südungarn heimgeholt haben, aber die flüchtigen Beobachtungen bedürfen der Vertiefung und dann auch der Verbreitung in anderen, zumal in politischen Kreisen, damit eine sachlich wertvolle und freundschaftliche Aussprache auch mit jenen Madjaren ermöglicht werde, die hierher ins Reich kommen, um für das Madjarentum Stimmung zu machen. Dann werden auch diese Gäste bald sich davon überzeugen können, daß man hier die innere Erstarkung Ungarns, natürlich nicht auf Kosten der andern Reichshälfte und der anderen Völker dies- und jenseits der Leitha, aufrichtig und ohne Hintergedanken von „verheerender Wirkung" wünscht, auf daß die österreichisch-ungarische Gesamtmonarchie — ob mit, ob ohne „Mitteleuropa" — in sich immer mehr gefestigt werde. Soll aber die Propaganda der madjarischen Besucher für das Madjarentum die rechte Durchschlagskraft erhalten, so bedienen sie sich am zuverlässigsten des Werbemittels, wenn sie gute Kunde darüber bringen, was die deutschen Brüder in Ungarn, die Grenzwächter auf der Völkerstraße nach dem neu erschlossenen Orient, als ihr Teil an dem Siegespreis zu erwarten haben. Was der Madjaren intimster reichsdeutscher Freund, der Wegebereiter für „Mitteleuropa", sich davon verspricht, hat er in einer Berliner Versammlung der „Reichsdeutschen waffenbrüderlichen Vereinigung" freimütig bekannt. Friedrich Naumann sagte dort unter dem stürmischen Beifall der Hörermassen:

„Es ist selbstverständlich, daß uns die deutschen Stammesgenossen in Oesterreich und Ungarn in allererster Linie am Herzen liegen und daß wir sie in den Alpenländern, in Ober- und Nieder-Oesterreich, in Böhmen und Schlesien und wo sie verstreut in Cisleithanien wohnen, bis an das Adriatische Meer und bis nach den deutschen Kolonien in Galizien hin, als die Unsrigen nennen und anerkennen, ebenso die Deutschen in Ungarn, in Siebenbürgen und im Banat, bei Fünfkirchen, oberhalb Ofen-Pests und im Tokayer Gebirge und auch die Reste in der Zips, und wo sie sonst alle wohnen — sie alle sind unsere deutschen Brüder, und in der Neuordnung der Dinge wollen wir treuer und besser ihrer gedenken, als wir es bis heute getan haben."

Wer dies Bekenntnis gelten läßt, ist unser Freund. Das Bekenntnis bedeutet die natürliche Vorbedingung für eine Verständigung von Volk zu Volk; eine solche wollen ja auch die Madjaren, die jetzt Deutschland besuchen. Sie werden offene Türen und Herzen finden, wenn sie diese realen Grundlagen der Freundschaft des ganzen Madjarentums zum ganzen Deutschtum anerkennen.

Neues Pester Journal
23. IV. 1916
141

* (Deutsch-österreichisch-ungarische Wirthschaftsvereinigung.) Die unter der Leitung des Vizepräsidenten des deutschen Reichstages stehende Vereinigung hat für den 5. und 6. Juni eine Sitzung nach München einberufen, an welcher auch Mitglieder der deutschen und bairischen Regierung theilnehmen werden. Auf der Tagesordnung stehen: Die wirthschaftlichen Aufgaben Oesterreich-Ungarns nach dem Kriege; die mitteleuropäische Agrarpolitik nach dem Kriege und die Frage der Donauschiffahrt. Aus Ungarn sind zur Berathung geladen: die Budapester Handels- und Gewerbekammer, der Landesverband der Fabriksindustriellen, der Landes-Industrieverein, der Ungarische Kaufmännische Landesverband ꝛc. Ihre Theilnahme an den Berathungen haben aus Ungarn bisher zugesagt: Baron Julius Madarassy-Beck, Franz Vas, Anton Eber, Baron Moriz Kornfeld, Franz Chorin jun., Dr. Gustav Gratz, Julius Egger, Leo Goldberger u. A.

Fremdenblatt
24.IV.1916

Die gemeinsamen Forderungen der reichsdeutschen und deutschösterreichischen Parlamentarier.

Gestern fand in Wien, Hietzing, ein vom Deutschnationalen Verein für den 13. Bezirk einberufene zahlreich besuchte Versammlung statt, in der die von verschiedenen Seiten aufgestellten Forderungen der Deutschen Oesterreichs zur Neuordnung nach dem Kriege der Erörterung unterzogen wurden.

Abg. Pacher verwies im Verlaufe seiner Ausführungen auf die bemerkenswerten Beratungen der reichsdeutschen und deutschösterreichischen Parlamentarier, die bekanntlich im vorigen Jahre in München, Salzburg und Berlin stattgefunden haben und teilte mit, daß am 15. November 1915 von den Parlamentariern beider Reiche die folgenden Forderungen beschlossen und den Regierungen beider Reiche mitgeteilt worden seien:

1. Die durch die Waffenbrüderschaft zwischen dem Deutschen Reiche und der österreichisch-ungarischen Monarchie geschaffene Lebensgemeinschaft muß nach Beendigung des Krieges zur Erhaltung des Friedens, wie zur Förderung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht beider Reiche ausgebaut werden.

2. Unter Wahrung der Selbständigkeit der beiden Reiche ist der sofortige Abschluß von Vereinbarungen, welche in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehung einen einheitlichen Sinn ergeben, notwendig.

3. Auf Grundlage dieser Vereinbarungen müssen gemeinsame Organe geschaffen werden, die deren Durchführung sichern und planmäßig zusammenarbeiten.

4. Im einzelnen erscheint erforderlich:

a) ein langfristiges Schutz- und Friedensbündnis, das durch Einrichtungen für die dauernde Uebereinstimmung in der auswärtigen Politik beider Reiche sorgt, regelmäßige Zusammenkünfte der leitenden Staatsmänner unter Zuziehung der Mitglieder der beiderseitigen Volksvertretungen;

b) eine langfristige Militärkonvention, die eine gleichmäßige Heranziehung der Bevölkerung beider Reiche zum Militärdienste, Einheitlichkeit in der Heeres- und Flottenverfassung, gleichmäßige Ausbildung und Ausrüstung, Uebereinstimmung in der Organisation der Bewaffnung, der Formation, des Kommandos, der Mobilisierungsvorschriften, Bau strategischer Eisenbahnen, Vorratssicherung für den Krieg, wechselseitige Veranstaltung gemeinsamer Uebungen, Austausch von Offizieren sowie möglichst auch gemeinsame Bildungsanstalten vorsieht;

c) ein langfristiges Wirtschaftsbündnis, das darauf gerichtet ist, in Zoll- und Handelsfragen beide Teile nach außen als Einheit erscheinen zu lassen und im Verkehr beider Reiche unter sich die zurzeit noch nicht zu entbehrenden Zollschranken baldigst abzutragen;

d) vertragsmäßige oder übereinstimmende gesetzliche Bestimmungen auf dem Gebiete des Verkehrs, des Handels und des Gewerbes, des Gesundheitswesens, der sozialen Fürsorge, Schutz des gewerblichen und geistigen Eigentums. Zu diesem Zwecke sind gemeinschaftliche Tagungen unter Heranziehung von Interessenten gebildeter Ausschüsse zu schaffen.

In der Frage des Wirtschaftsbündnisses habe ein Uebergangsstadium mit Rücksicht auf gewisse Industrien einzusetzen, die Zolltarife dürfen erst nach und nach und unter Zustimmung der Interessenten fallen gelassen werden. Das mitteleuropäische geschlossene Wirtschaftsgebiet müsse kommen. Schon mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Kriegspläne der Gegner auch nach dem Kriege. Eine weitere Voraussetzung des Wirtschaftsbündnisses sei natürlich auch eine Gleichartigkeit des Steuersystems und der juristischen Gesetzgebung, ein langfristiger Ausgleich mit Ungarn."

Abgeordneter Pacher führte des weiteren aus, daß durch eine zweckmäßige Lösung der Wappenfrage nunmehr die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder den Namen „Kaisertum Oesterreich" tragen. Redner erörterte auch eingehend die galizische Frage, bezüglich deren Lösung sich die Anschauungen der Deutschösterreicher und der Polen träfen.

Abgeordneter Pacher betonte insbesondere, daß zur zukünftigen Gestaltung der Dinge in Oesterreich u. a. eine Reform der parlamentarischen Einrichtungen gehöre, so eine neue Geschäftsordnung, die ein zweckmäßiges Arbeiten des Abgeordnetenhauses herbeiführen müsse. Er schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen damit, daß er der Freude und der Genugtuung Ausdruck gab, daß nunmehr — genau nach fünfzig Jahren — die Gegner des Jahres 1866 Waffenbrüderschaft geschlossen haben, der auch ein enges wirtschaftliches Bündnis folgen müsse.

Als zweiter Redner sprach Direktor Dr. August R. v. Wotawa über innerpolitische Fragen. Der Redner behandelte des eingehenden mit Beziehungen auf das bekannte Programm des Deutschen Klubs „Forderungen der Deutschen Oesterreichs zur Neuordnung nach dem Kriege" insbesondere die Fragen der Staatssprache, des Volksschulwesens, der Volkswohlfahrtspflege usw. (Lebhafter Beifall.)

Neue Freie Presse
26/IV. 1916

143

[Deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftskonferenz.] Aus Oesterreich, wie aus dem Deutschen Reiche und aus Ungarn sind zu den in München vom 4. bis 6. Juni stattfindenden Verhandlungen der Deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftskonferenz bisher schon zahlreiche Vertreter verschiedener Zweige des wirtschaftlichen Lebens angemeldet, unter anderen aus Oesterreich die Geheimen Räte Dr. Wilhelm Exner, Dr. Robert Pattai, Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester, die Reichsratsabgeordneten Friedmann, Hartl, Ritter v. Panz, die Landtagsabgeordneten Pittner, Steiger, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Ernst Jäger, Linz, der Direktor des Handelsmuseums Ministerialrat Dr. Karminski, von der Handels- und Gewerbekammer Wien Regierungsrat Doktor v. Tayenthal, Kammerrat Löscher, von der Handels- und Gewerbekammer Brünn Regierungsrat Dr. Robert Mayer, von der Handels- und Gewerbekammer Reichenberg Präsident Kirchhof, Sekretär Regierungsrat Doktor Carus, Dr. Löbl vom Elbeverein, von der Handels- und Gewerbekammer Salzburg kaiserlicher Rat Kaltenbrunner, von der Handels- und Gewerbekammer Innsbruck Vizepräsident kaiserlicher Rat Sonvico, vom Niederösterreichischen Gewerbeverein Vizepräsident kaiserlicher Rat Krauje, die Verwaltungsräte Winkler und Anderl, Generalsekretär Dr. Kobatsch, vom Bund der Industriellen, Sektion Wien, Kommerzialrat Koffmahn, von der Sektion Brüx Dr. Weiß, ferner die Kommerzialräte Höfler, Schmidt u. a., von der katholischen Frauenorganisation Gräfin Walterskirchen, von der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs Frau Granitsch.

Die Zeit
26.IV.1916

145

— **(Verbot der Einfuhr von Luxuswaren in Rußland.)** Wie aus Stockholm gemeldet wird, ist der Reichsduma der Entwurf zu einem Gesetz betreffend das Verbot der Einfuhr von Luxuswaren aus dem Ausland vorgelegt worden. Der Wert der eingeführten Luxuswaren belief sich im Jahre 1913 auf 100 Millionen Rubel und im Jahre 1915 auf 30 bis 40 Millionen Rubel. Das Verbot soll am 1. Juni in Kraft treten und drei Jahre gelten. Waren, die bei der Zollbeschau zur Einfuhr nicht zugelassen und nicht innerhalb einer einmonatigen Frist nach dem Ausland zurückgesendet werden, werden vom Staate mit Beschlag belegt, dürfen aber keinesfalls auf den inneren Markt gebracht werden. In dem Verzeichnis der Waren, deren Einfuhr verboten werden soll, sind unter anderem enthalten: Pasteten, Olivenöl, allerlei Gewürze, Trüffeln, Champignons, Tabak, Konfekt, Kuchen, Arrak, Wein, Kognak, Likör, Honig, Porter, Bier, Fische, Sardinen, Austern, Krabben, Saffian, Lackleder, Rahmen, Möbel, Blumen, Edelsteine, Porzellan, Riechmittel usw. Wie Wetsch. Wremja erfährt, wird der Gesetzentwurf von der Duma zweifellos angenommen werden; nach der Angabe des Antragstellers soll der Entwurf auch alle Aussichten auf Annahme durch den Reichsrat haben. Sobald das vorgeschlagene Gesetz in Kraft tritt, soll der Ministerrat der Gesetzgebenden Kammer im Großfürstentum Finnland eine Vorlage über das Verbot der Einfuhr der in Rede stehenden Waren nach Finnland machen. Bis ein solches Gesetz in Kraft tritt, soll das russische Gesetz sich auf die beteiligten Waren finnischen Ursprungs erstrecken.

Reichspost
27. IV. 1916

126

Italiens Außenhandel im Jahre 1915.

Italiens Einfuhr belief sich im Jahre 1915 auf 3·3 Milliarden Lire. Die Ausfuhr erreichte einen Betrag von 2·2 Milliarden. Gegenüber dem Vorjahre bedeutet dies bei der Einfuhr ein Mehr von 408 Millionen, denen in der Ausfuhr eine kaum nennenswerte Steigerung gegenübersteht. Die italienische Handelsbilanz schließt also mit einem Passivum von mehr wie einer Milliarde ab. In der Geschichte des italienischen Wirtschaftslebens ist dies nun an und für sich keine neuartige Erscheinung. Die Außenhandelsziffern haben noch immer ein Manko aufzuweisen gehabt, das jedoch durch die Auswandererinteressen und die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr ausgeglichen wurde. Jetzt im Kriege fallen diese beiden, im italienischen Wirtschaftsleben so unendlich wichtigen Posten weg und jedes Passivum in der Handelsbilanz ist gleichbedeutend geworden mit einer entsprechenden Verarmung des Landes. Die nachfolgende Zusammenstellung gibt einen Ueberblick über den Umfang der Handelsbeziehungen zu den wichtigsten Ländern.

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1915	1914	1915	1914
	Millionen Lire			
Oesterreich-Ungarn	34·1	233·8	104·9	136·7
Deutschland	155·7	503·2	184·1	319·1
Frankreich	177·9	205·5	369·4	174·2
England	487·9	504·9	337·7	305·7
Argentinien	323·0	39·8	114·6	115·9
Vereinigte Staaten	1238·0	442·2	256·7	262·4

Was an diesen Zahlen überrascht, das ist nicht der starke Rückgang der auf die beiden Mittelmächte treffenden Ziffern, sondern der kolossale Aufschwung, den die Einfuhr aus Argentinien und Nordamerika erfahren hat. Argentinien spielt, wie man sieht, bei der Versorgung Italiens mit Getreide, Mehl, Schafwolle und Fleisch eine ausschlaggebende Rolle. Das Gleiche gilt auch von Nordamerika, das zu seinen Getreide- und Baumwollsendungen noch gewaltige Munitions- und Waffenlieferungen hinzugesellt. Von den Posten auf der Ausfuhrseite sind eigentlich nur jene Angaben bemerkenswert, die sich auf den Verkehr nach Frankreich beziehen. Während sich nämlich Italiens Ausfuhr nach fast allen Ländern verminderte, haben die Sendungen nach Frankreich die sehr beträchtliche Zunahme von 174·2 auf 369·4 Millionen Lire erfahren. Diese Zunahme, die sich nur damit erklären läßt, daß die italienische Industrie vor Ausbruch des Konflikts mit Oesterreich mit Heereslieferungen für die

französische Regierung betraut war, ist es allein zuzuschreiben, wenn sich die Ausfuhr des Jahres 1915 auf der Höhe der vorjährigen halten konnte.

Neues Wiener Tagblatt
27. IV. 1916

(Oesterreichisch-deutscher Wirtschaftsverband.) Gestern fand unter zahlreicher Beteiligung im Festsaal des Niederösterreichischen Gewerbevereines die Generalversammlung des Oesterreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes statt, in welcher Präsident Abgeordneter Friedmann den Bericht über die Tätigkeit des Vereines im verflossenen Vereinsjahre erstattete. Der Verband erreichte in der verhältnismäßig kurzen Zeit eines Jahres die stattliche Zahl von nahezu tausend Mitgliedern, darunter gegen 82 hervorragende wirtschaftliche und berufliche Organisationen, welche sich auf Wien und die meisten Städte Oesterreichs verteilen. Der Präsident referierte über die zahlreichen Vorträge und Konferenzen, in denen die Stellung des Vereines zum Problem der künftigen gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen der Zentralmächte präzisiert wurde, ferner über die rege Versammlungstätigkeit und erinnerte daran, daß in einer Versammlung vom Dezember vorigen Jahres nachdrücklichst verlangt wurde, daß die Vorbesprechungen über die handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland gleichzeitig mit den Ausgleichserörterungen vorzunehmen wären. Am Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen forderte der Vorsitzende zur zahlreichen Beteiligung an der vom 4. bis 6. Juni d. J. stattfindenden Tagung in München auf. Herr Bujatti sprach dem Ausschuß den Dank der Mitglieder für seine aufopferungsvolle Tätigkeit aus. — An den deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftskonferenzen in München, 4. bis 6. Juni, haben außer den bereits mitgeteilten offiziellen Vertretern ihre Beteiligung noch angemeldet: für die Gemeinde Wien, beziehungsweise in Vertretung des Bürgermeisters, Magistratsrat Dr. Müller; für den Verband böhmischer Glasindustrieller Kammerrat Palme, Kleinschönau; für den Verein Reisender Kaufleute Vizepräsident Epstein und Vorstandsmitglied Lemberger; für den Bund österreichischer Industrieller, Sektion Wien, Obmann Kommerzialrat Koffmahn, die Ausschußmitglieder Ed. Malovich und kaiserlicher Rat Oskar Berl; Sektion Salzburg Obmann kaiserlicher Rat Gessele; für den Niederösterreichischen Gewerbeverein kaiserlicher Rat Bachmann; ferner Herrenhausmitglid Willy Ginzkey; die Abgeordneten Dr. v. Mühlwerth, Dr. Wichtl und viele andre. An den Tagungen wird in Vertretung des erkrankten österreichisch-ungarischen Gesandten in München der Geschäftsträger Graf Bruxelles teilnehmen.

Neue Freie Presse
29./V. 1916

Besuch der reichsdeutschen „Waffenbrüderlichen Vereinigung“ in Wien und Budapest.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 29. Mai.

Die „Waffenbrüderliche Vereinigung“ wird durch eine Reise nach Wien und Budapest an den Pfingsttagen den Besuch österreichischer und ungarischer Juristen in Berlin erwidern.

An dieser Reise werden auch deutsche Parlamentarier in stattlicher Anzahl teilnehmen. Bisher haben sich etwa fünfzig einschreiben lassen, unter ihnen einige der bekanntesten Mitglieder des Reichstages, wie Payer, der Führer der fortschrittlichen Volkspartei, und Konrad Hausmann von derselben Partei, ferner der Führer des Zentrums Dr. Spahn, der Führer der Konservativen Graf Westarp, der Führer der Nationalliberalen Bassermann u. a.

Kölnische Zeitung
30./V. 1916

30

150

Von der österreichischen waffenbrüderlichen Vereinigung.

♆ **Berlin**, 29. Mai. (Telegr.) Eine „Österreichische waffenbrüderliche Vereinigung" ist in diesen Tagen in Wien begründet worden. An der Spitze der Bewegung steht in Österreich schon seit dem Winter Ernst von Plener. In den Gründungsausschuß sind nun noch, wie uns aus Wien geschrieben wird, eine Reihe der besten Männer Deutsch-Österreichs eingetreten, nämlich die frühern Minister Dr. Bärnreither und Dr. Franz Klein, der frühere Botschafter Graf Lützow, die Reichsratsabgeordneten Max Friedmann, Viktor Freiherr v. Fuchs, Dr. Gustav Groß, Ferdinand Ritter von Pantz, Universitätsprofessor Dr. Joseph Redlich (der bekannte Staatsrechtslehrer), Prinz Alexander Taxis, Graf Karl Küfstein, Landmarschall Prinz Alois Liechtenstein, der verdiente Publizist Freiherr von Chlumecky, Graf Rudolf Colloredo und Bürgermeister Weiskirchner. Wie man sieht, sind in dem Begründungsausschuß erfreulicherweise alle Schattierungen des politischen Lebens Deutsch-Österreichs vertreten. Der greise Präsident des österreichischen technischen Versuchsamtes, der zumal in frühern Jahren auch in der Politik eine bedeutende Rolle gespielt hat, Exzellenz Wilhelm Exner, sagt über die Begründung der waffenbrüderlichen Vereinigung in der Neuen Freien Presse:

Ich halte die von den waffenbrüderlichen Vereinigungen eingeleitete Bewegung für sehr notwendig. Ich glaube, daß man auf allen Gebieten des geistigen Lebens, in der Rechtspflege, in der Medizin, in der Technik, in der Industrie, in der Kunst, in der Wohlfahrtspflege usw. eine möglichste Annäherung in der Gesetzgebung und Verwaltung anstreben solle. Diese von hohen staatlichen Rücksichten geleitete Bewegung soll auch so breit und so tief als möglich in die Volksschichten dringen. Die Freundschaft auf den Gebieten von Kultur und Bildung ist ein sehr wichtiger und sehr wirksamer Faktor nicht nur für die Waffenbrüderschaft, sondern auch für die wirtschaftliche Annäherung.

In Ungarn ist der Werberuf zu der Gründung einer waffenbrüderlisten Vereinigung bereits vor einigen Monaten ergangen. Die Führer und Anreger dort sind: Graf Tisza, der gegenwärtige, und Wekerle, der frühere Ministerpräsident, Graf Julius Andrassy, der Wirkl. Geh. Rat Szterenyi, der verdiente Staatssekretär im frühern Handelsministerium, und Graf Albert Apponyi. Abgesandte der reichsdeutschen, der österreichischen und der ungarischen waffenbrüderlichen Vereinigung beabsichtigen übrigens sich am 11. und 12. Juni in Budapest zu einer gemeinsamen Tagung zu vereinen. Dort soll dann unter gleichzeitiger Beteiligung der Führer der Bewegung aus der österreichischen Reichshälfte die ungarische waffenbrüderliche Vereinigung ihre erste Generalversammlung abhalten. Einstweilen sind für diese Festtage folgende Veranstaltungen in Aussicht genommen: Am Samstag, 10. Juni, abends, ein Vortrag des Vizepräsidenten des Deutschen Reichstages, Geheimrat Dr. Dove, über die „Zwischenstaatlichen Rechtsbeziehungen vor und nach dem Krieg" im Rahmen einer Veranstaltung des ungarischen Juristenvereins. Am Sonntag, 11. Juni, vormittags, die obenerwähnte Generalversammlung, der sich nachmittags ein Ausflug auf der Donau mit einem Sonderschiff anschließen soll, abends findet ein Empfang beim Ministerpräsidenten Tisza statt. Am Montag soll in dem schönen Parlamentsgebäude an den Ufern der Donau zunächst eine Tagung der Abgeordneten aus Ungarn, Deutschland und Österreich stattfinden und hernach ein gemeinsames Essen. Auch die Vertreter der Literatur aus den drei Ländern werden sich voraussichtlich am Montag zu einer Sitzung vereinen. Für die Veranstaltung zeigt sich bei uns in Deutschland ein sehr reges Interesse. So viel wir hören, haben bereits einige 40 Reichstagsabgeordnete ihre Teilnahme zugesagt. Auch der junge Fürst Otto von Bismarck, der Enkel des Reichsbegründers und Erbe seines Titels, wird an der Fahrt teilnehmen. Ebenso das Prinzenpaar Thurn und Taxis.

Vossische Zeitung
30. IV. 1916

151

Zur Sicherung der deutschen Forderungen an das feindliche Ausland.

Im allgemeinen sind sich die Kreise des Handels und der Fabrikation, die am Export beteiligt sind, heute schon völlig einig darüber, daß die Reichsregierung 1. eine amtliche Registrierung der deutschen Forderungen an das feindliche Ausland herbeiführen und 2. besondere Maßnahmen zum Schutze der durch den Krieg notleidend gewordenen Forderungen bei den Friedensverhandlungen durchsetzen muß; weil sonst viele Hunderte von Millionen wertvollsten deutschen Volksvermögens verlorengehen, und zwar gerade denjenigen Kreisen, die in erster Linie berufen erscheinen, die deutsche Weltgeltung, d. h. den eigentlichsten Siegespreis dieses furchtbaren Weltkrieges, praktisch zu betätigen. Nur die offizielle Vertretung des Handels in der Reichshauptstadt stand bisher noch abseits, indem sie die Anschauung vertrat: jede Einmischung des Staats in die privatrechtlichen Verhältnisse würde mehr Schaden als Nutzen stiften, weil sie nach Kriegsende die Wiederanknüpfung der durch den Krieg zerrissenen Fäden stören würde; deshalb sei auch die Registrierung der Außenstände nicht zu befürworten. Die Hamburger Handelskammer hatte früher auch diesen Standpunkt vertreten, hat aber vor einigen Wochen dank dem Vorgehen der 23 Hamburger Verbände ihre Stellungnahme einer Revision unterzogen; ebenso der Verband Deutscher Exporteure. So steht die Berliner Handelskammer heute fast ganz allein.

Aber es will scheinen, als ob sich neuerdings auch in den Kreisen der Berliner Handelskammer ein gewisser Umschwung anbahnt. Denn der „Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Verbände", dem bekanntlich auch eine Reihe von Mitgliedern der Berliner Handelskammer angehört, genehmigte einstimmig in seiner letzten Sitzung nach einem einstündigen, klaren, objektiven Vortrag von Syndikus Dr. Roehl und nach eingehender Besprechung folgende, auch von dem Vorsitzenden Justizrat Dr. Waldschmidt, Mitglied der Berliner Handelskammer, zur Annahme empfohlene Entschließung:

„Nachdem die Registrierung des feindlichen Vermögens in Deutschland durch die Bundesratsverordnung vom 7. Oktober 1915 mit dem Ziel durchgeführt ist, unsere deutschen Forderungen in erster Linie zu sichern, hält es der Zentralausschuß für erwünscht, daß die Reichsregierung auch eine Registrierung der deutschen Forderungen an das feindliche Ausland recht bald unter Erwägung der von verschiedenen Seiten gemachten Vorschläge und der entsprechenden Maßnahmen des feindlichen Auslandes durchführt, so daß für die Friedensverhandlungen Klarheit und Gewähr für die notwendige Sicherung des deutschen Interesses gegenüber den ausländischen Schuldnern besteht."

Der Syndikus des „Verbandes zur Sicherung deutscher Forderungen an das feindliche Ausland" (Sitz Barmen), Herr Hans David, der als geladener Gast teilnahm, zeigte eingehend, welche gewaltige Bedeutung die vorliegende Frage für unsere gesamte volkswirtschaftliche Entwicklung habe, und erläuterte gegenüber dem Antrag, die ganze Frage erst einer Kommission zu überweisen, daß gerade jetzt der gegebene Zeitpunkt sei, der Reichsregierung und in zweiter Linie auch der Berliner Handelskammer die Wünsche der Handels- und Fabrikationskreise zum klaren Ausdruck zu bringen. Justizrat Dr. Waldschmidt legte in ruhiger Sachlichkeit den bisher von der Berliner Handelskammer eingenommenen Standpunkt klar: man sei von der Ueberzeugung ausgegangen, daß die kaufmännische Moral der Schuldner im feindlichen Ausland nicht auf den Tiefstand kommen werde, den dessen Diplomaten leider erreicht haben; und die feindesländischen Schuldner würden ihre Schulden bezahlen, um neue Geschäfte anzubahnen. Demgegenüber fragte Syndikus David, ob solche Ueberzeugung auch gegenüber Rußland bestehe, und ob sie gegenüber den schamlosen Machenschaften des englischen Handelsministers Runciman und Konsorten heute noch aufrecht zu erhalten sei; im übrigen habe erst jüngst der Verband Deutscher Exporteure dem Reichsamt des Innern eine Entschließung eingereicht, worin er ausdrücklich erklärt: die Wiederherstellung der früheren Rechtslage nach dem Kriege biete allein nicht die notwendige Sicherung für die deutschen Außenstände; vielmehr müßten strittige Forderungen vor deutsche Gerichte gebracht werden, und die feindliche Regierung müsse gezwungen werden, für berechtigte, durch den Krieg notleidend gewordene deutsche Forderungen die Ausfallbürgschaft zu übernehmen.

Arbeiterzeitung 30./V. 1916

Ein grundlegender Wandel in der Weltwirtschaft.

Die Staaten Mitteleuropas betreiben heute noch jene Wirtschaftspolitik, die im Jahre 1878, das ist vor mehr als einem Menschenalter, festgelegt worden ist. Viel ist inzwischen daheim und draußen in der weiten Welt anders geworden, aber mit der zähen Beharrlichkeit eines Dogmas behauptet sich in den Köpfen der Glaube an die Unentbehrlichkeit und Heilsamkeit der Schutzpolitik. Daß sonst Vernunft Unsinn und Wohltat Plage wird, gibt man vielleicht zu, aber die Heilslehre vom Agrarschutz steht jenseits aller Gesetze von Wandel und Entwicklung.

Bei uns in Oesterreich, wo das wirtschaftspolitische Denken an sich verkümmert ist, wo die Philosophie des Kramladens und Zwergwirtes alle Staatsämter beherrscht, hat man den Agrarschutz zuerst gedankenlos hingenommen und später dem ungarischen Grundadel zuliebe geduldig getragen. Erst seit der letzten Handelsvertragsperiode, seit 1907, ist die Kritik auch in unseren bürgerlichen Kreisen rege geworden. Der Krieg hat indessen die Wirtschaftslage des Reiches so rasch verschoben, schon vorher gegebene Ansätze so überstürzt ausgereift, daß der enge Kreis unterrichteter Volkswirte genau weiß, daß die Politik von 1878 ohne schwerste, ohne unheilbare Schädigung der gesamten Staats- und Volkswirtschaft nicht fortgeführt werden kann. Die breite Oeffentlichkeit aber verharrt — wenigstens dem Anschein nach — noch immer in alter handelspolitischer Interesselosigkeit.

So muß denn immer wieder gezeigt werden, daß wir nicht mehr 1878 schreiben, sondern 1916, daß alle Voraussetzungen von 1878 glatt dahin sind, daß die gesamte Weltwirtschaft und mit ihr auch Ungarn wie Oesterreich längst unter anderen Zeichen stehen.

Das Menschenalter nach 1848 war für Europa das Zeitalter stärkster agrarischer Abwanderung, für Amerika und Australien das stärkster agrarischer Kolonisation. Nicht imperialistische Kolonisation stand damals in Frage, sondern Besiedlung jungfräulichen Bodens durch europäische Bauern- und Handwerkerkinder. Im Heimatlande vollzog sich erst allmählich und bald stürmisch der Prozeß der Industrialisierung. In dem nächsten Vierteljahrhundert (etwa von 1890 bis 1914), wo sich die Industrialisierung vollendete, trat an Stelle der Ueberseewanderung in Westeuropa die Binnenwanderung des Landvolkes in die Stadt und in das Industriegebiet, dort versiegte der Strom der Auswanderer. Zugleich aber ändert die europäische Kolonialpolitik Richtung und Inhalt. Sie sucht keine Siedelungsländer mehr und sie findet sie auch bloß im verringerten Ausmaß, sie sucht Kapitalsanlagegebiete. Nicht die jungfräuliche Scholle, sondern die Diamantfelder und Goldgruben, die Kohlenflöze und Erzlager sind ihr Ziel, nicht Menschen-, sondern Kapitalabfluß, nicht Getreide-, sondern Profitrückfluß sind ihr Ergebnis. Selbst der Abstrom der Auswanderer des europäischen Ostens ergießt sich vorwiegend in die Kohlenfelder und Eisenwerke der amerikanischen Union, in die Bergwerke Südafrikas. Wir haben es vorwiegend mit industriellen Wanderbewegungen zu tun. Der Gegensatz von 1848 bis 1878 und von 1890 bis 1914 ist ein vollständiger.

Und so sind auch seine Wirkungen grundverschieden.

Die Besiedlung überseeischen Neulandes brachte ganz unermeßliche Bodenflächen unter den Pflug oder wenigstens unter den Huf des Weidetieres. Diese Tatsache hatte eine tiefgreifende Rückwirkung auf das alte Europa. Es ist ein unbestreitbares Gesetz der Volkswirtschaft, daß mit steigender Bevölkerung und Kultur die Preise der Bodenprodukte und damit die Grundrente ohne Unterbrechung steigen. Die Besiedlung Amerikas hob zum Scheine das Gesetz auf, die Weltmarktpreise der Nahrungsmittel und vor allem des Getreides fielen jählings. Dieser Preissturz bedrohte natürlich nicht die Ernährung, wohl aber die Grundbesitzverfassung Mitteleuropas. Seine Grundherrenkaste war stark genug, diese Rückwirkung durch Schutzzölle aufzuheben, das heißt eine wirtschaftliche Entwicklung durch Politik, durch die staatliche Gewalt, zu durchbrechen.

Wir gedenken den Streit hier nicht aufzunehmen, ob das nötig und heilsam war; es gehört der Geschichte an.

Inzwischen aber haben sich die Voraussetzungen dieser Politik umgekehrt, seit vielen Jahren sind die Weltmarktpreise im Aufsteigen. Erstens ist der Weltbedarf an Weizen in den letzten Jahrzehnten rascher gestiegen als der Fortschritt der Besiedlung: die Industrialisierung früheren Kolonialbodens, dieses Werk der imperialistischen Kapitalsanlagepolitik, hat die Zahl der Käufer schneller vermehrt als die der Siedler!

Die Vereinigten Staaten, das Land der Farmer und Viehhalter, wachsen sich zum größten Industriestaat der Welt heran, ihre eigene Bevölkerung verzehrt einen immer größeren Bruchteil ihrer Ernte, die Ausfuhr an Weizen ist im letzten Jahrzehnt beträchtlich gesunken. Jede Produktionsvermehrung im Lande fordert intensivere Kultur, die Zeit des Raubbaues am jungfräulichen Boden ist wohl heute schon vorbei und also müssen auch dort von nun an die Preise steigen.

In Europa fällt ein Land nach dem anderen aus der Reihe der Ueberschußgebiete heraus und wird Käufer. Aber auch außerhalb Europas tauchen neue Bedarfsländer auf. Schon führt auch Südafrika Weizen ein, Brasilien hat sich ganz auf Kaffee spezialisiert und muß Weizen zuführen. Von Jahr zu Jahr steigt die Lebensmitteleinfuhr Japans. *)

Im allgemeinen läßt sich sagen: Die landwirtschaftliche Besiedlung von Neuland stößt nicht bloß auf die Schranke, daß die größten Flächen schon angebrochen sind und nur noch Reste der Erdoberfläche zu besiedeln sind, sondern auch auf die Schranke, daß sich die verfügbare Zahl der landwirtschaftlichen Siedler zusehends vermindert, weil die Auswanderung immer mehr die überseeischen Industriegebiete aufsucht. Noch mehr ins Gewicht fällt, daß die Rodung und Bepflanzung naturgemäß nur langsam fortschreitet, während die Industrialisierung sprunghaft vor sich geht (Japan, Südamerika) und durch den Pflug nicht eingeholt werden kann. In dem Maße aber, als der Raubbau auf Neuland ersetzt wird durch intensiven Körnerbau, steigen die Produktionskosten über See sehr rasch an.

Das besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß die Zufallswelle fallender Getreidepreise, die zur Rechtfertigung der Politik von 1878 gedient hat, auf alle Zeit dahin ist!

So schon vor dem Kriege! Die schwere Erschütterung der Weltwirtschaft durch den Krieg hat die geschilderte Entwicklungsrichtung überstürzt und zum Abschluß gebracht. Wir haben nunmehr auf Jahrzehnte mit so verteuerten Schiffsfrachten zu rechnen, daß schon aus diesem Grunde Getreide nicht billig zugeführt werden kann! Dazu kommt, daß alle europäischen Reserven aufgezehrt und außerdem noch die Produktionsfähigkeit des heimischen Bodens verringert ist: Wir werden vielleicht Schiffahrtsprämien zahlen müssen, um genug Brotfrucht ins Land zu bekommen, geschweige denn, daß wir uns gegen Ueberflutung wehren müßten.

Dieser grundstürzende Wandel muß von der Volksgesamtheit begriffen werden und sie wird nicht zweifeln, daß eine Fortführung der Politik von 1878 im zwanzigsten Jahrhundert einfach absurd wäre.

*) Diese Erscheinung wird schon 1909 festgestellt. Siehe E. Heller: Dauernde Wendung auf dem Getreideweltmarkt; „Oesterreichischer Volkswirt" vom 7. August 1909.

Die Zeit
31./V. 1916

153

— **(Die Landwirtschaft und das Wirtschaftsbündnis mit Deutschland.)** Dieses Thema bildete den Gegenstand eines von Dr. Karl Hoffmeister, Professors an der Hochschule für Bodenkultur, gehaltenen Vortrages im Verein der deutschfreisinnigen Partei im 9. Bezirk am 24. d. Der Vortragende erinnerte zuerst daran, daß schon vor anderthalb Jahrzehnten Prof. Wolff in Breslau anläßlich der damals drohenden amerikanischen Gefahr einem mitteleuropäischen Bund, freilich mit Einschluß von Frankreich und Italien, das Wort redete. Jetzt hat Naumann mit seinem „Mitteleuropa" den Gedanken frisch aufgegriffen und in Oesterreich warme Zustimmung gefunden. Kühler stehen Deutschlands Industrie, die nur 30 Prozent der Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn hat, und vor allem die deutschen Agrarier diesem Gedanken gegenüber. Die deutschen Agrarier beharren bei dem Hochschutzzoll, weil sie unsere landwirtschaftliche Produktion jetzt und auch in der Zukunft überschätzen. Nun ist ja richtig, daß Deutschland ein Sechstel seines Brotbedarfes aus der Einfuhr decken muß, Oesterreich dagegen nur 5 Prozent. Daß aber die Versprechungen der deutschen Landwirtschaft bei Einführung des Hochschutzzolles, Deutschland allein ernähren zu können, nicht eingehalten werden konnten, zeigen unter anderem die 90 Gramm Butter pro Woche und Kopf in Berlin. Und trotzdem beharrt anscheinend die deutsche Landwirtschaft auch jetzt noch auf Beibehaltung des hohen Zolles. Darum blieb auch Deutschland auf dem Standpunkt, daß seine Tore für unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse erst dann offen stehen, wenn Oesterreich-Ungarn die seinen gegen den Balkan verschlossen läßt. Hier liegt wohl auch mit ein Grund zu dem Weltkrieg. Deutschland braucht sich aber vor unserer landwirtschaftlichen Produktion nicht zu fürchten, da es selbst, auf den Hektar gerechnet, bedeutend mehr als wir erzeugt. Daran ist nun nicht so sehr die Unfähigkeit unserer Landwirtschaft schuld als vor allem das kontinentale Klima Ungarns und die Brachfelderwirtschaft Galiziens, wo infolge des Viehmangels Düngernot herrscht, und endlich das schwache Eisenbahnnetz, das es nicht erlaubt, leicht und ohne große Kosten die Agrarprodukte auf den Markt zu bringen. Das große Problem dieses Krieges ist aber die Einkreisung, die Aushungerung. Deutschlands Kolonien versagten gerade da, wo man ihrer wirklich bedurfte. Die Versorgung des Mutterstaates mit Rohstoffen wurde durch die englische Seeherrschaft unmöglich gemacht. Daher müssen sich unsere Blicke nach Osten richten. Die asiatische Türkei kann zur Kornkammer der verbündeten Mächte ausgestaltet und eine wichtige Kolonie, erreichbar auf dem Landweg, werden. Aegypten könnte mit seiner Baumwollproduktion uns über die Schwierigkeiten hinweghelfen. Es wäre die beste Lösung des Wirtschaftsproblems, wenn wir diese Gebiete angeschlossen hätten, dann gäbe es für den Gegner keinerlei Hoffnung mehr, die Mittelmächte jemals aushungern zu können. Die österreichische und die ungarische Landwirtschaft werden dem Wirtschaftsbündnis kaum Schwierigkeiten bereiten. Hoffen wir, daß die gleiche Einsicht bei den deutschen Agrariern Eingang finden wird. Die zahlreiche Zuhörerschaft nahm diese Ausführungen mit großem Beifall auf.

Vossische Zeitung
1./11.1916

154

Sicherung der deutschen Forderungen an das feindliche Ausland.

Von
Oscar Meyer,
Syndikus der Handelskammer zu Berlin.

Der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Verbände hat vor kurzem eine Entschließung angenommen, in der es als erwünscht bezeichnet wird, daß die Reichsregierung eine Registrierung der deutschen Forderungen an das feindliche Ausland durchführt. In der Beratung hierüber scheint von einigen Seiten der Standpunkt der Handelskammer zu Berlin bemängelt worden zu sein; denn in dem Bericht ist angedeutet, daß die Berliner Handelskammer in der Frage der Sicherung jener Forderungen „abseits gestanden" und die Anschauung vertreten habe, „jede Einmischung des Staates in die privatrechtlichen Verhältnisse würde mehr Schaden als Nutzen stiften, weil sie nach Kriegsende die Wiederanknüpfung der durch den Krieg zerrissenen Fäden stören würde".

Niemand würde die Berechtigung der Bemängelung bestreiten, wenn in der Tat die Handelskammer zu Berlin die Frage als eine zu staatlicher Fürsorge nicht geeignete Privatangelegenheit deutscher Gläubiger angesehen und gleichgültig behandelt hätte. Wer Umfang und Bedeutung unseres Außenhandels richtig würdigt, weiß, daß dabei ein in der Gesamtheit erheblicher Teil des deutschen Nationalvermögens auf dem Spiele steht, an dessen Erhaltung die Allgemeinheit ein Interesse hat, und daß deshalb jeder ernsthafte Versuch, das Problem zu lösen, die größte Beachtung verdient. Angesichts der großen Beteiligung Berlins am Außenhandel hat demgemäß die Handelskammer zu Berlin ihm sofort nach Ausbruch des Krieges, also lange, bevor an die Gründung eines Vereins zur Sicherung der Forderungen an das feindliche Ausland gedacht wurde, die eifrigste Aufmerksamkeit zugewendet. Bereits im September 1914 hat sie dem Minister für Handel und Gewerbe einen eingehenden Bericht erstattet, in welchem sie befürwortete, daß die Entgegennahme der Anmeldung von Außenständen, die Handel und Industrie in feindlichen Ländern besitzen und deren spätere Einziehung durch den Krieg gefährdet erscheint, sowie von Ersatzansprüchen, die wegen Beschlagnahme oder Vernichtung von deutschen Waren erhoben werden, den amtlichen Handelsvertretungen übertragen werde. Die Kammer betonte die Notwendigkeit, das Material nach einheitlichen Gesichtspunkten zu sammeln und zu ordnen, und überreichte mehrere von ihr bis in die Einzelheiten ausgearbeitete Formularentwürfe. Auch im weiteren Verlauf hat die Kammer fortdauernd in der Angelegenheit Beratungen gepflogen und wiederholt mit den zuständigen Regierungsstellen verhandelt.

Ergibt sich daraus, daß von einem Abseitsstehen der Handelskammer zu Berlin hier weder im Hinblick auf die Vergangenheit noch für die Gegenwart die Rede sein kann, so soll freilich nicht geleugnet werden, daß das, was die Handelskammer für erwünscht gehalten hat und hält, sich nicht mit dem Verlangen deckt, die Regierung solle die Registrierung aller deutschen Forderungen an das feindliche Ausland durchführen. Dieses Verlangen bedeutet, daß die Regierung nicht nur den deutschen Gläubigern, die infolge des Krieges einen Schaden an ihren Forderungen gegen das feindliche Ausland zu erleiden befürchten, die Anmeldung ermöglicht, sondern die Anmeldung aller deutschen Forderungen gegen das feindliche Ausland erzwingt. Eine derartige Anordnung ist auch von den feindlichen Regierungen bis jetzt nicht getroffen worden; sie haben sich vielmehr in der Hauptsache auf die Herbeiführung der Anmeldung von Schulden der Ausländer an Deutschland beschränkt, woraufhin bei uns ebenfalls die Anmeldung feindlicher Vermögen angeordnet wurde.

Was erstreben die Anhänger der jetzt befürworteten Maßnahme, die doch natürlich nur als Mittel zum Zweck, nicht als Selbstzweck erstrebt werden kann? Die Antwort „die Sicherung der Auslandsforderungen" ist keine Antwort; denn sie läßt die Hauptfrage, wie das geschehen soll, offen. Besser umschreiben diejenigen ihr Ziel, die erklären, daß alle vor dem Kriegsausbruch entstandenen Forderungen gegen das feindliche Ausland vor deutschen Gerichten klagbar gemacht werden müssen, oder daß die Befriedigung aller dieser Forderungen beim Friedensschlusse den feindlichen Regierungen aufzuerlegen ist, welche sich dann mit ihren Staatsangehörigen auseinanderzusetzen hätten.

Der deutsche Gerichtsstand wäre — darüber wird Uebereinstimmung herrschen — die ideale Lösung. Denn sie würde gewährleisten, daß jedem sein Recht wird, natürlich vorausgesetzt, daß die feindlichen Regierungen ihr zustimmen und den Urteilen der deutschen Gerichte die Vollstreckbarkeit in jenen Staaten zusichern; sonst gliche sie dem Messer ohne Klinge. Vielleicht gelingt es, das im Friedensvertrage durchzusetzen; Prophezeiungen hierüber würden der deutschen Taktik, die das Handeln dem Reden vorzieht, nicht entsprechen. Doch eins ist sicher: zu dieser Lösung grade ist die Anmeldung der Forderungen nicht im geringsten notwendig, wendig.

Anders verhält es sich mit der Aufbürdung der Zahlungspflicht auf die feindlichen Regierungen. Hierzu wäre eine Aufstellung der zu befriedigenden Forderungen unerläßlich. Die Grundlage ließe sich nur durch eine Anmeldung seitens der deutschen Gläubiger schaffen; eine Prüfung wäre dabei lediglich an der Hand der von diesen beigebrachten Beweismittel denkbar, da ja nur der Gläubiger gehört werden könnte, nicht aber der Schuldner mit seinen Einwendungen. Allein, ist wirklich ernstlich damit zu rechnen, daß die feindlichen Regierungen eine derartige Zahlungspflicht übernehmen müssen, können und werden — neben der Kriegsentschädigung, die wir beanspruchen werden? Wer das glaubt, mag für die obligatorische Anmeldung aller Forderungen eintreten. Wer es nicht glaubt, wird sich vor der Erregung von Hoffnungen hüten, deren Nichterfüllung schwere Enttäuschungen im Gefolge hätte.

Als dritter Zweck, der mit der Anmeldung der Forderungen erreichbar ist, wird von einzelnen noch die Erlangung einer Statistik bezeichnet, welche für die deutschen Friedensunterhändler von Wert sein könnte. Es ist zuzugeben, daß eine gute Statistik der gedachten Art nicht ohne Wert wäre. Eine gute Statistik wird sich jedoch kaum erzielen lassen, weil, wie gesagt, jeder anmeldende Gläubiger im wesentlichen über Grund und Betrag seiner Forderung selbst zu entscheiden hätte, und diese Entscheidung auch bei bestem Willen des Gläubigers leicht unzutreffend ausfallen würde.

Nun sagen manche, die jenen Bestrebungen nachzugeben geneigt sind, daß, wenn die angestrebten Ziele durch die obligatorische Anmeldung der Forderungen nicht erreichbar sind, immerhin damit kein Schaden angerichtet werden würde. Dem ist nicht zuzustimmen. Erstens leben wir in einer Zeit, in der so viel dringendes zu tun ist, daß man nicht auf überflüssiges Kraft und Mühe verschwenden soll. Zweitens hat aber die Sache auch an sich gewisse Bedenken gegen sich. Daß viele Anmelder aus der Anmeldung falsche Schlüsse ziehen und meinen würden, mit der Anmeldung alles Nötige zur Erlangung ihres Rechts getan und auf die eigene weitere Verfolgung verzichten zu dürfen, ist schon oben angedeutet. Andererseits würde — namentlich unter den Angehörigen des Kaufmannsstandes — mancher nur ungern das Geschäftsgeheimnis, an wen er Forderungen hat, preisgeben. Mancher würde auch befürchten, daß schon die aus der Anmeldung von Forderungen ersichtliche Tatsache, daß er große Außenstände im Feindeslande hat, seinen Kredit schädigt, obwohl die Güte der Forderungen hierzu keinen Anlaß gibt. In anderen Fällen würde es daneben unliebsam empfunden werden, Geschäftsgeheimnisse langjähriger ausländischer Kunden offenbaren zu müssen. Endlich fällt die Möglichkeit ins Gewicht, daß das feindliche Ausland die Maßnahmen mit schikanösen Gegenmaßnahmen beantworten, und sich so — ohne greifbaren Nutzen — eine neue Verknotung in dem schon übergenug verwickelten Gewebe der privatrechtlichen Beziehungen zwischen uns und dem feindlichen Auslande bilden würde.

Freilich sind alle diese Bedenken nicht so groß, um einen scharfen Kampf der Meinungen in der Oeffentlichkeit zu rechtfertigen. Von einem solchen hat sich auch die Handelskammer ebenso wie andere, den gleichen Standpunkt einnehmende amtliche Handelsvertretungen ferngehalten. Gleichviel, ob die eine oder die andere Meinung bei der Regierung Erfolg hat: unter allen Umständen bleibt es die Aufgabe der Vertreter deutscher Handels- und Industrieinteressen, darüber zu wachen, daß bei der schließlichen Regelung die durch den Krieg notleidend gewordenen Forderungen die weiteste Berücksichtigung finden. Denn die Anmeldung ist noch keine Sicherung. Vor allen Dingen wird es dann geboten sein, diesen Forderungen eine unparteiische und rasche Rechtsprechung und Vollstreckung zu sichern; möglicherweise werden auch materialrechtliche Grundsätze vereinbart werden müssen. Die Schwierigkeiten dieser schließlichen internationalen Regelung werden nicht gering sein. Es bedarf ernster Vorarbeiten, bei denen alle sachkundigen Kreise mit der Regierung einheitlich zusammenzuwirken berufen sind.

Die Zeit
1./VI. 1916

155

Unser Verhältnis zu Ungarn und Deutschland.

pl Salzburg, 31. Mai. (Priv.-Tel.) In einer vom deutschfreiheitlichen Volksbund einberufenen, zahlreich besuchten Versammlung sprach am 29. d. Minister a. D. Dr. Baernreither über Fragen der zukünftigen Gestaltungen in Oesterreich. Dr. Baernreither besprach insbesondere eingehend das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn und verwies darauf, daß im Laufe der Zeit das Zusammenwirken der beiden Staaten in der Monarchie allerlei Wandlungen durchgemacht habe. Allerlei Reibungen seien zutage getreten, die aber in den Stunden höchster Gefahr in den Hintergrund traten. Dr. Baernreither führte unter anderem aus, daß wir sicherlich an allem genug hätten, wenn wir tatsächlich ein einheitliches großes Konsumtionsgebiet und eine einheitliche Amtsstelle, etwa wie Deutschland, zur Verteilung der Vorräte hätten. Ungarn sei durch die Natur das reichere Land, wo Lebensmittel in reicher Menge wachsen. Beim nächsten Vertrag zwischen Oesterreich und Ungarn müssen die auf diesem Gebiet stehenden Verhältnisse geklärt und gebessert werden. Wir müssen uns mit Ungarn auch in finanzieller Beziehung aussprechen und ausgleichen. Redner besprach sodann die Fragen der neuen Steuern und verwies darauf, daß nach unserem Staatsgrundgesetz die zur Erledigung kommenden Steuerfragen nur gemeinsam mit Ungarn geregelt werden können. Ein gesondertes Vorgehen in diesen Fragen würde schließlich auch nur einer Trennung die Wege öffnen. Bezüglich der Frage des wirtschaftlichen Zusammenschlusses Deutschlands und Oesterreich-Ungarns erklärte er, daß dieses nach dem Kriege notwendig sei. In diesem Falle würde sich auch das Verhältnis zwischen den beiden Staaten der Monarchie besser gestalten. Wir kämen aus vielen Binnenreibereien heraus, und das Großzügige des Zusammenschlusses würde auch Ungarn heben. Um zu diesem wirtschaftlichen Verhältnis zu Deutschland zu kommen, das auf breiter Basis beruhen müßte, ist es notwendig, das Verhältnis zu Ungarn zu regeln und einen langfristigen Vertrag von etwa 25 Jahren zu erzielen. Bei den Unterhandlungen mit Ungarn müssen wir darauf bedacht sein, daß wir uns den Weg für Handelsverträge, die wir gemeinsam mit Deutschland schließen, nicht verrammeln. Es werde viel von Handelsbeziehungen mit dem Balkan gesprochen.

Reichspost

4./11. 1916

156

Die Zollpolitik und die Getreideproduktion der Uebersee.

Die Entwicklung der Zollpolitik Oesterreich-Ungarns und Deutschlands in den letzten fünfzig Jahren ist gekennzeichnet durch die Abkehr vom Freihandel und eine von Jahrzehnt zu Jahrzehnt stärkere Betonung des hochschutzzöllnerischen Standpunktes. In Deutschland hat die Landwirtschaft die Freihandelspolitik mitgemacht, solange das Reich zu den Getreide ausführenden Ländern gehörte und solange der heimische Verbrauch durch die eigene Erzeugung gedeckt werden konnte. Sie begann sich jedoch schutzzöllnerisch zu betätigen, als die jungfräulichen Gebiete in den Vereinigten Staaten und später auch in Argentinien durch den Bau von Eisenbahnen der Kultur erschlossen wurden und die technische Ausgestaltung der überseeischen Schiffahrt eine billige Verfrachtung ermöglichte. Die Weltwirtschaft hatte mit einem Schlage ein anderes Gesicht bekommen. Der Farmer, der im sog. wilden Westen immer neue Strecken unter Kultur nahm und unter den günstigsten Vorbedingungen arbeitete, wurde zum Konkurrenten nicht etwa bloß der deutschen Landwirtschaft, für die es allmählich schwer wurde, den heimischen Bedarf voll und ganz zu decken, sondern auch für Länder, wie Oesterreich-Ungarn, wo die Verhältnisse zwar wesentlich anders geartet waren wie im benachbarten, weit dichter bevölkerten Deutschland, wo jedoch der Fortbestand und die Fortentwicklung der Landwirtschaft gleichfalls nur dadurch gesichert werden konnten, daß man durch die Errichtung von Zollschranken den Unterschied in den Gestehungskosten der heimischen und amerikanischen Landwirtschaft ausglich. Wenn man bei uns im Jahre 1878 und in Deutschland im Jahre 1879 zum Schutzzoll übergegangen ist, so war dies nichts anderes wie die notwendige Folge der veränderten Weltwirtschaftslage, die andernfalls den Ruin der heimischen Landwirtschaft herbeigeführt hätte. Die Gegner des Agrarschutzes wurden allerdings nicht müde, die Vorzüge der sogenannten internationalen Arbeitsteilung zu betonen; bei vielen spielen parteipolitische Sonderinteressen eine wichtige Rolle und in den Augen dieser Verfechter des Freihandels wäre es kein Unglück gewesen, wenn wir die gesamte Landwirtschaft zugunsten einer vollkommenen Industrialisierung über Bord geworfen hätten. Daß eine derartige Umgestaltung unseres gesamten Wirtschaftslebens ein Verbrechen gegen unsere nationale Existenz gewesen wäre, das hat der jetzige Krieg für Blinde zum greifen deutlich dargetan. Trotzdem lassen sich in letzter Zeit Stimmen vernehmen, die dem Agrarschutz jede Berechtigung absprechen und die ihren Standpunkt mit einer durch den Krieg beschleunigten Umgestaltung der gesamten Weltwirtschaft rechtfertigen wollen. Es wird da auf die ja gewiß unbestreitbare Tatsache hingewiesen, daß die Zahl der Getreide ausführenden Länder in Europa immer kleiner wird und daß sich die Union mit raschen Schritten aus einem Agrarstaat in einen Industriestaat umwandelt, dessen Getreideerzeugung heute nur mehr wenig größer ist wie der eigene Bedarf, daß sich anderseits Länder wie Südafrika einseitig auf einen bestimmten Produktionszweig, in diesem Falle die Förderung von Gold und Diamanten festlegen und dadurch trotz des Ueberflusses an kulturfähigem Lande zu Gebieten werden, die sich nicht selbst ernähren können, daß sich ferner die Gestehungskosten in der überseeischen Landwirtschaft mit der zunehmenden Notwendigkeit einer ausgiebigen Düngung immer mehr erhöhen, was gleichbedeutend sei mit einer verminderten Konkurrenzfähigkeit im internationalen Getreidehandel und einem ständigen Steigen des Weltmarktpreises. Diejenigen, die so argumentieren, mögen mit ihrem Hinweis auf die Veränderung im inneren Organismus der Vereinigten Staaten Recht haben, wenngleich ein Blick auf die Statistik des letzten Jahres genügt, um zu erkennen, daß die Union als Getreideausfuhrland immer noch eine wichtige, ja ausschlaggebende Rolle spielt. Im Westen der Vereinigten Staaten ist der für die Neubesiedlung verfügbare Boden in der Tat knapp geworden und um neues Land zu erschließen, mußte die Regierung gewaltige Stauanlagen in den Felsengebirgen errichten, um auf solche Weise genügend Wasser für die vielen Irrigationsfelder aufzuspeichern, die jetzt in den ehemals wüstenhaften Gegenden von Arizona, Neu-Mexiko und Kalifornien errichtet werden. Derartige Anlagen, die nur mit einem Aufwand von vielen Millionen errichtet werden können, bedeuten natürlich eine wesentliche Erhöhung der Erzeugungskosten und man kann füglich behaupten, daß die auf diesen Gebieten angesiedelten Farmer als wirklich gefährliche Konkurrenten für unsere Landwirtschaft nicht mehr in Frage kommen. Ohne intensivere Kultur, d.h. ohne Anwendung von künstlichem Dünger usw., ist die amerikanische Landwirtschaft kaum mehr in der Lage, ihre Gesamterzeugung noch wesentlich zu erhöhen. Die Einfuhr von Salpeter, vor allem aber Kali nimmt tatsächlich in letzter Zeit immer mehr zu, wenn auch nicht in einer Weise, die in den Ziffern des relativen Bodenertrages zum Ausdruck käme. Der allmähliche Uebergang zu einer rationellen Bearbeitung des Bodens bedingt natürlich eine Erhöhung der Gestehungskosten und wenn der nordamerikanische Landwirt auch heute noch billiger erzeugt wie der europäische, so steht dennoch fest, daß sich sein Vorsprung immer mehr verkleinert. Damit verliert er auch zusehends die Rolle, die ihm ehedem am internationalen Getreidemarkte zukam, um sie an den kanadischen und argentinischen Konkurrenten abzutreten.

Diese beiden Länder befinden sich gegenwärtig in jenem Stadium der Entwicklung, in dem sich die Union vor vierzig Jahren befand. Hier liegen noch gewaltige Flächen brach und wenn die planmäßig geleitete Besiedelung auch rasch vonstatten geht, so dürfte es menschlichem Ermessen nach, immer noch ein Menschenalter, wenn nicht mehr dauern, bis der letzte Acker Kanadas und Argentiniens seinen endgültigen Besitzer gefunden hat. Die ganze auf rücksichtslosem Raubbau fußende Arbeitsmethode der kanadischen und argentinischen Landwirtschaft ermöglicht ein Mindestmaß von Gestehungskosten, das sich nur langsam entsprechend der durch die zunehmende Besiedelung und eine unvernünftige Spekulation bedingten Steigerung der Bodenpreise verändert. Nicht weniger wie 700.000 nordamerikanische Farmer haben in den letzten zehn Jahren ihre durch Raubbau zugrunde gerichteten Felder in den mittleren Gebieten des Mississippi verkauft und sich in den Prärieprovinzen Kanadas angesiedelt. Dort steht ihnen ein jungfräulicher und selbst heute noch billiger Boden zur Verfügung. Mit ihnen kann der europäische Landwirt unter keinen Umständen in Wettbewerb treten. Die Unkosten, mit denen der kanadische Farmer zu rechnen hat, sind unverhältnismäßig geringer wie die eines Bauern in Böhmen oder Mähren; sie müssen niedriger sein, denn nur dann ist eine Ausfuhr von Getreide möglich, die es diesen großen Siedlungsländern gestattet, ihre stark belastete Handels- und Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Eisenbahnen in Argentinien und noch mehr in Kanada durch ihre Tarifpolitik nicht bloß zu fortschreitender Kolonisation anreizen, sondern auch für einen außerordentlich billigen Abtransport des Ernteüberschusses Sorge tragen. Besonders die Regierung in Ottawa ist auf diesem Gebiete mit sichtbarem Erfolge tätig und wenn sie ihr Programm, die Schaffung eines Wasserweges für Ueberseedampfer bis zu den Häfen am Oberen See, das ist bis ins Herz des amerikanischen Festlandes durchgesetzt haben wird, dann wird der kanadische Weizen noch leichter wie bisher trotz der Zollschranken mit unseren heimischen Erzeugnissen in Wettbewerb treten. Die bestehende Frachtenhausse mag dem ja vorläufig einen Riegel vorschieben. Es wäre jedoch nichts verfehlter, wollte man nun nur auf Grund der durch den Krieg bedingten Frachtenverteuerung die jetzigen Zollschranken überhaupt beseitigen, so wie es jetzt von einer gewissen Seite gefordert wird. Diejenigen, die jetzt prinzipiell die Berechtigung des Agrarschutzes leugnen, scheinen zu übersehen, daß die Steuern, die die heimische Landwirtschaft belasten, eine wesentliche Steigerung erfahren werden, was gleichbedeutend ist mit einer neuerlichen Erhöhung der Erzeugungskosten, daß anderseits gerade jene Länder, die in der Getreideausfuhr eine Rolle spielen, also Kanada und Argentinien, ungeheuren Gewinn aus dem Kriege gezogen haben, daß sich infolgedessen ihr Wettbewerb im nationalen Getreidehandel nach dem Krieg doppelt fühlbar machen wird. Die Umgestaltung der Weltwirtschaft, die von den Gegnern des Agrarschutzes jetzt ins Treffen geführt wird, besteht, aber sie ist noch im Flusse. Es scheiden tatsächlich immer mehr Länder aus der Reihe der Getreide ausführenden Länder aus. Dieses Minus wird jedoch — das zeigt die Statistik des internationalen Getreidehandels zur Genüge — durch den vermehrten Anbau in den erwähnten Ländern, neben denen übrigens auch noch Australien eine, wenn auch weniger wichtige Rolle spielt, mehr wie ausgeglichen. Eine Aenderung gegenüber den weltwirtschaftlichen Verhältnissen des Jahres 1878 besteht nur insofern, als in bezug auf die Herkunftsländer für fremdländliches Getreide ein Wechsel eingetreten ist. Vorläufig befinden wir uns noch in einem Stadium des Ueberganges, bis jener Zustand erreicht sein wird, wo das letzte Joch jungfräulichen Landes unter Kultur genommen sein wird und wo der überseeische Wettbewerb am Getreidemarkt von selbst aufhört.

Neue Freie Presse
4./VI. 1916

158

[Eine Verbesserung der Handelsstatistik

Von Dr. Emmerich Wächter erhalten wir folgende Ausführungen: Die künftigen Zolltarife werden als Kampftarife die Macht- und politischen Verhältnisse zum Ausdruck bringen. Wir müssen daher, um unsere Produktion zu schützen und zu fördern, auch anderer Mittel als des Zollschutzes, der ja immer ein zweischneidiges Schwert war, gedenken. Die Basis, auf der sich die Tarifverhandlungen bewegen, ist die Handelsstatistik. Sie erhält gegenwärtig ihre Ziffern durch Bewertung der ein- und ausgeführten Warenmenge. Das Material liefern die Gewichtsangaben in den statistischen Begleitscheinen, die aus Anlaß der Verzollung abgegeben werden. Das Resultat wird daher immer falsch, das heißt als ein auf Grund von Inlandpreisen geschätztes, den Tatsachen nicht entsprechendes sein. Der Einwand, daß das erhaltene Bild relativ zu werten sei, wird dadurch hinfällig, daß alljährlich eine Berichtigung der Schätzung vorgenommen wird und sohin ein Vergleich mit den früheren Jahren nicht durchgeführt werden kann. Wie kann man anderseits zum Beispiel bei Pos. 1601 „Maschinen und Apparate aus unedlen Metallen" mit Anspruch auf halbwegs Genauigkeit eine einheitliche Wertziffer von 3 K. per Kilogramm treffen? Von den unterschiedlichen Apparaten, die darunter begriffen sind, ist doch sicher keines nach Gewicht verkauft worden. Oder Pos. 43 „Edelmetalle, Edel- und Halbedelsteine und Waren daraus" (S. 1040 Statistik vom Jahre 1914) oder Asiatische Türkei; eingeführte Menge 100 Kilogramm, Gesamtbetrag des Einfuhrwertes 1510 K.; was für ein Schmuck war das aus Edelmetall oder Edelsteinen, von dem man 100 Kilogramm um 1510 K. erstanden hat? Mein Vorschlag ginge daher dahin, Verzollung nach Maß und Gewicht, Stückzahl, wie bisher. Die Statistik auf Grund der Faktura des ausländischen Versenders. Dieser würde verpflichtet, eine wahrheitsgetreue Abschrift derselben den Frachtdokumenten in einem versiegelten Kuvert beizulegen. Ein Anreiz zur Fälschung wäre da kaum gegeben. Zur Sicherung der Wahrheit könnte aber immerhin die Bestimmung dienen, daß das amtliche Fakturenexemplar in Rechtsstreitigkeiten bezüglich des geringen Wertes einen Beweis macht. Auf Grund des Fakturenmaterials ließe sich eine Preisstatistik bilden, die Aufschlüsse hinsichtlich der Spezialisierung unserer Produktion zuließe. Ausländische Lieferanten (die wir nach der gegenwärtigen Statistik überhaupt nicht kennen — denn als Versender figuriert in der Regel der ausländische Spediteur) könnten, sofern die Massenhaftigkeit ihres Absatzes es gerechtfertigt erscheinen ließe, zu Gründungen im Inland veranlaßt werden. Dem Staate als Besteller würden bei allen nicht börsen- oder marktgängigen Artikeln wichtige Anhaltspunkte gegeben.

Neue Freie Presse
4. VI. 1916

159

Die deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftskonferenz in München.

Von Professor Dr. Rud. Kobatsch.

Wien, 3. Juni.

Morgen beginnen in München die Beratungen, welche von dem Deutsch-österreichisch-ungarischen und dem Oesterreichisch-deutschen Wirtschaftsverbande veranstaltet werden und an welchen mehrere hundert Wirtschaftspolitiker aus dem Deutschen Reiche, aus Oesterreich und Ungarn teilnehmen. Hervorragende Fachleute der drei Staaten werden über die wirtschaftlichen und handelspolitischen Aufgaben der Mittelmächte nach dem Kriege über die mitteleuropäische Agrarpolitik, über den Ausbau des mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes berichten. Die beteiligten Regierungen und großen Städte haben offizielle Vertreter entsendet, und so ist zu erwarten, daß auch der König von Bayern, der sich bekanntlich vor allem für den Ausbau des Wasserstraßennetzes interessiert, den Verhandlungen beiwohnen wird.

Die Idee der wirtschaftlichen Annäherung der Mittelmächte, sehr bald nach Ausbruch des Krieges unter dem gewaltigen Eindruck der sieghaft bewährten Waffenbrüderschaft entstanden, hat immer weitere Kreise des Wirtschaftslebens erfaßt, ihre politische und volkswirtschaftliche Bedeutung wurde in den beteiligten Reichen auf das eifrigste erörtert und alle Gründe dafür und dagegen diskutiert. Die beiden Mittelmächte und ihre neuen Verbündeten werden ihre außen- und handelspolitischen sowie ihre wirtschaftlichen Interessen innerhalb eines zweckmäßig organisierten Bündnisses ungleich besser wahren und verfolgen können, als wenn sie getrennt, vielleicht sogar gegeneinander marschieren wollten. Hiebei kommt aber vor allem in Betracht, daß der Bündnisgedanke als eine Verteidigung und Abwehrmaßregel gedacht ist, daß ihm keine aggressive Tendenz, vor allem keine solche der Absperrung gegen dritte Staaten, zugrunde liegt, daß daher die Export- und Schiffahrtsinteressen der Mittelmächte für jede in ihrem Bereiche, auch innerhalb des Bündnisses vollauf gewahrt bleiben können und daß anderseits im Wechselverkehre der Mittelmächte selbst eine die beiderseitigen Produktions- und Konsumverhältnisse überaus günstig beeinflussende, einverständliche Regelung Platz greifen kann.

Allzulange und allzuoft wurde der Bündnisgedanke ausschließlich vom zollpolitischen Standpunkte aufgefaßt und erörtert, ja sogar vom Standpunkte des individuellen Zollschutzes. So gewiß es nun ist, daß das Bündnis die volks wirtschaftlich berechtigten Interessen aller Produktionszweige in den Mittelmächten berücksichtigen muß, so ist es durchaus verfehlt und sehr kurzsichtig, das Bündnis lediglich von dem engen Horizonte der Verhandlungen über einen gewöhnlichen Handelsvertrag veranschlagen zu wollen, denn neben den bloßen zollpolitischen kommen eine ganze Reihe anderer wichtiger wirtschaftspolitischer, insbesondere verkehrs- und währungspolitischer Fragen sowie solche der Sozial- und Ernährungspolitik, weiter aber auch der Rechtspolitik mitentscheidend in Betracht, so daß der gesamte Komplex aller wichtigeren wirtschaftspolitischen Probleme innerhalb des mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses zur Erörterung und Lösung gelangen muß.

Eine erhöhte Bedeutung hat der mitteleuropäische Bündnisgedanke dadurch erhalten, daß innerhalb der uns feindlichen Staaten zum Teile sehr weitreichende wirtschaftliche Bündnispläne (zollpolitische Vorzugsbehandlung, wechselseitige Kredithilfe, gewerbliche Rechtsschutzgemeinschaft, erneuerte Navigationsakte u. a.) erwogen und beraten wurden und gerade auch derzeit beraten werden. Ohne hier über die Durchführbarkeit der wirtschaftlichen Pläne der Ententestaaten näher sprechen zu wollen und ohne diese Pläne irgendwie zu überschätzen, ist es gerade aus diesem Grunde ein Gebot wohlerwogener Wirtschaftspolitik der Mittelmächte, ihrerseits rechtzeitig alles vorzukehren, um, wie sie in dem Kriege eine weit bessere militärische und finanzielle Rüstung hatten als ihre Gegner, auch für den Friedensschluß und für die Zeit nach dem Kriege wirtschaftlich und handelspolitisch möglichst gut, und zwar zur Abwehr, nicht etwa zum Angriff, gerüstet zu sein.

Für Oesterreich-Ungarn ist es von besonderer Wichtigkeit, daß neben den zahlreichen Vertretern des österreichischen Wirtschaftslebens auch eine stattliche Schar ungarischer Wirtschaftspolitiker an der Tagung teilnimmt. Die im Zuge befindlichen Ausgleichsverhandlungen, welche unzweifelhaft in einem wichtigen Zusammenhange mit dem Gedanken des mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses stehen, werden vor allem die Grundlagen der bisherigen Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Oesterreich und Ungarn auf lange Dauer sicherzustellen haben, und es ist anzunehmen, daß die hohe Bedeutung des Wirtschaftsbündnisses mit dem Deutschen Reiche, welche nicht bloß in Oesterreich, sondern auch in Ungarn volle Würdigung findet, im günstigen Sinne auf die Ausgleichsverhandlungen wirken wird, so daß sowohl diese als die Verhandlungen über das Bündnis selbst mit voller Aussicht auf Erfolg zu Ende geführt werden können.

Frankfurter Zeitung
5./VI. 1916

160

Deutsch-österreich-ungarischer Wirtschaftsverband.

⌣ München, 5. Juni, 9 V. Die Tagung des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes, die heute und morgen hier stattfindet und zu deren Begrüßung die Stadt Flaggenschmuck trägt, wurde gestern Abend mit einem Begrüßungsabend eröffnet, zu dem sich eine große Zahl österreichischer und ungarischer Parlamentarier, Städtevertreter und hervorragende Männer aus dem Wirtschaftsleben mit den deutschen Mitgliedern des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes zusammengefunden hatten. Die bayerische Regierung war durch mehrere Mitglieder des Gesamtministeriums und die beteiligten Abteilungsbeamten vertreten.

Der Vizepräsident des Reichstags Dr. Paasche begrüßte als Präsident des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes die Versammelten. Er wies auf die bevorstehende Tagung unserer Feinde in Paris zur Vorbesprechung des künftigen Wirtschaftskrieges gegen die Mittelmächte hin. Dem Deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbund liege im Gegensatz dazu jeder aggressive Gedanke fern. Er will vielmehr zum friedlichen Wettbewerb mit allen Nationen rüsten in Abwehr und durch Stärkung der eigenen Kräfte. Ministerialdirektor v. Meinel als Vertreter des Ministerpräsidenten Grafen Hertling begrüßte die Vertreter der Donaumonarchie und auch einen bulgarischen Vertreter als Gäste des Landes und wünschte ihnen Glück zu den jüngsten Erfolgen zur See und zu Land. Gerade in Bayern bestehe die festeste Ueberzeugung von der weitgehenden wirtschaftlichen Interessengemeinschaft beider Kaiserreiche. In der Rohstoffbeschaffung sei unter dem Zwang der Verhältnisse schon zum Teil eine Versorgungsgemeinschaft entstanden als Vorbild für einen künftigen engeren Zusammenschluß auf wirtschaftlichem Gebiet. In der Blutsbrüderschaft sei eine weitere günstige Vorbedingung für den engen Zusammenschluß gegeben, für Bayern auch noch in den besonders alten Beziehungen von Volk zu Volk, von Herrscherhaus zu Herrscherhaus und vor allem in dem gemeinsamen Wasserstraßenband der Donau, die fortan ohne die bisherige Bedrohung und Störung eine völkerverbindende Straße im Anschluß an den Rhein werden und bleiben müsse. Der Wille unter voller Wahrung der beiderseitigen Souveränität zu einer vorteilhaften Annäherung zu gelangen, bestehe auf allen Seiten, und wo ein Wille, da ein Weg.

Auf die mit lautem Beifall aufgenommene Begrüßung durch die Regierung folgte jene der Stadt an die Versammlung, dann jene der Handelskammer München und schließlich warme Zustimmungsworte eines österreichischen Vertreters und eines ungarischen. Die Beratungen beginnen heute. Auch der König wird der Sitzung morgen beiwohnen.

Neues Pester Journal
6./VI. 1916
164

‡ **(Die Marktlage in Rumänien.)** Unser Bukarester Korrespondent schreibt: Durch die Einengung des freien Getreidehandels ist das Geschäft sehr begrenzt. Die Abwicklung der Verkäufe an die Centralmächte erfolgt flott, aber neue Abschlüsse kommen kaum zustande, da der Verkauf der neuen Ernte nur an die Volksbanken erfolgen kann. Diese zeigen vorerst wenig Neigung, in neue Kontrakte einzugehen, da diesen noch jede Basis für die Preisbestimmung fehlt. Den Verkäufern werden nur vereinzelt Vorschüsse auf die neue Ernte ertheilt, wenn diese ihre Fechsung ganz oder theilweise in der Form verpfänden, daß sie sich verpflichten, das Getreide nach der Ernte zu einem später festzustellenden Preise abzuliefern. Aber dazu verstehen sich nur Wenige, da sie sich auf etwas Unbestimmtes nicht einlassen wollen und für die Vorschüsse hohe Zinsen und Spesen zahlen sollen. In letzter Zeit waren Bohnen sehr gesucht und wesentlich theurer, ebenso Oelsaaten selbst in kommender Ernte. Der Saatenstand wird noch immer als sehr gut angesehen trotz der Ausbreitung des Rostes in Folge der naßkalten Witterung in den letzten vierzehn Tagen, von dem der Weizen insbesondere befallen wurde. Die Feuchtigkeit war dagegen dem Mais und den anderen Hackfrüchten sehr zuträglich, weniger dem Weinstock, der in seiner Entwicklung sehr zurückgeblieben ist und die Weinbesitzer zu großer Reserve veranlaßte. Jetzt interessirt sich Alles für Petroleum. Rohöl, Raffinade und Derivate wurden flott gehandelt, die Schlußbriefe wechselten täglich die Besitzer, und an der Börse, mehr noch außerhalb dieser, wurden Aktien und Antheilscheine zu stark steigenden Preisen umgesetzt. Die Festsetzung von Höchstpreisen für Petroleumprodukte hat diesem Treiben einen Damm gesetzt. Es werden aber Anstrengungen gemacht, daß die Verordnung der Höchstpreise wieder aufgehoben werde, da diese die Ausfuhr stark unterbindet. Für den ganzen heimischen Bedarf will man ein bestimmtes Quantum unbedingt zurücklassen und nur der Ueberschuß soll frei sein. Man rechnet auch mit einer Zunahme der Produktion, da jüngst wieder das nöthige Bahnmaterial einlangte und einzelne Raffinerien Schwefelsäure erhalten haben. Die tägliche Rohölproduktion wird derzeit auf 450 bis 460 Waggons geschätzt. Der sonstige Handel kann sich nicht gut entwickeln, da das Material fehlt, die Bahnstrecken sind derart verrammelt, daß selbst die verladenen Waaren nur langsam herankommen, nur Sendungen auf der Donau treffen pünktlich ein.

Hamburger Fremdenblatt
6. IV. 1916

6
165

Wirtschaftliche Wünsche für den Waffenstillstand.

Obgleich für den Fernerstehenden schwer zu beurteilen ist, in welcher Form sich voraussichtlich bei Schluß des jetzigen Krieges mit seiner großen Zahl von kriegführenden Mächten die Friedensverhandlungen gestalten werden, so ist doch wohl mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß — mag es sich um einen allgemeinen Frieden oder um mehrere Sonderfrieden handeln — dem Eintreten des eigentlichen vollen Friedenszustandes eine Periode des Waffenstillstandes vorausgehen wird, während der auf Grund einer zunächst nur in großen Umrissen skizzierten Friedensgrundlage dann die zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Einzelheiten des Friedensvertrages festgestellt werden.

Angesichts der außerordentlichen Ausdehnung dieses Krieges sowie namentlich auch der überaus einschneidenden Wirkungen, die er — teils als beabsichtigte Schädigungen, teils als unbeabsichtigte Nebenwirkungen — auf wirtschaftlichem und wirtschaftspolitischem Gebiete mit sich gebracht hat, läßt sich wohl erwarten, daß die Zeitdauer dieser Periode des Waffenstillstandes, so sehr man auch die Friedensverhandlungen zu beschleunigen bestrebt sein wird, nicht ganz kurz sein dürfte. Unter diesen Umständen erscheint es aber dann dringend erforderlich, für diese Periode gewisse provisorische Maßnahmen herbeizuführen, um die Ueberführung der kriegswirtschaftlichen Verhältnisse in den Friedenszustand vorzubereiten und zu erleichtern, ohne daß dadurch die Wiederaufnahme des Kriegszustandes bei etwaigem Scheitern der Verhandlungen gehindert oder erschwert würde.

Der „Ständige Ausschuß deutscher Vereine zur Förderung des Außenhandels“ hat sich während der letzten Monate mehrfach mit diesen Fragen beschäftigt. Er ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die nachstehenden Punkte, deren Durchführung dem gleichen Interesse aller kriegführenden Staaten entspräche, sofort bei Beginn des Waffenstillstandes durch besondere Vereinbarung verwirklicht werden sollten:

1. Ermöglichung der Wiederanknüpfung geschäftlicher Beziehungen mit Firmen und Personen in Feindesland durch Vermittlung neutralländischer Vertrauenspersonen, eventuell unter Kontrolle der Zensurbehörden. Ermöglichung brieflichen und telegraphischen Verkehrs mit Geschäftsfreunden im feindlichen Ausland ohne andere Verzögerung, als durch die notwendigste Zensurkontrolle erfordert wird. Insbesondere auch Ermöglichung der Erörterung schwebender Streitfragen mit Lieferanten, Bauunternehmern, Installateuren, Druckern usw. in Feindesland.

2. Vorbereitung einer Rechenschaftsablegung der Sequester über den geschäftlichen Stand der sequestrierten Firmen und Vermögensbestände (insbesondere auch über etwa erfolgten Verkauf von Waren oder Mobiliar und ähnliche Maßnahmen); Verpflichtung der Sequestor zur Auskunftserteilung auf bestimmte Anfragen, Rechenschaftsablegung auch der feindesländischen Banken über den Stand der bei ihnen sequestrierten Depots durch Lieferung von a dato abgeschlossenen Kontoauszügen.

3. Ermöglichung von Nachforschungen nach dem Verbleib der bei Kriegsausbruch unterwegs gewesenen Warensendungen und Auskunfterteilung darüber seitens der Behörden des Feindesstaates, der sie etwa beschlagnahmt hat. Freilassung der in feindesländischen Häfen festgehaltenen Waren, soweit sie nicht Bannware betreffen und ihre Festhaltung nur durch den Kriegsausbruch veranlaßt wurde, und Ermöglichung ihres Weitertransports nach neutralen Bestimmungsorten.

Frankfurter Zeitung
6./VI. 1916

6.
166

Eine Bundesratsverordnung über Ausfuhrverbote.

(Letzte Meldung.)

Berlin, 5. Juni. (W. B. Amtlich.) Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung eine Verordnung über Ausfuhrverbote erlassen. Danach haben die Landeszentralbehörden vor dem Erlaß von Anordnungen, die für ihr Bundesgebiet, oder einen Teil desselben ein Ausfuhrverbot oder Ausfuhrbeschränkungen von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfes enthalten, oder in ihrer Wirkung einem solchen Ausfuhrverbot oder einer solchen Ausfuhrbeschränkung gleichkommen können, dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, im Interesse der Gesamtversorgung des Reichsgebietes Einspruch zu erheben. Die beim Erlaß dieser Verordnung bereits bestehenden Anordnungen dieser Art sind dem Reichskanzler nachträglich vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben. Bevor der Reichskanzler ein solches Verlangen stellt, wird er sich mit der beteiligten Landesregierung ins Einvernehmen setzen und dafür Sorge tragen, daß durch eine entsprechende Versorgungsregelung und Preisfestsetzung für die beteiligten Wirtschaftsgebiete eine unbillige Schädigung des Ausfuhrgebietes vermieden wird.

Pester Lloyd 7. VI. 1916

I

167

Deutsch-Oesterreichisch-Ungarische Wirtschaftskonferenz.

München, 6. Juni.

Der Deutsch-Oesterreichisch-Ungarische Wirtschaftsverband setzte heute seine Beratungen fort. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Besprechung der Aufgaben der mitteleuropäischen Agrarpolitik nach dem Kriege.

Als erster Berichterstatter sprach der ordentliche Professor an der Hochschule für Bodenkultur in Wien Dr. Karl Hoffmeister, der unter anderem ausführte: Die Frage, ob und wie weit unsere landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden könne, sei eine Schicksalsfrage allerersten Ranges. Wenn man der Frage eines neuerlichen Aushungerungsplanes eventueller Feinde so weit als möglich begegnen wolle, so sei es nötig, bei der Frage einer wirtschaftlichen Annäherung auch unserer Bundesgenossen zu gedenken. Wenn die Zentralmächte von einem eventuellen feindlichen Auslande in der Ernährung nicht abhängig werden wollten, so sei die tunlichste und schleunigste Hebung und Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion nicht nur Oesterreich-Ungarns nötig, sondern es sei auch die Produktion Bulgariens und der Türkei für die Mittelmächte durch entsprechende wirtschaftliche Maßnahmen sicherzustellen.

Der zweite Berichterstatter, der Präsident des bayrischen Landwirtschaftsrates Freiherr v. Cetto bezeichnete als nötig, daß die Mittelmächte sofort nach Wiederaufnahme des friedlichen Schaffens die Erfahrungen des Krieges bezüglich der volkswirtschaftlichen Angelegenheiten verwerten müssen. Das wichtigste sei die Sicherung der Nahrungsmittel und der Rohstoffe für die Industrie. Es müsse darauf hingearbeitet werden, uns von der ausländischen Zufuhr wirtschaftlich und finanziell möglichst unabhängig zu machen.

Dr. Anton Eber (Budapest) stellt als die vitalste agrarpolitische Aufgabe Ungarns nach dem Friedensschlusse die Forderung hin: man muß trachten, die Produktivität der ungarischen Landwirtschaft zu heben. Diese Produktivität des ungarischen Bodens bleibt mit 70 Prozent hinter jener des deutschen Bodens zurück. Diese Divergenz kann zur Gänze nie ausgeglichen werden, da sich einem solchen Ausgleiche Hindernisse in den Weg stellen, die vollständig nicht zu beseitigen sind. Die allgemeinen klimatischen Verhältnisse sind bei uns durchaus ungünstiger als in Deutschland. Unsere Sommertemperatur ist durchschnittlich um vier Grad höher wie jene in Mitteldeutschland; dadurch entstehen Dürren, die beispielsweise im Jahre 1909 die Produktion von 80.000 Hektar bebauten Bodens vernichtet haben. Als ein weiteres Hindernis kann die Unebenheit der Niederschläge bezeichnet werden. Die Frühjahrsquote der Niederschläge ist bei uns um drei bis sieben Prozent der Jahresgesamtniederschläge größer als in Deutschland, wodurch bei uns die Frühjahrsarbeiten oft nur verspätet erfolgen können, hingegen ist die Sommerquote um drei Prozent geringer als in Deutschland, welche Trockenheit dann die Sommerdürre noch verschärft. Als ein weiterer ungünstiger Faktor für die Hebung der Landwirtschaft müssen auch die Kunstdüngerpreise angeführt werden, die eine Verbreitung des künstlichen Düngens behindern. Abgesehen von Kalidünger, welchen wir aus Deutschland mit den großen Transportkosten verteuert beziehen, haben wir auch beim Superphosphat den nicht wettzumachenden Nachteil, daß wir die Rohphosphate von unserem einzigen Seehafen durch Wasserstraßen nicht transportieren können, so daß die Eisenbahnfahrt unsere Superphosphatfabrikation wesentlich verteuert. Es ist auch zu bemerken, daß bei uns die landwirtschaftlichen Maschinen viel teurer sind als in Deutschland. Unsere Industrie arbeitet mit teuererem Rohstoffe, hingegen ist der Import mit riesigen Schutzzöllen belastet, die beispielsweise eine Mähmaschine mit zirka 25 Prozent des Wertes verteuern.

Im Gegensatze zu diesen Schwierigkeiten, die einstweilen kaum oder nur zum Teil zu beheben sind, können die folgenden Maßnahmen angeführt werden, welche durchführbar und zur Hebung der Produktivität unserer Landwirtschaft nach Friedensschluß raschestens durchzuführen sind: Vor allem kommt hier der Mangel an Kommunikationsmitteln, nämlich an fahrbaren Straßen in Betracht. Unser Straßennetz von insgesamt 75.000 Kilometern Länge ist gänzlich ungenügend. Es entfallen bei uns auf 100 km² Straßen in der Länge von 29 Kilometern, während in Bayern auf 100 km² Straßen in der Länge von 111·5 Kilometer entfallen. Durch den Mangel an fahrbaren Straßen ist eine intensive Bewirtschaftung des Bodens in vielen Landesteilen ganz unmöglich gemacht; diesem Mangel ist umso rascher abzuhelfen, als nach einer fachmännischen Berechnung sich Straßenbau bezweckende Investitionen in vier Jahren amortisieren. Ebenso wichtig und dringend ist die Regulierung der Flüsse und die Ableitung der Binnenwässer. In dem nassen Jahre 1913 wurde die Fechsung einer angebauten Fläche von 388.000 Hektar durch Ueberschwemmung gänzlich vernichtet, was einem Jahresschaden von k 90,000.000 entspricht. Dieser enorme Schaden wiederholt sich in jedem nassen Jahre, wodurch dann selbstverständlich die Landwirte von einer intensiven Bearbeitung der durch Wasser bedrohten Flächen abgeschreckt werden. Die hauptsächliche und primäre agrarpolitische Aufgabe Ungarns besteht darin, mittels einer einheitlichen Zentralorganisation sofort nach dem Kriege an den Ausbau der fehlenden Straßen, an die Regulierung der Flüsse und an die Ableitung der Binnenwässer zu schreiten. Das sind Kapitalsinvestitionen, deren Verzögerung unsere landwirtschaftliche Produktion jährlich um riesige Beträge schmälert.

Was die öfter ventilierte Frage einer Bodenreform anlangt, so ist eine solche im radikalen Sinne durchzuführende Reform kaum zu empfehlen. Es ist zwar ohne Zweifel wünschenswert, daß der Boden in je größerem Maße in die Bewirtschaftung der Kleinbauer gelange, hiezu bedarf es aber gar keiner gewaltsamen Maßregel, da der Bodenhunger und der Geldüberfluß des Bauers durch Parzellierungen sowohl im Kaufwege als auch durch Pachtungen den Großgrundbesitz und auch den Mittelbesitz bereits in einem solchen Maße angreift, daß hier eine mechanische Mithilfe der Gesetzgebung kaum mehr notwendig erscheint. Nach verläßlichen Daten wurden im letzten Jahrzehnt jährlich durchschnittlich 85.000 Hektar kaufweise parzelliert; hiezu treten noch ganz bedeutende Flächen, die von seiten der Grundbesitzer in Parzellenpacht an Bauern verteilt wurden. Obzwar die privatwirtschaftliche Rentabilität der Bauernbesitze eine durchaus höhere ist als jene der Mittel- und Großwirtschaften — die von Professor Fellner mit 270 Millionen Kronen bewerteten Jahreseinkommen aus der Geflügelzucht, der Obst- und Küchengärtnerei entfallen beinahe ausschließlich auf die Bauernwirtschaften —, so ist doch in Betracht zu ziehen, daß die eigentliche intensive Bodenbearbeitung bei uns derzeit bei der Großwirtschaft, insbesondere bei größeren Pachtungen, wahrzunehmen ist, so daß deren gewaltsame Verdrängung aus dem Standpunkte der Produktivität der Landwirtschaft nicht zu befürworten wäre. Einer radikalen Reform in dieser Richtung bedarf es bei uns nicht; jedenfalls müßte einer solchen Reform die Hebung der landwirtschaftlichen Kenntnisse der Bauern vorangehen. Wir haben derzeit insgesamt 52 landwirtschaftliche Fachschulen unterster Stufe mit jährlich 1400 Schülern. Diese Zahl müßte vor allem beträchtlich erhöht werden. Auch sollte ein viel größeres Gewicht auf die für die Kleinbauern organisierten Winterfachkurse gelegt werden, deren Hörer derzeit insgesamt jährlich zirka 16.000, also eine ganz verschwindend kleine Anzahl, betragen.

Bezüglich des Ausbaues des Hypothekarkredits haben wir eigentlich weniger nachzutragen. Unsere Kreditinstitute haben einen Gesamtstand an Hypothekardarlehen von zirka 4 Milliarden Kronen, hievon verzinst sich die größere Hälfte mit einem Zinssatz unter 5 Prozent und zwei Drittel des Gesamtstandes unter 6 Prozent. Der Grundbesitzer arbeitet daher bei uns mit einem verhältnismäßig billigen Hypothekarkredit und es wäre der bestehenden Organisation nur ein neu zu errichtendes Institut beizufügen, welches landwirtschaftliche Investitionen der Grundbesitzer (Grundmeliorationen, Kleinbahnen usw.) mittels Darlehen finanzieren sollte, die in einem kürzeren Zeitraume von 10—15 Jahren zu amortisieren wären.

Schließlich beruft sich Referent auf die letzte Rede des Grafen Apponyi, in welcher er den deutschen Einfluß auf die ungarische Wirtschaftskultur wärmstens gewünscht hat. Dies ist die fast allgemeine Stimmung der intellektuellen Kreise in Ungarn, die gern sehen würden, wenn die vorgeschrittene deutsche Landwirtschaft sich an unserer Agrararbeit beteiligen würde. Dies würde und könnte natürlich nicht durch die Ansiedelung breiterer Volksmassen, sondern durch Pachtung und Käufe intensiv zu bearbeitender Großgrundbesitze von seiten kapitalskräftiger und sachkundiger Landwirte erfolgen, auch dies möglichst in Anlehnung an einheimische Oekonomen, deren Kooperation die Einführung in die speziellen Verhältnisse Ungarns erleichtern und auch den Anschein einer Gefahr der Entnationalisierung der ungarischen Landwirtschaft abwenden würde.

Pester Lloyd 7./VI. 1916

II

Deutsch-Österreichisch-Ungarische Wirtschafts-Konferenz.

168

Dr. Gustav Gratz (Budapest) hält, obgleich er in erster Reihe Industrieinteressen zu vertreten hat, vom Standpunkte Ungarns eine Abschaffung der Getreidezölle für undiskutierbar. Die Zölle haben allerdings den Preis der Getreideprodukte gesteigert. Der Preis ist aber im Bodenwert zum Ausdruck gekommen und der erhöhte Bodenwert wurde teils in Darlehen mobilisiert, teils beim Verkauf des Grundbesitzes in Anrechnung gebracht. Eine Abschaffung der Zölle würde ein plötzliches Sinken des Bodenwertes und damit für viele Gutsbesitzer eine Katastrophe nach sich ziehen. Es kann also nur eine schrittweise, sehr mäßige Verminderung der Getreidezölle in Frage kommen, und auch diese habe ihre Grenzen, dort, wo die Herabsetzung der Zölle die Möglichkeit einer Einfuhr ausländischen Getreides stark fördern würde. Daß die österreichische und die ungarische Landwirtschaft sich nicht so sehr intensiviert hat wie die deutsche hat andere Gründe als den Getreidezoll. Das Schlagwort vom Konsumentenschutz hält Redner für übertrieben, denn es gibt sehr wenig Reinkonsumenten, der größte Teil der Bevölkerung aller Staaten ist auch an der Produktion interessiert. Es wäre aber auch für die großen Massen ein schlechtes Geschäft, billiges Brot zu erhalten, aber wenig Geld, sich Brot zu kaufen.

Den dritten Punkt der Tagesordnung bildet die Frage des Ausbaues des mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes.

Hofrat Professor Dr. Oelwein (Wien) führt aus, daß in den letzten fünfzig Jahren die Kanäle ihre frühere Bedeutung im großen Gütertransport eingebüßt haben. Die neuen modernen Wasserstraßen habe die preußische Regierung begründet. Die neuen Wasserstraßen gestatten den Verkehr von Booten mit 600 bis 1000 Tonnen Ladung. Schon bei 600-Tonnen-Booten wird eine Ersparnis von 40 Prozent der Transportkosten erreicht. Damit ist die moderne Wasserstraße ein gleichberechtigter Faktor im großen Transportgeschäft geworden. Sie muß sich daher auch nach dem gleichen wirtschaftlichen Entwicklungsgesetz ebenso weiterentwickeln wie die Eisenbahn. Die Staaten, die gegen dieses Wirtschaftsgesetz sündigen wollen, werden dann in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückbleiben und das Schicksal jener Staaten teilen, die sich, auf eine extreme Schutzpolitik stützend, selbst von jedem Mitbewerb am europäischen Markt ausgeschlossen haben. Durch die Wasserstraßen tritt eine Entlastung der Eisenbahnen von wenig lohnenden Massengütern, die Möglichkeit der Schaffung neuer Industrien, eine Verbilligung der Produktionskosten und eine Erweiterung der Absatzgebiete ein. Beide Verkehrsmittel sind in der Zukunft berufen, sich als Mithelfer auf dem eigenen und Weltmarkt gegenseitig zu unterstützen, nicht aber zu bekämpfen. Redner skizziert sodann die wichtigsten Linien des noch auszubauenden mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes und die verschiedenen Kanäle, welche die Nord- und Ostsee mit der Donau und dem Schwarzen Meer zu verbinden berufen sind, und erwähnt unter den zu schaffenden Kanälen unter anderem auch die Kanalisierung der Save und Kulpa mit einem Kanal nach Fiume und den Bau einer Wasserstraße von Semendria durch das Morava- und Vardartal bis nach Saloniki.

Landtagsabgeordneter Held (Regensburg) hält die Donau für die natürliche Basis des gesamten mitteleuropäischen Kanalsystems. Rhein und Donau sind die gegebenen natürlichen Faktoren für die Schaffung der großen Binnenstraße Nordsee—Schwarzes Meer. Bisher war der Donauverkehr nur mangelhaft entwickelt, und zwar wegen der Unsicherheit der staatspolitischen Verhältnisse unter den Anliegern, wegen des Mangels eines einheitlichen Donauschiffahrtrechtes und wegen der zu hohen Frachtsätze, welche die Konkurrenzfähigkeit der Flußschiffahrt gegenüber der Levantelinie herabsetzten. Die hohen Frachtsätze sind Folgeerscheinungen der Schiffahrthindernisse im Fluß. Auch haben sich Berg- und Talfracht nicht ergänzt. Die Voraussetzung für eine bessere Zukunft ist der Ausbau der Donau zu einer leistungsfähigen Wasserstraße, und zwar gleichzeitig und einheitlich durch die Anlieger. Er plädiert für einen Donau-Main-Kanal, der auf eine Tragfähigkeit von mindestens 1000 Tonnen gebracht werden muß. Der Kanal soll vom Deutschen Reich und vom Königreich Baiern gebaut werden. Redner warnt vor Illusionen, hält aber auch einen Pessimismus bezüglich der Zukunft der Wasserstraßen für ungerechtfertigt.

Die Zeit
7. VI. 1916

169

Deutsch-österreichisch-ungarischer Wirtschaftsverband.

Das mitteleuropäische Wirtschaftsnetz.

München, 6. Juni. (KB)

Der Deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband setzte heute die Verhandlung über das Thema des Ausbaues eines mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes in Gegenwart des Königs Ludwig fort.

Hofrat Prof. Oelwein (Wien) bezeichnete den Ausbau eines mitteleuropäischen Wasserstraßengesetzes als eine Staatsnotwendigkeit, dessen Ausführung uns den Absatz nach Gebieten ermöglichen werde, die bisher nur von der Seemacht England beherrscht waren.

Reichstagsabgeordneter Dr. Gratz (Budapest) erblickt in der Frage eines die Meere verbindenden Wasserstraßennetzes auch für Ungarn eine Frage allerersten Ranges. Ungarns Aufgabe auf diesem Gebiet liege besonders in der Hebung der Leistungsfähigkeit der Donau. Hier seien alle Vorbedingungen gegeben zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen und zu einer Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf wirtschaftlichem Gebiet.

Landtagsabgeordneter Held (Regensburg) bezeichnete als das Wichtigste für ein großzügiges Wasserstraßennetz eine durchgehende, gleichmäßig befahrene Binnenwasserstraße von Nordwest nach Südost. In diesem Sinne sei die Donau die natürliche Basis eines zukunftsreichen mitteleuropäischen Kanalsystems. Eine unerläßliche Voraussetzung für eine große Schiffahrtstraße über die Donau sei eine Verbindung der Donau mit dem Rhein, wobei Bayern nicht umgangen werden dürfe.

Der Syndikus der Handelskammer Breslau, Dr. Freymarck, beleuchtete vor allem die verkehrspolitische Bedeutung eines Donau-Oder-Kanals vom Standpunkt des Verkehrs zwischen den Donauländern und Deutschland.

Prof. Flamm (Charlottenburg) faßte die Forderungen, die an ein wirtschaftlich arbeitendes mitteleuropäisches Wasserstraßennetz zu stellen sind, nach zwei Richtungen zusammen: Durchführung möglichst großer Schiffe von einem Stromgebiet über Kanäle nach dem anderen und tunlichste Vereinheitlichung der strompolizeilichen Vorschriften.

Generaldirektor Dr. Eber (Budapest) sprach über das gestern abgebrochene Thema der Aufgaben der mitteleuropäischen Agrarpolitik nach dem Kriege. Er verlangte vor allem die Hebung der Produktivität der ungarischen Landwirtschaft. Fast der allgemeine Wunsch der intelektuellen Kreise Ungarns sei, daß sich die deutsche vorgeschrittene Landwirtschaft an der ungarischen Agrararbeit beteiligt.

Die Referate und die Diskussion ergaben eine große Zahl neuer Gesichtspunkte, Anregungen und Wünsche. Präsident Paasche wies in seinem Schlußwort zur Münchener Tagung darauf hin, daß diese an den maßgebenden Stellen gewiß die ihnen zukommende Würdigung finden würde.

Auf die Huldigungstelegramme, die der Deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband und der Oesterreichisch-deutsche Wirtschaftsverband gestern an den Kaiser Franz Josef und den Kaiser Wilhelm sendeten, ist von Kaiser Franz Josef ein Antworttelegramm eingelaufen, das besagt, daß der Monarch die Huldigungsgrüße der Verbände mit besonderer Freude entgegengenommen hat und dafür herzlichsten Dank ausspricht. Kaiser Wilhelm dankte in seinem Antworttelegramm für den Huldigungsgruß der Verbände und wünschte ihren Beratungen gedeihlichen Fortgang.

König Ludwig sagt in seiner Antwort, er erblicke in einem engen wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Zusammenschluß der verbündeten Staaten und Völker die Grundlage für eine gedeihliche Friedensarbeit nach siegreicher Beendigung des Krieges und begleite daher die auf dieses Ziel gerichteten Bestrebungen mit seinen besten Wünschen.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg wünscht in seiner Antwort den Beratungen besten Erfolg. Das von den Verbänden erstrebte Ziel besitze seine volle Sympathie, und seine Erreichung werde ihm stets am Herzen liegen.

Das österreichische Handelsministerium ist bei der Tagung der Verbände durch den Fachberichterstatter Ministerialrat Dr. Graf Zedtwitz und den Hofrat der Direktion für den Bau der Wasserstraßen Schneller Edlen von Mohrthal vertreten.

Neue Freie Presse Abend Ausg.
7. VI. 1916

770

Die Deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftskonferenz zu München.

Begrüßung des Königs Ludwig von Bayern.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

München, 6. Juni.

Vorsitzender Geheimrat Paasche eröffnete die Sitzung mit einer Begrüßung des erschienenen Königs Ludwig und fuhr fort: Weit über die Grenzen des engeren und weiteren Vaterlandes hinaus ist es bekannt, wie Se. Majestät den Bestrebungen, die wir heute als ersten Gegenstand der Tagesordnung erörtern wollen, seit je ganz besonderes Sachverständnis und Interesse entgegengebracht hat, wie Eure Majestät weitsichtige, tatkräftige Politik verfolgt und jetzt als Herrscher dieses schönen Landes ganz besonders die Bestrebungen unterstützt haben, die wir heute durch unsere Beratungen fördern wollen.

In einer Pause nach den ersten Referaten ließ sich der König die Mitglieder des Präsidiums und andere Teilnehmer vorstellen, darunter auch die österreichischen Teilnehmerinnen Gräfin Walterskirchen, Präsidentin der katholischen Frauenorganisation in Niederösterreich, und Frau Granitsch, Delegierte der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs. Zu Frau Granitsch sprach der König darüber, wie die Kriegsarbeit der Hausfrauen im Kampfe gegen die Aushungerungspläne unserer Feinde von allergrößter Bedeutung sei, weil dadurch das Durchhalten ermöglicht werde.

Im Gespräch mit Professor Hoffmeister äußerte sich der König über die notwendige Intensionierung der Landwirtschaft, über die Hoffmeister gestern in seinem Referat gesprochen hat und kam hiebei auf Belgien zu sprechen. Dort herrsche intensivste Kultur und man könne sogar annehmen, daß Belgien sich selbst versorgen kann. Interessant sei, zu sehen, wie die deutschen Soldaten das belgische Land als Großbetrieb mit allen maschinellen Mitteln, Dampfpflüge und desgleichen, bearbeiten, während früher eine engbegrenzte Kleinkultur im Kleinbesitz geherrscht hat. Der dortige gegenwärtige Großbetrieb im Kriege habe es allerdings mit sich gebracht, daß die Grenzen dieser Kleinbesitze ganz verwischt wurden. Nur auf diese Weise aber war es möglich, schon vor Kriegsbeginn an einen vollständig ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Betrieb durch die Heeresorganisation durchzuführen.

Neues Pester Journal
7. VII. 1916
171

Deutsch-österreichisch-ungarischer Wirthschaftsverband.

Aus München wird telegraphirt: Der Deutsch-österreichisch-ungarische Wirthschaftsverband setzte heute seine Berathungen fort. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Besprechung der Aufgaben der mitteleuropäischen Agrarpolitik nach dem Kriege.

Dr. Anton Eber (Budapest) stellt als vitalste agrarpolitische Aufgabe Ungarns nach dem Friedensschlusse die Forderung hin: man muß trachten, die Produktivität der ungarischen Landwirthschaft zu heben. Diese Produktivität des ungarischen Bodens bleibt mit 70 Perzent hinter jener des deutschen Bodens zurück. Diese Divergenz kann zur Gänze nie ausgeglichen werden, da einem solchen Ausgleiche sich derartige Hindernisse in den Weg stellen, die nicht vollständig zu beseitigen sind. Unser Straßennetz von insgesammt 75,000 Kilometern Länge ist gänzlich ungenügend. Es entfallen bei uns auf 100 Quadratkilometer Straßen in der Länge von 29 Km., während in Baiern auf 100 Quadratkilomter Straßen in der Länge von 111.1 Km. entfallen. Durch den Mangel an fahrbaren Straßen ist eine intensivere Bewirthschaftung des Bodens in vielen Landestheilen ganz unmöglich, und diesem Mangel ist umso rascher abzuhelfen, als nach einer fachmännischen Berechnung sich Investitionen, welche Straßenbau bezwecken, in vier Jahren amortisiren. Ebenso wichtig und dringend ist die Regulirung der Flüsse und die Ableitung der Binnenwässer. Die hauptsächliche und primäre agrarpolitische Aufgabe Ungarns besteht darin, mittels einer einheitlichen Centralorganisation sofort nach dem Kriege an den Ausbau der fehlenden Straßen, an die Regulirung der Flüsse und an die Ableitung der Binnenwässer zu schreiten. Was die Frage einer Bodenreform anbelangt, ist eine solche im radikalen Sinne durchzuführende Reform kaum zu empfehlen. Schließlich beruft sich Referent auf die jüngste Rede des Grafen Albert Apponyi, der den deutschen Einfluß auf die ungarische Wirthschaftskultur wärmstens wünscht, Das ist fast die allgemeine Stimmung der intellektuellen Kreise in Ungarn, die es gerne sehen würden, wenn sich die deutsche vorgeschrittene Landwirthschaft an unserer Agrararbeit betheiligte. Dies würde und könnte natürlich nicht durch die Ansiedlung breiterer Volksmassen, sondern durch Pachtung und Käufe intensiv zu bearbeitender Großgrundbesitze seitens kapitalskräftiger und fachkundiger Landwirthe erfolgen. Sodann sprach Exzellenz Freiherr v. Cetto.

Dr. Gustav Gratz (Budapest) hält, obgleich er in erster Reihe Industrieinteressen zu vertreten hat, vom Standpunkt Ungarns eine Abschaffung der Getreidezölle für undiskutirbar. Die Zölle haben allerdings den Preis der Getreideprodukte gesteigert. Der Preis ist aber im Bodenwerth zum Ausdruck gekommen und der erhöhte Bodenwerth wurde theils in Darlehen mobilisirt, theils beim Verkauf des Grundbesitzes in Anrechnung gebracht. Eine Abschaffung der Zölle würde ein plötzliches Sinken des Bodenwerthes und damit für viele Gutsbesitzer eine Katastrophe nach sich ziehen. Es kann also nur eine schrittweise, sehr mäßige Verminderung der Getreidezölle in Frage kommen und auch diese habe ihre Grenzen, dort, wo die Herabsetzung der Zölle die Möglichkeit einer Einfuhr ausländischen Getreides stark fördern würde.

Den dritten Punkt der Tagesordnung bildet die Frage des Ausbaues des mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes.

Hofrath Professor Dr. Oelwein (Wien) führt aus, daß in den letzten fünfzig Jahren die Kanäle ihre frühere Bedeutung im großen Gütertransport eingebüßt haben. Die neuen modernen Wasserstraßen habe die preußische Regierung begründet. Durch die Wasserstraßen tritt eine Entlastung der Eisenbahnen von wenig lohnenden Massengütern, die Möglichkeit der Schaffung neuer Industrien, eine Verbilligung der Produktionskosten und eine Erweiterung der Absatzgebiete ein. Beide Verkehrsmittel sind in der Zukunft berufen, sich als Mithelfer auf dem eigenen und Weltmarkt gegenseitig zu unterstützen, nicht aber zu bekämpfen. Redner skizzirt sodann die wichtigsten Linien des noch auszubauenden mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes und die verschiedenen Kanäle, welche die Nord- und Ostsee mit der Donau und dem Schwarzen Meer zu verbinden berufen sind.

Landtagsabgeordneter Heinrich Held (Regensburg) hält die Donau für die natürliche Basis des gesammten mitteleuropäischen Kanalsystems. Rhein und Donau sind die gegebenen natürlichen Faktoren für die Schaffung der großen Binnenstraße Nordsee—Schwarzes Meer. Bisher war der Donauverkehr nur mangelhaft entwickelt, und zwar wegen Unsicherheit der staatspolitischen Verhältnisse unter den Anliegern, wegen des Mangels eines einheitlichen Donauschiffahrtrechtes und wegen der zu hohen Frachtsätze. Die Voraussetzung für eine bessere Zukunft ist der Ausbau der Donau zu einer leistungsfähigen Wasserstraße. Er plaidirt für einen Donau-Main-Kanal, der auf eine Tragfähigkeit von mindestens 1000 Tonnen gebracht werden muß. Der Kanal soll vom Deutschen Reich und vom Königreich Baiern gebaut werden. Redner warnt vor jedem Illusionismus, hält aber auch einen Pessimismus bezüglich der Zukunft der Wasserstraßen für ungerechtfertigt.

Aus München wird telegraphirt: Auf die Huldigungstelegramme, die der deutsch-österreichisch-ungarische Wirthschaftsverband und der österreichisch-deutsche Wirthschaftsverband gestern an Ihre Majestäten, den Kaiser und König Franz Joseph und den Kaiser Wilhelm sandten, ist von Sr. Majestät König Franz Joseph ein Antworttelegramm eingelangt, welches besagt, daß der Monarch die Huldigungsgrüße der Verbände mit besonderer Freude entgegengenommen hat und dafür herzlichsten Dank ausspricht.

Kaiser Wilhelm dankte in seinem Antworttelegramm für den Huldigungsgruß der Verbände und wünschte ihren Berathungen gedeihlichen Fortgang.

Neues Pester Journal
7. III. 1916
172

*** Ungarische Waffenbrüderliche Vereinigung.** Zur Theilnahme an der konstituirenden Sitzung der ungarländischen waffenbrüderlichen Vereinigung sind wieder zahlreiche Anmeldungen eingetroffen. Es hatten sich gemeldet: die Geheimräthe Dronke und Preiser, der ehemalige Staatssekretär des Kolonialamtes Geheimrath Dernburg, der Vizepräsident des deutschen Reichstages Paasche, der preußische Kronanwalt Supper, die Abgeordneten Bassermann, Naumann, v. Bülow, Waldstein, Ablaß, Brockhausen, Oberbürgermeister Wermuth, die Universitätsprofessoren Hedemann (Jena) und Landsberg (Bonn), die geheimen Justizräthe Boischli und Dr. Fuchs und noch viele Andere. — In der am 10. d. um 7 Uhr Abends im Prunksaale der Budapester Advokatenkammer stattfindenden Plenarsitzung des Ungarischen Juristenvereins hält der geheime Justizrath und Vizepräsident des deutschen Reichstages Dr. Heinrich Dove unter dem Titel „Zwischenstaatsrechtliche Rechtsbeziehungen vor und nach dem Kriege" einen Vortrag. Der Sitzung folgt ein Festessen, welchem auch Justizminister Dr. Eugen Balogh beiwohnen wird. — Aus Berlin wird uns telegraphirt: Oberbürgermeister Wermuth reist voraussichtlich Samstag nach Budapest. Dem Präsidium gehören außer ihm noch Generalfeldmarschall v. Mackensen und Generalkonsul v. Koch an. In der ungarischen Hauptstadt wird dann die Gründung des ungarischen Ausschusses erfolgen. Bedeutende Vertreter der Berliner Rechaswelt werden als Gegenbesuch für die jüngst in Berlin weilenden Juristen an der Fahrt theilnehmen, ebenso auch Parlamentarier. Wermuth trifft in Budapest mit dem Budapester Bürgermeister Bárczy und dem Wiener Bürgermeister Weiskirchner zwecks Erörterung von Wirthschaftsplänen der drei Großstädte zusammen.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl 9/III. 1916

173

Die Münchner Tagung.

Vom Reichsratsabgeordneten **Friedmann**, Präses des Oesterreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes.

Die diesmalige Tagung in München, die vierte in der Reihe der vom deutschen und vom österreichischen Verband gemeinsam getroffenen Veranstaltungen, förderte außerordentlich interessantes und lehrreiches Material zutage. Es wurde nicht mehr über die Notwendigkeit eines möglichst innigen wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Zentralmächte gesprochen; diesbezüglich herrscht heute nach vielen Monaten der Aufklärung Einmütigkeit. Die Aussprachen bezogen sich auf die Wege, die zum Ziele führen sollen. Der vom Oesterreichisch-deutschen Wirtschaftsverband vertretene Standpunkt ist bekannt. Wir verlangen — und zwar im Interesse beider Reiche — die Schaffung bindender Voraussetzungen, welche die völlige Wirtschaftsgemeinschaft vorbereiten und sichern. Gemeinsame Handelspolitik und Interessengemeinschaft auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Ohne die Bedeutung der Zollfragen zu unterschätzen, meinen wir, daß sie nach diesem Kriege angesichts der infolge der ungeheuren Ausgaben hervorgerufenen starken Belastung der Produktion und des Konsums sowie in Anbetracht der zu erwartenden hohen Weltmarktpreise in den Hintergrund treten wird, daß Produktionsan Stelle der Preispolitik betrieben werden muß, daß dieser Krieg, der auf so vielen Gebieten Umwertungen vornimmt, neue Elemente der handelspolitischen Vereinbarungen und geänderte Maßnahmen zum Schutze der heimischen Produktion schaffen wird.

Auf reichsdeutscher Seite wurde mehrfach die Besorgnis der Störung der weltwirtschaftlichen Beziehungen geäußert, wenn die Annäherung in der Form gegenseitiger zolltarifarischer besonderer Begünstigungen zum Ausdruck kommen würde. Auf die diese Frage betreffenden Erörterungen kann im Rahmen dieses kurzen Aufsatzes nicht näher eingegangen werden. Die Zeitungsberichte haben bereits ein flüchtiges Bild der Referate und Aussprachen gegeben. Zur näheren Orientierung werden die stenographisch aufgenommenen Verhandlungen in Druck gelegt und den Teilnehmern und Interessenten zur Verfügung gestellt werden. Die große Zahl der Teilnehmer — aus Deutschland waren 500, aus Oesterreich 100 erschienen — bürgt für die Weiterverbreitung der gegenseitigen Aufklärungen, zumal die Tagungsmitglieder vielfach als Vertreter wirtschaftlicher Körperschaften erschienen sind, denen sie ihrerseits über das Ergebnis Bericht erstatten werden. Aus dem großen Komplex der Fragen, welche sich auf die Wirtschaftsgemeinschaft beziehen, wurden diesmal in München die Handelspolitik nach dem Kriege, die Agrarpolitik im besonderen und die Wasserstraßenfrage herausgegriffen. Hiedurch waren die Voraussetzungen für konkrete Erörterungen des gesamten Problemes und eine wesentliche Klärung der Auffassung gegeben. Hierin liegt der besondere Wert der diesmaligen Tagung, bei der nicht nur Vertreter reichsdeutscher Behörden, sondern auch — und zwar zum erstenmal — Delegierte österreichischer Ministerien zugegen waren. Die Redner anerkannten durchweg die Stellungnahme, daß das große Thema nicht vom Standpunkt einseitiger Interessen oder einzelner Interessentengruppen betrachtet werden dürfe und daß an einer Angelegenheit von so großer Tragweite, an der größten Organisationsfrage unsrer Geschichte, alle Kreise der Bevölkerung auf das lebhafteste interessiert sind und den Bedürfnissen der Produktion sowie des Konsums Rechnung getragen werden müsse.

Der Besuch des Königs verlieh der Tagung ein besonderes Gepräge. Es ist bekannt, wie sehr sich König Ludwig von Bayern für Wasserstraßen interessiert, daß er ein eifriger Verfechter des Baues künstlicher Binnenwasserwege ist, als Prinz in der Kammer das bezügliche Referat führte und auch auf Kongressen als Redner auftrat. Er folgte den mehrstündigen Verhandlungen mit großer Aufmerksamkeit und bekundete in den Gesprächen mit den Funktionären, Referenten und Rednern der Tagung hohes Verständnis für wirtschaftliche Fragen und ein scharfes Urteil.

Nach 20 Monaten mühevoller Arbeit ist das Problem der Schaffung innigster wirtschaftlicher Beziehungen der zwei Zentralmächte zu einer brennenden Frage geworden, die nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt werden kann. Die in immer weitere Kreise gedrungene Erkenntnis, daß der Zusammenschluß eine Schicksalsfrage für beide Reiche ist, hat auch die offiziellen Kreise mobilisiert. Hoffentlich siegt der gesunde Sinn, der Zug ins Große und die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Vorsorge für die Zukunft über Eigenbrötelei und Sonderinteressen. Die Zeiten sind zu ernst und groß für Kleinigkeitskrämerei.

Vossische Zeitung
10./IV. 1916

774

Die Interessengemeinschaft zwischen Oesterreich und Ungarn.

Einer der führenden Parlamentarier Ungarns, der frühere Staatssekretär im Handelsministerium Josef Sztérényi, hat vor kurzem in einer Versammlung des Salzburger Volksbundes einen Vortrag über die Interessengemeinschaft zwischen Ungarn und Oesterreich gehalten, in dem er Töne anschlug, die auch bei uns im Reich lebhaft nachklingen werden. Geheimrat Sztérényi führt u. a. aus:

„Dem Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn lag schon der deutsche Gedanke zugrunde, die Erkenntnis dessen, daß Oesterreich in seinem Regierungssystem nur deutsch sein kann oder ganz slawisch werden muß, und wenn es das nicht werden will, sich an ein ungarisches Ungarn anlehnen müsse, in welchem die Führung dem Magyarentum gesichert bleibe, und daß dieses einheitliche Ungarn seine Stütze in Oesterreich bei dem Deutschtum haben muß. Was aus dieser Monarchie geworden wäre, wenn die Schöpfer des Ausgleichs nicht das Deutschtum in Oesterreich und das Magyarentum in Ungarn zu den Pfeilern des ganzen Gebäudes gemacht hätten, dafür liefert uns dieser Krieg genügende Beweise. Der Ausgleich von 1867 schuf eine Interessengemeinschaft zwischen dem Deutschtum Oesterreichs und dem einheitlichen, unter magyarischer Führung stehenden Ungarn, und im Laufe der Zeit wurde der spätere österreichisch-ungarisch-deutsche Bündnisvertrag eine Rückversicherung, die für Deutschland, wie es wieder der Weltkrieg zeigt, noch eine erheblichere Bedeutung hat als für uns."

Der Vortragende führte sodann aus, die Interessengemeinschaft Oesterreichs und Ungarns und in ihrem Rahmen des österreichischen Deutschtums mit dem Magyarentum, in weiterer Folge der Monarchie mit dem Deutschen Reiche sei leider viel zu wenig bekannt und nicht entsprechend gewürdigt. An der Hand statistischer Daten führte er den Nachweis, daß im engeren Ungarn gegenüber 64,9 v. H. Magyaren und Deutschen 32,9 v. H. Rumänen und Slawen stehen, den anderen Nationalitäten gegenüber aber das Deutschtum Ungarns immer mit den Magyaren zusammengerechnet wird, so innig sei ihr gegenseitiges Verhältnis. Während der Kern des Magyarentums aber im Binnenlande liege, sei das Deutschtum Ungarns umgeben von der überwiegend slawischen bezichungswiſe rumänischen Bevölkerung. In Oesterreich, wo die Nationalitäten angrenzend an ähnliche Staaten mit derselben politischen Tendenz wohnen, bilde das Deutschtum nur die relative Mehrheit, was mit Rücksicht auf die russische Gefahr bedeutungsvoll sei. Ein Gebot der politischen und nationalen Selbsterhaltung des Deutschtums in Oesterreich erheische die Anlehnung an Ungarn und das Magyarentum und umgekehrt, jene Ungarns und des Magyarentums an das Deutschtum Oesterreichs. Das Bündnis mit Deutschland sei eine unabweisbare Folge dieser nationalen Zusammensetzung und geographischen Lage, ein Bündnis auf Grundlage der gleichen Lebensbedingungen, das sich nur weiter vertiefen kann.

In den Tagen, da die Mitglieder der verschiedenen waffenbrüderlichen Vereinigungen sich in Budapest ein Stelldichein geben, verdienen diese Darlegungen eine besondere Beachtung. Im Grunde enthalten sie in wenigen Worten den Kernpunkt der Ziele, denen die waffenbrüderlichen Vereinigungen zuzustreben haben werden.

Sztérényi gehört übrigens in Ungarn neben den Grafen Andrassy und Apponyi, dem jetzigen Ministerpräsidenten Tisza und dem früheren Ministerpräsidenten Wekerle zu den Führern der Bewegung.

Reichspost
10./VI. 1916

Die Zollunionspläne des Vierverband. Aus Bern, 8. d., wird gemeldet: Der Londoner Vertreter des „Temps" schreibt über die bevorstehende Wirtschaftskonferenz u. a.: Die Hauptfrage wird sein, welche Handelsbeziehungen wir mit Deutschland und den Alliierten am Tage nach dem Friedensschlusse haben werden. Zu dieser Frage verhielten sich die meisten Kabinette der Alliierten bisher merkwürdig zurückhaltend und vermieden es sorgfältig, sich für die Zukunft zu binden. Einen entscheidenden Einfluß wird die englische Regierung ausüben. Obgleich sie bisher in allen Erklärungen sehr vorsichtig war, scheint sie heute in der Tat entschlossen zu sein, viel radikalere Maßregeln zu ergreifen, als man noch vor einigen Wochen erwarten konnte. Die Erkrankung des Handelsministers Runciman wird sicherlich nicht ohne Einwirkung auf das Ergebnis der Konferenz bleiben. Der Vertreter des „Temps" erörtert des längeren Englands Pläne, die in ihren Hauptzügen auf eine nationale Handelspolitik nach dem Kriege abzielen mit dem Zwecke, dem Eindringen der Deutschen eine Schranke zu ziehen. Man könne es als sicher ansehen, daß England nach dem Frieden seinen alten Grundsatz „laissez faire, laissez passer" nicht wieder aufstellen werde. Demnach müßten die alliierten Mächte auf der Konferenz über die zukünftigen Zollschranken schlüssig werden, die sie von den feindlichen Mächten trennen sollen. Sie würden eine Art riesige Zollunion bilden müssen, welcher alle Staaten angehörten, die für Freiheit und Recht die Waffen ergriffen haben. Der Berichterstatter fragt hier allerdings zweifelnd: „Oder würde diese Zollunion vielleicht nur eine teilweise sein und nur eine kleine Zahl dieser Staaten umfassen?" Für den Augenblick sei es indessen wichtig, zu wissen, daß England, bevor es sich in eine wirtschaftliche „splendid isolation" zurückziehe, bereit sei, die Vorschläge zu erwägen, welche die Alliierten ihm machen würden.

Pester Lloyd 25. II. 1916

Vorzugszölle als Mittel der wirtschaftlichen Annäherung.

Volkswirtschaft.

Vorzugszölle als Mittel der wirtschaftlichen Annäherung.*)

Von **Dr. Alexander v. Matlekovits,**
Wirklichem Geheimen Rat, Staatssekretär a. D.

Budapest, 24. Februar.

Unter den mannigfachen Vorschlägen über die beste Art und Weise, wie die so sehr ersehnte wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland, Ungarn und Oesterreich ins Werk gesetzt werden soll, hat der Gedanke den stärksten Anhang gefunden, die Zollpolitik Deutschlands und Oesterreich-Ungarns derart einzurichten, daß sie einander gegenüber niedrigere Zollsätze als dritten Staaten gegenüber anwenden sollen. Es handelt sich um das System der sogenannten Vorzugszölle, das in den bekannten imperialistischen Bestrebungen Chamberlains in dem Wunsche zum Ausdruck gelangte, daß das Mutterland seinen Kolonien und Kronländern und umgekehrt von seinen hohen Zöllen große Nachlässe biete und daß das Mutterland und die Kolonien solcherart in ihrem wechselseitigen Handelsverkehr in eine engere Wirtschaftsgemeinschaft geraten. Dieses Zollsystem ist u. a. von Kanada auch praktisch verwirklicht worden.

Da nun bei unserer wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland dieses System der Vorzugszölle angewendet werden soll, gilt es zu prüfen, ob und auf welche Art innerhalb des Systems des gegenwärtigen internationalen Güterverkehrs ein solches Zollsystem eingeführt und mit wirtschaftlichem Vorteil aufrechterhalten werden kann.

Bei der Erörterung dieser Frage haben wir uns vor allen Dingen über die Stimmungselemente der gegenwärtigen Kriegszeit zu erheben. Man darf die zukünftige Entwicklung nicht mit den erbitterten Gedanken betrachten, die die Welt in zwei feindliche Lager gespalten haben; man darf nicht denken, daß im internationalen Verkehr die rechtsvernichtende Gewalt ihre Herrschaft behalten wird, man darf nicht voraussetzen, daß die feindselige Gehässigkeit die richtunggebende Macht im Wirtschaftsverkehr der Völker bleiben wird. Wir werden die friedliche Weltwirtschaft wieder zu erstreben haben, wie sie vor dem Kriege bestand, und in der die wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Egoismus gestaltet wurden, das materielle Interesse den internationalen Verkehr gelenkt hat. Denn wenn auch in den jüngsten dreißig Jahren das altruistische und soziale Empfinden in der Volkswirtschaft der einzelnen Staaten sich stärker entwickelt hat, so können diese Bestrebungen im internationalen Verkehr sich noch nicht zur Geltung bringen. Patriotismus oder nationaler Haß können vorübergehend für ganz kurze Zeit auch auf dem Gebiete der Weltwirtschaft sich betätigen, aber sie müssen, wie wir dies bei den Boykotts zu erfahren Gelegenheit hatten, schon nach kurzer Zeit wieder dem Hauptfaktor des wirtschaftlichen Gefühls, dem Egoismus, weichen. Wir dürfen uns nicht in der eitlen Hoffnung wiegen, daß die enge Waffengemeinschaft, die in dem gegenwärtigen furchtbaren Kriege zwischen Deutschen, Ungarn und Oesterreichern die Fäden der wechselseitigen Achtung und Liebe zu einem starken Bindemittel verwoben und das Gefühl unseres Aufeinanderangewiesenseins in der wechselseitigen wirtschaftlichen Unterstützung zum Ausdruck gebracht hat, nach dem Kriege, in der Zeit des wiederhergestellten Weltfriedens, die natürlichen Grundlagen des Wirtschaftslebens verändern und die Nächstenliebe oder das Dankgefühl für den einstmaligen Waffengefährten oder ähnliche Gefühlsfaktoren nichtwirtschaftlicher Natur an die Stelle der Gesetze von Angebot und Nachfrage setzen werde. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Deutschen Braugerste in Ungarn kaufen werden, bloß weil diese Braugerste ungarisch ist und aus dem Lande des gewesenen Waffengenossen stammt; auch künftighin werden die Deutschen unsere Braugerste kaufen, weil diese besser und wohlfeiler ist; der ungarische Fabrikant wird desgleichen bei Ergänzung seiner Fabriksanlage die Arbeitsmaschinen aus einer deutschen Fabrik beziehen, nicht aus Gründen der jetzt stärker entwickelten Hochachtung und Wertschätzung, die wir für die deutsche Nation empfinden, sondern weil der Bezug aus deutschen Quellen wirtschaftlich vorteilhafter ist; und wenn eine englische Maschine den Ansprüchen des ungarischen Fabrikanten besser entsprechen wird, so wird dieser ungarische Fabrikant ohne Zaudern sich über alle Kriegserinnerungen hinwegsetzen und seinen Bedarf nicht in Deutschland decken. Unmittelbar nach dem Abschluß des Krieges, solange die Welt sich nicht wieder den Friedenszustand angewöhnt hat, also vorübergehend, mögen ja auch im internationalen Handel und Wirtschaftsleben die waffenbrüderlichen und feindlichen Gefühle bei den Geschäftsabschlüssen hie und da zur Geltung gelangen; allein diese Gefühle werden in der Welt der Geschäfte bei normalem Verlaufe des Wirtschaftslebens immer mehr und mehr verblassen und schließlich der Macht des Egoismus weichen, und mit der Zeit werden dann die unabänderlichen Gesetze von Angebot und Nachfrage wieder zur Herrschaft gelangen.

Es war geboten, dies zu betonen und die Macht der ewigen Wirtschaftsgesetze hervorzuheben, denn die den Gegenstand unserer Erörterungen bildende Frage darf nicht aus einem falschen Gesichtspunkte beurteilt werden. Die Zollpolitik der Zukunft wird nicht durch Gefühlsmomente, nicht durch Sympathie und Antipathie, sondern durch die Lage der Weltwirtschaft bestimmt werden. Bei den Erwägungen über die Zollpolitik der Zukunft sind also nicht Freundschaft und Sympathie, sondern die wirtschaftlichen Gesetze in Betracht zu ziehen.

Wenn wir das Grundprinzip aufstellen, daß Deutschland den ungarischen und österreichischen Waren und umgekehrt, Oesterreich-Ungarn den deutschen Waren bevorzugte Zollsätze einräume, also niedrigere als den Waren dritter Staaten, dann setzen wir in der Zollpolitik das bisher herrschende Prinzip der Meistbegünstigung außer Kraft, dann verweigern wir bezüglich der den Deutschen, beziehungsweise den Ungarn und Oesterreichern gebotenen Vorzugszölle den übrigen Staaten die Meistbegünstigung.

Wir haben uns mithin mit dem Wesen und der zollpolitischen Bedeutung der Meistbegünstigung zu befassen. Die Meistbegünstigung ist der Grundstein der Zollpolitik der letzten fünfzig Jahre. Seitdem mit dem Abschlusse des Code-Napoleonischen Handelsvertrages die Vertragszollpolitik und mit ihr der Freihandel auf seinem Eroberungszuge vordrang und die meisten Staaten der Welt in ein Netz von Handelsverträgen einspann, hat jeder Staat das Recht gefordert und auch erreicht, in Bezug auf die Zölle der Meistbegünstigung teilhaftig zu werden.

Die modernste Auffassung neigt stark der Meinung zu, die Meistbegünstigung habe ihre herrschende Stellung eigentlich durch den Art. 11 des Frankfurter Friedens erhalten. Der Frankfurter Frieden, der für „ewige Zeiten" geschlossen wurde, sichert Frankreich und Deutschland die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zolltarife und der Zollbehandlung, jedoch nur hinsichtlich der Vorteile, die sie England, Belgien, Holland, der Schweiz, Oesterreich-Ungarn und Rußland bieten oder bieten werden. In das Friedensinstrument kam dieser Artikel über französischen Wunsch hinein. Bismarck hatte einfach die Verlängerung auf zehn Jahre des bei Kriegsausbruch in Geltung gestandenen deutsch-französischen Handelsvertrages vom Jahre 1862 vorgeschlagen; allein als die französischen Unterhändler teils aus Rücksichten des Schutzes der Industrie, teils aus Finanzrücksichten die Notwendigkeit einer Reform ihrer Zollpolitik betonten, fand sich Bismarck damit ab, die Meistbegünstigung zu statuieren. Zu einem zollpolitischen Hindernis wurde der Art. 11 des Frankfurter Friedensvertrages durch die französische Wirtschaftspolitik entwickelt. Seit Begründung der französischen Republik gewann die schutzzöllnerische Richtung die Oberhand. Diese opponierte von Haus aus der Bindung oder Ermäßigung der Zolltarife durch Verträge und forderte im Interesse der heimischen Arbeit die Zollautonomie. Stark unterstützt wurde die öffentliche Meinung in dieser Tendenz durch die künstlich geschürte Auffassung, daß die durch den Frankfurter Frieden Frankreich aufgezwungene Meistbegünstigung jede Zollbegünstigung, die durch einen mit irgendeiner Nation abzuschließenden Vertrag allenfalls geboten würde, auch dem gehaßten Deutschland unentgeltlich ohne jede Gegenleistung zusichert. Aus dieser Auffassung heraus entstand der Widerwille gegen Tarifverträge und die Tendenz, den Zolltarif, sowie dies angängig sei, zum Schutze der heimischen Arbeit zu erhöhen. Da jedoch die Meistbegünstigung das Grundprinzip der Weltzollpolitik war und die Franzosen ihren Vorteilen nicht entsagen wollten, gingen sie zum System des Doppeltarifs über, mit dessen minimalem Teile sie von anderen Staaten die Meistbegünstigung erwerben. Von Frankreich ging der Kampf gegen die Meistbegünstigungsklausel aus, der alsbald in die öffentliche Meinung und Literatur auch anderer Länder übergriff. Namentlich in Deutschland entstand eine heftige Strömung, die das starke Umsichgreifen der Meistbegünstigung, wie es in der Gegenwart wahrnehmbar ist, als nachteilig darstellen möchte und die die unbegrenzte Geltungsdauer des Art. 11 des Frankfurter Friedens als eine Hemmung der Möglichkeit einer richtigeren Zollpolitik andauernd beklagt hat.

Nun hat der Weltkrieg den Frankfurter Frieden zunichte gemacht. Die für „ewige Zeiten" dekretierte Meistbegünstigung existiert nicht mehr. Die Bahn ist frei. Der Zollpolitik kann nunmehr eine neue Richtung gegeben werden. Als diese neue Richtung wird von vielen Seiten das System der Vorzugszölle begrüßt. Dieses kommt nun der wirtschaftlichen Annäherung zustatten. Nach der Meinung seiner Anhänger sollten auf die Zollbegünstigungen, die Deutschland unserer Monarchie und umgekehrt unsere Monarchie dem Deutschen Reiche einräumt, andere Staaten keinen Anspruch erheben können. Dieser Grundsatz sei bei dem Friedensschluß unter die Bedingungen des Friedenstraktates aufzunehmen und den kardinalen Bedingungen der mit den neutralen Staaten später abzuschließenden Zoll- und Handelsverträge einzureihen. Zwar steckt die Meistbegünstigung noch im Hintergrunde dieses Planes; Deutschland und Oesterreich-Ungarn würden die Meistbegünstigung von dritten Staaten wünschen, ja, sie ihnen mit Ausschluß der einander wechselseitig gewährten Begünstigungen auch einräumen; allein die im wechselseitigen Verkehr einander gebotenen Vorzugszölle wären von der Meistbegünstigung ausgenommen und der gleiche Wettbewerb würde dritten Staaten gegenüber verweigert werden.

Ist aber im heutigen Wirtschaftssystem ein Zustand denkbar, bei dem die konkurrierenden Staaten sich mit der ungleichen Behandlung ohne Widerspruch abfinden würden? Ist es wahrscheinlich, daß eine solche Beschränkung der gleichen Konkurrenz in die Friedensbedingungen Eingang finden könnte? Selbst wenn die Friedenbedingungen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn diktiert würden, könnte dieser Punkt nicht ohne Widerspruch bleiben. Und was würden Deutschland und Oesterreich-Ungarn dazu sagen, wenn auf anderer Seite England, Frankreich, Italien und Rußland für sich besondere Zollbegünstigungen ausbedingen und von den einander einräumbaren Vorzugszöllen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ausschließen würden? Was auf der einen Seite recht ist, muß doch für die andere Gruppe der Vertragsparteien zumindest billig sein. Das wäre ein schöner internationaler Güterverkehr, wenn die gegenwärtigen Kriegsparteien nach Friedensschluß auf Grund der Punkte des Friedenstraktates zu einem ständigen Zollkrieg rüsten würden.

*) Vortrag, gehalten in der heutigen Generalversammlung der Ungarischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft.

Berner Bund 25./II. 1916

8

Polen und der mitteleuropäische Verband

Von polnischer Seite wird uns geschrieben: Eines der wesentlichsten Elemente des großen Planes einer mitteleuropäischen Gemeinschaft war die absolute Unbrauchbarkeit des reinen Nationalitätenprinzips und der aus ihm abzuleitenden Staatssouveränität auf dem Gebiete der gemischt wohnenden Bevölkerungen. Nachdem auch Kongreß-Polen samt seiner kulturellen Einflußsphäre, der sogenannten russischen Westgebiete, in den Bereich der Zentralmächte gefallen ist, ergibt sich nun auch für das polnische Volk die Unmöglichkeit, sein volles, unbeschränktes Recht auf eigenes Gebiet und eigenen Nationalstaat restlos geltend zu machen. Es wurde darum schon seit Anfang des Krieges in Polen eifrig daraufhin gearbeitet, den Aufbau eigener Staatlichkeit durch Anlehnung an bestehende Organisationsformen des politischen Zusammenlebens zu bewerkstelligen und die Lösung dieser schwierigen Frage im staatsrechtlichen Anschluß an die mitteleuropäische Macht Oesterreich-Ungarn zu finden. Im heutigen Augenblicke ist aber die polnische Frage an einem toten Punkt stehen geblieben und alle Lösungsversuche zerschellen an der Schwierigkeit des deutsch-polnischen Ausgleiches. Deutscherseits wird energisch gegen jeden polnischen Anspruch auf den preußischen Boden Verwahrung eingelegt, und aus diesen Gründen wird, noch bevor ein polnischer Staat überhaupt im Projekte konkrete Formen angenommen hat, ein heftiger Kampf gegen ihn geführt und seine Existenzberechtigung in Frage gestellt. Bedenken wirtschaftlicher und noch mehr strategischer Natur werden ins Feld geführt, die insgesamt erweisen sollen, daß der kommende polnische Staat eine polnische Irredenta beschwören und die Sicherheit Preußens wesentlich gefährden müßte. Und immer wieder ertönt im deutsch-polnischen Zwiegespräch die bange Frage nach den Garantien und Sicherheiten gegen eine etwaige polnische Irredenta.

Der mitteleuropäische Verband, wenn auch nicht in der vollkommenen Gestalt und Auffassung Naumanns, scheint hier in die drückende Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens einen frischen Zug der Hoffnung und Zuversicht hineinzutragen. Wir denken nicht an die weitläufigen Pläne eines mitteleuropäischen Oberstaates und wollen uns nur auf zwei vorhandene Elemente der zentraleuropäischen Organisation beschränken — den Wirtschaftsverband und den Militärverband. Der kommende Wirtschaftsverband muß auf jeden Fall auch Polen umfassen und wird demnach durch gegenseitige ökonomische Abhängigkeit aller Einzelglieder — durch Vereinheitlichung der sozialen Gesetzgebung und der Verwaltungsgrundsätze, durch Systematisierung der Tarife, der Handelsverträge usw. Seine Integrationsfunktion im Sinne des mitteleuropäischen politischen Ideals bedeutend fördern — anderseits wieder die polnische Volkswirtschaft, besonders die Finanz, von ihrer russischen, „weitspurigen" Orientierung entscheidend ablenken. Nicht minder bedeutsam für die künftige Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen muß ein mitteleuropäischer Militärverband werden, und der dürfte sämtliche strategischen Einwände gegen den Polenstaat binnen kurzem hinfällig und nichtig machen. Seine allgemeinen Pläne, so wie sie im heißen Kampfe der Zentralmächte gegen Ost und West geschmiedet werden, sind schon gegeben, und die weitere Ausgestaltung des politischen Bündnisses und der Militärkonvention nach den Erfahrungen des heutigen Krieges wird wohl diesem festgefügten strategischen Körper erlauben, leicht aller zentrifugalen Tendenzen Herr zu werden. Nehmen wir nun an, daß Polen zunächst in staatsrechtlicher Anlehnung an die österreichisch-ungarische Monarchie entsteht und dann durch Vermittlung einer gemeinsamen österreichisch-ungarisch-polnischen Regierung im wirtschaftlichen und militärischen Verbande mit Deutschland steht, so wird dadurch dem preußischen Staate eine zweifache und genügende Garantie gegen die polnische Irredenta geleistet. Eine Sicherheit, die sich aus der Union Polens mit Deutschlands erprobtem Verbündeten, Oesterreich, ergibt, — die zweite Rückversicherung wieder, durch die Zugehörigkeit Polens zum mitteleuropäischen Militärverbande.

Auch für das polnische Nationalgefühl, welches sich über den Verlust des ureigenen Gebietes und der vier Millionen Stammesbrüder unmöglich hinwegsetzen könnte, erschließt der mitteleuropäische Verband eine reichliche Quelle der Zuversicht. Zwar wären noch immer Posen und die polnischen Gebiete Westpreußens und Schlesiens abseits des national-politischen Lebens gelegen, doch müßte die Tatsache des Zusammenlebens mit ihnen in einer höheren überstaatlichen Gemeinschaft des mitteleuropäischen Bundes die Sehnsucht nach der staatlichen Wiedervereinigung bedeutend mildern. Ebenso dürfte in Deutschland das Bewußtsein des engen militärischen und wirtschaftlichen Zusammenlebens mit dem polnischen Volke und einem polnischen Staate stärker wie alle Machtgelüste und Ausrottungsinstinkte wirken und vielleicht würde auch mit dem Schwinden der Angst vor der Polengefahr die wohl stets ein schlechter Berater war und ist, zugleich ein innigeres Verhältnis des Verständnisses und der Duldsamkeit erwachen.

Allerdings stecken noch alle Vorteile, die der mitteleuropäische Bund verspricht, im Guten und Edlen der menschlichen Natur und haben den Ansturm der menschlichen Leidenschaften nicht erlebt, die Kraftprobe im engeren Zusammenleben und Unterordnen noch nicht bestanden. Die sozialen und psychologischen Grundlagen dieser höheren Einheit schafft erst heute der gemeinsame Feind und die Waffenbrüderschaft im Kriege, dessen Ueberlieferungen für spätere Generationen zum stärksten Bande werden sollen. Es darf dennoch nicht vergessen werden, daß dieser Kampf, der die zentraleuropäische Einheit zusammenschweißt, dem Polen bisher in ganz geringem Maße eigen ist, daß dieser Krieg dort nicht selten unter dem Zwange aufgenommen wurde und den weitaus größten Bruchteil des polnischen Stammes, Kongreß-Polen, nur als leidende Zuschauer beiseite ließ. Es dürfte aber die Zeit nicht mehr entfernt sein, wo auch die breiten Massen des polnischen Volkes in den Kampf eingreifen werden. Die beste Bürgschaft dafür leistet die erschreckende Verarmung Europas an männlicher Bevölkerung, von der die reichen Bestände Polens an waffenfähiger Mannschaft kraß abstechen. Noch sind in Kongreß-Polen drei Jahrgänge unausgehobener Rekruten, die Hälfte des Landsturmes des ersten Aufgebots und der ganze Landsturm des zweiten Aufgebots, der bei der laxen Aushebungsmethode der Russen recht ausgiebig sein könnte, für den Kampf für das Vaterland intakt geblieben, was alles insgesamt die respektable Armee von ungefähr zwanzig Korps ausmacht. In der gegenwärtigen strategischen Lage muß es wohl auch den siegreichen Mittelmächten verlockend erscheinen, diese unerwarteten Reserven in die Ostfront einzustellen, den Polen die Verteidigung ihrer Heimat zu überlassen. In diesem Zusammenhange kann man erst die volle geschichtliche Tragweite ermessen, die der kühnen, anfangs so bescheidenen Waffentat der polnischen Legionäre zukommt. Nicht um positive Hilfeleistung handelte es sich, dazu war die winzige, 30,000 Mann starke Armee zu schwach und zu vereinsamt. Auch nicht um eine harmlose Loyalitätskundgebung, der Legionenkampf sollte vielmehr im Gewissen des Mitteleuropäers die polnische Forderung einprägen, welch eine ungeheure Schuld den Polen gegenüber beglichen werden muß, er sollte das blutige Zeugnis ablegen, daß die Polen zu Mitteleuropa gehören.

Vossische Zeitung
5./III. 1916.

88

gerufen zu haben. Die Gegner sowohl wie die Neutralen müssen den Eindruck erhalten, daß die handelspolitische Einigung Mitteleuropas von Dauer ist. Dann werden sie als kluge Rechner sich auch die Nachteile klar machen müssen, die für sie erwachsen, wenn sie einen Handelskrieg mit einer 120 Millionen umfassenden Wirtschaftsmacht beginnen. Auch wenn man in die Pläne und Vorschläge der deutschen Regierung nicht eingeweiht ist, kann man die Vermutung aussprechen, daß ihr eine Vertragsfrist von etwa fünfundzwanzig Jahren vorschwebt.

Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß die Regierungen der zwei Staaten der Habsburgischen Monarchie anfangs hinsichlich dieses Vorschlages nicht übereinstimmten. Das österreichische Ministerium war von vornherein bereit, auf Verhandlungen über einen langfristigen Handelsvertrag mit Deutschland einzugehen; es wurde hierzu auch durch die Erwägung bestimmt, daß damit ebenso das handelspolitische Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn auf dauernde Grundlagen gestellt werden würde. Das aber wäre für die Monarchie ein hochzuschätzender Vorteil. Anders die ungarische Regierung. Sie erhob Bedenken, was zur Folge hatte, daß die Reise des deutschen Vollmachtträgers nach Wien hinaus geschoben werden mußte. Es war notwendig, zuvor zwischen Wien und Budapest das Einvernehmen anzubahnen.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza befand sich in einer eigentümlichen Lage. Eine Reihe der hervorragenden Männer seines Landes haben sich für den Zusammenschluß mit Deutschland und für einen längerfristigen Vertrag ausgesprochen, so besonders der frühere Ministerpräsident Wekerle und der ehemalige Staatssekretär Szterenyi. Sie haben ihre Voten bei den Verhandlungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereines abgegeben, die vor zwei Monaten in Wien unter dem Vorsitze des Herzogs Günther zu Schleswig-Holstein stattfanden. In gleichem Sinne äußerte sich Graf Andrassy, und man hört, Graf Apponyi stehe seiner Auffassung nahe. Das sind die namhaftesten Führer der Opposition, die bis 1910 im Amte gewesen waren, jedoch zurücktreten mußten, weil sie hinsichtlich der Armee national-magyarische Ansprüche erhoben, die Krone aber die Einheit des gemeinsamen Heeres nicht lockern lassen wollte. Graf Tisza stellte sich damals auf die Seite der Krone, warf die Opposition nieder und schützte auf diese Art die überlieferte Organisation der Armee, eine Politik, die sich durch die im Kriege errungenen glänzenden Erfolge als richtig erweisen sollte. Jetzt sind die Rollen vertauscht. Die Männer der Opposition sprechen sich für einen wirtschaftlichen Zusammenschluß aus, welcher die um die zwei Staaten der Monarchie und weiter um Deutschland geschlungenen Fäden verstärken soll, Tisza dagegen sträubte sich wenigstens anfangs gegen diese Bestrebungen. Er fand es bedenklich, daß sich der ungarische Staat handelspolitisch für länger als für zehn Jahre an Oesterreich binden solle. Er also ist jetzt der Bannerträger der ungarisch-staatlichen Sonderstellung. Nicht daß er gerade nein gesagt hätte! Neuestens verlautet, daß eine Annäherung der beiden Regierungen stattgefunden hat. Wie weit, das entzieht sich der öffentlichen Kenntnis. Dennoch springt die Aehnlichkeit der jetzigen Lage und der von 1910 bei allem sonstigen Widerspruche in die Augen. Damals Wekerle und Andrassy im Amte, aber im Gegensatz zu den Bedürfnissen der militärischen Einheit der Monarchie, jetzt Tisza am Ruder, wenig hold einer Reform, welche Oesterreich und Ungarn statt bloß für zehn Jahre für einen mehr als doppelt so langen Zeitraum als einheitliches Zollgebiet organisieren will.

Und die Lösung? Hierbei ist zwischen den großen Entwürfen zum Wirtschaftsbau Mitteleuropas und dem festeren Zusammenschlusse der zwei Staaten der Habsburgischen Monarchie zu unterscheiden. In ersterem Belang sind zahlreiche Möglichkeiten offen, die Kräfte für und gegen die handelspolitische Einigung halten sich die Wage, es wird vornehmlich auf die Klugheit und die Energie der deutschen Regierung ankommen, ob Entscheidendes erreicht werden wird. Anders steht es mit den Aussichten auf die innere Festigung des Donaureiches. Hier darf man mit fester Zuversicht sprechen. Nicht in dem Sinne, daß die staatliche Selbständigkeit Ungarns angetastet werden soll. Sie gehört vielmehr zum eisernen Bestand des Staatsrechtes der Monarchie. Der Dualismus ist ein Ergebnis historischer Entwicklung, aber deshalb sollen nicht alle die Verkehrtheiten konserviert und in Spiritus aufbewahrt werden, die sich seit 1867 bemerkbar machten. Der Dualismus wird nur befestigt, wenn die törichten, alle zehn Jahre eintretenden Kündigungen unmöglich gemacht werden. Die „Monarchie auf Kündigung" reizte die Begehrlichkeit machthungriger Nachbarn und mußte erst durch ihr gutes Schwert ihre Lebenskraft erweisen. Die Siege ihrer Heere, werden und müssen eine Rückwirkung auch auf das innere Gefüge des Reiches üben. Man wird die Beitragsquote beider Staaten zu den gemeinsamen Angelegenheiten nicht bloß für zehn Jahre, sondern nach einem ständigen Schlüssel (etwa auf Grundlage der jeweiligen Einnahmen beider Staaten) feststellen, den Bau der für die Reichsverteidigung notwendigen Eisenbahnen der Willkür der zwei Regierungen entziehen, die Handelspolitik unauflöslich zu einer gemeinsamen gestalten. In Oesterreich besteht nur eine Stimme über diese Notwendigkeit, in Ungarn ist wenigstens ein guter Teil der öffentlichen Meinung dafür gewonnen. Wie die Krone über diese Dinge denkt, kann nicht gezweifelt werden. Setzt sie ihren entscheidenden Einfluß für die Reform ein, so gibt es keine Kraft diesseits oder jenseits der Leitha, die ihr zu widerstehen vermöchte. Die Zeichen der Zeit weisen auf eine Kräftigung der Einheit und der Gemeinsamkeit der Monarchie hin.

Es ist ein bei Leopold von Ranke oft wiederkehrender Gedanke, daß sich in der Weltgeschichte partikulare und universale Tendenzen kreuzen, aufheben und mitunter auch verstärken. Von seiner hohen Warte erkennt der große Historiker die Berechtigung beider Strömungen an, er mißt unparteiisch den Raum ab, den sich die eine wie die andere Tendenz im Laufe der Begebenheiten erringt. Im Sinne Rankes wird man sagen dürfen, daß Graf Stefan Tisza der höchststehende Ausdruck der Sonderkräfte ist, die nach Geltung ringen. Man darf ihn jedoch nicht mit den Separatisten der Kossuth-Richtung verwechseln, die auf die Trennung Ungarns von Oesterreich hinarbeiten, von denen aber nach dem glorreichen Verlauf des Weltkrieges das gilt, was über die spanische Armada gesagt wurde: Afflavit deus et dissipati sunt! Die Monarchie würde ums eines ihrer Kriegsziele gebracht werden, wenn sie nicht zur inneren Festigung gelangte. Auch dafür, nicht bloß für die Verteidigung der Reichsgrenzen, haben die Söhne Oesterreichs und Ungarns geblutet. Die Zweiheit wird auch fernerhin zum Staatsrechte der Monarchie gehören; da der Erdball jedoch bei der Eroberung Polens und Serbiens, Montenegros und Albaniens das Reich auch als unlösbare Einheit kennen gelernt hat, so wird diese Tatsache auch in seiner Organisation bestimmteren Ausdruck finden müssen.

Verliebtheit, Dichtung und andere Krankheiten.

Aus den Jugenderinnerungen

von

Gustav Wied.

Ich weiß nicht mehr, wann oder wie ich das erstemal verliebt war. Es wäre schön und interessant, wenn ich es noch wüßte, aber ich will ehrlich sein und gestehen, daß ich es nicht weiß.

Dagegen entsinne ich mich, daß ich mit sieben Jahren für Olivia, eine gleichaltrige junge Dame, in den Tod gehen wollte. Ich erklärte mich nie und weiß deshalb nicht, ob auch sie mich liebte. Ich glaube es übrigens nicht, aber meine Liebe war so unsäglich zurückhaltend, daß ich nie darüber sprechen konnte.

Später kam ich zu einem Fräulein in Nakskov in die Tanzstunde und entwickelte mich schnell zum Ballöwen. Ich tanzte viel und muß auch recht tüchtig gewesen sein. Sie hielt wohl sehr viel von mir, — ältere Damen konnten mich überhaupt gut leiden, küßten und streichelten mich. Aber ich machte mir nichts daraus. Liebe sollte geistig sein, etwas, von dem man still für sich träumte. Romantiker war ich bis in die Fingerspitzen.

Es geschah z. B., daß eine junge Dame auf einem Nachbarhof nachts aus dem Fenster sprang und zum Stelldichein mit dem Kutscher ging. Das, fand ich, war nicht richtig. Sie hätte drinnen sitzen bleiben müssen, während er ihr von draußen die Cour schnitt. Dann hätte die Sache den rechten Stil gehabt. Das Weib besaß, dachte ich damals, nur Seele, und an Körper weiter nichts als was man sehen konnte. Und bei Annäherungen sank es in meiner Achtung. Natürlich hätte ich gern diejenige geküßt, in die ich zur Zeit verliebt war, aber ich hatte das Gefühl, wenn ich es täte, so würde meine Liebe schwinden und die Dame für mich befleckt sein.

Zuweilen war ich in zwei bis drei auf einmal verliebt. Das war fürchterlich, aber wundervoll, und ich weinte vor Entzücken und Kummer, weil ich mir nicht ausrechnen konnte, welche ich am liebsten hatte und zu meiner Gattin machen wollte.

Da wurde ich von einem fürchterlichen Schlag getroffen: ich bekam die Masern, und nach meiner Genesung schielte ich.

Das Mädchen, das ich am längsten und am heißesten liebte, war Thyra Jenssen. Ich reichte ihr nur bis zur Schulter.

Neue Freie Presse Abendbl.
8/III. 1916

Nordtirol für den wirtschaftlichen Zusammenschluß Oesterreich-Ungarns und Deutschlands.

(Original-Korrespondenz der „Neuen Freien Presse".)

Innsbruck, 1. März.

In der gestrigen Sitzung der Nordtiroler Handels- und Gewerbekammer kam es zu einer erneuten Kundgebung für ein Wirtschaftsbündnis der Monarchie mit dem Deutschen Reiche, die um so bemerkenswerter ist, als sie nicht nur die Willensmeinung der Kammer selbst darstellt, sondern in Uebereinstimmung mit allen wirtschaftlichen Vereinigungen und Interessenten Nordtirols gefaßt wurde. In einem Referate über die wirtschaftliche Lage im Kammerbezirk kam Handelskammersekretär Dr. Mader auf die Notwendigkeit eines innigen Zusammenschlusses zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche zu sprechen, die nun in immer weiteren Kreisen festen Fuß faßt. „In seltener Einmütigkeit," so führte Dr. Mader aus, „haben sich die verschiedenen wirtschaftlichen Körperschaften, Vereinigungen und Fachleute dafür ausgesprochen mit sehr wenigen Ausnahmen. Die gegenteilige Kundgebung aus Prag hat weniger durch die vorauszusehende ablehnende Haltung als wegen der hiefür angeführten Gründe Aufsehen erregt. Diese Kundgebung stellte die besonders durch den Krieg und nicht bloß für Kriegsdauer in klarste Erscheinung getretene Tatsache, daß die Wirtschaften der beiden Kaiserreiche unlöslich miteinander verbunden sind und auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen bleiben, in Abrede; sie verkennt, daß wir gar keine andere Wahl haben, als nach dem Krieg entweder gemeinsam mit dem Deutschen Reiche und mit dem Gewichte eines 120-Millionen-Volkes auf dem Weltmarkte aufzutreten oder ganz vereinzelt den aussichtslosen Kampf mit den uns feindlich bleibenden Wirtschaftsgebieten: England mit seinen Vasallenstaaten, Rußland und Nordamerika, aufzunehmen; sie hält einen Zusammenschluß für gefährlich, weil dadurch Gegenmaßregeln dritter Staaten heraufbeschworen werden könnten, während doch umgekehrt gerade durch die allgemein bekannten Abschließungsabsichten unserer Feinde der wirtschaftliche Zusammenschluß zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland zur Notwendigkeit wird. Diese Kundgebung bezeichnet es als die Zukunftsaufgabe unseres Reiches, den Markt im Osten für sich zu erobern; die Eroberung wird uns aber viel leichter im Vereine als im Wettbewerbe mit Deutschland gelingen, zumal nur die beiden Reiche gemeinsam mit ihrem großen Bedarf an Vieh und Getreide den Balkanvölkern als Gegenleistung die Abnahme ihrer Ueberschüsse an Agrarprodukten gewährleisten können.

In der erwähnten Kundgebung und vielfach auch sonst wird die Bedeutung der Zölle zweifellos überschätzt; wichtiger als die Erhaltung oder Erhöhung der Zollschranken ist für unsere Industrie und Wirtschaft, die ihre Kraft gerade durch die rasche und staunenswerte Anpassungsfähigkeit an die Kriegsverhältnisse und -bedürfnisse bewiesen haben, daß ein gründlicher Wandel in

Reichspost 15. III. 1916

52

Die wirtschaftspolitischen Annäherungsbestrebungen.

Von Professor Dr Franz Sommeregger. Klagenfurt.

Es hatte vor einigen Monaten einmal den Anschein, als ob der Gedanke des engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses unserer Monarchie mit Deutschland auf unhaltsamem Vormarsche sei. Die glänzende Dresdener Tagung des deutsch-österreich-ungarischen Wirtschaftsverbandes, der deutsch-österreichische Städtetag, die Kundgebungen der Mehrzahl der deutsch-österreichischen Handelskammern, die gewichtige Denkschrift der 855 österreichischen Hochschullehrer, die Erklärungen verschiedener industrieller Verbände ließen das Beste erhoffen. Aus der türkischen Kammer und dem bulgarischen Sobranje, aus den deutschen Volksvertretungen hörte man den Ruf nach der Bildung des verbündeten Wirtschaftsblockes „Hamburg—Bagdad." In Krieg und Frieden enge vereint, war die allgemeine Losung. Man mochte den politischen und den Handelsteil unserer großen Blätter durchgehen monatelang, der gegnerischen Stimmen waren sehr wenige. Männer, die als besondere Vertrauensmänner unserer Großindustrie galten, wie der kundige Abg. Dr. v. Licht, traten dafür ein und schienen die freundliche Stimmung dieser einflußreichen Kreise wiederzugeben.

Die Regierung freilich schwieg. Bis dann der neue Handelsminister in einer prächtigen Programmrede Worte fand, die die frohen Hoffnungen zu bestätigen schienen.

In Deutschland war man mehr zurückhaltend. Man sagte, aus taktischen Gründen, damit die wirtschaftlichen Einigungspläne nicht zu sehr reichsdeutsches Gepräge bekämen, was aus guten Gründen zu vermeiden war. Auch im Reiche draußen schien die öffentliche Meinung den Plänen sehr gewogen und ein Dr. Naumann galt als deren berufener Chorführer. Die „Kölnische Volkszeitung" hatte von Anfang an unermüdlich und geschickt den Gedanken eines möglichst engen Zusammenschlusses vertreten, mit ihr der Großteil der deutschen Presse.

Auch Ungarn blieb zugeknöpft. Das war etwas beklemmend. Seine Vertreter auf verschiedenen Tagungen redeten in sehr sybillischen Wendungen. „Sehr schöner Gedanke, meine Herren, aber .... wir werden ja sehen. Einstweilen unsere herzlichste Sympathie." Mehr war von diesen Herren, unter denen die rednerischen Talente sonsten nicht selten sind, nicht herauszubringen. Als ich dann im „Pester Lloyd" vom 28. November 1915 den sichtlich hochoffiziösen Leitartikel las, klang es wie ein Grabgeläute erster Klasse. Es war nur tröstlich zu lesen, unter welchen ehrenvollen Umständen die Beisetzung geschah. Ein wohldisziplinierter Oesterreicher murrt nicht über ungarische Willensmeinungen. Es nützte auch nichts. Anders geartete Gedankengänge ersterben schon in der Feder, denn (ziemlich frei nach Goethe):

„Hinter uns im wesenlosen Scheine
Liegt, was uns alle bändigt — die Zensur!"

Die Mächte des Widerstandes arbeiten mehr im Verborgenen. In der deutsch-österreichischen Oeffentlichkeit merkte man nicht viel davon. Man wollte sich offen der volkstümlichen Strömung nicht entgegensetzen. Insbesondere ist es unsere Schwerindustrie, die von einem engen Anschluß an Deutschland nichts wissen will. Im Kriege ist deren Macht im Zusammenhange mit den Heereslieferungen und den mit ihr engstens verbündeten Großbanken nur noch gestiegen. Dr. Pistor, der uns ein lehrreiches Werk (Die Volkswirtschaft Oe.-U. 1915) vor kurzem geliefert hat und der als Sekretär der Wiener Handelskammer wohl guten Einblick haben muß, schreibt darüber: „Das Eisenkartell ist ein Musterbeispiel dafür, daß eine Industrie, die sich unter großzügiger Leitung schlagfertig organisiert, die Regierung und das Parlament geradezu zu zwingen vermag, die Interessen dieser Industrie im besonderen Grade zu wahren" (S. 81). Das Eisenkartell ertrotzte 1906 die ungesund hohen Eisenzölle, die unserer Volkswirtschaft Hunderte von Millionen gekostet haben. Es ist ja begreiflich, daß diese Herren die hohen Zollmauern um ihr Wirtschaftsgetto nicht gerne missen wollen. Die in der auswärtigen Wirtschaftspolitik führende Schwerindustrie befand sich bei den jetzigen Zuständen sehr wohl, sie erreichte so ziemlich alles, was sie wünschte. Der Vorsitzende des Zentralverbandes der österreichischen Industriellen, Sektionschef a. D. Brosche, legte auf der großen Tagung des Zentralverbandes in Aussig am 14. September 1913 laut Bericht der „Neuen Freien Presse" Nr. 17.623 vom 15. September 1913 das klassische Geständnis ab: „Die früheren Handelsverträge, unter deren Mitwirkung die österreichische Industrie ihren großen Aufschwung genommen hat, sind aufgebaut auf die in den Anträgen der handelspolitischen Zentralstelle niedergelegten Wünsche der Industrie. Zu mehr als 75 Prozent sind diese unter Führung des Präsidenten (der Reichenberger Handelskammer) Alois Neumann formulierten Anträge im Zolltarif rezipiert worden." Und dennoch tut unsere Industrie so unzufrieden mit unserer Handelspolitik! Auch Dr. Pistor klagte (S. 128) über die „ungleich geringere Berücksichtigung" der Industrie, des Handels und Gewerbes gegenüber der Landwirtschaft.

Es ist ganz sichtbar geworden, in der Frage des Wirtschaftsanschlusses an Deutschland herrscht unter unseren Industriellen leider keine Einigkeit. Die Meinungen der Fachmänner gehen überraschend weit auseinander. Die Schutzbedürftigkeit großer Teile unserer Industrie gegenüber der deutschen Konkurrenz wird ja als Hauptgegengrund ins Treffen geführt. Dr. Pistor wiederum, der zweifellos die Meinung sehr weiter industrieller Kreise wiedergibt, schreibt, „daß im ganzen und großen die gesamte Textilindustrie, die Eisen-, Stahl-, Leder- und Holzindustrie, die Papierindustrie, das Baugewerbe, wichtige Teile der Nahrungsmittelindustrie, die meisten Bekleidungsbranchen, schließlich das Kunstgewerbe im weiteren Sinne sogar eine reine Zollunion vertrügen. Das sind aber rund 70 Prozent der industriellen und gewerblichen Produktion Oesterreichs und Ungarns" (S. 165). Man bekommt immer mehr den Eindruck, die ganze Sache ist eine Machtfrage geworden, und die Macht ist eben bei der großindustriellen Schwerindustrie, die gegen das Wirtschaftsbündnis aus Gewinninteressen ankämpft. Davon kann unsere Fertigwaren- und Ausfuhrindustrie ein Lied singen. Selbstverständlich ist die Konkurrenzfähigkeit unserer schwächeren Industrie eine hochernste Sache und schwerwiegende Interessen dürfen dem Wirtschaftsbunde nicht geopfert werden. Darin bin ich mit dem aufsehenerregenden „Reichspost"-Artikel Exzellenz Dr. Geßmanns völlig einverstanden. Aber wir Freunde eines

Arbeiterzeitung
19./III. 1916

60

Mitteleuropa und Ungarn.

Von **Josef Diner-Dénes** (Budapest).*)

Die Luftschiffer der Politik werden wohl darob die Nasen rümpfen, daß ich bei einem so gewaltigen Problem wie „Mitteleuropa", anstatt ihren kühnen Gedankenflügen zu folgen, mich in die staatsrechtlichen Büsche schlage. Aber man weiß es ja! Viel zu viel haben wir schon vom Staatsrecht gelitten und auch viel gekämpft, uns vom Staatsrecht zu befreien. Da sind wir denn gegen diese gefährlichste aller schleichenden Krankheiten eines Staatsorganismus äußerst empfindlich geworden und durchleuchten alle politischen Neupläne vorerst auf ihren staatsrechtlichen Gehalt.

Angesichts Mitteleuropas gilt es nun in erster Linie herauszufinden: Wie wird die Schaffung gemeinsamer Angelegenheiten die innere Politik Deutschlands, Oesterreichs und, was mir das Wichtigste ist — auch ich habe meinen heiligen Egoismus —, jene Ungarns beeinflussen?

Da kann nun gleich von vornherein festgestellt werden, daß durch die Schaffung gemeinsamer Angelegenheiten notwendigerweise der Wirkungskreis und die Machtbefugnis der Parlamente der drei Staaten verengert würden.

Zum Beweis brauchte ich eigentlich nur auf die Wirkungen des staatsrechtlichen Bündnisses zwischen Oesterreich und Ungarn hinzuweisen. Nicht bloß jetzt oder zu Zeiten sonstiger parlamentarischer Betriebsstörungen standen notgedrungen alle gemeinsamen Angelegenheiten viel näher absolutistischen als parlamentarischen Zuständen. Und dieser Zustand müßte sich noch verschärfen, wenn über unsere gemeinsamen Angelegenheiten noch jene zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland gehäuft wären.

Denn wenn jetzt noch mit Hilfe der Delegationen wenigstens die Fiktion einer parlamentarischen Behandlung der gemeinsamen Angelegenheit gewahrt ist, müßte bei der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten Mitteleuropas selbst diese Fiktion verschwinden. Ob nun ein Zustand, bei dem eine Reihe, und zwar der allerwichtigsten Staatsangelegenheiten notgedrungen dem Absolutismus überantwortet werden muß, für eine demokratische Entwicklung förderlich sein kann, das zu beurteilen überlasse ich den demokratischen Imperialisten, diesen allerjüngsten kriegsgebornen Stämmlingen des Demokratismus.

Allerdings trösten sich die demokratischen Imperialisten hierüber mit folgender Begründung: Es ist ja vom Uebel, daß wir die Zollangelegenheiten dem Absolutismus überlassen müssen, wenigstens vorläufig, solange ein Zollparlament unmöglich ist; aber da die Zollangelegenheiten nur ein engbegrenzter Kreis des Staatslebens sind, müssen wir uns dieses Opfer schon gefallen lassen, so wie wir nur durch die Schaffung von Mitteleuropa auf allen übrigen Gebieten der demokratischen Entwicklung eine kräftige Förderung geben können.

Dieser Trost zeigt, daß der demokratische Imperialismus ein echter Stämmling des alten Demokratismus ist. Auch er ist schon vollauf befriedigt, so man ihm nur ein bißchen Aussicht gewährt, und überläßt hiefür dem Gegner ein großes Stück realer Macht. Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr. Der Absolutismus wird nicht so bescheiden sein. Wird er nur einmal die Zollangelegenheiten haben, dann wird er mit seinen so ausgezeichnet geübten Fangarmen sofort auch nicht nur die auswärtige, sondern auch die innere Handelspolitik erfassen und damit so ziemlich das gesamte Wirtschaftsleben. Probatum est. Und ebenso wissen wir aus Erfahrung, daß dann die Wehrkraft, die doch in erster Linie als Verteidigung des Wirtschaftslebens gedacht ist, ebenfalls dem Absolutismus anheimfällt. Das erklärt auch, warum bei jedem bourgeoisen „Mitteleuropäer" hinter dem Gedanken der Zollunion gleich jener einer Militärkonvention nachhinkt.

Wie mit dem Absolutismus geht es aber auch mit der Gemeinsamkeit. Gibt es nur eine einzige gemeinsame Angelegenheit zwischen zwei Staaten, entsteht sofort in dem stärkeren Staate die Tendenz, immer mehr Angelegenheiten gemeinsam zu machen, wogegen sich dann der schwächere Staat gemeinhin sträubt, was dann naturgemäß die staatsrechtlichen Kontroversen zum Angelpunkt aller Politik macht. Wie gefährlich dies jedweder demokratischen Entwicklung ist, haben wir hier, in Ungarn, genugsam am eigenen Leibe erfahren. Nun denke man erst, wie arg es wäre, wenn der staatsrechtliche Streit zwischen Ungarn und Oesterreich noch verquickt werden könnte mit staatsrechtlichen Differenzen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Wie erleichtert wäre doch dann die Aufgabe der ohnehin so geschickten Kulissenschieber der Reaktion! Jedweder demokratischen Bewegung nicht nur in Ungarn, sondern auch in Oesterreich, ja selbst in Deutschland, könnten sie dann sofort irgend eine staatsrechtliche Frage als Hemmnis vorschieben.

Mit dem bisher Gesagten sind aber die Hemmnisse, die eine staatsrechtliche Verankerung des Bündnisses der Zentralmächte der demokratischen Entwicklung entgegenstellen würde, noch nicht erschöpft.

Die auf gemeinsame Angelegenheiten bezüglichen Gesetze müssen selbstverständlich in den verbündeten Staaten gleichlautend sein. Demzufolge muß es als ausgeschlossen erachtet werden, daß irgend eines der beteiligten Parlamente aus eigener Initiative ein auf gemeinsame Angelegenheiten bezügliches Gesetz hervorbringt. Daß solcherart „Mitteleuropa" den mitteleuropäischen Parlamenten eine ihrer wichtigsten demokratischen Befugnisse, das Initiativrecht, nehmen würde, ist aber bedeutungslos gegenüber einer anderen Verkümmerung, die „Mitteleuropa" seinen Parlamenten bescheren würde. Diese dürften nämlich alle auf gemeinsame Angelegenheiten bezüglichen Gesetzesvorlagen wohl beraten, aber abändern dürften sie an ihnen kein Jota, hingegen aber müßten sie sie bedingungslos votieren.

Wie das geschieht, wissen ja wir alle sehr genau, sowohl in Ungarn wie in Oesterreich. Darüber, wie sehr gerade hiedurch der Parlamentarismus in Oesterreich geschädigt wurde, maße ich mir kein Urteil an, daß aber der ungarische Parlamentarismus hiedurch ruiniert wurde, ist mir gewiß. Zur Sicherung der gemeinsamen Angelegenheiten schuf man bei uns das System der bedingungslos verläßlichen Majorität und der lenkbaren Opposition, das dann die herrschende Klasse natürlich auch für ihre Sonderzwecke ausbeutete. Wird „Mitteleuropa" geschaffen, dann wird auch der deutsche Reichstag in irgend einer Weise für die gemeinsamen Angelegenheiten zurecht gemodelt werden. Ob unsere derzeitigen Waffengenossen hiefür den österreichischen Paragraphen 14 oder das ungarische System wählen würden, weiß ich nicht. Aber bei ihrem Vervollkommnungstalent hätten wir die Aussicht, daß sie aus unserem und dem österreichischen Rezept ein neues zurechtbrauen würden, das absolut verläßlich wäre.

Wer da aber meint, daß, nachdem wir in Oesterreich und Ungarn doch ohnehin den staatsrechtlichen Absolutismus haben, ein Hinzutritt Deutschlands die Sache nicht verschlimmern würde, irrt gewaltig. Bei den innigen Wechselbeziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn müßte eine neuerliche Verankerung des Absolutismus im Reiche auch auf unsere Verhältnisse von böser Rückwirkung sein. Ueberdies würden aber wir in Ungarn damit jede Hoffnung verlieren, die staatsrechtlichen Fragen in den Hintergrund zu schieben. Alle unsere Bemühungen seit zwei Jahrzehnten sind hierauf gerichtet. Man hat uns deswegen vaterlandslose Gesellen, Großösterreicher, Burgjakobiner, Hofsozialisten und weiß der Himmel was noch genannt. Wir ließen nicht locker und haben es erreicht, daß über alle staatsrechtlichen Streitereien hinweg die wirtschaftlichen und sozialen Fragen in den Vordergrund drangen. „Mitteleuropa" würde uns um die Früchte all dieser Arbeit bringen.

Wir Sozialdemokraten haben ja immer neben dem Endziel auch an unserem zeitlichen Programm festgehalten. Wir können die Demokratie nur innerhalb der nationalen Grenzen erkämpfen. Erst wenn diese Arbeit getan, können wir an jenen „freien Bund" denken, den sich Karl Renner unter Mitteleuropa vorstellt. Aber dann werden wir auch den „freien Bund" Europa schaffen können. Und weshalb Mitteleuropäer sein wollen, wenn man um denselben Preis Europäer sein kann?

*) Siehe den Artikel in der Nummer vom 18. März.

Der Economist.

Das künftige wirtschaftliche Verhältnis zu Deutschland.

Wien, 21. März.

Die Brünner Handelskammer hielt kürzlich eine Plenarsitzung ab. In derselben widmete der Präsident Stephan Freiherr v. Haupt der Frage des künftigen wirtschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland eine bemerkenswerte Darstellung, in der er nach einer Einleitung, welche den ruhmreichen Taten der Armee galt, folgendes ausführte:

Gegenüber den Bestrebungen unserer Feinde, die nach Abschluß des militärischen Krieges einen Wirtschaftskrieg gegen die Mittelmächte im Schilde zu führen scheinen, ist der enge wirtschaftliche Zusammenschluß dieser Mächte, zu denen ich auch unsere tapferen Verbündeten, Bulgarien und die Türkei, rechne, ein Gebot der Selbsterhaltung. Darüber dürfen sich auch jene Kreise, welche einem solchen engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusse der bisherigen Bundesgenossen ablehnend gegenüberstehen, keinem Zweifel hingegeben, daß der Druck der äußeren Verhältnisse stärker sein wird als alle Bedenken privatwirtschaftlicher Natur. Wenn also über das Prinzip, daß das politische und militärische Bündnis nach dem Frieden auch wirtschaftlich ausgestaltet werden muß, in den maßgebenden Kreisen kein Zweifel mehr obwaltet, so sind doch über das Ausmaß dieser wirtschaftlichen Annäherung und über die Form, in welcher sie geschehen soll, die Meinungen außerordentlich geteilt, und es herrschen über die Bedeutung, welche den einzelnen der wirtschaftlichen Annäherung dienenden Maßnahmen beizulegen ist, noch vielfach verworrene und unrichtige Anschauungen. Der Gedanke einer Zollunion, welcher in der ersten Begeisterung aufgetaucht ist und von einzelnen Seiten propagiert wurde, ist mit Rücksicht auf die unüberwindlichen Schwierigkeiten, welche sich ihm in der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in den in Betracht kommenden Staaten entgegenstellen, definitiv fallen gelassen worden und wird von keiner ernst zu nehmenden Seite mehr vertreten. Es ist daher der Kampf, den die Gegner jeglicher wirtschaftlichen Annäherung immer wieder gegen die Zollunion eröffnen, ein gänzlich überflüssiger und nur geeignet, verwirrend zu wirken. Aber auch die Herabsetzung der Zollsätze ist nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, das wesentliche, ausschlaggebende Moment für eine wirtschaftliche Annäherung, sondern bildet nur neben anderen Maßnahmen einen allerdings wichtigen, aber keineswegs den wichtigsten Teil derselben. Eine viel größere Bedeutung kommt meiner Ansicht nach solchen gesetzlichen Maßnahmen zu, welche geeignet sind, den materiellen und geistigen Verkehr zwischen den Staaten zu erleichtern und zu fördern und die Produktionsverhältnisse in denselben, soweit sie nicht von den natürlichen Bedingungen abhängig sind, auf eine möglichst gleiche Basis zu stellen. Die Verschiedenheit der industriellen, gewerblichen und Steuergesetze bewirkt Ungleichheiten in den Produktionskosten, welche durch Zölle ausgeglichen werden müssen. Es ist doch nur logisch, daß man, bevor man an eine Herabsetzung oder gar Aufhebung der letzteren schreitet, vorerst die durch Gesetze geschaffenen Ungleichheiten zu beseitigen trachtet. Es wird daher angestrebt werden müssen, unsere gesamte industrielle und gewerbliche Gesetzgebung mit jener des Deutschen Reiches in Uebereinstimmung zu bringen. So wie es möglich war, in früheren Zeiten ein gemeinsames Handelsrecht und ein gemeinsames Wechselrecht zu schaffen, so wird es auch auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten stoßen, das Obligationsrecht, die gewerblichen Gesetze, Arbeiterschutzgesetze, insbesondere aber das Aktienrecht und die mit der industriellen Produktion zusammenhängenden direkten und indirekten Steuern nach gleichen Grundsätzen in beiden Staaten neu zu verfassen. Das Verkehrswesen wird nach Tunlichkeit von allen beengenden Schranken befreit und von beiden Staaten nach denselben Grundsätzen geregelt werden müssen. Hieher gehört das Eisenbahnbetriebsreglement, das Tarifwesen, die Gesetze über Flußschiffahrt u. dgl. mehr. Bezüglich des Zollwesens wird, bevor man an die Erneuerung der Zölle selbst schreitet, vor allem eine Uebereinstimmung zwischen den Zollgesetzen der beiden Staaten herbeigeführt werden müssen. Die Aufstellung eines gemeinsamen Zolltarifschemas wäre sehr wünschenswert und braucht keineswegs, wie manche meinen, auf unüberwindliche Schwierigkeiten zu stoßen. Die Freizügigkeit innerhalb der beiden Staaten, die heute noch manchen Beschränkungen unterliegt, sollte gefördert werden, damit insbesondere der Austausch bedeutender Geister zwischen unseren Hochschulen, aber auch hervorragender Männer auf dem Gebiete der Technik, des Handels und der Industrie leichter erfolgt als bisher. Die Beschränkung, daß Zeugnisse unserer Schulen in Deutschland und umgekehrt deutscher Schulen in Oesterreich nicht anerkannt werden, wäre so weit als möglich zu beseitigen, ebenso wie die Notwendigkeit des Wechsels der Staatsbürgerschaft bei Annahme gewisser Stellungen im anderen Staate. Kurzum, wir müssen so weit als möglich unsere Tore öffnen, um das Einströmen jener Kräfte, welche das Deutsche Reich groß gemacht haben, bei uns zu begünstigen. Das scheint mir der erste und wichtigste Punkt der wirtschaftlichen Annäherung zu sein.

Sind auf diese Weise einmal die Grundlagen geschaffen, auf welchen eine allmähliche Ausgleichung der bis jetzt bestandenen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn erfolgen kann, dann wird der allmähliche Abbau der Zollmauer, welche diese beiden Staaten voneinander trennt und mit Rücksicht auf die bestehenden wirtschaftlichen Unterschiede auch derzeit trennen muß, keine so große Gefahren nach sich ziehen, als heute von mancher Seite befürchtet wird. Die Bedeutung des Zolles in seiner Höhe wird, glaube ich, allgemein überschätzt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß noch so hohe Zollsätze, welche prohibitiv wirken sollten, durch irgendeine neue technische Errungenschaft illusorisch gemacht worden sind. Anderseits bekommen anscheinend niedrige Zolltarife durch zufällige Umstände, wie zum Beispiel gegenwärtig der Tiefstand unserer Valuta, eine ganz unerwartete Höhe. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, speziell in der Industrie, erfolgt in der heutigen Zeit so schnell, daß selbst die am besten ausgeklügelten Zollsätze bei längerer Dauer eines Handelsvertrages — und eine solche streben wir ja an — sehr oft versagen müssen. Ist somit die Frage der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland für uns nicht so sehr eine Frage der Zollsätze, als eine Frage des gesetzlichen und verkehrspolitischen Zusammenschlusses, so fallen auch jene Bedenken weg, welche von den Gegnern der Zollherabsetzung in oft leidenschaftlicher Weise gegen diese Annäherung geltend gemacht werden und welche darin gipfeln, es würde durch diese Annäherung lediglich unsere Industrie zugunsten der deutschen geopfert werden. Das, was wir anstreben, kann diese Gefahr nicht in sich bergen; wir erwarten vielmehr von einer solchen Annäherung eine Kräftigung und Belebung unseres Wirtschaftskörpers.

Nicht minder wichtig als die Ordnung unseres zukünftigen Verhältnisses zu Deutschland ist die Erneuerung

Fremdenblatt 23./III. 1916

64

Der wirtschaftliche Anschluß an Deutschland.

Von M. Haardt.*)

Die Errichtung eines mitteleuropäischen Staatenbundes, dessen Kern die beiden zentraleuropäischen Kaiserstaaten im Anschluß an unsere Verbündeten, die Türkei und Bulgarien, bilden und der seine Interessensphäre von Antwerpen bis zum Persischen Golf ausdehnen würde, ist als eine historische Notwendigkeit ersten Ranges anzuerkennen.

Dem Auslande gegenüber durch politische, militärische und handelspolitische Grundverträge auf lange Zeit hinaus geeint, unter sich die volle Souveränität der einzelnen Staaten bewahrend, erreicht diese Union das Endziel des wirtschaftlichen Imperialismus: eine in sich geschlossene, vom Auslande unabhängige Wirtschaft, mit einem Worte, die „Selbstversorgung", die „Autarkie". Auf diese Weise würde dann die Welt vier große, in sich abgeschlossene Gebiete aufzuweisen haben, die diesem Grundsatze entsprechen: Das britische Imperium, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, das russische Reich und der mitteleuropäische Staatenbund, während sich als fünftes bereits jetzt schon die großen Umrisse eines Imperiums der gelben Rasse unter japanischer Hegemonie am fernen Horizont zeigen.

Das Thema des mitteleuropäischen Staatenbundes beschäftigt seit langem die Geister der beiden Zentralstaaten. Unzweifelhaft ist es eines der schwierigsten von den vielen schwierigen Problemen der Gegenwart, hängt doch das Heil unserer gesamten Volkswirtschaft aufs innigste zusammen mit einer glücklichen Lösung dieser Weltfrage. Für unsere Landwirte tritt vor allem das künftige wirtschaftliche Verhältnis zu Deutschland in den Vordergrund des Interesses, obwohl auch die politische Ausgestaltung des neuen Bundes uns keineswegs indifferent lassen soll und darf.

Als Grundstein eines auch handelspolitischen Zusammenschlusses der verbündeten Staaten soll nun zuerst die Verständigung mit dem Deutschen Reich erfolgen, und zwar nach vorherrschender Meinung im Sinne Friedrich Lists und Brucks, als Zollunion der beiden zentraleuropäischen Staaten. Eine solche könnte nur, angesichts der überwältigenden Industriemacht des Deutschen Reiches, mit Zwischenzolllinien gedacht werden mit langfristigem, staffelweisem Abbau der Zölle, um dann allmählich die vollständige Zollfreiheit herbeizuführen. Ein solches politisches, militärisches und handelspolitisches Bündnis müßte naturgemäß auf lange Zeit hinaus abgeschlossen werden, etwa auf 50 Jahre. Würde dasselbe im letzten Jahre nicht gekündigt, dann gilt es abermals für 50 Jahre. Der staffelförmige Abbau der Zölle, hüben wie drüben, würde etwa in 5 Etappen von je 6 Jahren in Aussicht genommen werden können, während welcher Zeit es Aufgabe unserer Industrie und Landwirtschaft wäre, sich derart zu kräftigen und zu organisieren, daß sie in den jeweiligen Zöllen ihren Schutz fänden. Aber gleichzeitig müßten die staatlichen Lasten, wie: Steuern, öffentliche Abgaben, Transportkosten, Sozialversicherungsbeiträge und sonstige die Industrie belastenden Abgaben staffelweise denjenigen im Deutschen Reiche nähergebracht und bei gänzlichem Wegfall der Zölle in die Produktionsbedingungen der deutschen Industrie hinübergeleitet werden.

Wo die Umstände es gestatten, tritt gleich zu Beginn Zollfreiheit ein.

Zölle auf Rohstoffe müßten bereits nach Ablauf der ersten Periode, Zölle auf Halbfabrikate erst nach Ablauf der zweiten Periode von sechs Jahren gänzlich in Wegfall kommen.

Hiebei ist nun allerdings nicht zu übersehen, daß dann trotzdem in Deutschland gewisse Vorteile uns gegenüber in bleibenden Bestand sein würden. So z. B. die durch die zahlreichen Wasserstraßen bis ins Herz Deutschlands ermöglichten billigen Transportkosten für Rohprodukte aller Art, als Baumwolle, Getreide, Eisenerze, Kohle, Kupfer usw.

Die Ursachen zu erörtern, die im Nationalcharakter und in den besonderen Verhältnissen bei uns und in Ungarn liegen und uns teilweise auch in einen gewissen Nachteil unseren Freunden im Reich gegenüber setzen, würde uns zu uferlosen sozialen Betrachtungen führen; es ist besser, sie bleiben heute unbesprochen, zumal sie allgemein bekannt sein dürften. Die zielbewußten Bestrebungen der Sozialdemokratie, das geistige Niveau ihrer Arbeiter in den Volksbildungsheimen zu heben, muß aber hier rühmend erwähnt werden.

Nicht unberührt kann jedoch hier die Auswandererfrage gelassen werden, die in erster Linie allerdings die Landwirtschaft, dann aber auch die Industrie aufs intensivste angeht, und die insofern wieder ein Lebenszeichen von sich gibt, als man kürzlich erfuhr, daß in Wien und Budapest mit den Generaldirektoren der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd Verhandlungen gepflogen wurden, in denen u. a. „auch die Aussichten der überseeischen Auswanderung nach dem Frieden" eingehend zur Sprache kamen. Wichtiger wäre es allerdings, für das Volkswohl durch eine zielbewußte Agrarpolitik und durch agrarrechtliche Reformen zu sorgen, ohne deren Durchführung die intensivste Landwirtschaftspflege immer ein Torso bleiben wird; wichtiger wäre es, bei uns und insbesondere in Ungarn die Ursachen auszurotten, die vor dem Kriege im Jahre durchschnittlich an 200.000 Menschen dazu zwangen, den heimatlichen Boden mangels lohnender Arbeit zu verlassen. Diesbezüglich ist die Aeußerung des Chefredakteurs des „Budapesti Naplo" Dr. Edmund Palyi beachtenswert, der in seiner Broschüre: „Deutschland und Ungarn" über dieses Thema sich wie folgt ausspricht: „Ungarn hat aber noch einen, für das Land wenig erfreulichen Exportartikel: den Menschen. 1,462.214 Menschen wanderten nach der offiziellen Statistik in den Jahren 1902 bis 1911 aus, zumeist kräftige, arbeitsfähige Leute (68 Prozent der Auswanderer sind Männer), von denen nur ein kleiner Bruchteil in die Heimat zurückgekehrt ist. Ich bin fest überzeugt, daß diese Massenauswanderung nach der Errichtung einer Zollunion mit Deutschland aufhören würde, denn Deutschland würde auch auf diesem Gebiete in der Mehrung der Kraft des Verbündeten die eigene Macht zu steigern streben, wenn nämlich unsere Verbindung mit dem Deutschen Reiche sich so enge gestaltet, daß unser Interesse auch sein Interesse sein wird." — Bekanntlich war die Auswanderung aus Deutschland in den letzten Jahren vor dem Kriege gleich Null.

Für die Stellungnahme Ungarns zu der uns beschäftigenden Frage dürfte allerdings die Stimme der ungarischen Landwirtschaft ausschlaggebend sein. Nun lasen wir freilich vor kurzem in den Zeitungen, daß bei der am 31. Jänner in Budapest stattgehabten Konferenz der landwirtschaftlichen Vereine Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns die Versammlung darin einig war, daß „der Gedanke einer Zollunion zwischen dem Deutschen Reiche und der Monarchie als praktisch nicht durchführbar zu betrachten sei". Es ist allerdings anzunehmen, daß die Konferenz der landwirtschaftlichen Vereine eine „Zollunion" im engsten Sinne des Wortes meinte, einem langfristigen Hinstreben zu einer solchen aber sich nicht verschließen würde; es ist doch sicherlich die ungarische Landwirtschaft, die bei steigender Produktivität durch einen wirtschaftlichen Anschluß an das auf den Import von Vieh und Bodenprodukten angewiesene Deutsche Reich materiell und volkserzieherisch bedeutend größere Vorteile zu erwarten hätte, als die Industrie Oesterreichs. Zweifellos wird Ungarn, bevor es zur Frage einer Zollunion Stellung nimmt, wissen müssen, welche Agrarschutzpolitik Deutschland in Zukunft der Monarchie gegenüber befolgen wird, da dies auch für die ungarische Industrie von größter Wichtigkeit erscheint.

Angesichts der Produktivität der österreichisch-ungarischen Landwirtschaft bis zum Kriege aber war dieselbe seit einer Reihe von Jahren nicht mehr imstande, den eigenen Bedarf an Brotfrüchten zu decken und es betrug z. B. in der Gruppe „Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl" die Mehreinfuhr im Jahre 1911 605.000 Tonnen, im Jahre 1912 bereits 692.000 Tonnen. Die Monarchie kaufte also im Jahre 1912 für zirka 100 Millionen Kronen Nahrungsmittel vom Auslande hinzu. Es müßte daher zu ihrer Selbstversorgung der bisherige Durchschnittsertrag des Hektars Ackerland — welcher bei Weizen in Oesterreich 15, in Ungarn nur 13 Meterzentner, in Deutschland aber 24 Meterzentner betrug — um ein Erhebliches gesteigert werden, um dann erst daran denken zu können, auch Deutschland mit Getreide zu versorgen.

Es ist also heute noch gar nicht abzusehen, bis wann Ungarn in die Lage kommen wird, sein Getreide über die Grenzen der Monarchie schicken zu können, um so mehr, da ja Oesterreich vor allem als Abnehmer in Betracht kommt — bezog es doch bereits im Jahre 1912 für 298 Millionen Kronen Getreide und für 259 Millionen Kronen Mehl von Ungarn — und sich dieser Bezug nach dem Kriege bei zunehmender Intensität seiner Industrie noch wesentlich steigern dürfte.

Deutschland ist allerdings ein großes Importgebiet für Nahrungsmittel aller Art, betrug ja doch im Jahre 1913 die Einfuhr an Weizen allein 417 Millionen Mark, die Gesamteinfuhr an Nahrungs- und Genußmitteln im Jahre 1912 aber 2800 Millionen Mark, daher auch die deutsche Handelspolitik in Zukunft wieder auf den wirtschaftlichen wie industriellen Verkehr mit unseren derzeitigen Feinden angewiesen erscheint, wie dies ja auch erst kürzlich der preußische Handelsminister Dr. Sydow im Abgeordnetenhause mit den Worten: „Deutschland wird also auch in Zukunft für Industrie und Handel den Weltmarkt nicht entbehren können" zum Ausdruck brachte. Es ist ja auch nicht einzusehen, daß sich nach dem Kriege die wirtschaftliche Abschließung der sich gegenwärtig bekriegenden Mächte auf längere Dauer fortsetzen sollte, da sich die bis zum Kriege bestandenen enormen Umsätze dieser Staaten insbesondere mit Deutschland — bezog doch im Jahre 1913 Deutschland aus dem ganzen britischen Reich für 2090 Millionen Mark Waren, aus Rußland für 1420 Millionen Mark — keineswegs in absehbaren Zeiten auf andere Staaten übertragen lassen und der internationale Handel trotz der kürzlich erfolgten Resolution der Handelskammer in Manchester ein Ding sine ira et studio ist. Berücksichtigt man ferner, daß der österreichisch-ungarische Außenverkehr mit Deutschland in der Einfuhr nach Deutschland nur 7,7 Prozent, in der Ausfuhr aus Deutschland nur 10,9 Prozent des deutschen Gesamthandels (1912 über 21 Milliarden Mark!) betrug, so ist es ohne weiteres klar, daß für Deutschland nach Beendigung des Krieges große Interessen bei den Vertragsabschlüssen mit unseren Gegnern auf dem Spiele stehen und Deutschland sich nicht beispielsweise durch exklusive Zugeständnisse in den Getreidezöllen an Ungarn, dessen Lieferungsfähigkeit ja derzeit noch vollkommen im Dunkeln ruht, seinen bisherigen großen Abnehmern gegenüber die Hände wird binden lassen.

Speziell was Getreide betrifft, wäre allerdings der Gedanke des „Staatsmonopols für ausländischen Getreidehandel" ein Mittel, um über alle Zollschwierigkeiten hinwegzukommen und — unter gleichzeitigem Schutze der Landwirtschaft und der Konsumenten — eine erstklassige Einnahmsquelle des Staates. Auch wäre ein solches Monopol die vorzüglichste Bedingung einer weitausschauenden Vorratspolitik, um künftige Aushungerungsversuche illusorisch zu machen.

Erst nach Klarlegung unseres handelspolitischen Verhältnisses zum Deutschen Reiche — der natürlich als conditio sine qua non eine grundlegende Verständigung mit Ungarn voranzugehen hätte — könnte dann über den handelspolitischen Anschluß an die übrigen zum Bunde gehörenden Staaten in festem Einvernehmen mit Deutschland verhandelt werden, denn erst dann werden die Verhältnisse für unsere Industrie sich ersprießlich gestalten, wenn wir den festen, auch handelspolitischen, Anschluß an unser durch die Natur vorgezeichnetes und als solches von Deutschland anerkanntes Absatzgebiet in den Balkanstaaten und der Türkei gefunden haben werden.

Die sodann auch wirtschaftlich verbundene Staatenunion hätte fremden Staaten gegenüber eine einvernehmlich festzulegende Handelspolitik bei Abschluß von Zollverträgen mit und ohne Meistbegünstigung zu verfolgen.

Am grünen Tische lassen sich nun alle solche Vorschläge nach vielen Wenn und Aber schließlich erörtern und mit dem guten Willen aller Teile auch vielleicht in ein System bringen. Ob sich dasselbe jedoch in der Zukunft unseren Intentionen gemäß restlos bewähren wird, ist unseren sterblichen Augen verborgen. Aber schon allein der Umstand, daß, so lange sich Oesterreich-Ungarn und Deutschland im Hinblick auf Wehrmacht, Zivilverwaltung, Sozialversicherung, Unterrichtswesen usw. auf parallelen Bahnen bewegen, sich die Besteuerung bei uns immer im Verhältnis der beiden Nationalvermögen relativ höher stellen wird, zwingt uns zum Nachdenken. Und was dann, wenn zu irgend einem Zeitpunkte die Lebensinteressen unserer Monarchie es nicht mehr zulassen sollten, Steuern und sonstige öffentliche Abgaben auf die für die Zollermäßigungen vorausgesetzte Gleichstellung mit den im Deutschen Reiche geltenden Sätzen herabzubringen, sondern solche im Gegenteil noch zu steigern?

Wir binden durch unsere Verträge — die ja ihrer Bedeutung gemäß nur auf lange Zeiten hinaus geschlossen werden können — auch die Handlungsfreiheit kommender Geschlechter und müssen daher die schwere Verantwortung hiefür tragen.

„Leicht beieinander wohnen die Gedanken,
Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen."

*) Den vorstehenden Ausführungen Herrn Moritz Haardts, Verwaltungsrates der Emaillierwerke und Metallwarenfabrik-A.-G. Haardt & Co., geben wir gerne Raum, ohne uns mit ihnen in jedem Punkte zu identifizieren.

Vossische Zeitung

26./III. 1916.

72

Sonntag, 26. März 1916

Zeitung

1704

nd gelehrten Sachen

in monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung.
50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr. —
: Morgenausgabe 60 Pf., Abend- und Montags-Ausgabe 70 Pf., Stellen-
auch gegen Jahrespreis. — Anzeigenannahme: Kochstraße 22/26,
llen Ullstein-Filialen. Fernsprech-Zentrale Ullstein & Co,
1 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 289. Amt Zentrum 8689 und 8690.

Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils)
H. Bachmann in Berlin.

Handelskrieg.

Von
Philipp Heineken,
Generaldirektor des Norddeutschen Lloyds.

Daß sie uns hassen, alle unsere großen und kleinen Feinde im Nordwesten, Westen, Süden und Osten und uns den politischen und wirtschaftlichen Untergang geschworen haben, wissen wir und haben für diesen Haß und die ohnmächtige Verzweiflung bereits ein beinahe mitleidiges Lächeln, je mehr wir die militärischen Hoffnungen und Pläne unserer Feinde an der starken eisernen Wehr unserer Heere und unserer Flotte zerschellen sehen. Daß dieser Haß aber in den Köpfen der Wirtschaftspolitiker jener Länder eine solche heillose Verwirrung anrichten und sie so völlig alle Gesetze wirtschaftlicher Logik vergessen lassen kann, wie dies in dem gegen uns gepredigten Handelskrieg zum Ausdruck kommt, ist eins der am schwersten zu lösenden Rätsel unserer großen Zeit.

Nicht daß dieser Handelskrieg gegen die Zentralmächte nach Friedensschluß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln — so da sind Vorzugszölle innerhalb des britischen Weltreichs für englische Waren, Vorzugstarife der Alliierten unter sich, d. h. also Reziprozität auf Ein- und Ausfuhr, völlige Ausschaltung der deutschen und österreichischen Großreedereien aus den Passagier- und Auswanderungshäfen durch Verbote des Landens und der Aufnahm von Passagieren in irgendeinem Hafen der verbündeten feindlichen Länder, Erschwerung des Frachtgeschäfts dieser Gesellschaften vermittelst hoher Gebühren usw. — geführt werden soll, ist das Merkwürdig, sondern daß unsere Feinde naiv genug sind, zu glauben, die Zentralmächte würden sich alles dies ruhig gefallen lassen, ohne mit Gegenmaßregeln auf wirtschaftlichem Gebiete zu antworten. Auf der einen Seite möchte man die deutsche Ausfuhr an Fertig- und Halbfabrikaten und Rohstoffen in Zukunft ganz und gar unterbinden. Aber schon hier stimmt die Rechnung nicht ganz, indem man zugunsten derjenigen deutschen Exportartikel, auf die man bei unseren Feinden mit dem besten Willen nicht auf ewige Zeiten verzichten oder die man trotz aller Anstrengungen und trotz rücksichtslosestem Patentraub dort nicht in gleicher Güte herstellen kann, Ausnahmen zu machen bereit wäre! Made in Germany!

Auch auf der anderen Seite, d. h. bezüglich der deutschen Einfuhr aus dem feindlichen Ausland, macht man sich dortselbst nicht allzu viel Kopfzerbrechen. Das Papier ist geduldig, und so kostet es auch nur einen Federstrich, den Zentralmächten für die Zukunft jede Hoffnung auf den weiteren Bezug von ausländischen Rohstoffen zu nehmen, wobei man im stillen hofft bezw. als selbverständlich annimmt, Deutschland und seine Verbündeten würden auch fernerhin dankbare Abnehmer für diejenigen Artikel, meist Fertigfabrikate, bleiben, welche die Alliierten unter sich bezw. an die Neutralen nicht los werden konnten!

Hierin liegt schon der erste Widerspruch, denn ein durch Mangel an Ausfuhr geschädigtes und zu passiver Handelsbilanz gezwungenes Deutschland würde schwerlich lange mehr imstande sein, die ausländische Einfuhr in dem Maße wie bisher aufzunehmen. Ganz abgesehen davon, verrät es aber einen bedenklichen Mangel an Erkenntnis und Logik in wirtschaftlichen Dingen, wenn man glaubt, man könne Deutschland nun dauernd von seiner bisherigen gewaltigen Einfuhr aus Uebersee abschließen, ohne daß dies die schwersten Schädigungen der betreffenden Exportländer im Gefolge haben würde. Was möchte wohl aus einem Fabrikanten werden, der seinen Betrieb seit Jahrzehnten auf eine bestimmte Jahresproduktion eingerichtet hätte und der nun plötzlich aus irgendwelchen Gründen seinen bisherigen Hauptabnehmer ausschalten wollte, ohne vorher für anderweitigen Absatz seiner Artikel Sorge getragen zu haben? Nun, die Antwort dürfte wohl nicht allzu schwer sein. Der Fabrikant würde den übrigen Markt gesättigt und somit keinen Absatz für seine Erzeugnisse finden, mit anderen Worten, er würde an seiner eigenen Ueberproduktion „ersticken" und bankerott gehen. Genau das gleiche Schicksal aber droht den Ländern, die bis zum Kriegsausbruch an Deutschland exportierten. Jener gewaltige Export, der bis dahin nach Deutschland ging, ist nicht einfach anderswo unterzubringen. Die Baumwolle Nordamerikas, die kalifornischen Früchte, Brasiliens Kaffee, denen der deutsche Markt jetzt in Kriegszeit verschlossen ist, würden aufs schwerste getroffen werden, wenn dieser Zustand nach dem Plan unserer Feinde auch für die Friedenszeit Dauer gewänne. Nun möchte diese Schädigung der Volkswirtschaft neutraler Länder für England, so wie wir es in diesem Kriege kennen gelernt haben, nicht nur kein Hindernis, sondern eher ein Ansporn sein, auf dem eingeschlagenen Wege der aktiven und passiven Boykottierung wieder einmal die Mittel heiligen muß. Aus diesem Zweck aber macht „Daily Telegraph" kein Hehl, indem er unter Hinweis auf die große Anzahl deutscher in niederländischen Häfen liegender Schiffe Holland empfiehlt, zur Vergeltung gegen das von Deutschland begangene Verbrechen Beschlag auf diese Schiffe zu legen!

All das ist, wie gesagt, aus dem Gedankengang eines durch dauernde Mißerfolge seiner Waffen aufs äußerste erbitterten Gegners heraus wenigstens zu verstehen. Vor einem absoluten Rätsel aber stehen wir do, wo die Lügen und Verleumdungen ins Pathologische übergehen. Gemeinste Beschimpfungen unserer Fürsten und Heerführer (vergl. die Erklärungen des Exministers Handaux am 6. Februar 1916 in der Sorbonne zu Paris über angebliche Aeußerungen des Generals v. Kluck), niedrigste Verhöhnung unserer Truppen, Berichte über fürchterliche Grausamkeiten und absichtliche Zerstörung von Kirchen und Kunstdenkmälern, Besudelung unserer Kriegsehrenzeichen (so ist es in London ein besonderer Sport, Hunde mit einer Nachahmung unseres Eisernen Kreuzes zu behängen) — das sind Kampfmittel, die für deutsches Denken und Empfinden schlechterdings unverständlich sind. Man möchte die Worte des Geistes in Goethes „Faust" variieren und unseren Gegnern zurufen: „Ihr gleicht dem Geist, den Ihr begreift, nicht uns."

Lassen wir ihnen den traurigen Ruhm, uns auf diesem Gebiet so völlig geschlagen zu haben. „Oderint dum metuant". Mögen sie uns hassen, wenn sie uns nur fürchten. Für das Fürchten aber sorge auch weiterhin unser siegerprobtes Schwert.

Das Rote Kreuz in den Kolonien.

Da bei Ausbruch des Krieges 66 Schwestern sich in den Kolonien befanden, ist die Arbeit des Roten Kreuzes dort weitergegangen. In Neuguinea und in Samoa haben die Engländer von den deutschen Krankenhäusern Besitz ergriffen (die Japaner in Jaluit) und haben an Stelle unserer Schwestern englische Schwestern gesetzt, deren Tätigkeit nach allgemeinem Urteil sehr viel weniger befriedigend ist. In der Folge sind dann aus Neuguinea und aus Samoa infolge von Verhandlungen über Rücksendung des Sanitätspersonals sämtliche Schwestern zurückgekommen, ebenso aus Togo. In Kamerun sind zu Anfang des Krieges die an der Küste in Arbeit befindlichen Schwestern von den Engländern und Franzosen nach dem spanischen Gebiet entlassen worden. Sie befinden sich mit wenigen Ausnahmen im Kriegsdienst der Heimat. Die Schwestern, die bei Kriegsausbruch im Innern des Landes waren, sind bei der Schutztruppe verblieben und haben die Kriegspflege während der dortigen Kämpfe ausgeübt. Wir hoffen, daß sie bei der Besetzung von Kamerun mit den Truppen auf spanisches Gebiet gelangt sind, haben aber noch keine Nachricht darüber.

Aus Südwestafrika ist erst in der vorigen Woche die erste Schwester zurückgekommen. Die englische Verwaltung dort hat nunmehr die Absicht, diejenigen Schwestern, welche als Kriegsschwestern in die deutschen Militär-Sanitätslisten eingetragen waren, nach Deutschland zu entlassen, doch ist bei dem Mangel an Schiffen zur Ueberfahrt ihre Rückreise nach Deutschland sehr erschwert.

In Ostafrika befanden sich im Anfang August 1914 16 Schwestern, mit welchen wir seitdem keine Verbindung gehabt haben.

Die hilfreichen Fidschi-Insulaner. Aus Wellington meldet Reuter: Der Regierungskommissar für die Fidschi-Inseln erklärte in einer Unterredung, daß die Eingeborenen eine Truppe von tausend Mann für den aktiven Dienst, und, wenn erforderlich, noch mehr Leute angeboten hätten. Eine Antwort von England ist bisher noch nicht eingelaufen.

Morgenblatt.

eichspost.

Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Bezugspreise:
Bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien:
monatlich . . . . . K 3.70
vierteljährlich . . . . . „ 11.—
halbjährlich . . . . . „ 22.—
für Oesterreich-Ungarn:
monatlich . . . . . K 4.20
vierteljährlich . . . . . „ 12.—
halbjährlich . . . . . „ 24.—
Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
monatlich . . . . . K 3.70
vierteljährlich . . . . . „ 11.—
halbjährlich . . . . . „ 22.—
Für Deutschland:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 16.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.
Länder des Weltpostvereines:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

en, Dienstag den 28. März 1916 XXIII. Jahrgang

her Stellungen am Görzer Brückenkopf.

erluste der Russen bei Jakobstadt.

Wiederholte Bemühungen des Feindes gegen unsere Stellungen nordwestlich von Postawy scheiterten völlig.

Nachdem südlich des Narocz-Sees mehrfach starke Angriffe von Teilen dreier russischer Armeekorps abgeschlagen waren, traten westpreußische Regimenter bei Mokrzyce zum Gegenstoß an, um Artilleriebeobachtungsstellen, die beim Zurückbiegen unserer Front am 20. März verloren gegangen waren, zurückzunehmen. Die tapfere Truppe löste ihre Aufgabe in vollem Umfange. Hiebei sowie bei der Abwehr der feindlichen Angriffe wurden 21 Offiziere, 2140 Mann gefangen und eine Anzahl Maschinengewehre erbeutet.

Unsere Flieger belegten die Bahnhöfe von Dünaburg, Wilejka und die Bahnanlagen an der Strecke Baranowitschi—Minsk mit Bomben.

Balkankriegsschauplatz:

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.“

Schwere Schicksalsfragen.

Die wirtschaftspolitischen Annäherungsbestrebungen und die Landwirtschaft.

Von Professor Dr. Franz Sommeregger, Klagenfurt.

Das bisherige Ergebnis der Annäherungsbestrebungen[1]) ist ein fortwährendes Zurückweichen von den ursprünglich gesteckten Zielen. Zuerst war's die Zollunion mit Deutschland, dann zollpolitische Vorzugsbehandlung mit gemeinsamem Außentarif und gemeinschaftlicher Führung der auswärtigen Handelspolitik beim Abschlusse von Handelsverträgen gegenüber dritten Staaten. Schließlich wurde man noch bescheidener. Was angeblich übrig bleiben soll, ist eine Annäherung in zolltarifarischem Schema, Ausdehnung der Freiliste im Verkehr mit Deutschland, Ausgleichung und Vereinheitlichung des Wirtschaftsrechtes, größere Gemeinsamkeit in der Verkehrspolitik und eine gewisse einheitliche Linienführung in der auswärtigen Handelspolitik. An und für sich schätzenswerte Dinge, aber wir Freunde des Wirtschaftsbundes hätten uns etwas mehr erhofft. Vielleicht kommt bei den soeben schwebenden Regierungsverhandlungen auch etwas mehr heraus.

Die österreichische Landwirtschaft sollte vor allem zu den Vorkämpfern einer möglichst engen Annäherung gehören. Ihre wirtschaftlichen Interessen vertragen ganz zweifellos selbst die reine Zollunion. Unser agrarischer Handelsverkehr mit Deutschland überwiegt in der Ausfuhr ganz bedeutend und ist mit 600 Millionen Kronen nicht zu hoch gegriffen. Die Ausfuhr ist in der neuen Handelsvertragsperiode seit März 1906 zwar zurückgegangen, aber immer noch hoch bedeutsam und vor allem wieder steigerungsfähig. Nicht ein Versagen der Landwirtschaft, die seit 1906 bedeutende Fortschritte machte, ist am Rückgange schuld, sondern ganz andere Umstände. Unsere rückständige wirtschaftspolitische Forschung ist den Umwälzungen in unserem inneren Wirtschaftsleben im letzten Jahrzehnte leider viel zu wenig nachgegangen, so interessant und richtunggebend lehrreich sie sind. Gewöhnlich begnügt man sich mit der ganz richtigen Darstellung, unser letzter Handelsvertrag mit Deutschland habe den Irrtum begangen, agrarischen Ausfuhrinteressen zuliebe, die man überschätzte, den industriellen Zollschutz schädlicherweise herabzusetzen. Die Berechnung sei also doppelt falsch gewesen, die Agrarausfuhr sei zurückgegangen und die von der Industrie gebrachten Opfer seien vergeblich gewesen. Es gibt einen liberalen Volkswirtschaftler, der diese Aufstellung nicht wie ein Axiom vertritt.

Wahr ist, daß nicht alle österreichischen Industrien den nötigen Zollschutz erlangten, andere dafür mehr als nötig. Das ist eine Sache, die die Industrien in erster Linie unter sich auszumachen haben. Anderseits ist es eine Phrase, die endlich einmal maustot geschlagen werden sollte, als ob unsere Agrarier weiß Gott welche „Begünstigungen“ im Handelsvertrage mit Deutschland erlangt hätten. Unsere erhöhten Agrarzölle richteten sich nicht gegen Deutschland, das eine nennenswerte Agrarausfuhr nach Oesterreich nicht hatte. Die deutschen ebensoviel erhöhten Agrarzölle aber trafen unsere Ausfuhr ganz bedenklich. Die Differenzierung des deutschen Gerstenzolles war Rußland auf den Leib geschnitten, das die letzten Jahre für fast 300 Millionen Gerste nach Deutschland lieferte, während unsere vorher so blühende Gerste- und Malzausfuhr gewaltig zurückging. Ebensolche Schläge erlitt unsere starke Viehausfuhr nach Deutschland. Sie betrug

	1903	1913
an Ochsen	105.170 Stück	29.170 Stück
an Kühen	81.645 Stück	18.746 Stück
an Jungvieh	44.022 Stück	14.529 Stück

Man achtet diese Schäden der deutschen Zollpolitik für unsere Landwirtschaft viel zu gering. Es ist nicht richtig, den Rückgang unserer Agrarausfuhr überwiegend dem heimischen Unvermögen zuzuschreiben und der Erschwerung durch die gewaltig erhöhten deutschen Zölle zu vergessen. Zwar spielen die Veränderungen auf dem heimischen Konsummarkte beim Ausfuhrrückgang vielleicht die führende Rolle und das ist keineswegs unerfreulich, im Gegenteil! Wenn sich (nach Pistor, S. 42) von 1906 bis 1912 der Weizenverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung von 82:2 auf 126:8 Kilogramm, der Roggenverbrauch von 68:0 auf 80:5, der Gerstenverbrauch von 49:8 auf 66:7 Kilogramm erhöhte, so sind das erfreuliche Anzeichen steigender volkswirtschaftlicher Kraft. Besonders unsere Alpenländer haben ein großes Interesse am erleichterten Handelsverkehr mit Deutschland, ihre geographische Lage weist sie dorthin. Solche Tatsachen lassen sich dauernd ohne schwere Schädigung nicht vergewaltigen. Sie haben es schwer empfunden, daß Deutschland seit 1879 sich in steigendem Maße von uns durch Zölle und veterinärpolizeiliche Bestimmungen abschloß.

Unsere Landwirtschaft würde beim engsten Anschlusse an Deutschland nur gewinnen, während sie für steigende Verluste auf dem deutschen Absatzmarkte in anderen Ländern kaum einen Ersatz fände. Was Deutschland an agrarischen Ausfuhrartikeln uns liefert, ist eine willkommene Ergänzung unseres Wirtschaftsbedarfes, nicht eine Konkurrenz. Zum Beispiel Kraftfutter- und Düngemittel, Sämereien usw. Es liefert uns auch für 25 Millionen Kronen landwirtschaftliche Maschinen, die unsere hochgeschätzte Maschinenindustrie mangels an Spezialisierung nicht liefern kann. Ein enges Handelsbündnis mit Deutschland würde uns auch zu begünstigten Abnehmern der blühenden, unschätzbaren deutschen Industrien für künstliche Düngemittel machen können und die unerschöpflichen deutschen Kalilager mit ihren Nebenindustrien unserer Landwirtschaft besser nutzbar machen.. Am lohnendsten wäre die Einbürgerung deutscher agrarischer Betriebsweisen, die uns noch ungeahnte Wege des Fort-

[1]) Siehe „Reichspost“ Nr. 124.

Reichspost 4./IV. 1916 79

Morgenblatt.

...eichspost.

...Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

für auswärts.

Bezugspreise:

beiträglich zweimaliger Zustellung für Wien:
monatlich . . . . . K 3.70
vierteljährlich . . . . . „ 11.—
halbjährlich . . . . . „ 22.—

für Oesterreich-Ungarn:
monatlich . . . . . K 4.20
vierteljährlich . . . . . „ 12.—
halbjährlich . . . . . „ 24.—

Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
monatlich . . . . . K 3.70
vierteljährlich . . . . . „ 11.—
halbjährlich . . . . . „ 22.—

Für Deutschland:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 16.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

Länder des Weltpostvereines:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

...ien, Dienstag den 4. April 1916 XXIII. Jahrgang

...Luftkrieg gegen England.

...griff auf das schottische Industriegebiet. — Dün...ische Bahnhöfe aus der Luft bombardiert.

Explosionen mit ausgedehnten Einstürzen wurden beobachtet. Eine Batterie bei New-Castle wurde zum Schweigen gebracht.

Trotz heftiger Beschießung sind alle Luftschiffe unbeschädigt zurückgekehrt und gelandet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine."

Wirtschaftsbund und Balkankonkurrenz.

Von Professor Dr. Franz Sommerregger, Klagenfurt.

Auf welche Länder würde sich der „Ausbau unserer handelspolitischen Beziehungen zu den Balkanstaaten und den Ländern des nahen Ostens" erstrecken ?*) Natürlich nur auf etwa einverleibte oder uns doch wirtschaftlich angegliederte Gebiete, die nicht mehr der Tummelplatz russischer und italienischer Intriguanten werden dürfen, ferner auf unsere Kriegsfreunde, das vergrößerte Bulgarien und die Türkei.

Bulgarien sucht mit aller Macht und unter blutigen Opfern Anschluß an die Politik und die Volkswirtschaft der Mittelmächte. Für diese ist es das schlechthin unentbehrliche Bindeglied mit der Türkei und Vorderasien. Darum beiderseits das Bestreben, unmittelbare Landgrenzen zu gewinnen.

Seine Handelsbeziehungen zu uns sind vernachlässigt. Die Gunst der geographischen Lage ermöglichte unserer Industrie wohl eine ziemliche Ausfuhr, aber die bulgarische Einfuhr war stark unterbunden. Die Handelslage ist für die Mittelmächte derzeit schon eine sehr günstige. Im Jahre 1911 war ihr Anteil an der bulgarischen Gesamteinfuhr von 199 Millionen Kronen mehr als die Hälfte, nämlich 104 Millionen Kronen, wogegen von seiner Gesamtausfuhr, 185 Millionen, nur 63 Millionen zu den Mittelmächten gingen. Es fehlt im Handelsverkehr mit Bulgarien noch an Gegenseitigkeit, es kann hauptsächlich nur mit Agrarprodukten abzahlen, denen unser Markt erschwert ist. So muß denn seine Ausfuhr den türkischen, englischen und belgischen Markt aufsuchen, wohin übrigens auch die billigen Wasserwege und zollfreien Märkte weisen.

Bulgariens Reichtum sind seine Ernten, weniger seine Viehzucht. Die Anbaufläche der fünf Getreidearten mit 2·4 Millionen Hektar beträgt gegenüber den 17·2 Millionen Hektar unserer Monarchie ein Siebentel. Die produktive agrarische Kraft Oesterreich-Ungarns stellt (1912) sich ungefähr zehnmal so hoch wie jene Bulgariens, das die Produktivkraft Böhmens nicht erreicht, dessen Ernte allein in den vier Getreidehauptfrüchten 1911 auf 508 Millionen Kronen geschätzt wird, während die landwirtschaftliche Produktion Bulgariens für 1910 in allen Produkten mit 700 Millionen berechnet wird. Bulgariens Getreideernte betrug 1912 40 Millionen Meterzentner, gegenüber den 523 Millionen Meterzentnern der Mittelmächte doch ein bescheidener Posten. Die bulgarische und die serbische Ernte zusammen erreichten mit 52·7 Millionen Meterzentner noch nicht die Ernte Rumäniens mit 59 Millionen Meterzentner. (1912.

Fassen wir die agrarischen Kräfte Serbiens und Bulgariens zusammen, so ergibt sich, mögen die statistischen Balkanziffern auch sehr unverläßlich sein, in großen Zügen ungefähr folgendes Bild: Im Falle der Einbeziehung dieser Länder in unseren Wirtschaftsbund würden Getreideanbauflächen von 3·6 Millionen Hektar, mit einer Ernte von 52 7 Millionen Meterzentner als bevorzugte Konkurrenten gegenübertreten unserer österreich-ungarischen Getreidewirtschaft, die auf 17·2 Millionen Hektar Ernten von 243 Millionen Meterzentner hervorbringt, einschließlich der deutschen Ernte 523 Millionen Meterzentner Gesamtproduktion auf 31·4 Millionen Hektar Anbaufläche. Rechnen wir die Ernten der beiden Balkanstaaten infolge der Vergrößerungen in den Balkankriegen mit 50 % höher, so sind es immer erst 78 Millionen Meterzentner, wovon höchstens 20 Millionen Meterzentner für die Ausfuhr in Betracht kommen. Ob wir diese Agrarausfuhr aufnehmen können, werden wir gleich sehen.

Bulgariens Ausfuhr ist zu drei Viertel eine solche von Getreide, zum Beispiel 1910, wo von 184 Millionen Kronen Ausfuhr 129 Millionen darauf entfielen. Seine Viehzucht ist sehr rückständig, auf deren Produkte entfielen an lebenden Tieren 8·3 Millionen, an tierischen Produkten 18 Millionen Kronen. In einem guten Jahre vor dem Balkankriege lieferte es: Weizen 47·6 Millionen, Mais 39·5, Weizenmehl 13·6, Roggen 9·15, Gerste 8·9, Raps 3·5, Kleie 2·6 Millionen Kronen. In Gewichtszahlen betrug im Ausmaße vor 1912 seine durchschnittliche Ausfuhr 3·5 bis 4 Millionen Meterzentner Weizen, 0·5 Roggen, 0·8 Gerste, 4·0 Mais, 0·2 Hafer. Es ist wieder dasselbe Bild: in einigen wichtigen Produkten, wie Weizen und Mais, ist es ein Konkurrent von einiger Bedeutung, in den anderen hat seine Ausfuhr mehr den Charakter einer Ergänzung unseres Bedarfes. Bei glücklicher Entwicklung seiner Volkswirtschaft im zukünftigen Großbulgarien wird es immer mehr zu einem bedeutsamen Agrarausfuhrland werden, besonders auch für Viehzuchtprodukte, wofür in diesem typischen Kleinbauernland alle Bedingungen gegeben sind. Seine Viehzucht spielt sich noch in sehr extensiven Formen ab, daher sind die Zahlen noch gering. 1910 zählte Bulgarien 2 Millionen Rinder, 8·6 Millionen Schafe, 527.000 Schweine, 478.000 Pferde, dazu 130.000 ebenso tiefsinnige Esel, als unsere sind. Setzen wir zum Vergleich daneben die Zahlen für Galizien (1910), so erhalten wir ein ungefähres Bild seiner Konkurrenzkraft; Diese Provinz zählte 905.807 Pferde, 2,505.012 Rinder, 1,835.935 Schweine, 358.959 Schafe.

*

Für die türkische Konkurrenz liefert die letzten erreichbaren, halbwegs brauchbaren statistischen Unterlagen das Jahr 1910, es gibt also den Stand vor den Balkankriegen wieder. Das verschlägt nichts, denn das der Türkei in Europa abgenommene Land wurde, abgesehen vom Anteile Griechenlands an der Beute, an Bulgarien und Serbien abgetreten, es bleibt also Land, das für unsere wirtschaftliche Einbeziehung in Betracht kommt.

Die Getreideernte in den 5 Getreidehauptfrüchten betrug 1910 in der damaligen europäischen Türkei auf 1·25 Millionen Hektar Anbaufläche 19·2 Millionen Meterzentner, im asiatischen Anteil auf 4·8 Millionen Hektar 73·3 Millionen Meterzentner, zusammen auf 6·1 Millionen Hektar 92·5 Millionen Meterzentner Er-

Neues Wiener Tagblatt 23./IV. 1916

112

Vorzugszölle und Welthandel.

Von besonderer Seite.

Es gibt heute niemand mehr, der daran zweifeln würde, daß der Weltkrieg nicht nur die Landkarte verändern, sondern in seinen Folgen auf fast allen Gebieten des politischen und sozialen Lebens große Umwälzungen herbeiführen wird. Eine erdrückende Fülle von völlig neuen Problemen wird aus dem Kriege geboren. Und mag ihre Lösung noch so schwierig sein, so muß doch jedermann sich glücklich schätzen, dem es vergönnt ist, derartige geschichtliche Ereignisse, derart niemals vorausgesehene, nie geahnte Dinge mitzuerleben. Insbesondere ist es auch die Handelspolitik, die in Hinkunft nicht ausgetretene Pfade, sondern vielfach ganz neue Bahnen wird zu wandeln haben.

Diese Erkenntnis zeigt sich deutlich in den publizistischen, allmählich zu einer wahren Flut anwachsenden Erörterungen über die Art der handelspolitischen Beziehungen, in denen insbesondere Oesterreich-Ungarn zu dem Deutschen Reich und vielleicht — mit diesem — auch noch zu andern Ländern stehen wird. Aus dem brodelnden Nebel der hin und her wogenden Anschauungen heben sich diesbezüglich in mehr oder weniger deutlichen Umrissen zwei Gebilde ab: die Zollunion und das System der sogenannten Vorzugszölle. Im wesentlichen unterscheiden sich diese beiden Formen insofern voneinander, als die Zollunion — bei gegenseitiger Einräumung der Zollfreiheit oder auch nur besonders ermäßigter Zollsätze — begrifflich die Gemeinschaft des Außenzolltarifs oder doch die Identität der beiderseitigen Zolltarife und wohl auch den Bestand gemeinsamer Zolleinrichtungen bedeutet, während das zweiterwähnte System — bei mehr oder weniger weitgehender gegenseitiger Anspannung der Außenzolltarife — auf gegenseitige Zollbegünstigungen sich beschränkt, die von der allgemeinen Meistbegünstigung ebenso ausgenommen werden müßten wie jene zollistischen Begünstigungen, die zollunierte Staaten einander einräumen.

Da die Herstellung eines vollkommen gleichen Zollschemas und eines in allen Positionen gleichen Zolltarifs bedeutenden Schwierigkeiten begegnen dürfte und insbesondere ein Schlüssel für die Teilung der gemeinsamen Zolleinnahmen nicht leicht zu finden wäre, so scheint sich die öffentliche Meinung in letzter Zeit eher dem System der Vorzugszölle zuzuneigen.

Daß auch bei Annahme dieses Prinzips eine weitgehende Vergemeinschaftung der gegenüber dritten Staaten zu befolgenden Handelspolitik möglich ist, kann füglich nicht in Abrede gestellt werden. Allerdings werden dann die Handelsverträge von den beiden durch das Vorzugssystem verbundenen Staaten, beziehungsweise Staatengruppen, formell selbständig abgeschlossen werden. Dies hindert aber nicht, daß sie hiebei in engster Fühlungnahme vorgehen und so einen mächtigen handelspolitischen Komplex darstellen, der mit viel größerem Nachdruck aufzutreten vermag, als es jeder der hier in Betracht kommenden Teile bisnun zu tun imstande war.

Vielfach ist jedoch die Frage ventiliert worden, ob nicht durch diesen Zusammenschluß eine gewisse Beengung in der Führung der Welthandelspolitik herbeigeführt werden würde.

In dieser Beziehung wird zunächst befürchtet, daß von den auswärtigen Staaten formelle Beschwerden gegenüber dem Vorzugsregime erhoben werden könnten; und zwar dies aus dem Gesichtspunkt, daß die Vorzugsbehandlung ja eben den Zweck verfolgt, in dem gemeinsamen Gebiet Produktion und Konsum in eine besonders nahe Verbindung zu bringen, das heißt, den Bedarf der verbundenen Staaten in erster Linie durch ihre eigene Produktion zu decken, sich also in dieser Beziehung nach außen hin unabhängig zu machen, was natürlich eine Einschränkung des Imports aus dritten Staaten mit sich bringen müßte. Mehrfach ist darauf hingewiesen worden, daß gegenüber derartigen Reklinationen die Zollunion einen besseren Schutz gewähren würde als das Vorzugssystem, da nach anerkannten handelspolitischen Grundsätzen die Zollunion Ausnahmen von der Meistbegünstigung vollkommen rechtfertige, während eine solche Berufung auf die Lehrsätze der Handelspolitik beim Bestand einer loseren Verbindung der sich gegenseitig begünstigenden Staaten nicht Platz greifen könne.

Dem wird jedoch — und wohl mit Recht — entgegengehalten, daß in der neuen Aera der Handelspolitik die Möglichkeit der Heranziehung von Doktrinen der alten Schule kaum maßgebend sein dürfte. Neue Gebilde werden auch nach neuen Gesichtspunkten zu beurteilen sein. Insoweit also bloß Argumente gegen die Beschränkung der allgemeinen Meistbegünstigung in Betracht kommen, dürften diese kaum als stichhältig anerkannt werden.

Wie nun aber, wenn dritte Staaten aus der Verweigerung der allgemeinen Meistbegünstigung praktische Konsequenzen ableiten und ihrerseits gegenüber dem Zollbunde handelspolitische Zurückhaltung an den Tag legen wollten? Wenn sie selbst dem Bunde die Meistbegünstigung versagen und überdies in ihren Zugeständnissen sich mehr als bisher beschränken würden?

Einer solchen Gefahr wäre offenbar Deutschland — mit Rücksicht auf seinen viel größeren Welthandel — mehr ausgesetzt als Oesterreich-Ungarn. Wenn Deutschland auch das österreichisch-ungarische und das im Balkan sich darbietende Absatzgebiet weit mehr als bisher auszunützen imstande sein wird, so kann es doch in dieser Richtung nicht seinen ganzen Exportüberschuß verwerten. Bisher entfielen nur etwa elf Prozent der deutschen Ausfuhr auf Oesterreich-Ungarn und noch viel weniger auf den Balkan; auf 100 Prozent können diese Ziffern natürlich nicht gesteigert werden.

Die Gefahr ist aber bei weitem nicht so groß, als sie auf den ersten Blick zu sein scheint. Der Gesamtimport Deutschlands repräsentiert nämlich einen Wert von zirka zehn Milliarden Mark. Auf Oesterreich-Ungarn entfallen hievon nur rund 800 Millionen — der Balkan kam hiebei bisher überhaupt nicht in Betracht. Mag also der Export von Oesterreich-Ungarn und vom Balkan nach Deutschland noch so sehr intensiviert werden, so wird durch diese Provenienzen doch immer nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der nach Deutschland aus dritten Staaten eingehenden Waren verdrängt werden. Die Vereinigten Staaten von Amerika, dann Rußland, England, Frankreich, Argentinien haben auch dann noch ein so großes Interesse an dem Export nach Deutschland, daß die vorzugsweise Behandlung der österreichisch-ungarischen und der Balkanprovenienzen an und für sich zu einer handelspolitischen Zurückhaltung dieser Staaten oder gar zu einer Negation der handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland kaum den Anlaß bieten kann. Und noch mehr als dies: gerade aus dem angegebenen Grunde dürfte die von den Ententestaaten geplante Errichtung eines nach dem Kriege fortwirkenden, seine Spitze gegen die Zentralmächte kehrenden Wirtschaftsblocks sich nicht realisieren lassen. Ginge aber der Haß dieser Staaten so weit, daß sie ihm zu Liebe ihre wichtigsten Exportinteressen zu opfern gesonnen wären, dann wird der Verzicht Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auf die gegenseitige Vorzugsbehandlung hieran nichts ändern. Keinesfalls würden die Neutralen sich von Deutschland zurückzuziehen in der Lage sein, im Gegenteil: sie werden sich sehr bemühen, durch vertragsmäßige Herabdrückung der deutschen Außenzölle möglichst jene Nachteile auszugleichen, die eine zugunsten Oesterreich-Ungarns und des Balkans dortselbst eintretende Differenzierung ihnen bringen würde.

Und hiemit wird auch in Hinkunft die Voraussetzung für den Abschluß von Handelsverträgen gegeben sein. Halten sich die heute uns feindlichen Staaten im Trotz beiseite, so wird dies für die andern, am Export nach Deutschland interessierten Länder nur um so günstiger sein; demnach wird wohl auch die Entente es sich wohl überlegen, bevor sie den Neutralen das Gebiet der Zentralmächte zur Exploitierung gänzlich überläßt.

Wir kommen sonach zu dem Ergebnis, daß die Welt mit dem erörterten Vorzugsregime sich abfinden wird und daß — trotz ihrer engeren Verbindung — weder Deutschland noch Oesterreich-Ungarn auf die Welthandelspolitik zu verzichten genötigt sein werden. Sie werden vielmehr imstande sein, diese — Schulter an Schulter — mit um so größerem Nachdrucke zu pflegen, während zugleich auf vielen andern Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens tausend neue Brücken zwischen den nun in Kampf und Sieg verbundenen Zentralmächten sich schlagen werden.

Neues Wiener Tagblatt 23. III.

Mitteleuropäische Kulturgemeinschaft

115

müssen die zwischen uns und dem Deutschen Reiche bestehenden kulturellen Bande enger gefügt werden, doch selbstverständlich nicht einseitig. Nicht nur wir müssen uns in das Studium der deutschen Kultur vertiefen, um danach zu trachten, davon dasjenige und so viel uns anzueignen, was, ohne unsre nationale Individualität zu berühren, zweckmäßig erscheint, sondern auch die berufenen Führer der deutschen Oeffentlichkeit müssen die speziell ungarischen Beziehungen unsres kulturellen Lebens kennen lernen, und auch sie dürfen sich gegenseitigen Wirkungen nicht verschließen. Wir sind uns dessen bewußt, daß die deutsche Kultur ein unabmeßbar großes Gebiet ist und ihre Tiefen kaum durchdrungen werden können. Wir haben also eine größere Anleihe zu machen als umgekehrt, allein die Eigenartigkeit und Charakteristik unsrer Kultur bietet vielleicht sehr viel Materie, deren Studium und Aneignung es verdiente, Neues, Originelles und Frisches der großen deutschen Kultur zuzuführen. Deutschen kann das Studium der ungarischen Kulturprodukte um so nützlicher sein, weil sie doch durch den historischen Umsturz des Weltkrieges mit den Nationen des weiten Ostens, namentlich mit den Bulgaren und Türken, in engere Verbindung getreten sind, der deutsche Forschergeist aber zweifellos sich beeilen wird, auch die Rasseneigenheiten und Individualität dieser Nation gründlicher kennen zu lernen. Zur besseren und gründlicheren Erkennung des Lebens und der kulturellen Eigenheiten dieser mit uns rassenverwandten Nationen bieten aber wir, die westlichen Exponenten der turanischen Rassen, sozusagen einen Uebergang oder, um mich besser auszudrücken, den Schlüssel. Durch uns kann der Deutsche die von uns östlich wohnenden turanischen Völker genauer kennen lernen, und unsre Vermittlung kann dem Forscher nur zum Vorteile werden, wenn er die Psyche dieser Völker verstehen will. Unser großer Verteidigungskampf hat die germanischen und turanischen Rassen zu einem Schutz- und Trutzbündnis zusammengeschmiedet, welches gleichsam zur seelischen Gemeinschaft wurde. Es ist ein Fingerzeig der Geschichte, daß auch die germanische und turanische Kultur enger aneinander geschmiedet werden, um sich gemeinsam zu helfen, zu stützen und zu bereichern.

Wir Ungarn müssen auf dem Gebiete kultureller Gemeinschaft mit den Deutschen eigentlich nur unsrer älteren Tradition weitere Gefolgschaft leisten. Hat doch bereits der Schöpfer unsres tausendjährigen Staates, unser erster König Sankt Stephan, die Gemeinsamkeit mit der germanischen Kultur gesucht, ja selbst in unsre staatsrechtlichen Institutionen verpflanzte er germanische Motive. Das Beispiel des Staatenschöpfers wiederholt sich oft im Laufe unsrer Geschichte. Wir haben uns niemals dem verschlossen, daß gewisse Schöpfungen der deutschen Kultur in das Mosaik unsrer Institutionen eingefügt werden. Wir wachten aber auch immer, daß die deutsche Kultur nicht zur Unterdrückerin unsrer mit unserm Leben eng verknüpften nationalen Kultur werde. Die Deutschen haben die Verbindung bisher zumeist in einseitiger Weise gesucht, denn sie waren immer sehr vorsichtig, von uns etwas zu übernehmen, obschon Ungarn im Mittelalter und in der Neuzeit über zahlreiche kulturelle Errungenschaften verfügte, die eine Uebernahme wohl verdient hätten. Das heutige Deutschland verfolgt hauptsächlich seit Bismarck keinerlei aggressive Tendenz dem neuen Ungarn gegenüber, und der Weltkrieg hat dazu geführt, daß der Deutsche und der Ungar einander verstanden, schätzten, liebten und daß wir ohne jeden Hintergedanken daranschreiten können, auch eine engere kulturelle Gemeinschaft zu schmieden. Das gegenseitige Verstehen ist ein so großes, daß es heute jede Aggressivität und jede Entnationalisierungsbestrebung vollständig ausschließt.

Niemals kann aber die kulturelle Annäherung zum Schaden der österreichischen und ungarischen Gegenseitigkeit geschehen. Ich bin vollständig von dem Bewußtsein durchdrungen, daß wir Ungarn vermöge unsrer historischen Sendung in erster Reihe auf unsre österreichischen Brüder angewiesen sind und umgekehrt. Ich würde jede Bestrebung als einen großen Fehler erachten, welche eine deutsch-ungarische Annäherung zu Lasten unsres engen Bandes mit unsern österreichischen Brüdern, also auch zu Lasten der gegenseitigen österreichisch-ungarischen Kulturwirkungen anstreben würde und welche den Zweck hätte, an Stelle des österreichischen und ungarischen gegenseitigen Einwirkens ein Deutsch-Ungarisches zu setzen. Das wäre unter allen Umständen unrichtig, am allermeisten aber jetzt, wo alle Beweise dafür vorliegen, daß die Mißverständnisse, die zwischen uns und unsern österreichischen Brüdern häufig bestanden haben, endgültig im Verschwinden begriffen sind, um einem auf gegenseitigem Verstehen basierenden ständigen brüderlichen Verhältnisse Platz zu machen. Die kulturelle Annäherung mit Deutschland, welcher wir sehr bedürfen und die wir bereitwillig anstreben, darf nie und nimmermehr derart aufgefaßt werden, als ob wir den Wunsch hätten, dadurch uns von unsern österreichischen Brüdern weiterzurücken. Im Gegenteil, wir werden immer unsre österreichischen Brüder als unsre nächsten Angehörigen betrachten, wenn wir auch die Notwendigkeit empfinden, mit unsern deutschen Verbündeten eine je verständnisvollere Annäherung zu schaffen.

Budapest, im April.

Berner Bund 12./IV.1916

Weltwirtschaftliche Zukunftsprobleme

Mitteleuropa und die Kleinstaaten

M.T. Zwei große wirtschaftliche Probleme stehen auf der Tagesordnung der Völker Europas: die Fragen eines engern wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Staaten des Vierverbandes, England, Rußland, Frankreich und Italien auf der einen und der Zentralmächte, Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf der andern Seite, beiderseits mit dem festen Willen, wohlgerüstet in den kommenden Welthandelskrieg ziehen zu können. Die eine Bündnisidee erscheint beinahe ungeheuerlich, wenn man bedenkt, daß sie ziemlich die halbe Erdbewohnerschaft (700—800 Millionen) umfassen würde und daher im Hinblick auf die großen vielfachen Interessengegensätze, die sie in sich birgt, in ihrer Totalität nur außerordentlich schwer realisierbar ist; die andere dagegen ist in irgendeiner Form bei allseitig gutem Willen möglich und ausführbar.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn

Für heute möchten wir uns indessen nur mit der Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und ihren möglichen Folgen, und zwar anhand von Naumanns „Mitteleuropa" etwas näher beschäftigen. Das neueste, zwar nicht widerspruchsfreie, Werk Naumanns ist zu interessant und von zu großer allgemeiner Bedeutung, als daß man daran vorübergehen kann.

Die reichsdeutsche und österreichisch-ungarische Bevölkerung beträgt heute zusammen nur etwa 116 Millionen Einwohner und bewohnt nicht einmal 1 Proz. der bewohnten Erdoberfläche.

Unter Anschluß verschiedener europäischer und außereuropäischer Staatsgebiete, sowie von Kolonien, könnte ein solch mitteleuropäischer Staatenverband im günstigsten Falle auf zirka 200 Millionen Einwohner kommen. Aus Mitteleuropa würde dann neben den bestehenden drei relativ fertigsten Großkörpern, Großbritannien mit seinen ca. 440 Millionen, Rußland mit ca. 170 Millionen und Vereinigte Staaten mit ca. 107 Millionen Einwohnern, ein neuer vierter weltwirtschaftlicher Staatenverband geschaffen werden. Sowohl Deutschland als auch Oesterreich-Ungarn können aber nur dann diesen drei Weltmächten gegenüber wirtschaftlich und politisch eine günstige Stellung einnehmen, wenn es ihnen gelingt, ein Versorgungsgebiet für Rohstoffe, Lebensmittel und andere wichtige Bedarfsartikel zu finden, von dem sie nicht abgeschnitten werden können. Und für ein solches Gebiet käme heute wohl in erster Linie der Orient in Betracht. Sobald das deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet durch den Krieg abgeschlossen ist, ist es bereits in der Gegenwart zu einseitig auf industriellen Export angewiesen.

Die Souveränität, die früher ein sehr verbreitetes Besitztum irdischer Staatsgebilde war, sammelt sich je länger desto bemerkbarer an ganz wenigen Stellen. Es bleibt eine gewisse Anzahl von Mittelpunkten der Menschheit übrig, an denen wirklich regiert wird: London, New York, Moskau (oder Petersburg) stehen fest. Ob sich ein ostasiatischer Weltmittelpunkt in Japan oder China bilden wird, liegt noch im Unklaren, sowie auch die Frage, ob Indien oder Afrika Mittelpunkte erster Größe hervorbringen können. Das Zeitalter des Verkehrs ruft eben diese großen Weltwirtschaftsstaaten hervor mit allmählicher Einverleibung der Kleinstaaten. Ueberall wird man alsdann einem vermehrten Abschließungstrieb der verbündeten wachsenden Großkörper begegnen, mit dem Bestreben, wirtschaftlich sich möglichst zu verselbständigen. Steigendes Anwachsen des Internationalismus vom bürgerlichen Handelsliberalismus zur Sozialdemokratie, zum modernen Kapitalismus mit seinen Kartell- und Trustbildungen, vom National- und Territorialstaat zu jenen großen Weltwirtschaftsstaaten bis zu der von der Sozialdemokratie als Endziel geträumten Gesellschaftsorganisation, die alle Völker umfassen soll. Während nun Großengland in der Umschiebung vom Industrieland zur ersten Rohstoffmacht der Erde begriffen ist, geht Nordamerika den umgekehrten Weg. Es setzt zu seinen mächtigen Rohstoffproduktionen einen täglich wachsenden Industrialismus hinzu und hat auf diese Weise alle Voraussetzungen zu einem reichen, steigenden, herrschenden Weltwirtschaftsgebiet. Im Laufe der Zeit sucht es immer mehr alle Staatsgebiete des ganzen amerikanischen Kontinents an sich zu ketten.

Und das an Bodenprodukten so reiche Rußland wirtschaftlich zu wecken, wäre eine der größten Aufgaben der Weltwirtschaft. Trotz aller zu erwartenden Krisen und Schwankungen wird diese Weckung einmal erfolgen, und dann bekäme der russische Mensch Form und Inhalt. Der Russe kann in seiner Weise regieren und hat eine Diplomatie, die auf eine lange Reihe Erfolge blicken kann.

Ob nur das gedachte Mitteleuropa wirklich die Kraft in sich hat, ein solcher Weltwirtschaftskörper auf staatlicher Grundlage zu werden, dies ist die große Frage von heute. Gelingt dies Deutschland nicht, so wird es sich vielleicht auch einmal näher mit der Frage des Anschlusses an einen jener großen Verbände vertraut machen müssen.

Nach Naumann dürfte es sich vorerst indessen nur um einen engeren Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreich-Ungarns handeln, da diese Arbeit schon groß genug ist. Im mitteleuropäischen Wirtschaftsverein, dessen Ziele ursprünglich vor Jahren mehr gegen die amerikanische Konkurrenz gerichtet waren, soll man sich jüngsthin, wie auch anderwärts, für die Einbeziehung der Türkei und Bulgarien in die wirtschaftliche Interessensphäre dieser Union ausgesprochen haben. Der Entschluß, Mitteleuropa zu wollen, ist ein folgenschwerer Schritt aller beteiligten Staaten, und dabei hat Ungarn als nicht deutscher Staat einen Teil des Zukunftschicksals der deutschen Nation in seinen Händen, denn lehnt Ungarn ab, dann kann der Plan nicht verwirklicht werden. Aber auch gewisse Kreise der österreichischen Slaven — abgesehen von den vielfach auseinandergehenden Meinungen der verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen — scheinen Mitteleuropa nicht zu wollen. Gewiß hat sich die militärische Einheit der Donaumonarchie während des Krieges völlig bewährt. Aber wird dieser unheilvolle Wille auch späterhin für die Verwirklichung und Erhaltung eines solchen Staatenverbandes stark genug sein? Der alte Nestroy soll einmal die politischen Verhältnisse des Habsburgerreiches außerordentlich treffend mit folgenden Worten charakterisiert haben: Wir konzentrieren uns auseinander und separieren uns zusammen.

Der Raum gestattet uns leider nicht, unter Naumanns Führung all die schwierigen Fragen politischer, kultureller, wirtschaftlicher, rechtlicher, sozialer, nationaler, sprachlicher, zolltechnischer Natur näher zu erörtern.

Zollunion oder Vorzugsbehandlung?

Für heute lautet indessen die wichtigste, d.h. die Kernfrage, welcher Art der neue deutsch-österreichisch-ungarische Staats- oder Unionsvertrag sein soll: Zollunion oder Vorzugsbehandlung? Zollunion ist der Gedanke, daß um die Grenze des gemeinsamen Gebietes eine von einer mitteleuropäischen Zentralstelle aus verwaltete Bundeszollverwaltung mit eigenen Beamten aufgestellt wird, die nach gleichen Grundsätzen und einheitlicher Währung überall dieselben Zölle und Abgaben erhebt. Ein solches System müßte selbstverständlicherweise Vereinheitlichung oder Gleichstellung verschiedener Gesetzgebungsgebiete, so in den Staatsorganisationen, im Münz- und Geldwesen, eventuell in verschiedenen Gebieten des Handels, des Verkehrs, der Sozialgesetzgebung usw. nach sich ziehen.

Vorzugsbehandlung aber ist der Gedanke, daß nach wie vor zwei oder drei Handelsstaaten bestehen bleiben, die ihre eigenen Zollerhebungsverwaltungen haben, wie jetzt Oesterreich und Ungarn, untereinander aber vereinbaren, daß sie an den fremdländischen Außengrenzen ein gemeinsames Warenschema mit möglichst gleichen Zollsätzen verwenden und an der beiderseitigen gemeinsamen Grenze sich noch besondere Erleichterungen oder Zollabzüge gewähren wollen, so etwa, daß man vom Bundesgenossen zwanzig Prozent weniger Zoll erhebt als vom Fremden. Eine schwierige Frage bilden die Zwischenzölle, die z. B. zugunsten und zum Schutze einzelner schwächerer österreichischer Industriezweige gegen eine drückende Konkurrenz deutscher Produkte für eine gewisse Uebergangszeit erhoben würden. Die Vorzugsbehandlung bietet den sehr einleuchtenden Vorteil, daß bei ihr staatsrechtlich alles beim alten bleiben und daß jeder Teil innerhalb des Vetragzustandes machen kann, was er will. Aber auch diese Lösung wird bei den vielen wirtschaftlichen Interessengegensätzen der beiden Reiche noch mancherlei Schwierigkeiten für die Verwirklichung bieten.

Naumann bemerkt im allgemeinen noch, daß ein solcher Zoll- und Handelsvertrag nur dann einen aufbauenden Sinn haben könne, wenn er sich über das beiderseitige Austauschen von Nachteilen und Vorteilen zu einer gemeinsamen Regulierung der zu erhaltenden und zu gewinnenden Außenmärkte hinausstreckt. „Tritt dies nicht hinzu, so wird der Vertrag vermutlich ein Entfremdungsvertrag." Es fehlt somit auch hier nicht an „wenn" und „aber". Wie nun alle diese Streitfragen schließlich gelöst werden können und sollen, dies ist mehr eine innere Angelegenheit der beiden Reiche. Für das Ausland ist eben vor allem wesentlich die Frage: Kommt dieser Zollbund zustande und bejahenden Falles, welche neuen wirtschaftlichen Beziehungen werden damit geschaffen, wobei auch die Meistbegünstigungsfrage nicht außer Betracht gelassen werden darf.

Zweifellos schließt der gesamte weltwirtschaftliche Entwicklungsgedanke Naumanns eine weitausschauende Auffassung der Zukunft in sich; er ist auf den ersten Blick sehr bestechend. Aber er erscheint uns doch etwas zu gradlinig, zu doktrinär, zu sehr auf ein wirtschaftliches Prinzip aufgebaut bei der wunderbar widerspruchsvollen Mannigfaltigkeit des wirklichen Lebens, das im Laufe der Zeiten der Möglichkeiten so viele bietet. Gegenwartstendenzen kann man erkennen, künftige Richtlinien kann man erdenken, nur die Wirklichkeit wird ihre eigenen Wege gehen. Der Gang der Weltgeschichte war und bleibt für den Menschen rätselhaft. Das Unvorhergesehene ist die Regel und das ist gut. Man denke hiebei nur an den Verlauf des letzten Jahrhunderts.

«Ce n'est pas du rationnel mais d'irrationnel que les grands événements sont nés. Le rationnel crée la Science, l'irrationnel conduit l'histoire,» sagt Lebon in seiner «Psychologie politique».

Die Kleinstaaten

Heute wird man wohl gerne darauf verzichten, „in Jahrhunderten zu denken", wie sich Naumann bei der Besprechung seiner Weltentwicklungsidee äußert, wo die nächsten Gegenwartsfragen schon schwer genug auf den Völkern lasten; liegt doch die allernächste Zukunft noch ganz im Dunkeln.

Aber ein Problem möchten wir zum Schlusse doch nicht unbesprochen lassen, die künftige wirtschaftliche und politische Stellung der Kleinstaaten. Denn auch hierüber hat Naumann schon seine Antwort bereit, indem diesen Staatsgebilden nach seinem Ideengang künftig nur die Wahl zwischen Isoliertheit oder Anschluß bleiben wird. Und da ihnen die Isoliertheit schon in einem Menschenalter kaum mehr ertragbar sein würde, so müssen sie sich früher oder später irgendwie entschließen, mit welchem Verband sie nach Geographie, Produktion und Geistesrichtung gehen wollen oder können.

„Kleinstaaten, die keinen Zollkrieg durchführen können, die aber täglich Ein- und Ausfuhr brauchen, müssen in Zukunft bei einer großen Weltfirma (Weltstaaten) eingeschrieben sein, sobald diese Oberfirmen selbst sich gegenseitig noch viel mehr als vor dem Krieg voneinander abschließen."

Gerade die heutigen Zeiten bringen den kleinen Staaten ihre Abhängigkeit, die sowieso im modernen Völkerleben im steten Wachsen begriffen ist, in sehr ernster Weise zum vollen Bewußtsein und wir sind noch nicht am Ende der Dinge angelangt. Nun, Naumann läßt uns ja noch ungefähr ein Menschenalter Zeit, über die Anschlußfrage nachzusinnen. Eine neue Generation vielleicht mit neuen Idealen, mit anderen Lebenszielen wird alsdann darüber zu entscheiden haben, wenn sich der Weltlauf in Naumanns Richtung entwickelt.

Aber zweifellos können heute schon diese drohenden großen staatlichen Zusammenschlüsse und Abschließungen für den Handel und Verkehr der Kleinstaaten, ja für deren wirtschaftlich und politisch unabhängige Existenz schwere Zeiten bringen. „Die Zeit der Verwirklichung des Chamberlain'schen Programms ist gekommen, schon angesichts der finanziellen Notwendigkeiten des Krieges; England wird sich mit einer Zollmauer umgeben müssen, ob es will oder nicht will." (Wolff.) Es hat damit ja schon angefangen. Und andere Staaten werden aus den gleichen Gründen mit dem gleichzeitigen Bestreben auf eine intensivere Begünstigung der nationalen Produktion ihm folgen. Zudem scheint man in allen deutschfeindlichen Ländern zur Ueberzeugung gelangt zu sein, daß der Handel und die Industrie der Zentralmächte — abgesehen von erhöhten Zollmauern — nur mit denjenigen Mitteln wirksam bekämpft werden kann, denen Deutschland seinen großen wirtschaftlichen Aufschwung, seinen Erfolg, seine Expansion im Ausland zu verdanken hat. Man denke hiebei an die Hebung des Verkehrswesens zu Wasser und zu Lande, an Technik und Wissenschaft im Dienste der Industrie, an die Gründung geeigneter Organisationen für Produktion, Preisbildung, Export usw., von Industriebanken, Reklame großen Stiles usw.

Dies alles wird den kommenden Handelskampf für die nächste Zeitperiode noch erheblich verbitterter machen. Aber das Netzwerk moderner Handelsverbindungen ist heute so eng verflochten und verwickelt, daß niemand die Folgen solcher Maßnahmen voraussehen kann, und die gegenseitigen Abhängigkeiten und täglichen Notwendigkeiten in Verbindung mit einem gesunden Egoismus werden auf die Dauer stärker sein als alle papiernen Gesetze und Verträge. Dem Kampfe werden zeitliche Ausgleiche und Kompromisse aller Art folgen müssen. Nur durch Schaden wird man klug, wenigstens für einen Moment. Der Logik der Leidenschaften, der Gefühlspolitik müssen wieder Momente ruhiger nüchterner Ueberlegung der Erfahrungspolitik, oft vermischt mit einem gewissen Katzenjammer folgen, damit alsbald wieder der wilde Kampf in irgend einer Form von neuem beginnen kann. So will es das Leben!

Die Schweiz

Ueber den Wert und die Möglichkeit des Fortbestandes unabhängiger kleiner Staaten ist schon viel disputiert und geschrieben worden. Aber eine wirklich brauchbare Antwort hierauf gibt uns nur das wirkliche Leben, sie werden bestehen können und haben ein Recht dazu, so lange sie wirklich innerlich gesund, ihren Staatsberuf voll erfüllend und lebenskräftig nach innen und außen sind. Und die Schlußfrage würde dann schließlich lauten: Treffen diese Voraussetzungen wirklich für die heutige Schweiz zu? Wir sind klein geblieben, etwas kleinlich und heute zu allem Ueberfluß noch etwas zwiespältig geworden, und haben uns im Laufe der Zeiten zum eigenen Schaden eine gewisse Selbstüberhebung angewöhnt.

Die kommenden Tage, selbst wenn uns Prüfungen kriegerischer Art erspart bleiben, verlangen aber unbedingt ein kraftvolles Zusammenarbeiten aller Bürger, aller Landesteile, denen es an einem weitern Gedeihen der Schweiz im künftigen großen wirtschaftlichen Völkerkampfe gelegen ist, will man dabei ehrenhaft bestehen können. Ein Land aber, das einer einheitlichen achtunggebietenden Kraft nach innen und außen ermangelt, wäre für einen solchen erfolgreichen Kampf auf die Dauer eigentlich untauglich. Und was dann? Ist man sich über diese Frage allerorts heute genügend klar? „Was nottut, wenn unsere schweizerische Demokratie wieder Kraft, Eigenart und Größe gewinnen will, ist eine geistige Erneuerung im großen Stil," sagte jüngst Prof. Ragaz in Zürich, als er von diesen Voraussetzungen sprach („Wissen und Leben" 1915 Nr. 16) und wir können ihm nur zustimmen.

Frankfurter Zeitung 19.10.1916 137

Handelspolitik und Krieg.

Gespräche in Deutschland und Oesterreich.

IV.*)

Oesterreich-Ungarn in der Weltwirtschaft. — Das Bündnis mit Deutschland. — Nach dem Kriege. — Die große Fusion? — Die Mängel der Landwirtschaft. — Der österreichisch-ungarische Markt und die Industrie.

A. F. Für Oesterreich-Ungarn hat die handelspolitische Frage ein wesentlich anderes Gesicht als für Deutschland. Für Deutschland handelt es sich um das Lebensproblem, einen Außenhandel von 20 Milliarden Mark wiederzugewinnen, an dem Oesterreich-Ungarn bei der Einfuhr mit knapp 8, bei der Ausfuhr mit knapp 11 Prozent beteiligt ist, als bedeutender, aber nicht als entscheidender Faktor, als ein Glied neben anderen. Von den 5200 Millionen Mark des österreichisch-ungarischen Außenhandels dagegen entfallen bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr rund 40 Prozent auf den Handel mit Deutschland. Alle anderen Länder, die sich in die restlichen 60 Prozent teilen, folgen dahinter erst in ganz weitem Abstande. Hat die österreichisch-ungarische Monarchie ihre Handelsbeziehungen zu Deutschland geregelt, so ist die handelspolitische Frage für sie überhaupt damit im wesentlichen erledigt. Dieses Ziffernverhältnis gibt die statistische Grundlage dafür, daß die Frage des „mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses", eine Frage mit einer bekanntlich schon viele Jahrzehnte langen, wechselvollen Geschichte, in Oesterreich-Ungarn jetzt wieder fast seit Beginn des Krieges im Vordergrunde der Erörterung steht. Nur birgt sich bei vielen in Wirklichkeit doch sehr viel Tieferes dahinter, als jene Statistik.

Wenn wir in Deutschland von der „neuen Zeit" sprechen, die nach dem Kriege kommen soll — und von der jetzt, da die lange Dauer des Krieges schon so viel von der großen Erhebung der ersten Kriegsmonate vergessen ließ, manche mächtigen Gruppen und manche großen Parteien bereits hörbar schweigen — so denken wir daran, wie wir mit dem „Wust und Unrat" zu Hause, von dem der Reichskanzler sprach, nach Friedensschluß aufräumen sollen. Unsere Stellung zur Welt soll uns der Frieden wiedergeben, und auch danach wird die auswärtige Politik uns noch die schwersten Probleme bieten. Aber der Geist vom August 1914 soll dann vor allem im Innern verwirklicht werden; er ist in erster Linie eine häusliche Angelegenheit. Verwickelter liegt das in Oesterreich-Ungarn; noch viel enger ist da der Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Politik. Viele der Männer, die wir in Oesterreich sprachen, und gewiß nicht die schlechtesten, gerade die Erneuerer des Staates, stimmen darin überein, daß sie nichts so sehr fürchten wie die geistig-politische Rückkehr ins alte Heim. Der Krieg hat ihnen, die sich vorher etwas abseits liegend vorkamen, die Anteilnahme an großem Weltgeschehen gegeben, mit allen Leiden, aller Verantwortung, aller Gewaltigkeit solchen Mitdabeiseins — nun wollen sie nicht die Wiederkehr in die alte Einschnürung, wollen nicht das Gefangen-Bleiben in kleinen, engen Verhältnissen, in denen dann die abgebrauchten politischen Schlagworte wieder das Thema bestimmen würden. Der Krieg hat ihnen Aufgaben gebracht; nun wollen sie auch im Frieden Aufgaben sehen, die der Mühe lohnen. Der Staat ist ihnen im Kriege viel mehr geworden, als er ihnen war; nun soll er nicht mangels anderer Ziele, wieder einfach der Tummelplatz des alten politischen Haders werden. Dazu brauchen sie den Blick auf die Welt, die Teilnahme an Weltpolitik, Weltwirtschaft und Weltverkehr. Und dafür wieder brauchen sie das Bündnis mit Deutschland. Aber auch dieses Bündnis selbst ist ihnen ein ganz anderer Wert geworden im gemeinsamen Kampfe, der zum ersten Male alle Völker Oesterreichs, Ungarns und Deutschlands durcheinander gewürfelt in eine einheitliche Front gestellt hat, auf dem Schlachtfelde draußen, aber auch auf den Kampffeldern daheim, mit der Notwendigkeit zu gemeinsamem Handeln auch in den gewaltigen Kriegsfragen der Politik und der Wirtschaft. Auch deshalb wollen sie jetzt das Bündnis und nicht bloß seine Erhaltung, sondern seine Festigung, seine Erweiterung. So urteilen naturgemäß nicht die Tschechen; so urteilen auch nicht gewisse nur-österreichische Kreise in der Nähe der Krone; auch manche anderen Bevölkerungsteile stehen dazu kühl; es ist in erster Linie das Gros der Deutsch-Oesterreicher, das diesen Schluß zieht. Die beiden Monarchien sollen noch viel enger als bisher zusammenwachsen, das Bündnis noch viel mehr im Bewußtsein und im Interesse der Völker ebenso wie in erweiterten politischen, militärischen und wirtschaftlichen Abmachungen verankert werden. Das ist der Gedanke. Das wirtschaftliche Programm ist für diesen Kreis der Befürworter ein Mittel zum politischen Zweck. Die Frage ist, ob es sich dafür eignet. Denn diese Eignung ist selbstverständlich nur dann vorhanden, wenn feststeht, daß ein Wirtschaftsbund den Volkswirtschaften der beiden (oder, wenn man will, der drei) Länder wirklich überwiegenden Vorteil bringen würde. Im anderen Falle bestände die ernste Gefahr, daß Schädigungen, die sich aus dem Wirtschaftsbündnis ergäben, direkt sogar zur Diskreditierung des politischen Bündnisses ausgenutzt würden. An Interessenten für solche Ausnützung würde es sicher nicht fehlen.

Es gibt nun in Oesterreich Theoretiker und Praktiker der Wirtschaft, die darauf antworten: Der vollständige Zusammenschluß Oesterreich-Ungarns mit Deutschland zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiete sei für Oesterreich-Ungarn eine absolut notwendige Folge des Krieges, so sehr, daß der von vielen damit verfolgte politische Zweck vollkommen ausscheiden könne, ebenso wie die politischen Abneigungen der anderen; man habe in Oesterreich-Ungarn gar nicht mehr zu fragen, was wollen wir, sondern nur noch: was müssen wir tun? Oesterreich-Ungarn wird, so etwa argumentiert z. B. Dr. Stolper in seinen Aufsätzen im „Oesterreichischen Volkswirt", nach dem Kriege in jedem Falle ungeheure Lasten zu tragen haben, die umso schwerer drücken werden, als sie sich auf eine verhältnismäßig kleine Zahl tragfähiger Schultern verteilen. Lasten tragen, Steuern zahlen aber kann man nur aus dem Produkte der Arbeit. Folglich ist es eine absolute Notwendigkeit, daß man in Oesterreich-Ungarn nicht nur mehr, sondern auch produktiver arbeite, daß der Ertrag der Arbeit selbst gesteigert werde — und das ist nur möglich durch die Bildung eines großen, einheitlichen Wirtschaftsgebiets, das durch Arbeitsteilung und Spezialisierung die Verbilligung der Arbeit ermögliche. Im anderen Falle bliebe nur das entgegengesetzte Extrem, die Steigerung der Zölle auf eine direkt prohibitive Höhe, wodurch man sich den Inlandsmarkt sicherte. Aber das geht nicht wegen der verarbeitenden Industrie, es geht nicht wegen der Arbeiter und der Arbeitslöhne und auch nicht wegen der Verbraucher überhaupt. Und es geht vor allem deshalb nicht, weil man mit Prohibitiv-Zöllen nicht exportieren kann. Das aber — und dies ist ein zweites, wichtiges Argument — muß Oesterreich-Ungarn nach dem Kriege unbedingt. Oesterreich-Ungarn wird aus dem Kriege mit einer beträchtlichen Vermehrung seiner Auslandsschuld, die ja schon vorher groß war, hervorgehen, und es wird, um sich zu retablieren, diese Auslandsschuld noch weiter vermehren müssen, wofür dann Zinsen und Tilgung aufzubringen sind; Oesterreich-Ungarn wird auch weiter Rohstoff- und andere Einfuhr brauchen, die man bezahlen muß. Das geht nur mit der Ausfuhr. Und dazu, so schließt diese Richtung, braucht man wieder die billige Produktion, deren Vorbedingung das einheitliche Wirtschaftsgebiet ist, man braucht dazu ferner die Möglichkeit des Absatzes — und die kann man auch nur durch Zusammenschluß mit Deutschland haben, weil Oesterreich-Ungarn allein z. B. schon mit seinem wichtigsten Hinterlande, dem Balkan, infolge der Vormacht seiner agrarischen Interessenten keine sachgemäßen Handelsverträge abzuschließen vermag.

Auf einem dritten Wege kommen schließlich manche aus einer ganz anderen Gedankenrichtung zu ganz dem gleichen Resultat. Der 1. August 1914 bedeute, so hat z. B. einer der angesehensten österreichischen Großindustriellen diese Gedanken kürzlich vor seinen Fachgenossen dargelegt, einen roten Strich in der Geschichte der Wirtschaftsentwicklung überhaupt. Mitteleuropa habe die ganze Humusschicht an Kultur und Kapital, die es seit den Napoleonischen Kriegen sukzessive aufgebaut hatte, im Laufe dieses Krieges verloren; wir werden von dem nackten Boden grundlegend wieder aufbauen müssen, und dabei werden die kleinen Mittel und Ideen vergangener Jahrzehnte nicht mehr helfen können. Betrachte man im Lichte dieser Verhältnisse die zukünftige Handelspolitik, so spiele die Frage der Zölle dabei gar keine Rolle mehr angesichts der Verschiebungen in den Produktions- und Absatzbedingungen, in den Rohstoff- und Fabrikatpreisen usw. Entscheidend sei vielmehr das andere: daß das Zeitalter der freien Produktion geschlossen sei und wir eintreten in das Zeitalter der organisierten Produktion, bei der die ganze Industrie in Zwangssyndikaten zusammengeschlossen wird unter Selbstverwaltung der Industriellen, aber mit starken Aufsichts- und Einflußrechten des Staates. Die Probleme der Valutaregulierung, des Rohstoffbezugs, der Vorratswirtschaft werden von selbst dazu führen, nicht minder das Bedürfnis nach neuen Einnahmequellen des Staates, der auf diese Weise an den Erträgnissen der Industrie beteiligt werden könnte, ohne daß dies das Hauptziel der Umwälzung sein dürfe. Leitender Gesichtspunkt der neuen Organisation müsse vielmehr sein, die höchste Produktivität zu erzielen, weil nur durch Intensivierung der gesamten Produktion und vollständige Ausnützung der Betriebsmittel, der Arbeit und Leistungsfähigkeit jedes einzelnen im Laufe der Jahre allmählich die Gegenwerte für die durch den Krieg zerstörten Sachgütermengen geschaffen werden können. Werden aber diese Organisationen errichtet, dann sei Mitteleuropa

---

* Vergl. Erstes Morgenblatt vom 7., 10. und 14. d. M.

Pester Lloyd 20. IV. 1916

Ist ein Boykott der Mittelmächte durch den Vierverband möglich?

(Ein Brief aus dem neutralen Auslande.)

Der Mißerfolg der interparlamentarischen Besprechungen in Paris —, die zweite führte bekanntlich den pomphaften Titel „Wirtschaftskonferenz" — hat den bissigsten Spott des ewig unzufriedenen Clemenceau hervorgerufen, der den Zweck dieser Redeschlachten durch die wegwerfende Formel „préparer des préparations de préparations" beleuchtete und damit ihre völlige Nutzlosigkeit kundtat. In der Tat hat diese zweite Konferenz nicht das geringste praktische Resulat gezeitigt, im Gegenteil die bestehenden Gegensätze wirtschaftlicher Art noch gesteigert. Ein Beweis dafür ist die immer ungestümer ausgesprochene Forderung Frankreichs und Italiens, England möchte endlich hinsichtlich der Ausbeutung durch die unerschwinglichen Schiffsfrachten den leidenden Freunden entgegenkommen, und dieses Verlangen muß scharf genug kundgetan worden sein, weil sich Runciman in Person bemüht, dieses brennende Problem einer halbwegs günstigen Lösung entgegenzuführen. Die Mißstimmung gegen Englands kommerzielle Vorherrschaft erhellt am besten aus den immer zahlreicher werdenden Statistiken, die man in Pariser Blätter über den Umfang des englischen Handels lesen kann. Eine dieser halbamtlichen Zusammenstellungen besagt, daß in den ersten drei Monaten dieses Jahres der englische Export 3421 Millionen Francs beträgt, was gegen die gleiche Periode des Vorjahres einen Zuwachs von 759 Millionen darstellt. Natürlich hat auch die Einfuhr eine entsprechende Erhöhung erfahren, die in runder Ziffer 511 Millionen Francs beträgt. Aber dieser Zuwachs wurde dadurch hervorgerufen, daß England durch die Tauchbootgefahr eine Hungersnot befürchtet und sich deshalb starke Vorräte an Lebensmitteln anlegt. So wurden im ersten Vierteljahr 1916 9,220.000 Zentner Getreide eingeführt (5,671.000 Zentner im ersten Vierteljahr 1915), 813.000 Zentner Speck (606.000), 3,500.000 Zentner Zucker (2,300.000), 50.000 Zentner Tee (30.000). Für die einzelnen Rohstoffe gab die englische Statistik die Erhöhung in Prozenten an, was noch deutlicher zeigt, in welchem Umfang die britische Industrie vom Kriege profitiert: 46 Prozent für Baumwolle, 65 Prozent für Eisen und Stahl, 220 Prozent für Hanf- und Leinsamen, 68 Prozent für Hartholz, 83 Prozent Braugerste, 102 Prozent Oele, und für alle übrigen Rohstoffe eine Durchschnittserhöhung von 35 Prozent. Diese gesteigerte Erzeugung macht sich natürlich in der Ausfuhr bemerkbar. Hier folgen einige Ziffern nur für den Monat März 1916, während in der Klammer die Exportziffer für März 1915 steht. 424 Millionen Meter Baumwollstoffe (352 Millionen), 13,800.000 Meter Leinwand (10 Millionen), 10,902.000 Meter Wollstoffe (7 Millionen), 301.000 Tonnen verarbeiteter Stahl (235.000 Tonnen) und endlich 141 Prozent Mehrausfuhr für Bier.

Bei Besprechung dieser Ziffern sagt der Pariser „Economist": „Wir haben diese Zusammenstellung gebracht, weil wir uns an die unaufhörlichen Vorwürfe der amerikanischen Presse erinnern, die England beschuldigt, die Handelsfreiheit der neutralen Staaten zugunsten der eigenen Industrie lahmzulegen. Es scheint uns, daß die Statistik des englischen Handelsamtes, zumindest jene für den Monat März 1916, diese Anschuldigungen rechtfertigt. Es liegt klar zutage, daß England die Ausfuhr jener manufakturierten Erzeugnisse erhöht, welche für die Rationierung neutraler Staaten, wie Holland, Skandinavien, Spanien und Schweiz, in Betracht kommen." Unter diesen Verhältnissen gewinnt die von England verfochtene Idee, gegenüber den Mittelmächten den schärfsten Boykott anzuwenden, einen seltsam ironischen und bitteren Beigeschmack. Hervorragende französische Sozialökonomen wie Yves Guyot erklären diesen Vorschlag schlankweg für ein Verbrechen, weil ein Boykott sofort die Schaffung eines mitteleuropäischen Zollvereins nach sich ziehen müßte. Und dieser Zollverein wäre dann, wie die Franzosen bei allem Deutschenhaß offen zugeben, nur ein Akt berechtigter Notwehr. „Unsere Heißköpfe," heißt es da, „die für die völlige wirtschaftliche Knebelung und Niederwerfung Deutschlands eine Lanze brechen, ahnen gar nicht, daß sie dadurch den deutschen Traum einer kontinentalen Hegemonie in Handel und Industrie der Wirklichkeit näherbringen. Sie selbst überzeugen die noch zögernden Deutschen, daß der Zollverein fortan eine Lebensfrage ist, daß sie nur durch eine enge, auf den Prinzipien des Freihandels fußende Zollgemeinschaft den Ruin vermeiden. Gleichzeitig aber ist diese Verwirklichung eines alten Traumes nichts weniger als die völlige Wiedergeburt unserer Feinde, wie immer auch der Krieg enden möge. Denn ein mitteleuropäischer Wirtschaftsblock wäre die gleichzeitige sozialpolitische Beschlagnahme von Belgien und Polen, dem Balkan und der Türkei. Die industrielle Machtentfaltung Deutschlands würde durch den völligen Besitz des schiffbaren Rheins, sowie Antwerpens solchen Umfang annehmen, daß die kleinen neutralen Staaten Europas dieser Anziehungskraft nicht widerstehen könnten, Holland ebensowenig wie die Schweiz, und auch Skandinavien müßte den Dingen ihren Lauf lassen, denn der Besitz der Maas-Schelde- und Rheinmündungen, sowie das Zusammenwirken von Antwerpen und Hamburg würden der freien Schiffahrt in der Nordsee ein Ende machen."

Klingt dieser Alarmruf schon deutlich genug, so befürchten die militärischen Kreise Frankreichs noch schwerere Folgen hinsichtlich der künftigen Wehrmachtfragen. „Wie sollten die kleinen neutralen Staaten vermeiden, wider ihren eigenen Willen in die militärische Konföderation der Mittelmächte einzutreten, wenn sie sich von einem ungeheuren Territorium des Freihandels eingeschlossen sehen, in welchem die deutsche Organisation jedes gegnerische Wirtschaftssystem unterdrücken und nach Belieben die Eroberung der neutralen Absatzmärkte unternehmen kann? Selbst im Falle eines neuen Krieges würde die neue Konföderation sich selbst völlig genügen, und eine noch so scharfe Blockade wäre dagegen gänzlich machtlos. Die Kolonisierung von Kleinasien würde im Anschlusse an die jetzige Agrikultur der Mittelmächte für die Ernährung der Bevölkerung ausreichen. Ein durch die Wiederherstellung des alten Berieselungssystems fruchtbar gemachtes Mesopotamien würde jegliche Einfuhr ausländischer Baumwolle entbehrlich machen, und die Mineralschätze des Balkans, Armeniens und Anatoliens würden die Hüttenwerke und Arsenale der „Grande Germanie" auf das reichste beschicken. Das Schlimmste wäre aber, daß ein derartiger Festlandsblock die Meerherrschaft Englands auf immerdar bedrohen und im Kriegsfalle hinfällig machen würde." Man ersieht aus solchen Eingeständnissen, daß man sich, zumindest in Frankreich und Italien, keinerlei Illusionen über die Möglichkeit eines Boykotts hingibt. Es gäbe allerdings, wie die „Débats" bemerken, ein wirksames Mittel, den künftigen Zollverein der Feinde halbwegs unschädlich zu machen, und zwar durch einen nach demselben Muster konstruierten Zollverein des Vierverbandes. „Ein solcher Zollverein ist aber eine Utopie," sagt das Blatt mit löblichem Freimut. „Um die einander völlig widerstrebenden wirtschaftlichen Gegensätze Frankreichs, Rußlands und Italiens unter einen Hut zu bringen und jenen von England anzupassen, dies wäre eine Aufgabe, an deren Lösung selbst die kühnsten Reformatoren nicht glauben!"

Clemenceau hat also mit seiner Verspottung der Pariser Konferenzen die Mehrheit der französischen und italienischen Intelligenz auf seiner Seite. Die rednerischen Orgien, die unter dem Vorsitz des abgefeimten Luzzatti den Mittelmächten Furcht und Schrecken einjagen sollten, haben ihren Zweck verfehlt. Es verlautet heute, daß man sich geeinigt hätte, den Vierverband als eine Art Gesellschaft m. b. H. zu betrachten, dessen Mitglieder nach dem Kriege neue Handelsverträge abschließen werden mit der Klausel der gegenseitigen Meistbegünstigung. Von da bis zu der Idee eines Boykotts ist also ein langer Weg. Man darf auch nicht vergessen, daß die Maßregel der hohen Abwehrtarife ein zweischneidiges Schwert ist und im gegnerischen Lager ebenso scharfe Gegenmaßregeln hervorrufen würde, ganz abgesehen davon, daß die neutralen Staaten sich sofort in die Arme der besser organisierten Konkurrenten werfen müßten. Ein treffliches Beispiel dafür sind die wirtschaftlichen Schikanen Frankreichs gegen die Schweiz in der Periode 1893—1895, wodurch Deutschland der beste Kunde der helvetischen Republik wurde, und neuestens auch die unter der Oberaufsicht von England und Frankreich errichtete S. S. S. in Bern, die Société suisse de surveillance, deren unfreiwillige Kontrolle nicht nur die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und dem Vierverband lähmte und teilweise ganz unterband, sondern sogar zu dem völlig unvermuteten Ergebnis führte, selbst die verbissensten Französlinge der Westschweiz zu Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Kunden zu machen, was man in Paris und London sicherlich nicht beabsichtigte.

F. F.

Frankfurter Zeitung 23.IV.1916 1120

Handelspolitik und Krieg.

Gespräche in Deutschland und Oesterreich.

V.*)

Reformwünsche in Oesterreich. — Hoffnungen und Befürchtungen beim Wirtschaftsbündnis. — Die äußere Handelspolitik. — Die Probleme des Ehekontraktes

A. F. Die Männer, die in Oesterreich-Ungarn unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten am begeistertsten für ein Wirtschaftsbündnis mit Deutschland eintreten, erhoffen davon für ihren Staat viel mehr als die unmittelbaren Vorteile erleichterten Warenaustausches. Wie sie für die Landwirtschaft (und da vor allem für die ungarische) nicht nur die Möglichkeit eines vermehrten Absatzes, sondern eben aus dieser Möglichkeit den stärksten Antrieb zu einer Verbesserung des landwirtschaftlichen Betriebes durch die Landwirte selbst wie durch staatliche Maßnahmen erwarten, so soll die von ihnen geplante Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes auch der Industrie noch mehr geben als die an sich schon außerordentlich wichtige Möglichkeit zur Spezialisierung und zur Typenfabrikation für einheitlichen Massenbedarf. Sie rechnen durchaus mit einem verschärften deutschen Wettbewerb. Aber sie wünschen für die österreichische Industrie diesen Wettbewerb geradezu herbei, damit er einen frischen Wind in den ganzen Betrieb von Staat und Wirtschaft hineinbringe. „Der Schlendrian soll aufhören. Unsere Fabrikanten sollen gezwungen werden, ihre Kräfte zu regen, dann werden sie sich selbst über ihre Kraft wundern." Rohstoffe und Halbfabrikate sollen, nicht mehr durch hohen Zoll verteuert, konkurrierend nach Oesterreich kommen, um so die Diktatur der tatsächlich oft eine Monopolstellung genießenden Kartelle zu brechen: „Denn diese Kartellherrschaft, besonders in der Eisenindustrie ausgebildet, aber auch sonst über ein weites Gebiet der unteren Industrieproduktion der verschiedensten Branchen sich erstreckend, ist heute durch ihre enge kapitalistische Verbindung mit den Großbanken und durch ihre intimen Beziehungen zu den politisch einflußreichsten Stellen trotz aller Gegnerschaft eigentlich unangreifbar. Der Eisenbahnbau, die Errichtung von Häusern und Fabrikanlagen und die ganze Weiterverarbeitung werden durch sie in einer oft direkt vernichtenden Höhe vorbelastet." Und auch für den Kreditverkehr will man diese deutsche Konkurrenz: „Wir wollen direkt, daß deutsche Großbanken in Wien Filialen errichten, damit unsere Industrie von der Monopolherrschaft der österreichischen Bankwelt befreit werde, damit sie reichlicher und billiger Kredit und Kapitalisierung finde; dann werden sich auch unsere Zahlungsbedingungen und Zahlungssitten bessern, was außerordentlichen Vorteil brächte." Deutsches Kapital soll nach Oesterreich und Ungarn strömen und zum Ausbau der Wirtschaft kräftig mithelfen. Vor allem aber sollen mit der Niederlegung der Wirtschaftsgrenzen nicht nur deutsche Waren nach Oesterreich kommen, sondern auch Menschen, Unternehmer und qualifizierte Arbeiter im Austausch, und schließlich — moderne Verwaltungsideen. „Unser gewerbliches Leben leidet ja nicht nur an den natürlichen Schwierigkeiten wie der Enge und Zersplitterung des heimischen Marktes oder den hohen Frachtkosten, die darauf beruhen, daß unsere Bahnen fürchtbar teuer gebaut worden sind, verteuert auch noch durch die gebirgige Natur des Landes, und daß infolge der geringen städtischen und industriellen Entwicklung Waren und Reisende immer auf verhältnismäßig weitere Strecken als in Deutschland transportiert werden müssen. Es leidet an der Vorherrschaft des Agrariertums und an einer kleinbürgerlichen Industriefeindschaft und an allem, was daraus folgt: einem völlig ungenügenden Eisenbahnsystem, einer rückständigen Aktiengesetzgebung, die durch Konzessionszwang und ähnliche Dinge die moderne Vergesellschaftung des Kapitals ungeheuerlich erschwert, an einer Steuergesetzgebung, die der Industrie und insbesondere den Aktiengesellschaften ganz unverhältnismäßige Lasten auferlegt, am ungenügenden Ausbau der Sozialgesetzgebung, der Gewerbeordnung und anderem mehr. Und es leidet unter den Einwirkungen des Nationalitätenproblems, die eben auch nur in der engen Abgeschlossenheit sich mit solcher Schärfe geltend machen können, indem dadurch auf der einen Seite der Staatshaushalt durch ein Uebermaß nationaler Beamten, durch den Bau nationaler, unrentabler Eisenbahnen und ähnliches enorm verteuert wird (sodaß die Ersparnismöglichkeit im Beamtenetat hieraus auf 300 Millionen Kronen im Jahr berechnet worden ist!) und indem auf der anderen Seite geradezu eine nationale Klausur der Industrie geschaffen wurde: für nationale Staatsinvestitionen wird nationales Material aus nationalen Fabriken gefordert, die dann oft erst eigens dafür errichtet werden müssen, auch wenn die vorhandenen Produktionsstätten längst für den möglichen Absatz ausreichen, also ungarische Waggons, böhmische Lokomotiven, galizische Nägel und so fort."

So und ähnlich, mit immer neuen Beispielen und Variationen, haben uns viele österreichische Wirtschaftspraktiker und Wirtschaftskenner ihre Nöte geschildert, deren Liste, grade was Verwaltung und Gesetzgebung angeht, damit noch lange nicht erschöpft ist. Und nun rechnen die Vorkämpfer des vollständigen Wirtschaftszusammenschlusses so: Kommt jetzt das einheitliche Wirtschaftsgebiet und mit ihm die deutsche Konkurrenz, dann muß alle diese künstliche Hemmung fallen. Dann wird die Industrie ein so durchschlagendes Argument für ihre Reformforderungen haben, daß aller Widerstand vergeblich ist. Dann kommt die Reform an Haupt und Gliedern, die der Staat braucht, um nach den Opfern des Krieges wieder zu erstarken. Dann können die Schätze gehoben werden, die heute noch in Oesterreich-Ungarn ungenützt liegen, in seinem fruchtbaren Boden, in seinem Wald und seinen Wasserkräften, in dem Verkehrswege der Donau, die ausgebaut und mit den deutschen Strömen zu einem einheitlichen, großen Netz verbunden werden muß, in seinen begabten Völkern, deren „zahllose Talente bisher vergeblich auf einen weiteren Kreis der Betätigung in der Heimat hoffen." Niemals aber, so fügt diese Richtung hinzu, sei dieser geschichtliche Schritt so leicht zu tun wie grade jetzt. Nicht nur, weil alle Zollsätze durch den Krieg doch ganz problematisch geworden sind, sondern auch wegen der anderen, positiven Wirkungen des Krieges. Denn die Industrie stehe ja doch vor einem ganz neuen Aufbau: alle Unternehmungen, die sich auf den Kriegsbedarf des Heeres oder der Zivilbevölkerung eingestellt hätten, müßten sich nach dem Kriege neu überlegen, was sie denn künftig produzieren sollen; die alten Fabrikeinrichtungen seien zum Teil umgearbeitet, zum Teil verbraucht; die Industrie hat sich aus den Kriegsgewinnen in großem Umfange abgeschrieben und jetzt vollziehe sich ein großer Ausleseprozeß der Unternehmungen und der Unternehmer, indem diejenigen, die sich einer schweren Zukunft nicht gewachsen fühlen, sich nach den reichen Profiten der Kriegszeit zurückziehen, viele Betriebe sich fusionieren usw. Die österreichische Industrie habe sich im Kriege glänzend bewährt, und alle Schichten der Bevölkerung hätten im Kriege gelernt, ihre Kräfte ernsthaft anzuspannen; nun dürfe man nicht mit der Bequemlichkeit, sondern man müsse mit der Tüchtigkeit gehen, um vorwärts zu kommen und nicht wieder in den alten Trott zurückzufallen. Schließlich würde nach dem Krieg der Staat so große Aufträge an die Industrie, und natürlich an die heimische, vergeben, daß gerade für die erste Uebergangszeit die Industrie eine große Stütze hätte. Darum: volle Zollfreiheit zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, volle Freizügigkeit für Menschen und Kapital, und Angleichung des Rechtswesens, des Verkehrswesens, des Verwaltungswesens auf jedem möglichen Gebiete.

Das alles klingt auf den ersten Blick sehr überzeugend und es übt auch in der Tat in Oesterreich eine starke Wirkung auf die Massen. Aber jener kritische Kopf hatte bisher wohl Recht, der uns sagte: „Die Gefolgschaft dieser Gedanken ist um so größer, je weiter man sich von der Industrie entfernt." Wohl gibt es eine Reihe von Industriezweigen, die sich restlos jenem Programm anschließen: die Leinen-Spinnerei und -Weberei, Teile der Tuch- und Glasindustrie, die Gablonzer Exportindustrie und andere, die durch besondere Ausbildung in geschmackvoller Formgebung und künstlerischer Ausstattung ihrer Erzeugnisse schon jetzt vor Deutschland einen Vorsprung haben. Es gibt auch manchen Fabrikanten, der ruhig sagt: „Ich werde bei Zollfreiheit weniger verdienen, aber dafür werden meine Söhne und Enkel den Vorteil des großen, einheitlichen Wirtschaftsgebiets haben." Die große Mehrheit der Industrie denkt aber anders. Und deshalb drehen sich die Erörterungen der Praktiker — die den Gedanken der zwischenstaatlichen Zollfreiheit schon für vollkommen tot und erledigt erklären — jetzt hauptsächlich um die Frage einer Ermäßigung der Zwischenzölle zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Die österreichische Industrie, so argumentiert diese Richtung der temperierten Wirtschaftsbunds-Anhänger, sei heute noch nicht so weit, um den völlig ungehinderten Wettbewerb der deutschen auf dem eigenen Markte auszuhalten. Aber auf eine ganze Reihe von Zöllen könne man in der Tat im Verkehr der beiden Reiche verzichten, und eine weitere sehr große Zahl von Zöllen sei in diesem zwischenstaatlichen Verkehr starker Ermäßigung fähig. Gehe man davon aus, daß der Zoll den Ausgleich der Produktionskosten darstellen solle, so seien die zwischenstaatlichen Zölle offenbar in all den Fällen überflüssig, in denen die Außenzölle in den beiden Ländern gleich hoch sind, und in sämtlichen anderen Fällen könnten sie auf die Differenz ermäßigt werden. Nun treffe natürlich diese Voraussetzung keineswegs überall zu; denn viele Zöllen entspre-

---

*) Vergl. Erstes Morgenblatt vom 7., 10., 14. und 19. ds. Mts.

---

lich führt der Kleine die Handflächen zum Mund, er springt davon, er kaut und lutscht mit Inbrunst. Ich begreife. Er hat eines der Bonbons erhalten, von denen der Große den Mund voll hatte! Scheußlich? Jawohl, scheußlich, um nicht zu sagen: shocking! Aber noch scheußlicher wäre es gewesen, wenn der Große die Bonbons verschluckt hätte, und der Kleine hätte nicht mit Inbrunst lutschen können.

In dieser grauen Straße befindet sich ein Metzgerladen. Im Schaufenster hängt ein Zettel, auf dem zu lesen ist: „In Anbetracht der hohen Papierpreise und der Papierknappheit werden die verehrlichen Kunden gebeten usw." Darüber hängen, die Köpfe nach unten, drei schneeweiße geschlachtete Zicklein. Neben jedem Zicklein hängt Herz und Leberlein. Drei Herzen und Lebern für drei böse Königinnen, denen es nach Schneewittchen-Herzen gelüstet! Drei Herzen und Lebern für gutmütige Jäger, die keine Prinzessin zu töten vermögen!

Da löst sich das andere sanft vom Erdenschweren los und verliert sich in die Gefilde der Brüder Grimm . . .

Am Tisch sitzt der Schuster und schwingt den Schusterhammer. Er sieht ein wenig aus wie der heilige Franziskus, der den Fischen eine Predigt hielt, denn um ihn drängen sich zahllose Schuhe, die wie Fische auf dem Trockenen aussehen und die Mäuler aufsperren. Ein seltsamer Fischzug und dem Laien ein hoffnungsloser, aber der Schuster predigt diesen ledernen Fischen die Kriegspredigt des Durchhaltens, und da müssen sie es wohl auch.

Draußen in dem Gärtchen hat sich der Frühling mit Gold und Grün und Weiß ganz tapfer herausgeputzt. Er schaut durch das Fensterchen, mit ein oder zwei Obstbäumchen. Hurra schreien tut er hier gerade nicht, aber er piepst doch ganz tapfer ein Lenzliedchen.

In der Kammer ist es dunkel, gold-dunkel wie im Hintergrund alter Gemälde. Dem Schuster gegenüber hängt ein Bild, ein junger, feldgrauer Soldat liegt hingestreckt auf dem Schlachtfeld. Lorbeer kränzt seine blasse Stirn. Es ist ein Bild, das man nicht kaufen kann, das man erwerben muß, um es zu besitzen, im heiligsten, schwersten Sinn, den das Wort je bedeutet hat. Es ist das Bild, das Deutschland seinen Toten weiht.

Von Zeit zu Zeit blickt der Schuster auf. Dann muß er gerade auf das Bild sehen. „Gestern war's ein Jahr," sagt er, und dann hämmert er weiter.

Auf dem Kirschbäumchen draußen sitzt eine Amsel, die füllt die ganze Kammer mit Lenzfrohlocken.

Frankfurter Zeitung 26.IV.1916

144

...ung

Zeitung.)

...er 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen: Kolonelzeile 60 ₰, Abendbl. 75 ₰, Reklamen ℳ 2 —, Abendbl. ℳ 2.50, Familienanzeigen ℳ 1 —, Platz- u. Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. — Anzeigen nehmen an: Unsere Expeditionen in Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstraße 15/18, Dresden-A. Waisenhausstr. 26, München: Perusastr. 5, Offenbach: Biebererstr. 34, Stuttgart: Poststraße 7, Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agentur u. d. Annonc.-Exped. Ferner in New York: 20 Broad Street. Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Handelspolitik und Krieg.

Gespräche in Deutschland und Oesterreich.

VI.*)

Deutschland und der österreichisch-ungarische Markt. — Niedrige Zölle, nicht Differenzierung. — Die Mittel der wirtschaftlichen Annäherung. — Die politische Frage.

A. F. Fragt man die österreichischen Vorkämpfer des Wirtschaftsbundsgedankens, wo nun nach ihrer Meinung die Vorteile des Projekts für Deutschland liegen, so betonen sie gewöhnlich zweierlei. Das eine ist die Vermittlung zum Balkan: nicht nur, daß Oesterreich-Ungarn die Landbrücke dahin bildet, auch die Wasserstraße der Donau, an die deutschen Wasserstraßen angeschlossen, eröffne da noch große Möglichkeiten, und die österreichisch-ungarischen Kaufleute und Industriellen, geschmeidiger und mit den Sitten und Bedürfnissen des Ostens besser vertraut, würden da auch die gegebenen Vermittler für die deutschen Wirtschaftsinteressen sein. Das zweite aber sei eben die Herstellung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes, mit allen Vorteilen des großen Marktes von 120 Millionen Menschen auch für die deutsche Industrie.

Zu der letzteren Frage nun hat Prof. Franz Eulenburg in dem Sammelwerk des Vereins für Sozialpolitik eine sehr wertvolle Studie über „Die Stellung der deutschen Industrie zum wirtschaftlichen Zweibund" beigesteuert, in der er zunächst untersucht, wie groß eigentlich bisher die fremde Konkurrenz gewesen ist, die wir bei einer zolltarifarischen Vorzugsbehandlung in Oesterreich-Ungarn günstigstenfalls verdrängen könnten. Vor dem Kriege stammte von der Einfuhr Oesterreich-Ungarns an industriellen Rohstoffen, Halb- und Ganzfabrikaten gerade die Hälfte aus Deutschland, nämlich von 2483 Millionen Kronen deren 1246. Und zwar war das Bild für die verschiedenen Industrien folgendes:

	Einfuhr (in Mill. Kronen)		
	überhaupt	aus Deutschld.	in Prozent
I. Elektrotechnik	37.4	34.2	92.4
Literatur und Kunst	63.6	57.4	90.2
Brennstoffe	278.9	223.2	80.0
Papierindustrie	53.4	40.3	75.5
Eisenindustrie	85.0	63.4	74.6
Keramische Industrie	33.0	23.3	70.6
Maschinen und Apparate	215.9	144 0	66.8
Leder- u. Kautschukindustrie	188.9	123.7	65.6
II. Chemische Industrie	117.1	70 0	59.8
Holz- und Schnitzstoffe	67.8	35.7	52.6
Metallverarbeitung	166.9	85.3	51.0
Edelmetalle	60.1	29.0	48.3
Nahrungsmittelgewerbe	62.6	19 9	31.8
Mineralien	86.3	24.7	28.6
Textilindustrie	905.5	255.9	28,3
Oele und Harze	61.5	16.2	26.3

In gewissen Industriegruppen, wohl fast allen der ersten Reihe, würde danach von weiterer Verdrängung der fremden Konkurrenz selbst bei voller Zollunion kaum die Rede sein können. Von den 956 Millionen Kronen dieser Gesamteinfuhr liefert Deutschland bereits 711 Millionen, der Rest entfällt vor allem auf Rohstoffe, die Deutschland gar nicht besitzt, oder auf Spezialartikel, für die andere Länder eine gewisse natürliche Ueberlegenheit mitbringen. Bei der zweiten Reihe sieht es scheinbar anders, da liefert Deutschland von 1528 Millionen Kronen nur 537. Aber in Wirklichkeit besteht auch da der bei weitem größte Teil der nicht aus Deutschland stammenden Einfuhr aus unentbehrlichen Rohstoffen, die Deutschland überhaupt nicht liefern kann: von dem gesamten Import der österreichisch-ungarischen Textilindustrie entfallen nicht weniger als 87 Prozent auf Rohstoffe, und auch von dem Import der anderen Industrien sind noch mindestens 220 Millionen Kronen Rohstoffe, die Deutschland nicht besitzt, verschiedene Erze und Erden, Chemikalien, Gummi und Harze, vegetabilische Farb- und Gerbstoffe, Drechsler- und Schnitzstoffe usw. Es bleiben dann noch etwa 200 Millionen Kronen fremde Halb- und Ganzfabrikate übrig. Und das sind in der Hauptsache auch wieder Spezialartikel, in denen einfach die Notwendigkeit dazu zwingen wird; wir werden uns dafür in Italien kapitalistisch desinteressieren und werden wohl auch für russische Staatsanleihen, russische Eisenbahn-Obligationen und russische Bankaktien künftig weniger Leidenschaft aufbringen.

Jedenfalls gibt es sehr nützliche und sehr wirksame Methoden der Annäherung — die ja überhaupt mindestens ebenso sehr von der bundesgenössischen Gesinnung bei jeder einzelnen Maßnahme wie von formellen Vertragsabmachungen abhängt — auch außerhalb der Zoll- und Handelspolitik. Ob diese mit hineinbezogen werden soll, das ist für Deutschland eine rein politische Frage, nicht oder nur in geringem Maße (unvorhergesehene Entwickelungen vorbehalten!) ein Gegenstand seines direkten wirtschaftlichen Interesses. Die Fragestellung lautet dann einfach: ob es aus rein politischen Gründen, wobei auch die polnische Frage nicht zu vergessen ist, beiden Teilen wünschenswert und nützlich erscheine, das als notwendig erkannte Bündnis der beiden Mittelmächte wie durch engere staatspolitische und militärische, so auch durch engere handelspolitische Abmachungen noch fester zu knüpfen. Wird diese politische Frage (die in diesem Zusammenhange, wo wir über Krieg und Handelspolitik sprechen, nicht näher behandelt werden kann) aus politischen Gründen prinzipiell bejaht, so ist die Marschroute für beide Reiche, wie uns scheint, gegeben. Denn dann muß sich Oesterreich-Ungarn klar darüber werden, was es will, und Deutschland darüber, was es kann. Davon soll noch ein Schlußartikel reden.

*) Vergl. Erstes Morgenblatt vom 7., 10., 14., 19. und 23. d. M.

mit kritiklos aus der Presse des gleichsprachigen Nachbarlan-

Frankfurter Zeitung

27. IV. 1916

147

Handelspolitik und Krieg.

Gespräche in Deutschland und Oesterreich.

VII. (Schluß) *)

Die Möglichkeiten des deutschen Entgegenkommens. — Wirtschaftsbündnis und Handelspolitik mit Dritten. — Deutschlands Lage und Lebensgesetz. — Deutschland und England.

A. F. Oesterreich-Ungarn, so hatten wir geschlossen, muß sich darüber klar werden, was es will, und Deutschland darüber, was es kann. Diese Reihenfolge schließt natürlich nicht aus, daß man sich über alles das, über die reinpolitische Vorfrage sowohl wie über das wirtschaftspolitische Wollen und Können auf beiden Seiten, gemeinsam unterhalte. Und tatsächlich hat man ja damit jetzt auch begonnen, in den Ausgleichsverhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn, die diesmal, als erste Voraussetzung jeder Abmachung zwischen Deutschland und dem Donaureiche, einen langfristigen Ausgleich von mindestens zwanzig Jahren statt der sonst üblichen zehn zum Ziele haben, sowie in den nebenher laufenden Besprechungen zwischen Berlin und Wien-Budapest. Aber sachlich bleibt die Reiheifolge wichtig, weil man bei uns erst sehen muß, welche Konsequenzen nun die Regierungen in Oesterreich und Ungarn aus den sehr auseinandergehenden Wünschen, Meinungen und Befürchtungen im eigenen Reiche ziehen wollen, bevor Deutschland sich einigermaßen klar darüber werden kann, was es davon zu erfüllen imstande ist.

Wie weit diese Erfüllungsmöglichkeit für Deutschland geht, das ergibt sich grundsätzlich aus den Lebensbedingungen der deutschen Volkswirtschaft, wie wir sie in unseren ersten Artikeln geschildert haben. Deutschland braucht auch nach dem Kriege die Welt Dieses freie Weltreich der Arbeit zum Ein- und Verkauf kann uns Oesterreich-Ungarn nicht ersetzen, und auch der Balkan, zu dem es uns die Brücke bildet, kann es nicht. Wir haben, um noch einmal die Ziffern sprechen zu lassen, im letzten Friedensjahre nach Oesterreich-Ungarn nur 10.9 Prozent unserer Gesamtausfuhr exportiert, von unserer Ausfuhr an Fertigfabrikaten sogar nur knapp 9 Prozent, weniger sogar als nach Rußland; und die Balkanländer figurieren in der Liste unserer Käufer mit sehr geringfügigen Beträgen, nach der Türkei gingen 1 Prozent, nach Bulgarien 0.3 Prozent, nach Griechenland 0.2 Prozent, nach Rumänien 1.4 Prozent unserer Ausfuhr. Mit der Einfuhr steht es nicht wesentlich anders. Der Südosten kann uns heute weder die Waren liefern, die wir nötig haben, noch uns die Waren abnehmen, die wir absetzen müssen; die Entwicklungsmöglichkeiten der Zukunft aber, die gewiß vorhanden sind, liegen fern und werden uns in absehbarer Zeit viel eher Aufgaben für Kapital und Menschen als Früchte bringen. Wir brauchen die Welt, wie sie zum Glück auch unseren kaufkräftigen Markt und unsere hochqualifizierte Arbeit braucht. Und deshalb, wir wiederholen es, heißt unser handelspolitisches Kriegsziel, wenn wir es in diesem Studium der Dinge einfach nach unseren Bedürfnissen formulieren: Gleichberechtigung, Meistbegünstigung und offene Tür. Wir brauchen keine Bevorzugung, wenn wir nur in wichtigen Teilen der Erde nicht benachteiligt werden; wir brauchen keine reservierten Interessensphären, wenn es uns im Friedensvertrage gelingt, die Tür überall offen zu halten und sie dort öffnen, wo sie bisher, wie z. B. in den französischen Kolonien, halb oder zu drei Vierteln geschlossen war. Daraus aber folgt: wir können mit Oesterreich-Ungarn, wenn die politische Vorfrage gelöst ist, handelspolitisch alles das, aber auch nur das vereinbaren, was uns die Meistbegünstigung in den handelspolitischen Abmachungen mit Dritten (vorausgesetzt, daß wir sie sonst durchsetzen können) nicht zerstört.

Wie viel oder wie wenig das sein kann, darüber ist ein theoretisches Urteil nicht möglich. Denn das entscheidet sich nicht nach Theorien, die in den Lehrbüchern stehen, sondern nach den tatsächlichen Interessen der anderen, nach der Geschicklichkeit der Unterhändler, nach dem Schwergewicht dessen, was man selbst in die Wagschale zu werfen hat, und jetzt auch noch nach der Gesamtlage in der Welt bei Friedensschluß. Es gibt Praktiker der Handelspolitik, die in dieser Hinsicht sehr zuversichtlich urteilen, besonders in Oesterreich. Sie rechnen, daß die handelspoltische Stellung der beiden Mittelmächte nach außen bedeutend gestärkt werde, wenn sie bei Verhandlungen mit Dritten als einheitlicher, geschlossener Körper mit einer Bevölkerungszahl von 120 Millionen Menschen auftreten; wobei sie freilich zugeben, daß bei der viel geringeren Kaufkraft Oesterreich-Ungarns die handelspolitische Stärke Deutschlands durch eine Zusammenlegung nicht einfach im Verhältnis der Bevölkerungszahlen wachse und daß auch das Maß der Einheitlichkeit möglicherweise gerade auf österreichisch-ungarischen Wunsch durch Zollzuschläge und ähnliches sehr beeinträchtigt werden könnte. Und sie rechnen ferner, daß durch binnenstaatliche Zollerleichterungen und Zollbeseitigungen, die sich die beiden Mittelmächte gegenseitig einräumen würden, ohne daß — denn dies ist ja der springende Punkt — diese besonderen Erleichterungen durch die allgemeine Meistbegünstigung allen anderen gleichmäßig mit eingeräumt werden, die Interessen Dritter nicht allzusehr betroffen werden, zumal man sich ja, wenn man schon noch Zwischenzölle beibehalte, bei den einzelnen Zollpositionen und Zollsätzen darauf einrichten könne, solche Interessen möglichst zu schonen. Das, was das deutsche Wirtschaftsinteresse an solchen Bevorzugungen so gering macht, nämlich daß Deutschland dadurch nur herzlich wenig fremde Einfuhr in Oesterreich-Ungarn verdrängen könnte — gerade das beweise auf der anderen Seite, wie wenig die anderen davon zu fürchten hätten. Ueber das Interesse speziell der Neutralen hat die Reichenberger Handels- und Gewerbekammer eine Berechnung angestellt, deren Ergebnis etwa folgendes ist:

Die Gesamteinfuhr nach Oesterreich-Ungarn in solchen zollpflichtigen Waren, die sowohl aus dem Deutschen Reiche, wie aus den neutralen Staaten kommen, betrug unter Weglassung der Einfuhren unter 300 000 Kr. im Jahre 1913 rund 448 Millionen Kr., wovon 310 Mill. auf Deutschland, 138 Mill. auf 17 neutrale Lieferanten fallen. Scheidet man jene Herkünfte, aus, deren Ersatz durch Deutschland unmöglich ist, so bleiben als Bereich der Konkurrenz zwischen Deutschland und den neutralen Staaten höchstens 128 Mill. Kr., woran zehn neutrale Gebiete beteiligt sind, in erster Linie die Vereinigten Staaten mit 29 und die Schweiz mit 46 Mill. Kr., beides Summen, die in dem Gesamt-Außenhandel der beiden Länder keine besondere Rolle spielen und deshalb keinen Anlaß zu handelspolitischen Feindseligkeiten geben dürften. — Die Einfuhr zollpflichtiger Güter, die sowohl von Neutralen, als auch von Oesterreich-Ungarn nach Deutschland gebracht werden, betrug (ebenfalls unter Weglassung der Einfuhren unter 300 000 Mk.) rund 1452 Mill. Mk., woran Oesterreich-Ungarn mit 412 Mill., und 26 neutrale Lieferanten mit 1040 Mill. Mk. beteiligt sind, darunter die Union mit 292 Millionen. Auch dabei handle es sich in wichtigen Positionen nur scheinbar um eine Konkurrenz, weil z. B. die amerikanische Gerste, die amerikanischen Schmieröle, die Schweizer Baumwollgewebe und die amerikanischen Schuhwaren ganz andere Sorten darstellten als die von Oesterreich-Ungarn lieferbaren. Reichlich weitere 1½ Millionen der gleichen Waren kamen bisher aus den feindlichen Ländern.

Mithin, so rechnet man, werde das, was Deutschland und Oesterreich-Ungarn etwa unter einander vereinbaren, in der Hauptsache eben doch eine interne Angelegenheit der beiden Reiche sein, viel weniger auf eine Verdrängung Dritter, als auf den zwischenstaatlichen Ausgleich der beiden Verbündeten gerichtet. Bei den feindlichen Staaten müßte im Friedensvertrag ausgemacht werden, daß diese Vereinbarungen als eine Sache sui generis zu gelten hätten, wodurch die Meistbegünstigung im übrigen nicht tangiert werde. Und von den Neutralen erhofft man dann die gleiche Anerkennung um so mehr, als ja auch sonst schon in allen Teilen der Welt sehr zahlreiche Zolldifferenzierungen aus dem Prinzip der Nachbarschaft, wenn auch noch nicht zwischen zwei großen, selbständigen Reichen, vorhanden sind und ohne Kampf, der immer beide Teile schädigt, anerkannt werden.

Zugeben aber müssen dann auch diese österreichischen Kenner, daß alle diese Fragen für Deutschland ungeheuer viel schwerer wiegen als für Oesterreich-Ungarn. Nicht nur, weil Deutschland gewiß nicht diejenigen Neutralen wird vor den Kopf stoßen wollen, die uns während des Krieges Verständnis für unsere Lage gezeigt haben. Deutschland hat ungeheuer viel größere weltwirtschaftliche Interessen zu verteidigen, die eine Einschränkung der Meistbegünstigung zu unseren Ungunsten in dritten Ländern nicht vertragen, und diese Interessen sind (das zeigen z. B. bei genauem Zusehen auch die obigen Ziffern der Reichenberger Kammer), sehr viel leichter durch Sonderabmachungen zu verletzen. Das gilt von allen Vereinbarungen über die zwischenstaatlichen Zollverhältnisse, bei denen die Frage, wie unsere anderen handelspolitischen Beziehungen dadurch berührt werden können, von Fall zu Fall aufs genaueste untersucht werden müßte. Und es gilt nicht minder für alle Abmachungen über ein gemeinsames handelspolitisches Auftreten nach außen. Sehr vieles ließe sich hier ohne alle Verträge erreichen, wenn bei Handelsvertrags-Verhandlungen mit Dritten die Unterhändler der beiden Bundesgenossen einfach bundesgenössisch kooperierten; die dadurch erreichten

*) Vergl. Erstes Morgenblatt vom 7., 10., 14., 19., 28. 26. ds. Mts.

Neues Wiener Tagblatt
4./IV. 1916

157

Zur Münchner Tagung.

Von Professor Dr. **Rudolf Kobatsch.**

Zum viertenmal laden die beiden großen Wirtschaftsverbände, der Deutsch-österreichisch-ungarische in Berlin und sein Bruderverband in Wien, der österreichisch-deutsche, Wirtschaftspolitiker, Industrielle, Landwirte, Verkehrsfachleute zu einer Tagung ein, um Zeugnis für den großen Gedanken eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses abzulegen und Vorschläge zu seiner Durchführung zu erstatten. In nicht viel längerer Zeit als innerhalb eines Jahres ist die Münchner Tagung, welche morgen beginnen wird, die vierte ihrer Art, und es ist erfreulich, daß diese Tagungen jedesmal einen merkbaren und wichtigen Fortschritt auf dem Wege zur wirtschaftlichen Organisation Mitteleuropas bedeuten. In der Tat, welch wichtige Wandlung der Anschauungen, welche Vertiefung des Problems, seitdem die Wirtschaftsverbände zum erstenmal, im März 1915 in Berlin, zusammenkamen. Damals noch im engen vertraulichen Kreise, aus welchem in die Oeffentlichkeit nur die Ansicht durchsickerte, daß eine möglichst innige handelspolitische und wirtschaftliche Annäherung der beiden verbündeten Reiche als wünschenswert bezeichnet wurde. Schon auf der zweiten, weit größeren und öffentlichen Tagung Ende Juni 1915 in Wien wurden ausdrücklich die Fragen der praktischen Durchführung erörtert, und beschlossen, daß ein Handels- und Wirtschaftsbündnis empfohlen werde mit einer vertragsmäßig auf lange Dauer gesicherten Gemeinsamkeit der Handelspolitik, mit einem einheitlichen Zolltarifschema, mit einheitlichen, wenn auch nicht immer übereinstimmenden Außentarifen und mit den noch notwendigen Ausgleichszöllen im Zwischenverkehr. Man nahm entschieden Stellung gegen die bloße Vorzugsbehandlung ohne Gemeinsamkeit der Handelspolitik. Ferner wurde damals auch die wirtschaftspolitische Bedachtnahme auf unsre neuen Verbündeten, die Türkei und Bulgarien, gefordert. Zum gleichen Programm bekannte sich auch die dritte Tagung Ende November 1915 in Dresden, wo insbesondere unter dem gewaltigen Eindruck unsrer gemeinsam erfochtenen Siege im Südosten die wirtschaftliche Annäherung der Mittelmächte an die Türkei und Bulgarien erörtert wurde und in diesem Zusammenhang auch die so wichtigen verkehrspolitischen Fragen Mitteleuropas zum erstenmal zur Erörterung gelangten.

Die gegenwärtige Tagung nun wird ihre Vorgänger, sowohl was den äußeren Rahmen als auch was die Verhandlungsgegenstände betrifft, abermals weit übertreffen. Mehrere hundert Teilnehmer aus der Industrie, der Landwirtschaft, dem Verkehrswesen, darunter gegen hundert aus Oesterreich allein, werden an der Tagung teilnehmen. Die beteiligten Regierungen haben offizielle Vertreter entsendet, ebenso die großen Städte, wie zum Beispiel Wien, München, Regensburg, Brünn, Linz und andre, des weiteren die größeren Handelskammern Oesterreichs und eine Reihe hervorragender industriell-gewerblicher und kaufmännischer Körperschaften. König Ludwig von Bayern, bekanntlich einer der überzeugtesten Anhänger der großen wirtschaftlichen Bedeutung der Wasserstraßen, wird den Verhandlungen beiwohnen. Ausgezeichnete Fachleute aus den drei Reichen, aus Deutschland, Oesterreich und Ungarn, werden die Referate erstatten. Neben der Erörterung der allgemeinen wirtschaftlichen Aufgaben der Mittelmächte nach dem Krieg, vor allem auf dem Gebiete der Handelspolitik, das heißt des Wirtschaftsbündnisses, werden einer besonderen Behandlung zugeführt: die Aufgaben der mitteleuropäischen Agrarpolitik nach dem Krieg und der Ausbau des mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes, insbesondere des Rhein-Donau-Kanales und des Donau-Oder-Kanales mit seinen Annex-Kanälen.

Die führenden Männer der beiden Wirtschaftsverbände wollten durch dieses Programm bekunden, daß sie längst der Ueberzeugung sind, wie sehr der große Gedanke des mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses durchaus nicht eine bloße zollpolitische Frage darstellt, sondern auch die übrigen wichtigen Zweige der Wirtschaftspolitik, vor allem auch der Verkehrspolitik, umfaßt. Sehr im Gegensatze zu den außerordentlich weitreichenden und auf ihre Durchführbarkeit zu prüfenden wirtschaftlichen Bündnisplänen unsrer Gegner stellten sich die beiden Wirtschaftsverbände auf eine durchaus realpolitische, man könnte beinahe sagen, auf eine bescheidene Grundlage. Sie wollen den Zusammenschluß der beiden Mittelmächte und ihrer Verbündeten in einer lediglich defensiven und von vaterländischem Geiste getragenen Absicht, in der Absicht, die eigene Produktion, den Absatz und Verkehr möglichst günstig zu entwickeln, sich wirtschaftlich gegen etwaige künftige Angriffe ebenso ausgezeichnet zu rüsten, wie sie auf militärischem und finanziellem Gebiete in diesem Kriege gerüstet waren. Wir finden aber keine Angriffs- oder Absperrungstendenz. Die Wirtschaftsverbände sind sich dessen voll bewußt, daß nach dem Kriege der internationale Verkehr wieder aufgenommen werden muß, daß, wie die Mittelmächte Rohstoffe und zum Teil auch Nahrungsmittel aus dem Auslande beziehen werden, sie ebenso auch, und zwar jeder Staat für seine besonderen Zwecke und Richtungen, auf den Absatz nach außen angewiesen sind. Mit andern Worten: der Bündnisplan ist nur eine auf ein weit größeres Gebiet abgestellte Handelsvertragspolitik oder noch deutlicher gesagt: eine vertragsfreundliche Handelspolitik. Niemand in Deutschland oder Oesterreich-Ungarn sprach oder spricht davon, den Handel Englands oder Frankreichs nach dem Kriege unmöglich zu machen, wie dies nicht etwa bloß von reinen Politikern oder in der politischen Presse, sondern sogar von aktiven und verantwortlichen Staatsmännern in den Ententeländern gegenüber dem deutschen und österreichisch-ungarischen Handel geschah.

Neue Freie Presse 6. VI. 1916

161

Neue Steuern in Ungarn für die Zinsen der Kriegsanleihen.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 5. Juni.

Der ungarische Finanzminister Dr. v. Teleszky wird dem am 7. Juni beginnenden ungarischen Reichstag eine Reihe von Steuervorlagen unterbreiten, um dem Staate neue Einnahmsquellen zu sichern. Die Vorlagen betreffen zunächst Steuerreformen auf dem Gebiete der Verzehrungssteuern, ferner auf dem Gebiete der direkten Besteuerung. Bei den Verzehrungssteuern ist der leitende Grundsatz, daß jene Artikel strenger besteuert werden sollen, welche keine unbedingt notwendigen Gegenstände des allgemeinen Bedarfes bilden, so Spiritus und Tabak. Bei den direkten Steuern sollen das große und mittlere Vermögen, der Grundbesitz und das mobile Kapital intensiver besteuert werden. Die neuen Steuern sollen nach der Veranschlagung einen Mehrertrag von jährlich 370 Millionen Kronen ergeben, wodurch eine Bedeckung für die Zinsen der Kriegsanleihen geschaffen würde.

Die vier Kriegsanleihen, welche Ungarn begeben hat, erreichen den Kapitalsbetrag von 6·2 Milliarden Kronen. Die Verzinsung dieser vier Anleihen erfordert zusammen den Betrag von rund 370 Millionen Kronen im Jahre.

Die direkten Steuern in Ungarn lieferten im letzten Jahre vor dem Kriege einen Ertrag von 326 Millionen, die indirekten Steuern von 329 Millionen, die Stempel, Taxen und Gebühren von 178 Millionen, das Tabakmonopol von 120 Millionen Kronen.

Die deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftskonferenz zu München.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

München, 5. Juni.

In freudig gehobener Stimmung, wie sie sich aus der Freude am gemeinsamen Streben nach Erreichung eines Zieles, das gemeinsamen guten Zwecken dienen soll, ergibt, fanden sich Sonntag in München mehrere hundert Teilnehmer zu der bis Dienstag dauernden Tagung des Deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes zusammen. In einer Stimmung, in der auch der erfreulichste Niederschlag der Nachrichten von den glänzenden Erfolgen der deutschen Flotte hoch im Norden über die Engländer und der österreichisch-ungarischen Armee über Italien — „das perfide Albion des Südens", wie es einer der Redner nannte — sich bemerkbar machte. Das Wirken des Wirtschaftsverbandes kondensiert sich mehr und mehr von Tagung zu Tagung und gewinnt sichtbar festere Gestaltung und durch alle am Begrüßungsabend gehaltenen Reden von Teilnehmern aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn zog sich wie ein roter Faden der Ausdruck der Wünsche und Erwartungen, daß zu dem politischen Bündnis, welches durch das auf den Schlachtfeldern in gemeinsamem Abwehrkampfe gegen unsere Feinde vergossene Blut festgekittet und feuererprobt ist, nach Beendigung des Krieges auch die engere wirtschaftliche Annäherung treten möge. Daß ein solches Streben nicht ziellos ist und die Erwartungen nicht erfolglos sein werden, dafür gewinnt man schon die Gewißheit, wenn man einen Blick auf die breite Grundlage von Handel, Industrie, Landwirtschaft, Behörden, Städte usw. wirft, die sich in zahllosen ständigen Interessentenvereinigungen und in einer stolzen Schar bedeutender Männer verkörpert, die der Verwirklichung dieses Zukunftswerkes sich widmen. Aus Deutschland sind etwa 450 Anmeldungen von Teilnehmern gekommen, aus Oesterreich etwa 100, aus Ungarn etwa 50.

Der Begrüßungsabend.

Im Börsensaale waren schon mehrere hundert Mitglieder zugegen, darunter aus Regierungskreisen als Vertreter des bayerischen Ministeriums des Aeußern (Graf Hertling selbst hütet noch das Zimmer) Ministerialdirektor v. Meinel, der Minister des Innern Baron Soden, Finanzminister v. Breunig, Kultusminister von Knilling, die ehemaligen Ministerpräsidenten Graf Crailsheim und Graf Podewils und andere hohe Regierungsbeamte, der Kabinettschef des Königs Staatsrat v. Dandl, die deutschen Bundesstaatsgesandten, der österreichisch-ungarische Geschäftsträger Graf Brusselle mit dem Legationsrat Grafen Strassoldo, Generalkonsul Baron Ramberg, der Vertreter des österreichischen Handelsministeriums Ministerialrat Graf Zedtwitz, des Ministeriums für öffentliche Arbeiten Ministerialrat Pojt, des Eisenbahnministeriums Sektionsrat Stockhammer, der Vertreter der Stadt Wien Magistratsrat Dr. Müller, der Handels- und Gewerbekammer Wien, Dr. v. Tayenthal, sodann Vertreter der Kammern von Brünn, Salzburg, Innsbruck, Feldkirch, Eger, Reichenberg (Herrenhausmitglied Ginzley, Regierungsrat Carus), unter den Vertretern der zahlreichen übrigen österreichischen Verbände Abgeordneter Friedmann, Präsident des Deutsch-Oesterreichischen Wirtschaftsverbandes und dessen Geschäftsführer Professor Kabatsch, als Vertreterinnen von Frauenverbänden Frau Granitsch, Gräfin Waltersdorf, mehrere Reichsratsabgeordnete, darunter Präsident Dr. Sylvester, die Abgeordneten Dr. v. Mühlwert, Dr. v. Oberleithner, Dinghofer, Geheimer Rat Dr. Pattai. Aus Budapest waren unter anderen erschienen: Bankdirektor v. Balogh, Generaldirektor Baron Kornfeld, die Reichstagsabgeordneten Baron Madarassy und Dr. Gratz; aus Agram Präsident des Industriellenbundes Reindr. Aus Deutschland, aus dem fast alle größeren Industriellen- und Fachverbände sowie fast alle deutschen Schiffahrtsvereine vertreten sind, seien noch einige wenige Namen anwesender Teilnehmer genannt: der unermüdliche Syndikus des Deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes Dr. Brandt, der Vizepräsident des Reichstags Dr. Paasche, der Präsident des Verbandes, Herrenhausmitglied Geheimrat Fritz v. Friedländer-Fuld, Kommerzienrat Friedrichs als Vorsitzender des Industriellenbundes, Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann, ferner Bankier Direktor Sobernheim, Abgeordneter Dr. Schweighoffer, Baron Feilitzsch vom Vorstand der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

Die erste Begrüßungsrede hielt Geheimrat Paasche; er wies auf die Absicht unserer Feinde hin, in den nächsten

Frankfurter Zeitung
6./VI. 1916

Deutsch-Oesterreich-Ungarischer Wirtschaftsverband.

A. F. München, 5. Juni. (Priv.-Tel.) Zu der gemeinsamen Tagung des Deutsch-Oesterreich-Ungarischen und des Oesterreich-Deutschen Wirtschaftsverbandes, der vierten seit Beginn des Krieges, sind mehr als 600 Teilnehmer, darunter über 100 aus Oesterreich und 40 aus Ungarn, erschienen. Nach den Begrüßungsansprachen, die gestern Abend von den Vertretern der Behörden und heute von dem Vorsitzenden, Geheimrat Paasche, von den Abgeordneten Friedmann-Wien und dem Abgeordneten Dr. Gratz-Budapest, gehalten wurden, sprach als erster Referent zu dem Thema

„Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Wirtschaftsaufgaben nach dem Kriege"

Dr. Gustav-Stolper-Wien,

der in seinen Ausführungen den Standpunkt der Zollunion-Anhänger in Oesterreich ungefähr [illegible]begründete, wie es kürzlich an dieser Stelle in der Artikelserie „Handelspolitik und Krieg" geschildert worden ist. Das Wirtschaftsbündnis, das in den ersten Kriegsmonaten der Wunsch einiger kleiner Kreise war, in Deutschland bei den Anhängern des Wortes „Berlin—Bagdad", in Oesterreich zunächst bei den deutschnationalen Kreisen, bei denen alte Wünsche wieder wach wurden, muß heute als eine zwingende Notwendigkeit der gesamten Volkswirtschaft anerkannt werden, sofern die eine Voraussetzung klar ist, daß die politische Zusammengehörigkeit Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Dauer haben soll. Denn das bedeutet dann, daß es eigentlich Deutschlands Interesse ist, Oesterreich-Ungarn politisch und wirtschaftlich stark zu machen, während es für Oesterreich-Ungarn die Unmöglichkeit bedeutet, anderswo als bei Deutschland wirtschaftliche und damit politische Unterstützung zu suchen und zu finden. Deutschland wie Oesterreich-Ungarn müssen nach dem Kriege erstens die ungeheuren finanziellen Lasten des Krieges tragen und sie müssen ferner für die Ergänzung der gesamten Rohstoffvorräte sorgen. Beides macht es absolut nötig, die gesamte Handelspolitik auf die Förderung der Ausfuhr einzustellen, und dazu gehört der große innere Markt, der die Produktion zu niedrigen Selbstkosten ermöglicht: für Deutschland, weil Oesterreich-Ungarn der deutschen Wirtschaft Möglichkeiten bieten kann, die etwas ganz anders sind, als das, was man aus den alten Außenhandelsziffern ablesen, und für Oesterreich-Ungarn, das aus seiner Enge heraus muß, weil der kleine Wirtschaftsrücken die kommenden Lasten nicht zu tragen vermag. Es ergibt sich schon daraus, daß dem Plane Mitteleuropas jede aggressive Tendenz vollkommen fehlt. Gerade die Wiederherstellung der Weltwirtschaftsbeziehungen muß nach dem Kriege die Aufgabe sein. Wer sich jetzt vom Weltmarkt ausschließt, der schließt sich dauernd aus. Aber alle Voraussetzungen der bisherigen Handelspolitik sind durch die wirtschaftliche Revolution im Kriege ins Ungewisse gerückt. Es wird wahrscheinlich zunächst unmöglich sein, sich durch langfristige tarifarische Handelsvertragsabmachungen mit dem Auslande auf viele Jahre festzulegen, es wird vielmehr zu einer autonomen Handelspolitik kommen. Das wäre eine handelspolitische Uebergangszeit, und eine Uebergangszeit für die Wirtschaft überhaupt steht uns ja auch insofern bevor, als wir nach dem Kriege unsere Wirtschaft zu ganz gewissen Teilen neu aufbauen müssen. In dieser Uebergangszeit müssen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zusammenwachsen. Denn Zwischenfälle und ähnliches können gar keine Rolle spielen gegenüber den neuen handelspolitischen Mitteln, die in der zu erwartenden Durchorganisierung der Wirtschaft (für die Rohstoffeinfuhr, für die Produktion, für den Arbeitsmarkt, für die Valuta und anderes) liegen wird. Wir müssen wirtschaftlich ein Wirtschaftsgebiet werden, müssen es nicht irgendwann, sondern jetzt, gerade jetzt werden. Jetzt können wir zusammenwachsen. Die Form dafür zu finden, ist möglich; wenn man sich auch davon frei macht, daß man irgend eine gewesene Form wiederholt und sich stattdessen darauf einstellt, das Neue in neuer Form zu bilden. Vermeiden wir die Gefahr, daß wir in den neuen Frieden mit den Vorstellungen des alten Friedens hineingehen. Es handelt sich um eine welthistorische Aufgabe, und wer nach seiner Pflicht zu deren Lösung beiträgt, der kann sich sagen, daß er dabei gewesen sei. (Lebhafter Beifall.)

Der zweite Referent ist

Reichsratsabgeordneter Dr. Gustav Gratz-Budapest

Direktor des Bundes der ungarischen Fabrikindustriellen. Der Redner führt aus: Wir müssen der Gefahr vorbeugen, daß man uns nach unseren militärischen Siegen wirtschaftlich erdroßle, müssen uns also künftig mehr als bisher gegenseitig ergänzen. Dieser Gedanke, der rein defensiven Charakters ist, findet auch in Ungarn viel Sympathie unter der Voraussetzung, daß man feste und starke Formen, staatsrechtliche gemeinschaftliche Organe und ähnliches vermeidet und dafür den Leitsatz aufstellt, daß die freien Länder sich auch wirtschaftlich gegenseitig ergänzen und fest zueinander halten sollen, vor allem so, daß jedes das, was es aus dem Auslande beziehen muß, in erster Linie vom Bundesgenossen beziehen soll. Das wird vor allem bei landwirtschaftlichen Produkten möglich sein. Die Produktivität der ungarischen Landwirtschaft ist durch die hohen deutschen Agrarzölle schwer geschädigt worden. Sie wird sehr gesteigert werden können, wenn man unter Aufrechterhaltung des vollen landwirtschaftlichen Zollschutzes nach außen der ungarischen Landwirtschaft auf dem deutschen Markt wieder große neue Möglichkeiten schafft. Denn wir werden auch gegenüber den Balkanstaaten eine bessere Handelspolitik als bisher treiben können. Dafür wird Oesterreich-Ungarn der deutschen Industrie manchen neuen Absatz bieten. Die österreichische und deutsche Industrie wird sich mit manchem Opfer abfinden können, wenn durch die Intensivierung der Landwirtschaft ihr innerer Markt gekräftigt wird. Denn fest geschlossen für alle Zukunft wollen wir bleiben für alle Fälle! (Beifall.)

Geheimrat Professor Herkner-Berlin,

als dritter Referent betont stark, daß die Bestrebungen auf Herstellung der Wirtschaftsgemeinschaft mit unseren Verbündeten nicht etwa einen schwächlichen Rückzug aus der Weltpolitik, der Weltwirtschaft und der Kolonialpolitik bedeuten sollen. Selbst ein Anwachsen des Verkehrs mit unseren Bundegenossen um 1½ Milliarde Mark, würde uns noch von der Notwendigkeit nicht befreien, einen Weltmarktabsatz von 8½ Milliarden zurückzugewinnen, und dabei wird die einfache Wiedergewinnung unseres bisherigen Weltmarktabsatzes noch gar nicht genügen, um uns die Lasten des Krieges tragen zu lassen, insbesondere auch nicht um die ungeheuer wichtige Valutafrage nach dem Kriege zu lösen. Deutschland wird nach dem Kriege für mehrere Milliarden Rohstoffe und Anderes einführen müssen. Zur Bezahlung werden uns Forderungen im Ausland, ausländische Wertpapiere und vielleicht gewisse Exportwarenvorräte und anderes dienen können. Aber die Rechnung ergibt, daß wir zunächst dem Weltmarkt weit mehr werden entnehmen müssen, als wir ihm werden liefern können. Wir werden vorübergehend aus einem Gläubigerstaat zu einem Schuldnerstaat werden, werden den Kredit des Auslandes brauchen, zumal wir ja auch unseren Verbündeten werden helfen wollen. Dazu brauchen wir einen festen Kredit im Ausland, vor allem durch den Sieg, dann aber auch durch eine schöpferische Finanzpolitik. Die Frage der Kriegsentschädigung, die in ihrer ungeheueren Wichtigkeit anscheinend von vielen verkannt wird, kann nur der Kriegsfortgang entscheiden. Zweifellos aber ist, daß wir noch weit mehr, als früher, vor den Früchten unseres Gewerbefleißes auf den Weltmarkt bringen müssen. Daran haben unsere Bundesgenossen [illegible] das gleiche Interesse wie wir. Ein System der [illegible]

genügsamkeit ist für beide Reiche unmöglich. Die Wirtschaftskriegspläne der Gegner brauchen wir nicht allzusehr zu fürchten. Sehr gefährlich wird aber nicht nur für uns, sondern auch für unsere Gegner die Konkurrenz Amerikas werden, aber wenn wir überall unter den gleichen Bedingungen mit Nordamerika konkurrieren, so werden wir uns behaupten können, sofern wir mit der Nationalisierung unserer Arbeit weiter mit allen Kräften fortfahren, um aus dem Bestehenden noch mehr als bisher herauszuholen. Im Friedensvertrag müssen wir uns alle greifbaren Sicherungen gegen jede Benachteiligung unseres Handels sichern, am besten, nach dem Urteil vieler, durch eine wechselseitige Zusicherung der Meistbegünstigung durch die Friedenschließenden auf eine längere Zahl von Jahren. Die Frage ist, wie damit das wirtschaftliche Bündnis mit unseren Verbündeten zu vereinbaren ist. Diese Frage ist theoretisch überhaupt nicht zu lösen. Die Organisierung der Volkswirtschaft wird nach dem Kriege ganz anders aussehen als vorher. Wir werden vielleicht auch für die Neuorientierung der Handelspolitik noch eine neue Ordnung sui generis finden. Vor allem aber gibt es für die Annäherung sehr viele andere Fragen als die Zölle. Es kommt auf ein gemeinsames Vorgehen in der ganzen Handels-, Wirtschafts- und Zollpolitik und vieles andere an, auf Zusammengehen bei der Valutafrage, der Rohstoff-Frage, der Frachtraumfrage und vielem sonst, insbesondere auch bei der Binnenschiffahrtspolitik, bei der übrigens eine Zolldifferenzierung zugunsten der Binnenschiffahrt durchaus diskutabel wäre. Die Hauptsache ist ja das durchdringende Gefühl dafür, daß wir auf Gedeih und Verderb mit einander verbunden sind, das Gefühl des prachtvollen Solidarismus, das der gemeinsame Krieg erzeugt hat. (Lebhafter Beifall.)

Justizrat Dr. Kahn,

Syndikus der Handelskammer München, erwähnt darauf, die gemeinschaftlichen Fragen der Deutschen und österreich-ungarischen Wirtschaft nach Friedensschluß. Er verweist u. a. gleichfalls auf die Rohstoff-Frage. England ist schon jetzt bemüht, auf Bodenschätze in den verschiedensten Teilen der Welt Beschlag zu legen, es ist eine Art Welthamster, der uns nötigen wird, nicht nur die Freiheit der Meere, sondern auch die Freiheit des Weltbedarfs künftig zu sichern. Dann kommt die Frage, wie wir künftig unseren Außenhandel sichern können. Die Frage der Zollunion scheidet nach Meinung des Redners praktisch aus. Es handelt sich also darum, daß wir auf der einen Seite ein möglichst enges Verhältnis der Verbündeten, auf der anderen Seite die Aufrechterhaltung und Stärkung unseres Außenhandels wollen. Die Meistbegünstigung müssen wir auch künftig erstreben, vielleicht unter weiterer Spezialisierung des Zolltarifs. Die Beziehungen zum Orient, den wir nicht ausbeuten, sondern befruchten wollen, müssen wir gemeinsam pflegen. Aber wir dürfen über der Pflege der östlichen Beziehungen auch den Blick nach dem Westen nicht vergessen. zum Ausgleich als Wirtschaftskrieg muß uns der Friedensvertrag Ersatz für die Verletzung der Auslandsinteressen und die Wiedereinsetzung in die alten Rechte bringen. Die Androhung des Boykotts nach dem Kriege brauchen wir nicht zu überschätzen. Wir werden ihn überwinden, wenn wir die hohe Pflicht unserer Arbeit aufrecht erhalten. Denn schon jetzt hungert doch die feindliche Welt nach deutschen Waren. (Beifall.)

Darnach tritt eine kurze Mittagspause ein.

Neues Wiener Tagblatt 6/VI. 1916

163

Die Deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftskonferenz in München.

München, 6. Juni. (Privattelegramm.) Mit außerordentlich großem Beifall wurde das Referat des Professors Doktor Hoffmeister aufgenommen. Er führte aus: Wer die maßgebenden Aeußerungen unsrer Gegner bei Kriegsbeginn aufmerksam verfolgt hat, mußte deutlich erkennen, daß deren Haupthoffnung nicht in ihrem Vertrauen auf die Kraft ihrer Waffenstärke, sondern im Aushungerungsplan lag. Dieser Plan hatte jedoch zwei große Lücken: erstens setzte er nämlich als stillschweigend angenommene Prämisse voraus, daß unsre regelmäßige eigene Nahrungsmittelproduktion vermehrt um die normalen Einfuhrmengen unser physisches Existenzminimum bedeute, von dem sozusagen kein Quentchen fehlen dürfe, ohne daß nicht schon so und so viele Menschen Hungers sterben müßten. Glücklicherweise war aber nicht nur die gesamte Bevölkerung des wohlhabenden Deutschen Reiches, sondern auch die österreichisch-ungarische in der günstigen wirtschaftlichen Lage, normalerweise weit mehr konsumieren zu können, als bloß zur armseligsten und notwendigsten Lebensfristung genügt hätte. Zweitens haben die genialen Erfinder des Aushungerungsplanes vergessen, daß wir in „unsrer eingeschlossenen Festung" nicht nur allein über solche Nahrungsmittel verfügen, welche in ihrer Gänze, so wie Getreide, stets neu wachsen müssen, und die daher auch absolut nicht zur Verfügung stehen, solange nicht das neue Produkt völlig herangereift ist, sondern daß es auch ein andres Nahrungsmittel gibt, nämlich Vieh, das als Stammkapital erhalten bleibt und dessen Früchte stets neu konsumiert werden. Allein in der höchsten Not konnten wir immer noch, was bisher nicht geschehen ist, das Kapital selbst angreifen. Wir besitzen in diesem also noch enorme Reserven, und unsre Gegner hätten in der Ausgabe von Fleischkarten viel eher ein für sie ungünstiges Anzeichen sehen, als sich darüber freuen sollen. Denn diese Anordnung bewies, daß wir noch genügend Pflanzennahrung besitzen und daher unser Viehstammkapital schonen wollen und können. Endlich sei darauf verwiesen, daß es wohl heute unsern Gegnern mit der Aushungerungshoffnung nicht mehr sehr ernst sein kann, denn sie würden riskieren, daß ja mit uns zunächst auch ihre eigene Bevölkerung in den von uns eroberten Gebieten verhungern oder gar uns im Hungertod vorangehen müßte.

Wenn nun aber auch, wie gezeigt, das Aergste absolut nicht zu befürchten steht, so ist doch unsre Lage keineswegs erfreulich und veranlaßt unsre Gegner trotz ihrer militärischen Aussichtslosigkeit, den Krieg weiterzuschleppen. Denken wir nun noch in fernerer Zukunft an ein gewiß mögliches weiteres Wachstum unsrer Bevölkerung, so winkt unsern Gegnern stets wieder von neuem die Hoffnung, den Einkreisungs- und Aushungerungsplan in einem geeigneteren Zeitpunkte neuerlich in die Tat umzusetzen. Die Frage, ob und inwieweit unsre landwirtschaftliche Produktion in Hinkunft gesteigert werden könnte, ist also eine Schicksalsfrage ersten Ranges für uns alle. Auf welchem Höhepunkt die landwirtschaftliche Produktion Deutschlands steht, ist allgemein bekannt. Neben der Landwirtschaft Belgiens, Hollands und Dänemarks steht sie an Intensität voran in den europäischen Staaten. Eine erhebliche Produktionssteigerung ist daher unter den heute gegebenen Verhältnissen von ihr nicht zu erwarten. Im Zolltarif des Jahres 1906 hat denn auch bereits die Unmöglichkeit, den ganzen Inlandsbedarf zu decken, ihren Ausdruck darin gefunden, daß man die höherwertigen Produkte der inländischen Landwirtschaft schützen wollte und deren Zölle erhöhte, hingegen für ein minderwertiges Produkt, Futtergerste, den Zoll erniedrigte, was zur Folge hatte, daß Deutschlands Futtergersteneinfuhr bis auf 36·3 Millionen Meterzentner stieg, somit auf ein Quantum, das nicht mehr sehr weit von der Menge der österreichischen Gesamternte an Brotgetreide entfernt ist, und bei einer Anbauintensität, wie sie in Oesterreich herrscht, gegen ein Drittel der Fläche Oesterreichs in Anspruch nehmen würde. So viel ausländischen Bodens beansprucht also bereits der deutsche Bedarf, ohne erst noch die andern regelmäßigen Einfuhren an menschlichen und tierischen Nahrungsmitteln mitzurechnen.

Der Blick wendet sich also naturgemäß zunächst auf Oesterreich-Ungarn. Hier ist allerdings zunächst ein großer Unterschied gegenüber der deutschen Landwirtschaft auffällig. Während diese zum Beispiel an Weizen im Durchschnitt auf das Hektar bebauter Fläche 24 Meterzentner erntet, erntet Oesterreich nur 15, Ungarn gar nur 13 Meterzentner. Speziell von Kreisen, die der Landwirtschaft fern stehen, wird immer wieder auf diesen Umstand hingewiesen. Dieser Unterschied wird nur als Unterschied der Arbeitsintensität betrachtet und daher eine Steigerungsfähigkeit der österreichisch-ungarischen Landwirtschaft um ein ganzes Drittel, das heißt somit eine derzeitige namenlose Rückständigkeit derselben behauptet. Anderseits wieder wird von gewissen agrarischen Kreisen behauptet, die Landwirtschaft Oesterreichs und Ungarns sei den gegebenen Verhältnissen durchaus entsprechend. Von einer Rückständigkeit könne keine Rede sein.

Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse sind beide Behauptungen lächerliche Extreme und ich sage: Sie können von der österreichischen und ungarischen Landwirtschaft viel zur Ergänzung Ihrer deutschen Produktion erwarten, und es kommt nur auf Deutschland selber an, ob es der Landwirtschaft Oesterreichs und Ungarns rasch und ausgiebig jene Bedingungen schaffen will, die zu einer Erhöhung ihrer Produktion führen müßten. Dabei muß ich im vorhinein vor übertriebenen Hoffnungen, beziehungsweise Befürchtungen, warnen: Auch bei allergrößter Intensivierung der österreichischen und ungarischen Landwirtschaft ist eine Ueberschwemmung Deutschlands, wie etwas ängstliche deutsche Agrarier vielleicht fürchten werden, unmöglich. Ja nicht einmal die Deckung des deutschen Produktionsdefizits wäre auch nur annähernd möglich, wie ich leider zur Freude unsrer Feinde zugestehen muß.

Um dies klar zu ersehen, bedarf es vor allem eines Blickes auf die Landkarte Oesterreichs, welche die orographische Beschaffenheit ersehen läßt. Wir haben Alpenland, Sudeten- und Karpathenland. Hier ist naturgemäß auf den oft an steilen Lehnen gelegenen Feldern nicht viel zu erzielen. Das muß den Hektardurchschittsertrag schon bedeutend verkürzen. Rentabel kann ein solcher Anbau nicht sein, er findet daher auch nur für die eigene Bedarfsdeckung der betreffenden bäuerlichen Wirtschaft statt. Ein weiterer gewichtiger Umstand dafür, daß der Ertrag unsrer Landwirtschaft niemals auf die Höhe des deutschen Ertrages gesteigert werden kann, liegt in den klimatischen Verhältnissen. Der Westen Europas hat maritimes Klima, das, je mehr man nach Osten fortschreitet, immer mehr in niederschlagarmes kontinentales Klima übergeht, dessen Niederschlagsarmut allein schon Erträge, wie sie im maritimen Klima erzielt werden, ausschließt. Es ist daher unmöglich, daß Oesterreich-Ungarn den Hektarertrag Deutschlands auch nur je annähernd erreiche.

Andre, die Intensivierung unsrer Landwirtschaft heute hindernde Ursachen, welche beseitigt werden können, liegen in der Armut an Verkehrsmitteln (Eisenbahnen, Wasserstraßen) gewisser Gebiete. Man vergißt beim Vergleich der Hektardurchschnittserträge, daß diejenigen Länder, die nach dieser Richtung besonders hochstehen, nicht nur maritimes Klima, sondern auch ein weit dichteres Verkehrsnetz haben als viele Gebiete Oesterreich-Ungarns. Daher kommt es, daß die Bevölkerung dieser Länderteile noch sozusagen in der alten Hauswirtschaft lebt, das heißt, möglichst vieles, womöglich alles, das sie zum Leben braucht, in der eigenen Wirtschaft erzeugt. Wenn so ein Wirtschaftsbesitzer seinen Bedarf damit gedeckt sieht, daß er etwa acht Zentner pro Hektar Brotfrucht erzeugt, wozu soll er intensivieren? Er könnte ein Mehr ja doch zu keinem Markte bringen. Oft ist es auch Kapitalsmangel, der diese extensive Produktion bedingt. Wollte er mehr erzeugen, so brauchte er zu viel Geld, um sich die Mittel zu einem intensiveren Betrieb zu verschaffen. Diese hat er nicht, weil er nichts verkaufen kann, ergo kein Geld einnimmt, und weil er kein Geld einnimmt, so kann er wieder nicht die Mittel zu intensiverer Produktion beschaffen. So schließt sich dieser Kreislauf von Ursache und Wirkung in sich selbst. Insbesondere Galizien, das zumeist noch mit einem Drittel Brachland arbeitet, zählt hieher.

Auch auf die bei uns erst sozusagen in den ersten Anfangsstadien befindliche Kommassation sei verwiesen. Der Streubesitz verschwendet Arbeit und macht die Anwendung von Maschinen unmöglich. Die freiwillige Kommassation hat jedoch bisher nur minimale Erfolge gehabt. Da der Mangel an menschlichen Arbeitskräften, Zugtieren und Kapital nach dem Kriege weit eher größer sein wird als geringer, so ist eine Hebung der Produktion, auch wenn alle Mittel angewendet werden, nur sehr sukzessive möglich. Wollen wir nun aber einem neuerlichen Aushungerungsversuch im vorhinein soweit als möglich begegnen, so ist es nötig, bei der Frage der wirtschaftlichen Annäherung auch unsrer südöstlichen Bundesgenossen zu gedenken, und vor allem nicht wieder die Formel aufzustellen: Soll für Oesterreich-Ungarns Landwirtschaft das Ausfuhrtor nach dem Westen, nach Deutschland, offenstehen, so müsse das südöstliche Einfuhrtor nach Oesterreich-Ungarn geschlossen bleiben, was auch viel politische Schwierigkeiten bereitet hat. Wollen wir nicht abermals vom eventuell feindlichen Ausland mit unsrer Ernährung total abhängig werden, so ist die tunlichste und schleunigste Hebung und Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion nicht nur Oesterreich-Ungarns, das seit 1906 nicht einmal mehr vollständig seinen eigenen Bedarf gedeckt hat, nötig, sondern es ist auch die Produktion der verbündeten Balkanmacht und der Türkei für uns durch entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen sicherzustellen.